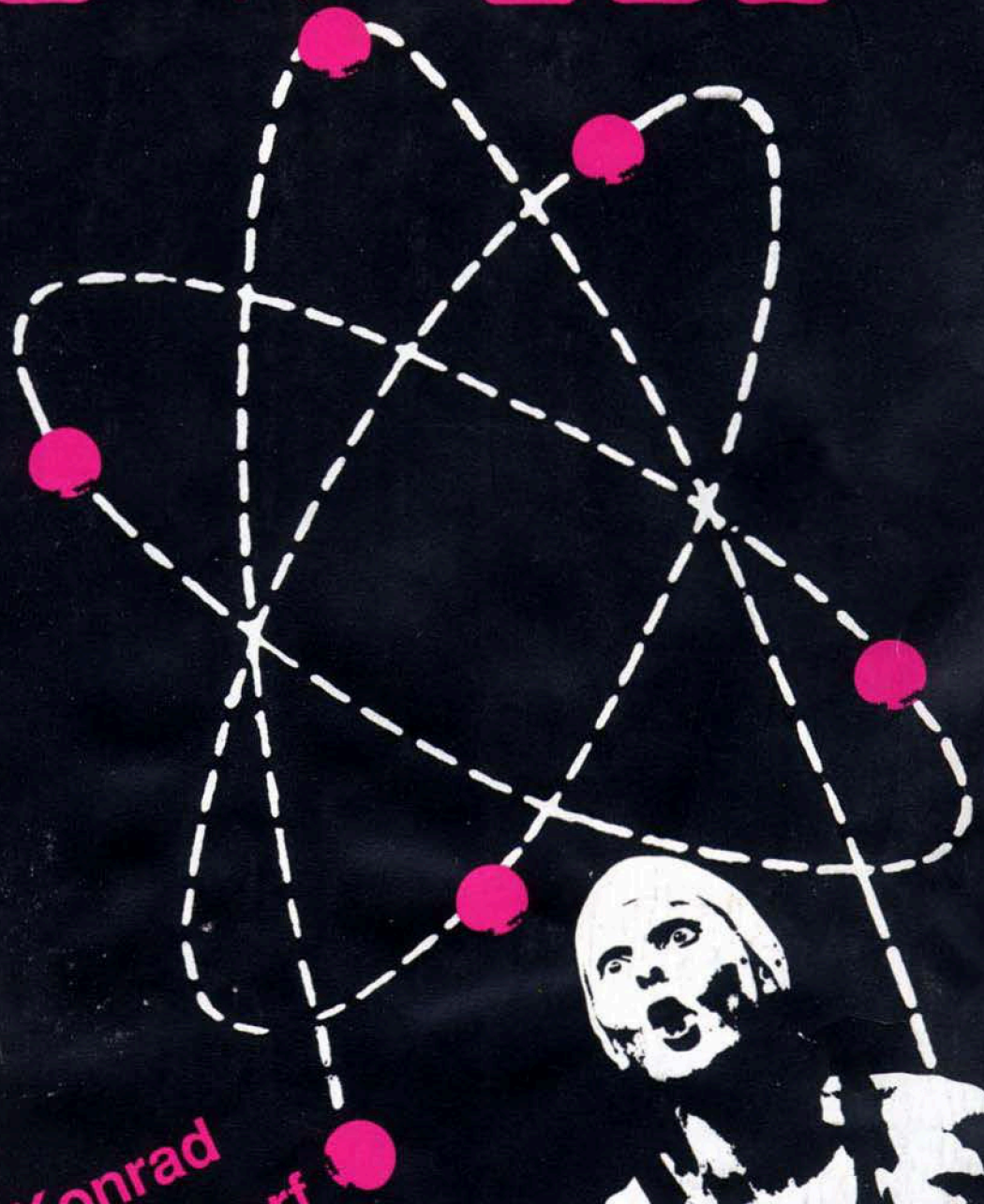
atom

Atom Express & Atommüllzeitung

Juni /Juli 1989
Nr. 26 , 4 DM



Gorleben
Schacht-Konrad
WAA Wackersdorf
WAA La Hague

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Biotechnologie -
Die Zukunft der Welternährung im Griff des Agrobusiness

mit Beiträgen über:
Strategien der Agro- und Chemiekonzerne, Anwendung von Bio- und Gentechnologie in der Landwirtschaft, Auswirkungen in Ländern der „Dritten Welt" u.a.

Nr. 155, Februar 1989
Einzelheft 5 DM + 1,50 DM Porto

8 mal im Jahr für 40 DM/erm. 30 DM
blätter des iz3w Freiburg
zu bestellen bei: iz3w, Pf. 5328
7800 Freiburg i. Brsg.
Für den Buchhandel
Prolit Vertrieb
Gießen

Herausgeber:
Forschungsgruppe Atomwaffenentwicklung
Unterstützer:
Aktionskreis Wackersdorf, Tübingen
Arbeitskreis Reaktoren & Raketen, Stuttgart
Kommunistischer Bund (KB)
Südafrika-Initiative, Freiburg
Bürgerinitiative für die Stillegung der Atomanlagen, Karlsruhe

Bestellungen:
nur gegen Vorkasse möglich: Scheck, Bargeld oder Einzahlungsbeleg beilegen und die Bestellung schicken an
Hermann Lührs, Mirabellenstr. 30, 7000 Stuttgart-Obertürkheim
24 Seiten, A 4, . . 3.- DM (+ 1 DM Porto). 1o Stück = 27 DM + 3 DM, 25 Stück = 5o DM + 5 DM.

Die bürgerliche Gesellschaft ist in der Krise, die Kritik dieser Gesellschaftsformation ist es auch. Solange die bürgerlichen Verkehrsformen noch nicht voll entwickelt waren, blieben alle revolutionären Ideen innerhalb dieser Formen. Das traditionelle Verständnis revolutionärer Theorie wird heute zur Fessel, gerade weil das Kapital erst heute seine historische Schranke erreicht. Das verlorene sozialistische Ziel muß nicht aufgegeben, sondern grundlegend neubestimmt werden.

Robert Kurz

AUF DER SUCHE NACH DEM VERLORENEN SOZIALISTISCHEN ZIEL

Manifest für die Erneuerung revolutionärer Theorie

Hrsg.:
Initiative Marxistische Kritik IMK

100 Seiten · DIN A 5
8.– DM

vmk
Verlag Marxistische Kritik
Postfach 2111
8520 Erlangen

PERSPEKTIVEN
ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Ausgabe 5

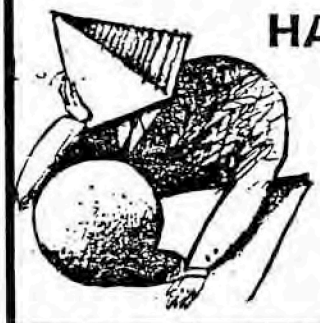
Modernisierter Kapitalismus - Versagen der Pol. Ök.?

Die Perspektiven erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Umfang jeweils um 70 Seiten. Das Einzelheft kostet 6,- DM, im Abo 4,- DM. Bestellungen an: Ralf Tertilt, Wehrdaer Weg 34, 3550 Marburg, 06421/66628.

Auch Ihr Gedächtnis hat eine

HALBWERTZEIT

Was dann?



Wir berichten monatlich über:
- Radioaktive Belastung von Lebensmitteln
- Langzeitfolgen der globalen atomaren Verseuchung
- Katastophenschutz und Sicherheitsprobleme
- Politische Konflikte um die Nutzung der Atomenergie
- Energieversorgungskonzepte
- Initiativen, Veranstaltungen und Aktionen
- Literatur und Unterrichtsmaterial

Jahresabo 20.- 2 monatl.

HALBWERTZEIT - Information
LINGENER STRASSE 9 - 4400 MÜNSTER
TEL. 0251/66 17 20

Impressum

Die atom ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:

atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/37835 (tagsüber)

V.i.S.d.bgl.P.:

Günter Garbers, Sabine Rosch, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:

Eine Ausgabe kostet 4 Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3 Mark (jeweils plus Porto); Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 25 Mark inkl. Porto und Versand.
Förder-Abo ab 35 Mark
Konto: "atom", G. Garbers
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo und Bestellpost bitte nur an:

atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:

Bernd Weidmann, Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898 - 304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne der Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:

Dies ist die atom Nr. 26. / Juni/Juli 89
Nach der guten alten Zählweise für Fans, sammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 66
atommüllzeitung Nr. 52

und noch was:
wegen der aktuellen Auseinandersetzungen um die WAA-Wackersdorf kommt diese Nr. einige Wochen später als geplant heraus.

INHALT

Schwerpunkt 1:
Das Ende der WAA Wackersdorf.....4

Die Ankündigung von VEBA-Chef Bennigsen-Foerder, zukünftig BRD Atommüll in Frankreich aufarbeiten zu lassen, hat die (Anti-) Atom-Scene kräftig durcheinandergewirbelt. Wir dokumentieren redaktionseigene und -fremde Einschätzungen, die Resolutionen der Frühjahrskonferenz u. a. m.

Standorte: Lingen, Würgassen, Biblis, Brokdorf.....18

Wendland.....26

Schacht Konrad.....30

Schwerpunkt 2:
Atommülltransporte.....31

Im Wendland warten alle auf die ersten Castor-Transporte. An anderen Orten sind sie längst Wirklichkeit. In Neckarwestheim wurde Anfang April ein Castor-Transport mit abgebrannten Brennelementen nach La Hague/Frankreich erfolgreich blockiert.
In Lübeck konnten die ersten Erfolge der Aktionen gegen Atommülltransporte gefeiert werden. Die Liga berichtet.

Schwarzes Brett.....38

HTR-Modul.....39

THTR-Hamm.....43

Kernfusion.....44

Sowjetunion :3 Jahre nach Tschernobyl.....46

Uranabbau in Kanada.....52

Schwerpunkt 3 :
Kriminalisierung.....56

Der Startbahn-Prozess steht vor seiner entscheidenden Phase; die ersten Urteile sind gefällt. Wir fassen den bisherigen Verlauf zusammen. Außerdem aus aktuellem Anlaß eine Auseinandersetzung zu dem Thema Beugehaft und - trotz Abbruch des Hungerstreiks - ein kritischer Rückblick auf Vorbereitung und Ablauf der zentralen Bonn-Demo zur Unterstützung der Zusammenlegungsforderungen.

Es kriselt im Gebälk

Ganz ehrlich: Was sich in den letzten Wochen abspielte und jetzt noch abspielt, damit hat niemand gerechnet. Mehr oder weniger endgültig werden diverse Teile des Atomprogramms zu Grabe getragen, die noch kurz zuvor als wichtige Stützpfeiler gepriesen wurden: die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop, der Schnelle Brüter in Kalkar, das Genehmigungsverfahren für den HTR-Modul-Reaktor in Niedersachsen. Und das zumeist nicht etwa im Planungsstadium, sondern zu einem Zeitpunkt, wo diese Anlagen schon fertig sind bzw. bereits Milliarden inverstiert wurden. Allein der Rückzug aus der WAA Wackersdorf wird den Staat oder die Energiekonzerne weitere Milliarden kosten.

Wie läßt es sich erklären, daß aalglatte Politiker und betonharte Energiemanager plötzlich ins Stottern und Schlingern kamen und das ganze Atomprogramm scheinbar ins Schlingern kommt? Es wird wohl eine ganze Kette von Ursachen haben: der Sog des näher rückenden europäischen Binnenmarktes, der jahrelang aufgestaute Frust über die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Unwägbarkeiten neuer Atomprojekte, der Zustand der Bonner Koalition und ein möglicher rot-grüner Koalitionswechsel, der Tod des Atomfanatikers Strauß, das Auftragstief der westdeutschen Reaktorbauer, die japanische und amerikanische Konkurrenz und so weiter und so fort.

Letztlich hat das Kapital selbst den Stein ins Rollen gebracht, in Gestalt des Veba-Chefs Bennigsen-Foerder, seit Jahrzehnten schon intellektueller Vordenker des Energiekapitals an Rhein und Ruhr. Der nämlich hat eine einfache betriebswirtschaftliche Rechnung aufgemacht, und davon kann nun niemand mehr runter, auch wenn die politisch Verantwortlichen für dieses Debakel ziemlich belämmert dastehen.

Aber das soll unsere Sorge nicht sein. Zunächst einmal sollten wir keine Hemmungen haben, einmal die Sektkorken knallen zu lassen und uns, offen oder klammheimlich, je nach Gefühlslage über diese Situation zu freuen. Denn wir werden Zeuginnen eines ungeordneten Rückzugs der Atommafia, und das hat sehr wohl auch mit uns und unserem Widerstand zu tun. Unser jahrelanger Widerstand und Protest, der Meinungsumschwung, der in der BRD im letzten Jahrzehnt in Sachen Atomenergie stattgefunden hat, das ist es, was ihnen die Suppe versalzen hat. Ohne den Widerstand gegen Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Kalkar, Gorleben, in Nordhessen und in der Oberpfalz, ohne die Blockaden von Atommülltransporten und ohne den Kleinkrieg in Behörden, Dorfratssitzungen, Parlamenten und vor Gerichten, ohne diese ganze Widerstandskultur wäre eine bundesdeutsche WAA längst in Betrieb, ständen mindestens zehn weitere AKW's als Zeitbomben in der Landschaft und hätte Atomenergie bei uns einen ähnlichen Stellenwert wie in Frankreich. Insofern ist die neue Entwicklung auch eine verspätete Reaktion auf eine politische Niederlage, die die Atomlobby trotz aller (scheinbar) gewonnenen Schlachten am Bauzaun hinnehmen mußte. Wenn heute viel vom "energiepolitischen Konsens" die Rede ist, so muß festgehalten werden, daß es den — außerhalb von Parlamenten und Konzernzentralen — schon seit einigen Jahren gibt: Einen Konsens darüber, daß Atomenergie als "Energie der Zukunft" ausgespielt hat. Daß sich dies nun letztlich auch im Rückzug der Stromkonzerne aus diversen Prestigeprojekten niederschlägt, darauf können wir und können alle, die in den letzten 15 Jahren mitgekämpft haben, mit Recht stolz sein. Der Kampf war eben doch nicht sinn- oder erfolglos, und dieses Bewußtsein sollte Kraft und Stärke für die kommenden Auseinandersetzungen geben.

Auf der Bundeskonferenz in Wiesbaden / Mainz Ende April stand die Diskussion um die Einschätzung dieser Ereignisse im Vordergrund. Es gab viele interessante Beiträge und Diskussionen zu diesem Thema, und seit langem gab es auch einmal wieder den Versuch einer gemeinsamen Positionsbestimmung, die sich u.a. in der Abschlußerklärung ausdrückte. Obwohl diese Erklärung betont vorsichtig formuliert ist, zog sich durch die Diskussion doch die Gefahr voreiliger Festlegungen und Schlußfolgerungen. Ich denke, wir brauchen noch einige Zeit, um die Situation endgültig abschätzen zu können. Es gibt keinen Anlaß für uns, uns

Gekippt(?): WAA Wackersdorf

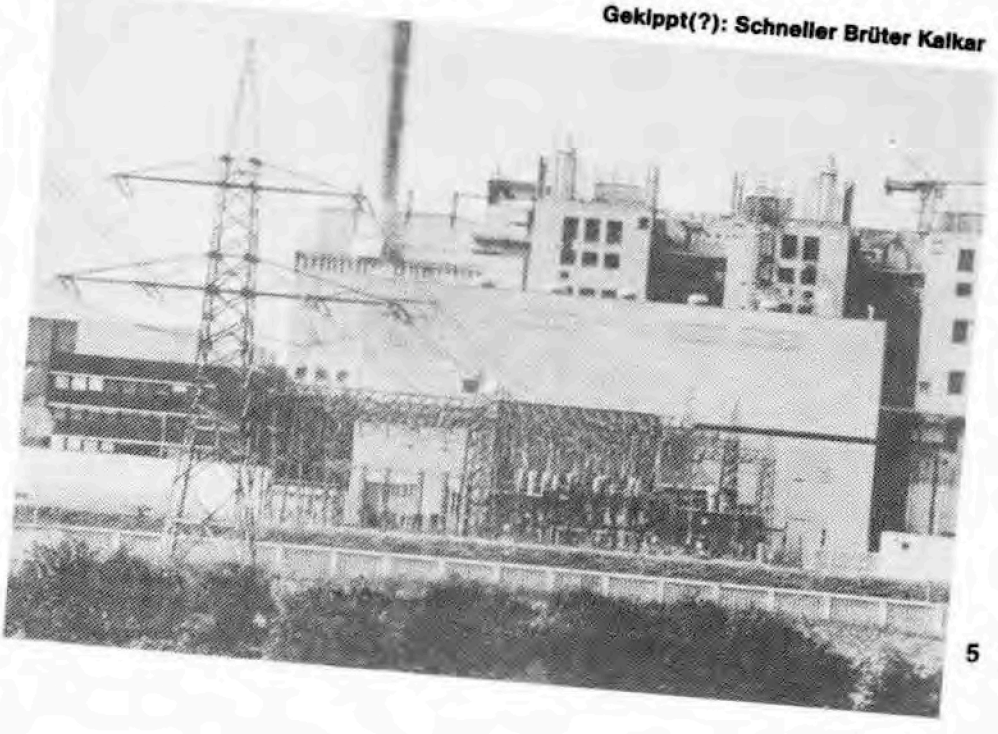
übereilt in Spekulationen zu ergehen und uns auf Einschätzungen festzulegen, die nicht abgesichert sind und wohlmöglich zu falschen Schwerpunkten in der Perspektivdiskussion und der Arbeit führen könnten. Das gilt vor allem auch für die Frage, inwieweit sich schon jetzt ein neuer "energiepolitischer Konsens" zwischen CDU, FDP und SPD abzeichnet. Zumindest in der Opposition dürften die Sozis sich schwer damit tun, eine schiere Verlagerung der Wiederaufarbeitung von Wackersdorf nach La Hague als tragbaren Kompromiß auszugeben, für den sie dann auch noch französischen Atommüll in Gorleben akzeptieren würden. Inwieweit sie als Regierungspartei dann erleichtert auf bestehende und bindende vertragliche Regelungen verweisen und die Sache weiter durchziehen würden, ist eine andere Sache. Jedenfalls, so lange noch zu viel unklar ist, sollten wir uns davor hüten, so zu tun, als sei die SPD für alle erkennbar schon wieder auf der anderen Seite der Barrikade. Damit machen wir es ihr zu einfach.

Sicher scheint bisher der Verzicht auf die WAA in Wackersdorf, auf THTR und Schnellen Brüter. Sicher scheint die Reorganisation der bundesdeutschen Atomindustrie im westeuropäischen, vor allem deutsch-französischen Kontext: möglicher Einkauf in die WAA La Hague, Fusion der Reaktorbauer Siemens und Framatome, verstärkte Zusammenarbeit auf anderen Feldern der Nuklearindustrie. Wir müssen davon ausgehen, daß die energiepolitischen Rahmenbedingungen in Zukunft nicht mehr national bestimmt werden, sondern zunehmend im westeuropäischen Binnenmarkt. Wie schnell das geht und wie umfassend es sein wird, bleibt abzuwarten.
Auf diese Grundtatsache aber müssen wir uns einrichten: Wir werden es in den nächsten Jahren zunehmend weniger mit einem klaren, greifbaren Gegner zu tun haben als vielmehr zunehmend mit einem abstrakteren, weiter entrückten Gegner auf EG-Ebene. Das stellt uns vor große Probleme, weil wir nicht einfach auf gleicher Ebene mitziehen können. Wir müssen zwar versuchen, so schnell wie möglich die Kontakte mit den Bewegungen in anderen Ländern zu verstärken, vor allem mit den französischen. Wir sollten uns aber keine Illusionen darüber machen, wie sehr (oder wenig) uns das bei den kommenden Auseinandersetzungen konkret stärken kann. Insofern muß das Hauptinteresse auch auf das Erstarken der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung gerichtet werden und auf den Versuch, hier wieder zu gemeinsamen und erfolgversprechenden Diskussionen, Aktionen und Perspektiven zu kommen. Vier Schwerpunkte scheinen sich dabei anzudeuten:
— die Verlagerung eines Widerstandsschwerpunktes von der Oberpfalz ins Wendland und zum Schacht Konrad, denn der Druck auf diese Projekte der Atomwirtschaft wird zunehmen.
— Zweitens müssen wir versuchen, den Kern des bundesdeutschen Atomprogramms, die laufenden Atomkraftwerke, stärker zum Ziel unserer Planungen zu machen. Das wird wohl aktuell die schwierigste Aufgabe sein.
— Zum dritten werden die Atomtransporte eine noch größere Bedeutung erlangen.
— Und schließlich müssen wir uns darauf einstellen, daß im Rahmen der verstärkten internationalen Arbeitsteilung Atomanlagen an Bedeutung gewinnen, die bislang nur am Rande des Interesses standen, wie beispielsweise die UAA in Gronau oder mögliche Zwischenlager und Brennelementefabriken.
All diese Fragen und Perspektiven gilt es in der nächsten Zeit intensiv zu diskutieren und Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Chance, gegenzuhalten, weiter zu nerven und weiter etwas zu bewegen, stehen jedenfalls nicht schlecht.

Bernd

Gekippt(?): THTR Hamm-Uentrop

Gekippt(?): Schneller Brüter Kalkar



Erklärung der Bürgerinitiativen aus Lüchow-Dannenberg und der Oberpfalz

Die Absichtserklärung Bundeskanzler Kohls und des französischen Staatspräsidenten Mitterand auf ihrem Pariser Treffen, an je einem WAA-Standort in jedem Land festzuhalten, ist Ausdruck größter Verlegenheit der Bonner Regierung. Denn inzwischen haben nicht nur der VEBA-Chef Rudolf v. Benningsen-Foerder, sondern auch das RWE ihr Desinteresse an der WAA Wackersdorf kundgetan, um mit der französischen Atomfirma COGÉMA über die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoff in Cap de la Hague ins Geschäft zu kommen. Unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen in der gemeinsamen Kommission, die die Regierungschefs jetzt verabredet haben, erklären wir, daß für uns weder die nationale, noch die internationale WAA-Variante eine aktzeptable Lösung darstellt. Wir waren seit 1977 gegen die Pläne der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) angetreten, um den Bau einer WAA zu verhindern: ob in Gorleben, Draghan, Wackersdorf oder anderswo! Selbstverständlich registrieren wir heute voller Freude, daß das Interesse der Elektrizitätsgesellschaft an ihrer DWK schwindet. Nach deren 12jährigen Amoklauf durch die Bundesrepublik bleibt der angeschlagenen Firma offensichtlich als "Rettung" nur das Ausweichen ins Ausland. Hier gibt es keine Akzeptanz für die Plutoniumfabrik. Aber die Europäisierung wird nicht den westdeutschen Zugriff auf den begehrten Bombenstoff verhindern. Eine Arbeitsteilung der Atomwirtschaft im europäischen Maßstab deutet sich hier an. Sie würde langfristig darauf hinauslaufen, daß mit Wackersdorf, Ahaus und Gorleben Langzeit-Zwischenlager für ausgediente Brennelemente bereitstehen, in Gorleben soll mit dem Bau der Konditionierungsanlage die notwendige Ergänzung zur WAA entstehen, wo nichtrezyklierbare Brennelemente zerschnitten und endlagerfertig verpackt werden. Schließlich würde als Gegenleistung für die Wiederaufarbeitung in Frankreich mit dem Schacht Konrad bei Salzgitter und im Salzstock Gorleben Europas Atommüll in Endlagern versteckt werden. Offen zugegeben würde mit der Verlagerung der Wiederaufbereitung nach Cap de la Hague aus Kostengründen, daß die WAA nie ein Entsorgungsbeitrag war. Die Gleichsetzung von WAA = Entsorgung hält sich in der Berichterstattung der Medien hartnäckig, sie ist eine schlichte Lüge der Atomlobby. Denn in Wirklichkeit steigert eine WAA das Volumen radioaktiver Abfälle um ein Vielfaches. Die Atomindustrie könnte letztlich für den Betrieb von AKWs auf eine WAA völlig verzichten, nicht aber auf die Konditionierung und die Endlagerung. Deshalb fordern wir — aufgrund unserer gemeinsamen Geschichte und zur Untermauerung unserer gemeinsamen Grundanschauungen: Sofortiger Baustopp in Wackersdorf. Schluß mit der Atommüllproduktion, denn es gibt keine sichere Entsorgung, weder in Ahaus, Wackersdorf, Salzgitter oder Gorleben. Die einzige, von uns akzeptierte Lösung heißt: Schluß mit dem Atomprogramm. Wird mit der Europäisierung des Atomprogramms seitens der Atomindustrie eine neue Dimension eingeleitet, so setzen wir unsere länderübergreifende Solidarität dagegen. Radioaktivität kenne keine Grenzen, unsere Solidarität im Kampf gegen die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie auch nicht!

Wackersdorf/Gorleben, den 21.4.89

Für die Oberpfälzer Bürgerinitiativen: Irene Sturm (Pressesprecherin)/Kontakt: 09431/1029.

Für die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg: Wolfgang Ehmke (Pressesprecher)/Kontakt: 040/4398475.

Regierungsstreit über Wackersdorf

Von der "Welt" bis zur "taz" ist man sich einig: Mit der VEBA-Ankündigung, in La Hague einsteigen zu wollen, ist die WAA Wackersdorf vom Tisch. Mit gedämpftem Unmut wird mal wieder das Kapital als der eigentliche Herrscher im Land ausgemacht, der "die Bundesregierung wie einen Tanzbären am Nasenring hinter sich herführt" (so der GRÜNE Daniels) - es überwiegt jedoch die Zufriedenheit. Hat doch der VEBA-Konzernchef höchstpersönlich die Wiederherstellung des energiepolitischen Konsens durch einen Verzicht auf Wakkersdorf als sein eigentliches Ziel benannt.

Die folgende Analyse der aktuellen Wakkersdorf-Krise kommt zu einem anderem Urteil:

- der VEBA-Vorstoß wird dazu führen, die Wiederaufarbeitung auch im Falle eines Regierungswechsels über die Hürden zu bringen

- auch in Zukunft wird es in der BRD, - wenn auch nicht unbedingt in Wackersdorf - eine "nationale" WAA geben.

Im ersten Teil des Artikels wird - soweit möglich - die Faktenlage dargestellt, anschließend folgen erste Bewertungen.

Das französische Angebot

Am 3. April 1989 unterzeichneten die VEBA und die Betreibergesellschaft der WAA La Hague, COGEMA, ein "Memorandum of Unterstanding", das die folgende Option enthält:

- Bereits ab 1990 (!) wird die VEBA 49% der Anteile der WAA UP 3 (UP=Usine de Plutonium) übernehmen. Darin einschlossen ist ein Technologie-Transfer zwischen COGEMA bzw. dem franz. Atomenergiekommissariat (CEA) und der VEBA sowie die Etablierung eines 7-köpfigen Aufsichtsrats, dem 3 VEBA-Vertreter angehören.
- Die UP 3, die Ende 1989 mit einem jährlichen Durchsatz von 800 Tonnen in Betrieb gehen wird, soll erst einmal 7.000 Tonnen Brennelemente aus Japan, Belgien, den Niederlande, Schweden, der Schweiz und der BRD verarbeiten und anschließend, d.h. ab frühestens 1999 für weitere 15 Jahre ausschließlich BRD-Brennelemente in einer Größenordung von 400-600 Tonnen pro Jahr.
- Da die UP3 ab 1999 als abgeschrieben gilt, wird ab diesem Zeitpunkt die Wiederaufarbeitung mit 5.000 Franc/kg besonders preisgünstig sein, wobei dieser Preis jedoch von einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht wird: z.B. dürfen die jetzt geltenden Sicherheitsbestimmungen nicht verschärft werden und seitens der Behörden darf keine einzige Betriebsunterbrechung verfügt werden. Im Preis enthalten ist die 2-jährige Lagerung abgebrannter Brennelemente in La Hague, die einjährige Lagerung des Plutonium und die dreijährige Lagerung sonstiger WAA-Abfälle, wobei allerdings die Transporte zurück in die BRD nach franz. Sicherheitsrichtlinien durchzuführen sind. (Nuclear Fuel, 17.4.89)

Daß Frankreich billiger kommt als ein BRD-Standort ist freilich nichts Neues: Schon Anfang 1984 berichtete das Manager-Magazin über einen Streit innerhalb der DWK: Ein Drittel der Energieversorgungsunternehmen (EVU) votierte damals für die preisgünstigere Wiederaufarbeitung in La Hague, ein weiteres Drittel für die noch billigere "Direkte Endlagerung". Nur eine Minderheit der Energiekonzerne plädierte für die nationale WAA, die die Bundesregierung am 23.1.85 infolgedessen nur mithilfe eines Kabinettsbeschlusses durchzusetzen vermochte. Auch in öffentlichen Stellungnahmen betonten damals z.B. die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, daß man sich nicht aus eigenem Antrieb, sondern nur wegen dieser politischen Vorgabe an Wackersdorf beteilige. Das Primat der Politik hatte damals funktioniert und wird auch heute von Bennigsen-Foerder, dem VEBA-Chef anerkannt. Seine Antwort auf die Frage, was passiert, falls die Bundesregierung den Cogema-Veba-Deal ablehnt: *"Dann ist das erledigt, dann bleiben wir in Wackersdorf."* (14.4.89, West 3-TV)
Nicht allein wegen der besseren französischen Preise steht Wackersdorf heute zur Disposition, sondern in erster Linie wegen des als sensationell empfundenen französischen Angebots einer deutschen Mitverfügung über die Plutoniumfabrik UP3. Benningsen-Foerder gegenüber dem Spiegel: *"Es lag jenseits unserer Vorstellungskraft, daß die Franzosen bereit sein könnten, einen deutschen Partner als Miteigentümer zu begrüßen. Wir waren überrascht, daß die Cogema uns angesprochen hat."* Eine gesonderte Untersuchung verdient die Frage, w a r u m Frankreich diese Initiative ergriffen hat. Die Ursache der aktuellen, durch Frankreich ausgelösten Wackersdorf-Krise ist freilich die Entschlossenheit und der Breite der Anti-WAA-Bewegung in der BRD.

Die Widersprüche im Vorfeld

Das Memorandum des 3. April war bereits im Vorfeld Gegenstand intensiver nichtöffentlicher Regierungsaktivitäten. Die hierüber durchgesickerten Informationen reflektieren in ihrer Widersprüchlichkeit die real existierenden Wackersdorf-Differenzen im Regierungslager.
Die eine Version stammt von dem damaligen Chef im Bundeskanzleramt, Schäuble. In einer auch formal sehr ungewöhnlichen Pressemitteilung (siehe Anmerkung (1)) wird der Eindruck erweckt, als sei die Unterzeichnung des Memorandums vom 3.4. geradezu ein Affront gegen die Bundesregierung gewesen. Zwar habe bereits am 2.3.89 der Veba-Chef den Kanzler *"beiläufig"* auf die mit COGEMA geführten Gespräche hingewiesen. In zwei unmittelbar vor Unterzeichnung des Memorandums am 3.4. geführten Telefonaten habe Schäuble dem VEBA-Chef jedoch erklärt, daß VEBA sich *"nicht auf eine Zustimmung der Bundesregierung stützen könne"*, zumal Kohl ohnehin erst mit Mitterand reden müsse, den er aber erst am 4.4. treffen werde. Ungeachtet dieser indirekten Bitte um Zeitaufschub wurde das Memorandum jedoch am 3.4., einen Tag v o r der deutsch-französischen Begegnung unterzeichnet.
Nach der von "Spiegel" und "Zeit" kolportierten Version hingegen hatte der VEBA-Chef den Kanzler am 2.3.89 in größter Ausführlichkeit über den Cogema-Plan und die Kosequenzen für Wackersdorf informiert. Auch eine dpa-Meldung vom 12.4. erweckte den Eindruck, als sei der deutsch-französische Deal bereits geritzt: *"Nach Informationen des ZDF's ist die Entscheidung zur Aufgabe von Wackersdorf bereits gefallen. Unter Berufung auf Bonner Regierungskreise hieß es, ein Vertrag für die Zusammenarbeit mit Frankreich werde beim deutsch-französischen Gipfeltreffen nächste Woche in Paris unterzeichnet."* Dem entspricht eine Information, wonach die VEBA von dem öffentlichen

Wirbel selbst überrascht wurde. Denn dort *"sei man davon ausgegangen, daß dieser Vorgang erst nach den Gesprächen von Bundeskanzler Kohl mit Präsident Mitterand in der kommenden Woche bekanntgegeben werde."* (PE der bayerischen Landtagsgrünen, 13.4.89)

Sicher ist, daß der Deal nicht durch den VEBA-Chef sondern durch das Bundespresseamtes am 11.4. öffentlich gemacht wurde. Und fest steht weiterhin, daß aufgrund der sich anschließenden CSU-Interventionen die Geschäftgrundlagen für die deutsch-französischen WAA-Beratungen am 19./20.4. erheblich verschoben wurden.

Die Auseinandersetzungen zwischen dem 11. und 14.4. verdienen eine Detailbetrachtung - sie belegen die Tiefe der Widersprüche im Regierungslager und sind zugleich eine Grundlage für die Beantwortung der Frage, worauf die Anti-WAA-Bewegung sich ggfls. einzustellen hat.

Permanente Regierungskrise

10.4.89: Waigel, Lambsdorff, Töpfer, Riesenhuber, Haussmann und Dick (bayr. Umweltminister) beraten im Kanzleramt auf Einladung Schäubles über die Zukunft der WAA Wackersdorf. Am Abend setzen Waigel und Kohl in einem 4-Augen-Gespräch die Beratung fort.

11.4.89: Regierungssprecher Ost macht in einer Pressemitteilung die "unverbindliche Absichtserklärung" von VEBA und COGEMA erstmals publik. Das "nationale Entsorgungskonzept" der BRD sei hiervon nicht berührt.

12.4.89: Das Thema Wackersdorf beherrscht die Abendnachrichten. Am Vorabend der Präsentation einer neuen Regierung macht Waigel lt. Heute-Journal seine Mitarbeit im Kabinett abhängig von der "unmißverständlichen" Kanzlerzusage, an der WAA Wackersdorf festzuhalten. Kohl dementiert dieses Junktim. Lt. Streibl haben sich am 12.4. jedoch Kohl, Waigel und Lambsdorff auf den Weiterbau der WAA geeinigt. (Mittelbayerische Zeitung, 14.4.) In Bonn kursiert das Gerücht von der Existenz eines diesbezüglichen Waigel-Briefes an Kohl.

13.4.89: Große Pressekonferenz mit Regierungsumbildung. Den ZDF-Nachrichten melden um 0.35, Waigel habe sich *"noch nicht entschieden, ob er den Kabinettsposten annimmt"*. Die Pressekonferenz beginnt eine Stunde später als vorgesehen. Waigel ist im Kabinett und Kohl verliest einen vorbereiteten Text zu Wackersdorf, der - so Kohl - auch die "Gesprächsgrundlage" mit den Franzosen darstelle. Dieser Text und sein Schlüsselsatz konnten durchaus als eine verklausulierte Absage an eine WAA Wackersdorf interpretiert werden: *"Sollten jetzt Präzisierungen dieses (nationalen Entsorgungs-Konzepts für die Zeit nach 2000 notwendig und zweckmäßig sein, werden wir bei einer solchen Entscheidung der besonderen Verantwortung, der der Gesamtstaat für den Freistaat Bayern hat...Rechnung zu tragen haben."* Die Antwort aus Bayern ließ nicht auf sich warten: In einem Fernschreiben vom selben Tag fordert Ministerpräsident Streibl, *"sofort und eindeutig"* eine Richtlinien-Entscheid des Kanzlers zugunsten Wackersdorf: *"Ich weise Sie darauf hin, daß eine Beteiligung der Veba an der Cogema und der Bau der WAA sich gegenseitig ausschließen."*

Wiederaufarbeitung in La Hague...

14.4.89: Aufgeschreckt durch das bayerische Fernschreiben versammeln sich erneut Waigel, Lambsdorff, Töpfer, Riesenhuber, Haussmann und Dick bei Schäuble im Bundeskanzleramt, um die Vorgabe für die deutsch-französischen WAA-Gespräche zu revidieren. Das Ergebnis (*"Ich war heute auch erstaunt, als ich das las"* - so der Regierungssprecher) liest sich wie folgt: *"Die Bundesregierung wird (bei den deutsch-französischen Konsultationen) keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie nach wie vor ein integriertes Entsorgungskonzept mit einem Standort der WAA in Deutschland und damit in Wackersdorf aus Gründen der Entsorgungssicherheit für notwendig hält."* Das COGEMA-Angebot solle unter der Prämisse "Wackersdorf erhalten" geprüft und das nationale mit dem internationalen Konzept harmonisiert werden. (Protokoll Bundespressekonferenz) Eine von der Koalitionsrunde eingesetzte Arbeitsgruppe solle diesbezügliche Positionspapiere für den Gipfel erarbeiten. (SZ, 15.4.)

Dabei blieb es. Zwar erklärte Bennigsen-Foerder, Wackersdorf und La Hague könne er sich nicht vorstellen. Die CSU jedoch konnte im bayrischen Landtag stolz einen Brief des Kanzlers zitieren, wonach dieser bei dem Gespräch mit Mitterand *"keinen Zweifel daran aufkommen lassen"* werde, daß die Bundesregierung eine WAA in Wakkersdorf "für notwenig" hält. (taz, 19.4.) Diese Grundlage ermöglichte der CSU fortan einen modifizierten Sprachgebrauch: Bayern, das sei doch klar, werde bei neuen Erkenntnissen gewiß nicht um eine WAA kämpfen...
In Paris kam Mitterand *"seinem Freund Kohl in der heiklen Frage der nuklearen Zusammenarbeit entgegen"*, schrieb am 21.4. die Neue Osnabrücker Zeitung: *"Wider Erwarten"* stimmte er der Errichtung von zwei WAA-Standorten zu. In der in Paris verabschiedeten Erklärung heißt es:

"Nachdem die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der französischen Regierung ihren Willen bekräftigt hat, an ihrer Politik des Brennstoffkreislaufes festzuhalten, was das Bestehen von zwei Standorten von Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland einschließt, sind die beiden Regierungen übereingekommen, die Absichtserklärung zwischen VEBA und COGEMA in einen größeren Zusammenhang zu stellen:.."

Eine französische und eine bundesdeutsche Arbeitsgruppe sollen den "größeren Zusammenhang" innerhalb von zwei Monaten konkretisieren. Der BRD-Gruppe ist hochrangig besetzt. Ihr gehören unter der Leitung Töpfers ein Mitglied der bayerischen Staatsregierung sowie die Staatssekretäre des Wirtschafts- und des Forschungsministeriums

sowie des Auswärtigen Amtes an. Die Zusammenarbeit, so Töpfer am 20.4. vor dem Bundestag, *"müsse auf zwei Säulen in Frankreich und in Deutschland aufgebaut"* werden, *"die sich bei der Bewältigung der auftretenden Lasten wechselseitig unterstützen."*

Sollen die deutsch-französischen Gespräche die schrittweise Aufgabe von Wackersdorf lediglich vernebeln? Geht es um eine zukünftige Arbeitsteilung, bei der die militärisch interessante WAA in Frankreich bleibt und die gemeinsame Brennelemente-Fertigung nach Bayern kommt? Oder wollen beide Länder an der Existenz von nationaler, großer Wiederaufarbeitungsanlagen festhalten?

Es ist noch früh für eine definitive Antwort. Zuviele Unbekannten sind im Spiel. Unabhängig von der konkreten Zukunft der WAA Wackersdorf können allerdings schon heute für die weitere Widerstandsdebatte gegen die WAA und die Stoßrichtung der Mobilisierung zur München-Demo am 3.Juni erste Thesen formuliert werden:

These Nr.1: VEBA sucht eine Überlebensstrategie für die Plutoniumwirtschaft

Die Anpassung der Grünen und die Herausbildung der REPs haben einen Regierungswechsel 1990 in den Bereich des Möglichen gerückt. In diesem Falle wäre zumindest die WAA Wackersdorf, ggfls. sogar die WAA-Option insgesamt gefährdet. Der COGEMA-Deal dient u.a. dem Ziel, dieser Option über aller politischer Erschütterungen hinüberzuretten. War es in Hessen die Bundesaufsicht, die als "Sachzwang" die Expansion der Hanauer Atombetriebe absicherte, so soll bei rosa-grün oder rosa-gelb auf Bundesebene ein deutsch-französische Staatsvertrag die Rettung der bundesdeutschen Plutoniumwirtschaft sicherstellen. *"Denn ein deutsch-französischer Staatsvertrag - "conditio sine qua non" für die Zusammenarbeit zwischen Veba und Cogema - bindet alle Betroffenen, z.B. auch eine neue Regierung in Bonn"*, vermerkte bereits am 18.4.89 das Handelsblatt. Der vielfach gefeierte "Aussteiger" an der Spitze des Veba-Konzerns entpuppt sich so als der weitsichtige Wegbereiter der Plutoniumwirtschaft; das sympathieheischende Gerede von dem "energiepolitische Konsens" als Vorschlag, wie ein sozialdemokratisches Anti-WAA-Programm ggfls. gekippt und der "Konsens" dennoch erhalten werden kann. Ohne erkennbaren "Dissens" verseuchen in La Hague schon heute überwiegend bundesdeutsche Nuklear-Hinterlassenschaften den Atlantik und den Nordwesten Frankreichs.
Die Anlehnung an Frankreich zur Sicherung von innenpolitisch gefährdeten Optionen dürfte für Kohl ein wesentlicher, wenn auch nicht der Einzige Grund sein, die Cogema-Offerte aufzugreifen. Eine in Bonn besonders gern gesehene Variante der Zusammenarbeit sieht vor, die Veba in La Hague und die Cogema in Wackersdorf einsteigen zu lassen (vgl. Protokoll Bundespressekonferenz, 17.4.). Ein derartiges Abkommen könnte sogar einer Fertigstellung der Bayern-WAA den Weg bahnen.

These Nr 2: An der "nationalen" Option wird festgehalten

Es ist noch nicht zu überschauen, ob die Bundesregierung die WAA Wackersdorf halten kann (siehe unten). Sicher ist allerdings, daß sie auf eine eigene WAA, zumal nach dem Einlenken Frankreichs, nicht freiwillig verzichten wird. Ebenso sicher ist, daß dahinter das Interesse steht, sich die militärische Nuklear-Option offenzuhalten. Bei aller deutsch-französischen Kooperation im Bereich der Ökonomie weiß man genau, daß Frankreich auch in Zukunft eine nuklear ebenbürtige BRD verhindern will. Die deutsch-französische Variante wird deshalb auch langfristig das nationale Element der BRD-Plutoniumwirtschaft nicht völlig ersetzen können.

Ausgerechnet ein Gewerkschaftsführer, der IG-Chemie-Chef Rappe, hat unter Rückgriff auf das Vokabular Adenauers einen ersten diesbezüglichen Vorschlag unterbreitet. Er unterstützte - so Rappe - ja den Veba-Chef, warne aber vor der Gefahr, die WAA-Technologie aus politischem Opportunismus ins Ausland abzudrängen: Dann *"bestünde die Gefahr, daß der Morgenthau-Plan mit 50 Jahren Verspätung verwirklicht würde."* (Adenauer nannte 1967 den Atomwaffensperrvertrag einen "Morgenthau-Plan im Quadrat".) Man dürfe - so Rappe - aus der *"nationalen Wiederaufarbeitungstechnologie"* nicht vollständig aussteigen. Deshalb solle zumindest die WAA im Kernforschungszentrum Karlsruhe, die bisher über 1000 kg Plutonium abgetrennt hat, *"erhalten und modernisiert werden."* (Handelsblatt, 19.4.89)

"Modernisiert..." - wieder so ein Schlüsselwort.

Rappe verkörpert die alte Helmut Schmidt-Linie, die im SPD-Parteiapperat weitere Anhänger und bei den Unionsparteien eine Mehrheit hinter sich weiß. Für diese Leute war und ist das Festhalten an der Politik des "geschlossenen Brennstoffkreislaufs" (siehe deutsch-franz. Erklärung) ein Teil der Staatsräson, wobei der Begriff "geschlossener Brennstoffkreislauf" nur eine Chiffre ist für die Entwicklung der militärisch abrufbereiten Technik der Urananreicherung und Wiederaufarbeitung. Es gibt für die Bundesregierung ohne entsprechende innenpolitische Zwänge keinen Grund, von der Politik des "geschlossenen Brennstoffkreislaufs" abzurücken, die z.B. 1977 mit dem Festhalten an der WAA Gorleben selbst gegen massivste us-amerikanische Anfechtungen verteidigt werden konnte. Leider gibt es z.Zt. weder in der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung noch bei den GRÜNEN eine erkennbare Anstrengung, das militärische "Stand-By"-Programm der Bundesrepublik prinzipiell aufs Korn zu nehmen. Dabei böte die aktuelle Wackersdorf-Krise gerade für eine derartige Kampagne einen optimalen Ansatzpunkt. Es war für die Bundesregierung schon immer ein Problem, ausgerechnet die waffentechnisch bedeutsamen Technologien als angeblich "nationales" Erfordernis zu verankern. Stärker

...deutsch/französischer Atommüll...

als jemals zuvor ist man heute in Bonn mit der Schwierigkeit konfrontiert, *"daß diese (waffentechnische) Möglichkeit in der Bundesrepublik tabuisiert (ist) und man sich daher nicht einmal intern darüber klar verständigen (kann), wie gewichtig dieses machtpolitische Interesse (ist) und wieweit man sich darauf verlassen (kann), daß der Staat die erforderlichen Technologien zu gegebener Zeit ohne viel Aufhebens mitfinanzieren (wird)."* (siehe auch Anmerkung (2).

3. Aus für die WAA Wakkersdorf?

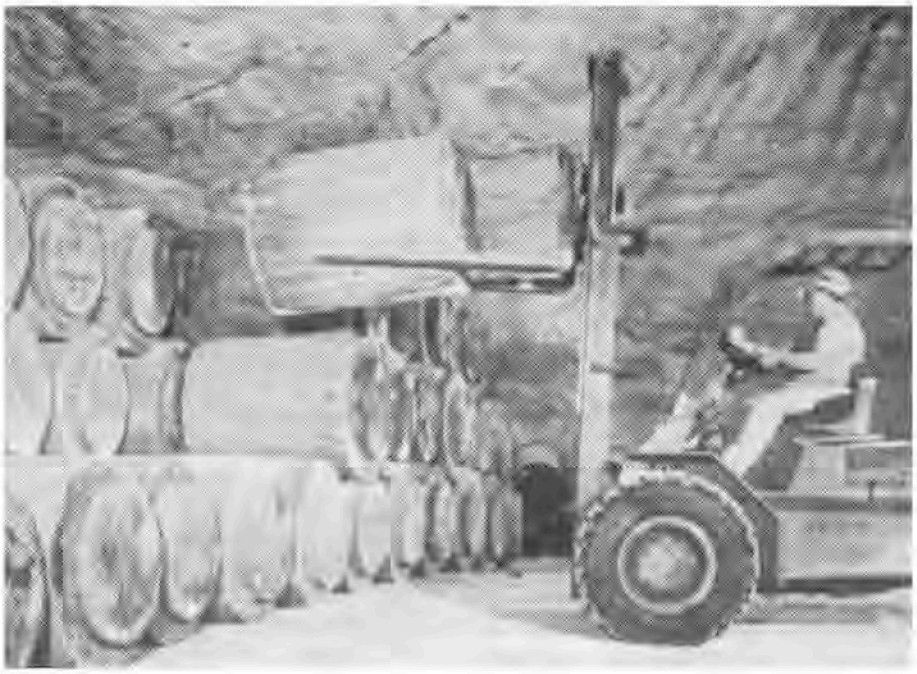
Das COGEMA-Angebot hat die schon länger bestehenden Widersprüche innerhalb der herrschenden Eliten zur Frage der WAA Wakkersdorf dramatisch zugespitzt.

Die VEBA AG ist nicht irgendjemand. 1985 rangierte sie mit 50 Mrd. Umsatz und 70.000 Beschäftigten auf Platz 4 der umsatzstärksten Unternehmen. Am AKW-Bereich beherrscht sie u.a. die PreussenElektra, die Urangesellschaft und die Uranit. In ihrem Windschatten hat sich die Fronde der erklärten Gegner einer nationalen Groß-WAA weiter verbreitert: Die Mehrzahl der Energiekonzerne, die SPD, die FDP-Parteibasis und Teile der CDU sind heute gegen den Weiterbau der WAA.

Ein entgegengesetztes Interesse haben bisher neben der CSU der WAA-Erbauer Siemens, Teile des Bayernwerks und die DWK angemeldet.

Auf der Erscheinungsebene gibt es einen Widerspruch zwischen dem eher westeuropäisch denkenden, profitratenkalkulierenden Großkapital um einen Bennigsen-Foerder und den eher chauvinistisch orientierten Frontsoldaten um Dregger und Waigel - mit einem Kanzler zwischen den Seilen. Die Wirklichkeit sieht natürlich etwas komplizierter aus. So darf die eine Seite durchaus Kritik an der vorwiegend ökonomischen Argumentation der VEBA geübt werden, während die Wackersdorf-"Gegner" die Tabuisierung der militärischen Optionen zur eigenen Maxime erheben.

Graf Lambsdorff spricht von einer *"außenpolitischen Frage von höchster Brisanz"* um gleich darauf den Finger auf den Mund zu legen. Man weiß davon aber hält das Maul. Genscher, der heute gegen den Stahlhelm den kürzeren zieht, wird ihn morgen in der Debatte über einen grundgesetzlichen Atomwaffenverzicht erneut verteidigen. Als **"stiller Teilhaber der gegenwärtigen Regierung"** in der Frage der WAA (FAZ, 28.4.) wird auch die SPD nicht aus der Reihe scheren. Selbst Wolfgang Roth, der noch 1986 die WAA als "Option für deutsche Kernwaffen" bekämpfte, hat heute den Schongang eingelegt, wenn er nur noch den *"wirtschaftspolitischen Skandal"* (FR,15.4.) an den Pranger stellt. Es bleibt somit einem Lothar Domröse, Generalleutnant a.D. und Präsident der Clausewitz-Gesellschaft vorbehalten, den deutsche Atomwaffen-Standpunkt in Erinnerung zu bringen:



...Endlagerung im Schacht Konrad

"Jede Überlegung zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, auch jede Strategie, hat die Existenz von Nuklearwaffen oder die Möglichkeit einzubeziehen, Nuklearwaffen mit Beginn eines Krieges zu produzieren." (Europ.Wehrkunde, 2/89, S.80) Voila!

Nun ist Wackersdorf in der Tat weder Fisch noch Fleisch: Als Militärprojekt ist die Anlage überproportioniert, als Projekt der Energiewirtschaft hingegen konkurrenzunfähig, da zu klein.
Das Schicksal der WAA Wackersdorf ist derzeit nicht absehbar:

Auf der einen Seite möchte man keinen Pfifferling mehr auf die Zukunft dieser Anlage verwetten:
Die militärische Option ist nicht an Wackersdorf gebunden: Karlsruhe, Gronau und Hanau bieten genug. Da eine Absage an Cogema mittlerweile offenkundig ausgeschlossen wird, stellt sich selbst für ein verkleinertes Projekt das Probleme, die erforderlichen Milliardenausgaben mit nichtmilitärischen Argumenten zu legitimieren. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Wackersdorf-Verzicht bereits jetzt als Trumpfkarte für die deutsch-französischen Atomgespräche bereitgehalten wird.

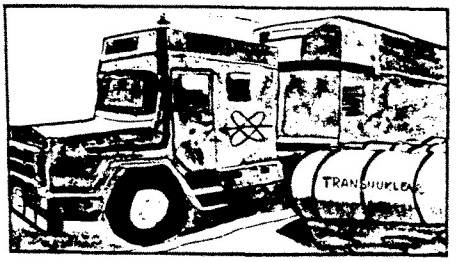
Andrerseits sollte man gerade dieser Regierung immer nur das Schlimmste zutrauen. Der Poker mit dem Pochen auf die nationale Option war bisher keineswegs erfolglos. Neue chauvinistischen Verdummungskampagnen deuten sich in den Beschwörungen eines angeblichen höheren Sicherheitsstandart der bayerischen WAA bereits an. Ein Einstieg des zivil-militärischen Cogema-Konzerns in Wackersdorf würde der BRD - wenn auch nur für den Preis einer französischen Mitsprache - die Option auf die großtechnische Plutoniumherstellung erhalten.
Im Kontext der geplanten Europäischen Sicherheitsunion galt Wackerdorf bisher als eine wesentliche materielle Verkörperung der "Drittstaatenthese" Helmut Kohls: Die Anlage war und ist ein Symbol für den Anspruch auf nukleare Gleichrangigkeit gegenüber Frankreich und Großbritannien. Wir dürfen niemals vergessen, daß in einem nicht unwesentlichen Detail auch ein Bennigsen-Foerder unter Seinesgleichen in der Minderheit ist: Mit seiner Mahnung, man dürfe *"nicht vergessen, daß wir ein kleines Land sind."* (Spiegel 16/89)

Daraus folgt: Noch niemals gab es größere Chancen, die WAA Wackersdorf zu kippen. Es wäre jedoch verfrüht, bereits jetzt zu jubeln und der VEBA das Feld zu überlassen. Abgesehen von Notwendigkeit, ggfls. auch gegen ein Zwischenlager oder ein Brennelement-Fabrik in der Oberpfalz zu mobilisieren, muß gerade jetzt der Widerstand gegen die WAA auf allen Ebenen verstärkt werden. Jedes weitere Festhalten an Wackersdorf muß als unzweideutiger Beleg für militärische Nuklearambitionen in Bonn denunziert werden. Gleichzeitig muß der Widerstand auf Karlsruhe, d.h. auf jede weitere nationale WAA-Option ausgeweitet werden.

Gleichzeitig sollten wir uns in aller Schärfe von der VEBA abgrenzen und stärker als bisher La Hague zum Gegenstand von Anti-WAA-Aktivitäten machen. COGEMA ist gleichermaßen im zivilen und militärischen Atombereich engagiert. Der Aufbau einer deutsch-französischen Plutoniumindustrie bedeutet, daß

Spaltprozesse

Der Veba-Chef Rudolf von Benningsen-Foerder ist ein kluger Kerl. Er kann rechnen, von daher weiß er, daß eine WAA in Wackersdorf dreimal teurer kommt als die Wiederaufbereitung in der französischen Plutoniumschmiede Cap de la Hague. Außerdem aber kennt er den politischen Preis der WAA und will der Anti-AKW-Bewegung die Spitze nehmen. Im SPIEGEL-Interview (Nr. 16/89) plädiert er für den Rückzug aus Wackersdorf, um "den notwendigen energiepolitischen Konsens zwischen Kernenergie und Kohle wiederherzustellen". Benningsen-Foerder will den "Reizpunkt Wackersdorf zurücknehmen", um wenigstens den Betrieb der AKWs nach dem horrenden Akzeptanzverlust der letzten drei Jahre seit Tschernobyl und Transnuklear "konsensfähig" zu machen. Vor ihm hat schon jemand für diesen taktischen Rückzug plädiert. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) rang sich 1979 zu einem Nein zur WAA Gorleben durch, die er für technisch machbar, politisch aber nicht durchsetzbar hielt. Interessante Parallele in der Argumentation: die WAA sollte aus der Planung herausgenommen werden, damit die Vorbereitungen zur Errichtung des Endlagers ohne zeitliche Stockungen termingerecht vorankämen. Albrecht in einem Brief an den damaligen Kanzler Schmidt (SPD): "Entscheidend ist, daß Arbeiten zur Vorbereitung eines Endlagers weitergehen, und daß die Entsorgungskoppelung nicht den Betrieb der vorhandenen Kernkraftwerke lahmlegt und den Bau weiterer verhindert." Fragt sich, ab derartige Rechnungen aufgehen. Denn politische Widersprüche zwischen der bayrischen Anti-WAA-Bewegung und der Anti-AKW-Bewegung gibt es in der Tat. Die Oberpfälzer Plutoniumküche fokussiert zunächst Forderungen der Friedensbewegung wegen des möglichen Zugriffs der BRD auf den Bombenstoff, der von Stillegung betroffenen Kollegen der Maxhütte ("Maxhütte ja — WAA nein") und der Anti-AKW-Bewegung gegen den weiteren Ausbau des Atomprogramms. Der besondere Titel "Anti-WAA-Bewegung" unterstreicht bündnispolitische Besonderheiten und läßt Spielraum für Positionen, die im Gegensatz zu den Forderungen der Anti-AKW-Bewegung stehen. So wird in einem Info der Amberger BI gegen den Bau der WAA die Studie der Projektgruppe Andere Entsorgungstechniken (PAE) des Kernforschungszentrums Karlsruhe zitiert, die im März 1985 veröffentlicht wurde. In dieser Studie wird nachgewiesen, — und die Herausgeber des Infos schließen sich dieser Sicht an —, daß die direkte Endlagerung ohne Wiederaufbereitung sowohl unter dem Aspekt der radioaktiven Umgebungsbelastung als auch finanziell erheblich vorteilhafter als der Pfad der Wiederaufarbeitung ist. Ein Plädoyer für die direkte Endlagerung ist — zum Glück — in der Anti-AKW-Bewegung nicht konsensfähig, sondern würde auf scharfe Ablehnung stoßen. Wer mit dem Eintreten für eine Atomanlage eine andere verhindern will, strapaziert die Solidarität und riskiert den Bruch. Man könnte es noch für einen Ausrutscher aus den Anfängen der Anti-WAA-Bewegung halten, wenn sich diese Haltung nicht facettenreich bei den Bündnispartnern wiederholte. Der Rechtsvertreter von Greenpeace, Anwalt Christian Sailer aus München, entfaltete auf der WAA-Anhörung im Juli vergangenen Jahres in Neunburg vorm Wald unwidersprochen die gleiche Argumentation, nachzulesen im Pressespiegel der Anhörung. Die westdeutsche Sektion der Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW) demonstrierte im Herbst 1988 in Wackersdorf auf der Grundlage eines 10-Punkte-Programms. Punkt 4: "Wiederaufbereitung von abgebrannten Kernbrennstoffen führt wegen der damit verbundenen höheren Emission radioaktiver Nuklide in die Biosphäre zu größeren gesundheitlichen Schäden als die direkte Endlagerung entsprechend behandelter Brennelemente." Derartige Losungen machen es auch dem DGB und der SPD leicht, in das Anti-WAA-Bündnis mit einzusteigen, denn es beschreibt exakt die Position dieser Organisationen. In einer Senatsdrucksache der Hamburger Bürgerschaft — ebenfalls zum Systemvergleich WAA - direkte Endlagerung — läßt sich nachlesen, wie sich die SPD die Lösung vorstellt. Unter dem Titel "Aspekte der Sozialverträglichkeit" wird darauf verwiesen, daß der Bau und Betrieb von AKWs "in großen Teilen der Bevölkerung ohne Akzeptanz geblieben" ist. Und weiter: "Bezogen auf die direkte Endlagerung heißt das, daß eine derartige Entsorgung akzeptanzfördernd wirkt, da nicht nur die radioaktiven Emissionen reduziert werden, sondern auch der Ausstieg aus der Kernenergie — ohne Schaffen von Sachzwängen — offenbleibt. Sollte auf Kernenergie nicht verzichtet werden, bleibt nach einer Langzeitzwischenlagerung immer noch die Option des Wiedereinstiegs." (Drucksache 11/446, 11. Wahlperiode).



PLUTONIUM AUCH IN IHRE NÄHE! UND AUF IHRE KOSTEN..

Die Offensive der Elektrizitätswirtschaft zum Ausstieg aus der "nationalen Lösung" stellt die Anti-WAA-Bewegung auf eine harte Probe, und es muß sich zeigen, ob die Verzahnung mit der Anti-AKW-Bewegung und die politische Reife so stark sind, daß man hier einer Versuchung widersteht. Ob hier der Weg der Sozialdemokratisierung der Anti-WAA-Bewegung vorgezeichnet ist oder ob die Losung der Anti-AKW-Bewegung "Über den bereits vorhandenen Atommüll reden wir erst, wenn der Ausstieg aus dem Atomprogramm beschlossene Sache ist" auch bei der sich abzeichnenden Europäisierung des Atomprogramms und der internationalen Arbeitsteilung greift, wird an den anderen Atommüllstandorten Ahaus, Salzgitter, Wolfenbüttel und Gorleben äußerst wachsam verfolgt. Bestimmt nicht nur dort, sondern auch in den Chefetagen von VEBA und Konsorten.

Wolfgang Ehmke

---

die Stromverbraucher bei uns zu allem anderen Ärger zukünftig auch noch dazu verdammt werden, die Force de Frappe zu subventionieren.

mk (Red.)

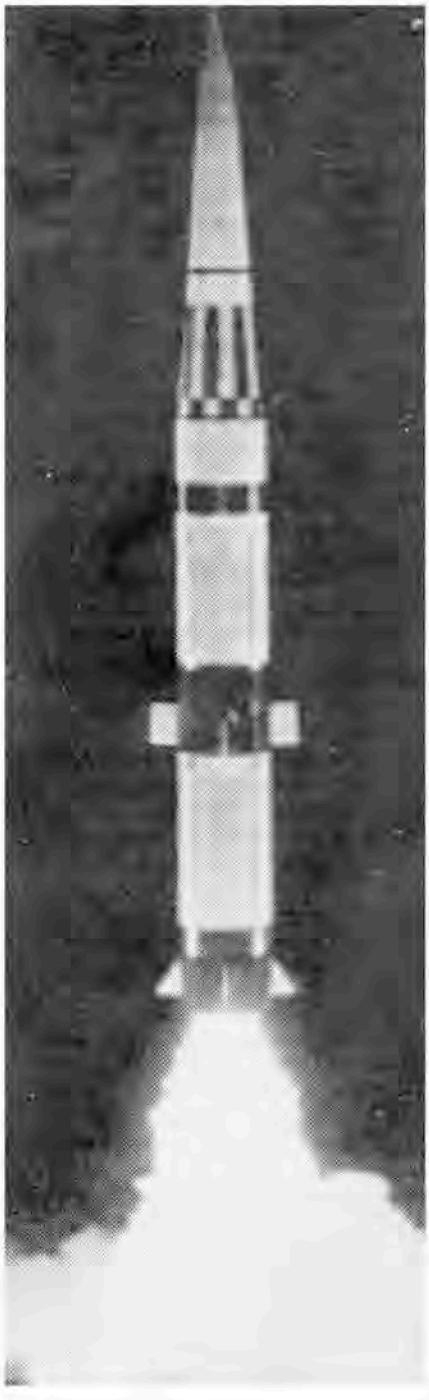
Anmerkung zu (1):
der Pressemitteilung wurde nachträglich - mit anderem Schreibmaschinentyp - eine Ergänzung, jedoch an einer falschen, logisch unsinnigen Stelle, eingeklebt, was auf Hektik schließen läßt. Anlaß war die Behauptung Benningsen-Foerders vom 16.4., die Bundesregierung habe seine Pläne gekannt und im Prinzip gebilligt.

Anmerkung zu (2):
so Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, Reinbek 1983, S.290 in der Vergangenheitsform über die Probleme der 50er Jahre, den Brennstoffkreislauf zur "nationalen" Aufgabe zu erheben. Diese Verständigungsschwierigkeiten sind bis heute ein nicht gelöstes Problem.

Aktuell erleben wir in der BRD eine Diskussion über ein eventuelles Fallenlassen der WAA in Wackersdorf und stattdessen eine Beteiligung der VEBA an der französischen WAA in La Hague.
Eine sehr verkürzte Agitations-Parole der Anti-AKW- und Friedensbewegung war: Die WAA in Wackersdorf bedeute den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft. Das in einer solchen WAA anfallende Plutonium könne für eine eigene **deutsche A-Bombe** verwendet werden. Was wäre also näherliegender als aus den jetzigen Diskussionen die oberflächliche Schlußfolgerung zu ziehen, mit der WAA in Wackersdorf falle auch die deutsche Option zur eigenen Bombe.

Die Plutoniumwirt-

Da werden mal wieder, und nicht zum ersten Mal, reichlich journalistische Nebelbomben geworfen und bewußt oder unbewußt falsche Fährten gelegt. Wieder einmal wird uns vorgerechnet, wie unwirtschaftlich doch das ganze Atomprogramm (einschließlich der WAA und Schneller Brüter) ist. Nur eins ist in der jetzigen Debatte ein völliges Tabu, egal ob man die konservative FAZ oder den linksliberalen Spiegel oder die Frankfurter Rundschau oder taz liest. Die tabuisierte Frage lautet: Wo verlaufen die militärischen Spuren, Interessen und Optionen in der jetzigen Debatte zwischen der BRD und Frankreich? Warum kann man nicht einfach zugeben, daß am Anfang der Atomforschung das militärische Interesse stand, sowohl in Nazi-Deutschland als auch in den USA, und daß bis heute auch die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie siamesische Zwillinge sind, die sich nicht voneinander trennen lassen.
Bundeskanzler Kohl vertrat nach dem deutsch-französischen Gipfel in Paris das Zwei-Säulen-Konzept: d.h. vorläufig soll sowohl an der WAA in Wackersdorf festgehalten werden als auch eine Beteiligung an der WAA in La Hague erfolgen. Wirtschaftlich gesehen ist diese Option absolut sinnlos. Einen Sinn macht sie nur unter politischen und militärischen Gesichtspunkten. Diese könnten folgendermaßen aussehen: Mit der WAA in Wackersdorf möchte man (noch) nicht die eine diplomatische Trumpfkarte aus der Hand legen, mit der man eine Mitverfügung, Beteiligung o.ä. an der französischen Atombewaffnung im Sinne einer gemeinsamen Militärgroßmacht Europa erstreiten möchte. Mit der Beteiligung an der WAA La Hague könnte die deutsch-französische Plutonium-Kooperation ausgebaut werden. Auch hier könnte es sein, daß die BRD, — wenn sie schon an der Plutoniumerzeugung beteiligt ist, an der "Force de Frappe" zukünftig mitbestimmen will.
So utopisch wie sich das anhört ist dies gar nicht. Seit geraumer Zeit gibt es bei den Militärstrategen der BRD, Frankreichs und Englands eine Diskussion über eine westeuropäische bzw. eine deutsch-französische Atomstreitmacht. Im Februar dieses Jahres bezeichnete der französische Verteidigungsminister den Beginn der atomaren europäischen Verteidigung durch England



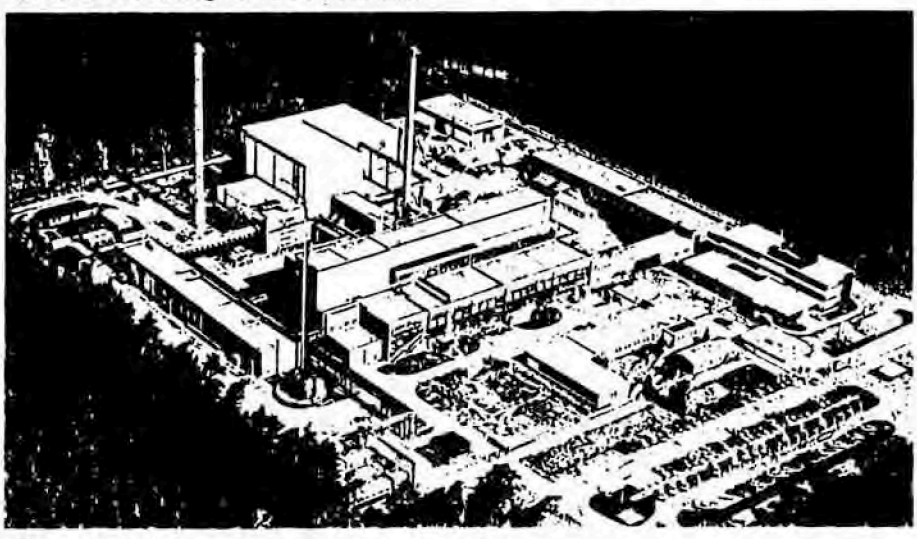
und Frankreich als **"Embryo"** einer **gemeinsamen europäischen** Verteidigung. Es gibt in Frankreich seit einigen Jahren unzählige Angebote und Diskussionen, die BRD an der nuklearen Zielplanung der "Force de Frappe" zu beteiligen, den sogenannten Atomschirm über die BRD auszuweiten und eine gemeinsame, möglichst weit gen Osten gerichtete Vorneverteidigung anzustreben. Eine dieser Überlegungen war folgende: Die französische Hades-Rakete möglichst nahe an der DDR-Grenze mit Neutronen-Sprengköpfen zu bestücken und in der BRD hierfür ein Zweitschlüsselsystem anzubieten. Im Dezember 1988 wurde als Zusatzprotokoll zum Elysee-Vertrag die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats verabschiedet, der auch eine militärisch-atomare Zusammenarbeit vorsieht. Danach stützt sich die gegenwärtige Strategie der Abschreckung nach wie vor auf eine "geeignete Zusammensetzung **nuklearer** und konventioneller Streitkräfte".
Aber auch auf dem Brüter-Sektor gibt es schon lange, (seit 1963) eine deutsch-französische bzw. westeuropäische Kooperation: An dem Schnellen Brüter "Super Phenix" ist neben Italien, Holland, Belgien und England auch die **BRD** über die RWE (Rheinische-Westfälische Elektrizitätsgesellschaft) mit 11 % beteiligt. Von dem dort erzeugten Plutonium von jährlich ca. 300 kg stehen der BRD anteilmäßig 11 % zu. Das im Super Phenix erbrütete Plutonium wird überwiegend für französische Atomwaffen verwendet, d.h. die BRD ist an der Erbrütung von Waffenplutonium für Frankreich beteiligt. Was sie mit ihrem Anteil an Plutonium macht ist unklar.
Auch die WAA in La Hague extrahiert aus einem Großteil der bundesdeutschen Brennelemente bereits **jetzt** Plutonium! Die Anlagenbetreiber behalten sich vor, etwa zwei Prozent der nach **Tonnen** zu rechnenden Plutoniumsmengen als "nicht auffindbar" zu deklarieren, d.h. einzubehalten. Was damit geschieht, ist ebenfalls unklar.
Man muß wissen, daß es in dem Atomwaffenstaat Frankreich keine Trennung zwischen ziviler und militärischer Atomenergie gibt. Zum Beispiel ist die staatliche CEA (franz. Kommissariat für Atomenergie) für das zivile **und** militärische Atomprogramm

schaft bleibt

zuständig. Frankreich plant, in den neunziger Jahren die Zahl seiner Atomwaffen auf das Fünffache zu steigern. Da muß zumindest die Frage gestellt werden, ob der Ausbau von La Hague nicht auch unter militärischen Gesichtspunkten stattfindet. Da Frankreich all diese ehrgeizigen Pläne nicht selbst finanzieren kann, sind BRD-Konzerne gern willkommen.

Aber selbst wenn es all diese deutsch-französischen Kooperationen und die WAA in Wackersdorf nicht gäbe, hätte die BRD gegenüber Frankreich noch einige nationale Trümpfe in der Hand: Da ist zum einen das bombenträchtige Kernforschungszentrum Karlsruhe. Dort gibt es bereits seit langem ein Klein-Wackersdorf und Klein-Kalkar im Maßstab 1:10, d.h. eine Wiederaufbereitungsanlage und einen Schnellen Brüter. Hier wurde bisher über 1.000 kg Plutonium abgetrennt. Das reicht je nach Qualität für 50 bis 200 Atombomben. Die ebenfalls bombenträchtige Urananreicherungsanlage in Gronau bekam in diesen Tagen das Ja der nordrheinwestfälischen SPD-Regierung zum Ausbau ihrer Kapazität von jährlich 400 Tonnen auf 1.000 Tonnen hochangereichertem, bombenträchtigen Uran. Des weiteren gibt es den staatlichen Plutoniumbunker in Hanau, in dem 2,2 Tonnen bombenfähiges Plutonium gelagert werden. Die genaue Isotopenzusammensetzung unterliegt bis heute der militärischen Geheimhaltung.
Auch das Hahn-Meitner-Institut in Berlin-Wannsee scheint in militärische Atomforschung verstrickt zu sein: Es ist bewiesen, daß das HMI Berlin neben KFK Karlsruhe nukleares Know-how für die 1979 gezündete südafrikanische Atombombe geliefert hat. Es gibt einen Austausch von Wissenschaftlern zwischen dem Hahn-Meitner-Institut und südafrikanischen Atomforschungszentren. Ebenfalls bekannt ist, daß atomare Abfälle des HMI in die USA verschickt werden und in den dortigen Atomwaffenzentren für US-Atombomben weiterverarbeitet werden.
Die Liste der Indizien für eine Verwicklung des HMI in militärische Forschungen läßt sich fortsetzen: Das HMI forscht an der Ausschaltung des sogenannten elektromagnetischen Impulses, der bei dem Einsatz von Atomwaffen entsteht. HMI-Forscher halten Vorträge bei amerikanischen Militäreinrichtungen und bei der Bundeswehrhochschule in München. Wissenschaftler des HMI nahmen an NATO-Summer-Schools teil oder waren Stipendiaten der NATO. Wenn es im HMI nicht auch militärisch Relevantes gäbe, würden diese Kontakte absolut keinen Sinn machen. Die SPD/AL-Koalition ist uns noch eine Antwort schuldig, wie sie mit diesen brisanten Informationen umgehen will. Will sie das HMI schließen, oder will sie ihm eine Art ökologischen Persilschein verpassen?
Zu einer atomaren Infrastruktur, die sich militärisch nutzen läßt, gehören drei Dinge: Das Know-how für die Fertigung von Atomsprengköpfen, Anlagen zur Herstellung von Plutonium oder hochangereichertem Uran, und weitreichende Atomraketen. Die Skandale um die KOLAS-Trägerwaffenforschung zeigen, daß auch an **eigenen** atomaren Trägerwaffen emsig weitergearbeitet wird.
Schließlich ist festzuhalten, daß die BRD nie ernsthaft auf eigene Atomwaffen verzichtet hat. 1954 wurde von der Adenauer-Regierung nur auf die Herstellung eines kompletten Atomsprengsatzes auf dem Gebiet der Bundesrepublik verzichtet, nicht aber im Ausland. 1958 wurde die atomare Bewaffnung der Bundeswehr von einer CDU-Mehrheit im Bundestag beschlossen, wenn auch nicht ausgeführt. Der 1969 unterzeichnete Atomwaffensperrvertrag wurde maßgeblich von der BRD durch deren Außenminister Willy Brandt durch Sondervereinbarungen mit den USA ausgehöhlt. Er läßt beispielsweise die Beteiligung der BRD an einer westeuropäischen Atomstreitmacht zu, d.h. genau das, was aktuell zwischen der BRD und Frankreich anvisiert wird. Er tritt im Kriegsfall ganz außer Kraft. Die Kontrollbestimmungen wurden total abgeschwächt und auf eine quasi Eigenkontrolle über die EURATOM beschränkt. Lediglich der komplette Bau eines nuklearen Sprengsatzes ist verboten. Alles andere — Atomwaffenforschung, die Herstellung von Atomwaffenkomponenten usw. — ist erlaubt. Außerdem läuft der Vertrag 1995 aus und müßte neu verlängert werden.
All das beweist, daß die BRD-Atomwaffenambitionen alles andere als ad acta gelegt sind. Sie werden leicht modifiziert im europäischen Rahmen mit Frankreich weiter vorangetrieben. Weitere Recherchen und Aufklärungsarbeit und politischer Widerstand an den bombenträchtigen Standorten ist bitter notwendig!

Frank S., Gertrud K.
Arbeitskreis Reaktoren und Raketen,
West-Berlin



Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK)

»Wir wollen deshalb...« Stellungnahme der Frühjahrskonferenz zur aktuellen Situation

Durch die Entscheidung der VEBA in La Hague 400 Jahrestonnen an abgebrannten Brennelementen wiederaufarbeiten zu lassen, wird in Umrissen ein Neuorientierung der Atommafia in europäischen Dimensionen deutlich.

1. Es deutet sich die Aufgabe des Wiederaufarbeitungsstandortes Wackersdorf an. Wir bewerten dieses nicht zuletzt als das Ergebnis des jahrelangen Widerstandes. Gleichzeitig warnen wir davor, jetzt den Widerstand gegen Wackersdorf zu schwächen. Insbesondere im Hinblick auf die Zwischenlagerung und die MOX-Brennelementefertigung rufen wir verstärkt dazu auf, Wackersdorf endgültig und unwiderruflich zu verhindern.
2. Der Ausweg La Hague bedeutet generell, daß die Atomwirtschaft an der Wiederaufarbeitung festhält und die bisherige Praxis der Verschiebung der abgebrannten Brennelemente nach La Hague und Windscale auf Dauer festschreibt. Der Entsorgungsnachweis auf dem Papier und — nach der angestrebten staatsvertraglichen Regelung — auch der weitere Zugriff auf bombenfähiges Plutonium im Rahmen einer engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich sind nur zwei Gründe.
3. KWU und Framatome kooperieren auf dem Gebiet der Reaktorentwicklung und -verkauf eng, um sich im zusammenbrechenden Exportmarkt einen möglichst großen Anteil zu sichern.
4. Im Gegenzug erhalten die sogenannten Entsorgungsanlagen Schacht Konrad und das Endlager Gorleben sowie die Pilotkonditionierungsanlage Gorleben für die deutsche und französische Atomwirtschaft erheblich mehr Bedeutung. Beide Endlagerstandorte, die sich als ungeeignet erwiesen haben, werden möglicherweise in Zukunft von der französischen Atomwirtschaft genutzt. Der Kampf wird für uns schwieriger. Insbesondere die Kontitionierungsanlage, für die im Sommer die Genehmigung und im Herbst der Baubeginn erwartet wird, bekommt bei dieser gesamteuropäischen Lösung eine zentrale Bedeutung. Die jetzt geplante 35 t Versuchsanlage ist unter diesem Aspekt nur als erste Baustufe einer großtechnischen Anlage zu sehen. Der alte Traum der Atommafia, Gorleben zum Atomklo der Nation zu machen, zeichnet sich in größeren Dimensionen als je zuvor wieder ab.
5. Es zeichnet sich ein neuer energiepolitischer Konsens zwischen CDU, CSU, FDP und SPD ab. Dies bedeutet insbesondere das Akzeptieren der Endlager Gorleben und Konrad. Nach dem Verzicht auf nationale WAA und schnellen Brüter zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird die Streitfrage, ob in angeblich 10 oder 30 Jahren abgeschaltet wird, keine entscheidende Rolle mehr spielen. Damit verschärfen sich die Rahmenbedingungen für die Anti-AKW-Bewegung.

Wir wollen deshalb:
1. Eine stärkere Mobilisierung unseres Widerstandes und eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen deutscher und französischer Bewegung. Vorgeschlagen wurde eine Konferenz im Herbst in Saarbrücken.
2. Wir werden dem im Zuge neuer Entwicklung sich abzeichnenden erweiterten Atommülltourismus nicht tatenlos zusehen und eine breite Kampagne gegen jegliche Art von Atomtransporten organisieren.
Wie bereits in der Vergangenheit, werden wir noch stärker versuchen, die Atomtransporte zu behindern. Dieses gilt insbesondere für die anstehenden Transporte abgebrannter Brennelemente in das Zwischenlager Gorleben und zur WAA nach La Hague. Atomtransporte sind das Nadelöhr der Atomenergienutzung.
3. Die Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung ruft zur Demonstration gegen WAA, Atomprogramm und Repression am 03.06. in München auf. Angesichts der Einschätzung der neuen Lage halten wir einen Redebeitrag zur Frage der "Europäischen Entsorgungslösung" einer Vertreterin oder eines Vertreters aus der Region Gorleben oder Konrad für dringend notwendig. Denn die Perspektive — großer Konsens, die BRD AKW noch 30-40 Jahre laufen zu lassen, Gorleben und Schacht Konrad Endlager für ganz Europa — erfordert verstärkten Widerstand. Sie bedeutet auch eine Phase verstärkter Repression national und international. Dagegen gilt es über alle Differenzen hinweg, die Solidarität zu organisieren. Deshalb halten wir mit aller Entschiedenheit an den vereinbarten und vorgeschlagenen Redebeiträgen zur Repression und Kriminalisierung des Widerstandes fest.

Frühjahrskonferenz

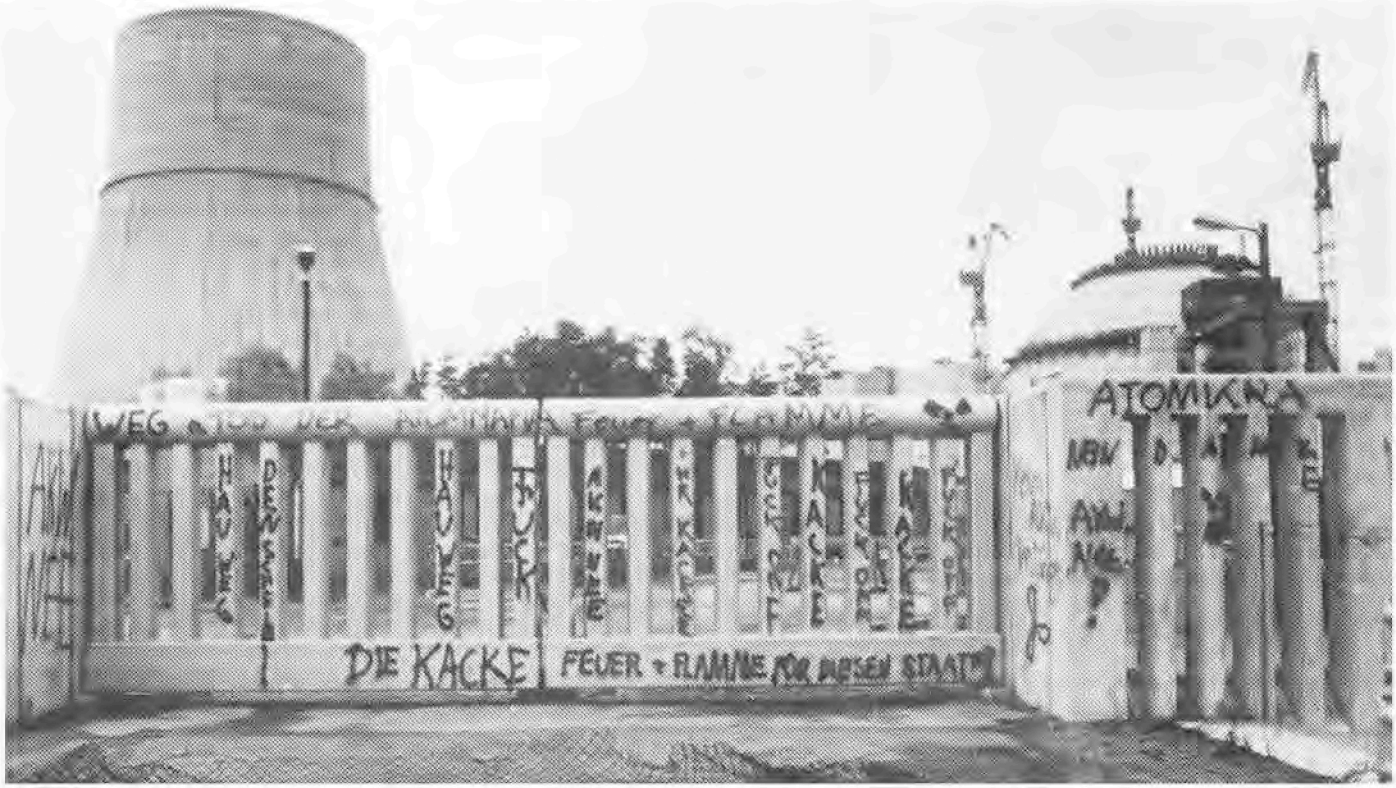


Foto: Theo Heimann

Mit vielleicht 150 TeilnehmerInnen aus 60 Gruppen war die Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung nicht gerade gut besucht — vor allem nicht angesichts der Tatsache, daß sie in eine Zeit der Umstrukturierung des Atomprogramms fiel und damit plötzlich eine ungeahnte Bedeutung erhielt. Ursprünglich war die Konferenz eher als Standortbestimmung für die Bewegung gedacht gewesen. Der vorbereitende Reader enthielt dazu eine Reihe interessanter Diskussionsbeiträge, sowohl aus der "alten" wie aus der "neuen" Bewegung. Gemeinsam war diesen Beiträgen, daß sie versuchen, eben dieses eingefahrene Klischee von "alt" und "neu" zu überwinden und Verbindendes wie Trennendes in der gesamten Bewegung inhaltlich zu bestimmen. So schrieben einige Leute vom Kölner Anti-AKW-Plenum: "Der konstruktive Umgang mit politischen Differenzen setzt ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit voraus, einen Minimalkonsens, auf dem wir innerhalb der Bewegung solidarisch diskutieren können, und der es uns ermöglicht, als Bewegung nach außen politische Akzente zu setzen." Diesen Grundkonsens definieren sie (verkürzt gesagt) so: "Haben wir die gemeinsame Einsicht, daß die Atomtechnologie eine Technologie des Massenmordes ist, dann ergibt sich zwangsläufig die benötigte Gemeinsamkeit, die wir brauchen, damit unsere Bewegung in ihrer Vielfalt gemeinsam gegen die Massenmörder kämpft." Daraus werden Perspektiven für einen systemüberwindenden Widerstand abgeleitet.

Armin aus Hamburg zeichnet in seinem Beitrag die Geschichte des Anti-AKW-Widerstandes nach und plädiert in der jetzigen Situation dafür, die Bewegung für neue Themen zu öffnen, besonders für Fragen der Ökologie.

Die Frauenkette Berlin betont in ihrem Artikel den "ganzheitlichen Anspruch" vor allem der Mütter-Gruppen, den sie bei der "alten" Bewegung zuweilen vermißt. "Unser Widerstand beginnt eben nicht bei der Demo oder am Bauzaun. Wir versuchen den Widerstand auch in unserem Alltag zu leben. Durch Entscheidungen, was wir kaufen und was wir liegen lassen, durch Gespräche und Streit an unserem Arbeitsplatz, mit Nachbarn und in der weiteren Öffentlichkeit."

Jens Scheer schließlich, Anti-Atom-Denkmal aus Bremen, hielt von resignativer Nabelschau nicht viel: "Das Jammern über die traurige Lage und Perspektivlosigkeit, das manche AKW-GegnerInnen von sich geben, wird nur übertroffen von dem Jammern über die traurige Lage und Perspektivlosigkeit, das die Atomindustrie von sich gibt."

Derlei Thesen wurden am ersten Tag der Konferenz (am 28.4. also) zunächst bewußt unstrukturiert in eher zufälligen Kleingruppen thematisiert und auf dem Plenum noch einmal andiskutiert. Allerdings war allen klar, daß in dieser Diskussion ein Mensch namens Benningsen-Foerder nicht außen vor bleiben konnte. Doch dazu mehr an anderer Stelle dieser atom.

Der dritte Tag brachte dann konzentrierte Diskussionen in thematischen Arbeitsgruppen. Protokolle dazu werden noch erstellt, hier nur einige Ergebnisse (wobei wir die AG WAA und Entsorgung hier wiederum ausspraren):

AG HTR-Modul: Der vorläufige Rückzug der Atomindustrie und die Aufhebung des Genehmigungsverfahrens wird als vorläufiger Erfolg gesehen; allerdings ist klar, daß die Atommafia den HTR immer noch als Atomtechnik der Zukunft ansieht. Der Wiederstand muß also weitergehen. Nächstes Aktionstreffen: 10.6. Osnabrück, Lagerhalle.

AG Atommülltransporte: Geplant wird eine bundesweite Kampagne gegen die Atommülltransporte. Weitere Diskussion: 17.6., Umweltzentrum Kassel, 12 Uhr.

AG Uranabbau: Die bundesdeutschen Unternehmen erschließen gegenwärtig ein neues Abbaugebiet in Kanada. Alle Anti-AKW-Gruppen sind aufgerufen, dieses Thema stärker an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Freiburger Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker vermittelt dazu Referenten, das Umweltzentrum Münster hat Materialien. Geplant ist eine bundesweite Arbeitsgruppe. Treffen: 3.6., nach der Demo, im

Anti-Atom-Büro München.
AG Anti-Atom-Gespräche: In Kindergärten und anderswo: Der Name ist Programm. Kontakt über die Nürnberger Mütter gegen Atomkraft.
AG Überwachung: Der Beschluß der letzten Anti-AKW-Konferenz zum Aufbau eines bundesweiten unabhängigen Überwachungsnetzes ist erstmal ausgesetzt. Es bestehen noch Differenzen über die Wahl eines geeigneten Meßsystems. Darüber soll jetzt erstmal eine Einigung erzielt werden.
AG Kriminalisierung: Thematisiert wurden vor allem die vielen Veranstaltungsverbote in Bayern bzw. die massiven und offensiven Auftritte von staatlichen Spähern auf politischen Veranstaltungen. Außerdem gab es aus dieser AG heraus einige Resolutionen zum Punkt Kriminalisierung, die später im Plenum angenommen wurden: gegen Isohaft und für Zusammenlegung, gegen die Inhaftierung einer AKW-Gegnerin in Lübeck, gegen die Beugehaft für zwei Frauen aus Bochum, die mehrere Wochen wegen Aussageverweigerung einsaßen.

Last, but not least, gab es eine Resolution gegen die radioaktive Bestrahlung von Lebensmitteln. Womit wir beim Essen wären. Die Konferenz war vom Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden (AKU) ja super organisiert. Nur das Essen... Da waren all die gelackmeiert, die aus (grundloser) Furcht vor Grünkern und Schlimmerem sich kein vegetarisches, sondern ein "normales" Essenskärtchen besorgt hatten. Denen lag sowohl der Neid auf die Vegetarier wie auch das servierte Eisbein (Lamm) so lange im Magen, bis Klaus der Geiger sie abends wieder auf Touren gebracht hatte.

Der Konferenz-Reader (und vermutlich auch die vollständigen AG-Protokolle) sind enthalten in der "anti-atom-aktuell", die seit einiger Zeit in Nachfolge des Atommüll-Rundbriefs vom Umweltzentrum Münster herausgegeben wird.
Die "anti-atom-aktuell" erscheint voraussichtlich monatlich und kann für 5 Mark im Monat / 60 Mark im Jahr bezogen werden bei: Umweltzentrum Münster, Scharnhorststr. 57, 44 Münster.

Resolution der Konferenz zum Hungerstreik

Seit dem 1.2.1989 befinden sich Gefangene aus RAF und Widerstand in einem Hungerstreik. Mit diesem Hungerstreik als letztem Mittel fordern sie ihre Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen, die Freilassung der haftunfähigen Inhaftierten, die Möglichkeit zur nicht kontrollierten internen Diskussion und zur Kommunikation mit draußen.
Ihr politischer Gegenpart, insbesondere die Justizminister der Länder, schalten auf stur, bzw. versteifen sich auf die sog. Kleingruppenlösungen (SPD-Länder), wie sie den Gefangenen schon in frühen Hungerstreiks zugestanden wurden und die von ihnen als "Kleingruppenisolation" abgelehnt werden.
Da der Zustand einiger Hungerstreikender kritisch ist und jederzeit mit Koma und Tod gerechnet werden muß (abgesehen von bleibenden körperlichen Schäden), bedeutet das Verhaltungen der Staatsmacht das klare Kalkül mit der Vernichtung des Gegners, begründet mit der ebenso platten wie verlogenen Parole von der angeblichen "Nicht-Erpreßbarkeit des Staates".
Gerade die Anti-AKW-Bewegung weiß aus ihrer Geschichte, wie es um die Erpreßbarkeit des Staates bestellt ist, wenn die Erpressung von Energiekonzernen, Reaktorbauern, atomwaffeninteressierten Militärs und gekauften Law- and Order-Politikern ausgeht.
Und wir wissen auch, was es heißt, von Repression und Kriminalisierung betroffen zu sein: Verbotene und auseinandergeknüppelte Demonstrationen, Räumungen, Massenverhaftungen, Fließbandverurteilungen, Giftgas, Polizeikessel etc. Radikale AKW-Gegnerinnen werden zu Terroristen erklärt, der § 129a zur Allzweckwaffe des Staates auch gegen die Anti-AKW-Bewegung.
Auch aus diesen Erfahrungen heraus unterstützen wir die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen. Die Erfüllung ihrer Forderungen ist die Voraussetzung zur Erhaltung ihrer körperlichen und geistigen Integrität. Sie ist aber auch eine Voraussetzung für eine notwendige Diskussion über politische Theorie und Praxis, eine Auseinandersetzung, die die Gefangenen fordern und wir wollen.

— "Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen.
— Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist. Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner, Angelika Goder.
Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen.
— Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen."
(Aus der Hungerstreikerklärung der RAF von Helmut Pohl, 1.2.89.)
Gleichzeitig mit den Gefangenen aus RAF und Widerstand befinden sich auch mehrere soziale Gefangene im Hungerstreik. Auch sie fordern die Aufhebung isolierender und demütigender Haftbedingungen, die Abschaffung von Zensur und Zwangsarbeit. Insbesondere unterstützen wir auch die Forderungen der Frauen in der Plötze. Allen Gefangenen, die sich sich gegen ihre Haftbedingungen wehren, gilt unsere Solidarität!
Am 29. April demonstrierten in Bonn 10.000 Menschen aus verschiedenen bundesweiten Zusammenhängen für die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen.

Resolution an die französische Anti-AKW-Bewegung:

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die Frühjahrskonferenz der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung sieht die Gefahr, daß der deutsche Atommüll statt in Wackersdorf in La Hague verarbeitet, und deutscher und französischer Atommüll in der BRD in Gorleben und Schacht Konrad gelagert werden soll. Die Atom-Mafia beider Länder plant noch engere Kooperation. Dagegen müssen wir gemeinsam kämpfen, die Atomtransporte verhindern, alle Atomanlagen stillegen. Internationale Solidarität!
Schluß mit allen Atomanlagen sofort!

Wir kämpfen weiter gegen WAA und Atomprogramm am 3.6. in München

Am 3. Juni findet in München eine Großdemonstration der Anti-AKW-Bewegung statt. Sie war geplant als Protest gegen die 2. Teilerrichtungsgenehmigung für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Daß dieser Anlaß nun aller Voraussicht nach entfallen ist, macht die Demo aber nicht überflüssig — im Gegenteil. Die Anti-AKW-Bewegung hat eine gute Chance, auf die anstehende Umstrukturierung des Atomprogramms unmittelbar und offensiv zu antworten. Sie kann zeigen, daß es den Energiekonzernen und Regierungen nicht gelingen wird, durch Retuschen an ihren Atomplänen die Anti-AKW-Bewegung in einen neuen "energiepolitischen Konsens" einzubinden. Die Demo richtet sich gegen die "Aufarbeitung" von Atommüll, gleich ob in Wackersdorf oder in La Hague. Sie richtet sich gegen die Endlagerung von Atommüll, gleich ob direkt oder "aufgearbeitet". Sie richtet sich gegen das Atomprogramm insgesamt und zugleich gegen Repression und Kriminalisierung, mit der solche Pläne durchgesetzt werden.

Erfreulicherweise hat eine Absage in dem breiten Spektrum, das die Demo trägt, nie ernsthaft zur Debatte gestanden. Sowohl auf den Trägerkreistreffen wie auch auf der Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung herrschte Einigkeit, die Zielrichtung der Demo zu verlagern und die deutsch-französische Atom-Kooperation sowie die gestiegene Bedeutung der Endlager Gorleben und Schacht Konrad mit in den Mittelpunkt zu rücken. Entsprechend wird es RednerInnen aus La Hague und aus dem Wendland bei der Abschlußkundgebung geben. Sie kommen zu den bisher festgelegten RednerInnen, die ihrerseits die Breite des Demo-Bündnisse wiederspiegeln: Hubert Weinzierl (BUND), Oskar Neumann (VVN), Gunnar Mathiesen (Martin-Niemöller-Stiftung), Vanunu, der Bruder des israelischen "Atomspions" sowie ein(e) Rednerin der Bewegung gegen die Startbahn-West.

Über zwei weitere RednerInnen kam es zu einem wochenlangen Clinch, nachdem die Bedeutung der Demo durch den VEBA-Coup jäh angestiegen war und vor allem die Oberpfälzer Bürgerinitiativen massiver in die Vorbereitungen eingestiegen waren. Sie nominierten als Redner Prof. Armin Weiß, eine Art Symbolfigur des Anti-WAA-Widerstandes. Obgleich als Person allseits geschätzt, ist er wegen seiner Zugehörigkeit zur grünen Landtagsfraktion als Redner nicht unumstritten — zum Demokonzept gehört eigentlich die Absprache, keine Parteiredner zuzulassen. Weiß aber ist Bestandteil eines Kompromisses, den der linke Teil der Anti-WAA-Bewegung mit dem bürgerlichen einging. Sozusagen im Gegenzug schluckten die Oberpfälzer Bürgerinitiativen und diverse Tschernobyl-Gruppen die Tatsache, daß zum Punkt Gentechnologie und § 129a als Rednerin Ingrid Strobl vorgesehen ist (deren Rede vermutlich von Frauen verlesen wird, die gegen die Beugehaft aktiv sind). An diesem Punkt drohte das Bündnis beinahe noch zu platzen. Vom "bürgerlichen" Spektrum kam immer wieder das schwer diskutierbare Argument, mit Strobl bekäme die Demo eine Schlagseite in Richtung militanter Widerstand, revolutionären Zellen und womöglich zum Leibhaftigen selbst, nämlich zur RAF. Sie, als Aktivisten, wüßten ja, daß das nicht stimmt, aber ihre Basis mache da nicht mit usw. An diesem Punkt kann mensch immer viel erzählen, daß diese Argumentation nämlich genau das ist, was der Staat mit dem Konstrukt des § 129a bezweckt. Alle Diskussionen prallen an dem Hinweis auf die ideelle Gesamtbasis ab, der so etwas offenbar nicht klarzumachen ist.

Ausgerechnet der biedere BUND Bayern rettete schließlich die Situation. Auf dem letzten Trägerkreistreffen sprach er sich für Strobl aus unter der Bedingung, daß sich ihre Rede auf Gentechnologie und § 129a beschränkt und nichts zu RAF, Hungerstreik und Zusammenlegung enthält. Hinter dem BUND mochte dann niemand mehr zurückfallen, und so kam es zum Kompromiß. Für eine der beiden Auftaktkundgebungen wurde sogar noch eine Rede zur Isolationshaft für politische Gefangene genehmigt.

So ruft denn für München ein breites Spektrum auf, das von christlichen und Nach-Tschernobyl-Gruppen über Naturschutzverbände, Friedensbewegung, VDS, DKP, Grüne, Gewerkschafter, Anti-WAA-Spektrum bis hin zur "traditionellen" Anti-AKW-Bewegung und sogar zu einem Teil der Autonomen reicht. Auch einige Sozis sollen sich angesagt haben. Bleibt zu hoffen, daß die Demo so bunt wird wie ihr Unterstützerkreis, so laut wie die Vorbereitungstreffen und phantasievoller als die Diskussionsrituale dortselbst.

3.6. Demo in München
Auftaktkundgebungen: 11 Uhr Rotkreuzplatz und Postwiese Haidhausen. Abschlußkundgebung: 14 Uhr Odeonsplatz.
Geplant sind neben der Demo: Widerstandscamp, Radl-Demo, Atommülltransporte u.a.m.
Nähere Infos: Anti-Atom-Büro, Holzstraße 2, 8000 München 5, Tel. 089/2608550. Dort können auch die Demo-Aufrufe und -Plakate bestellt werden.
Es mangelt übrigens an Geld für die Demo. Kohle geht aufs Sonderkonto Arnulf Klentzin, Postgiroamt München, BLZ 700 100 80, Kto.: 503 73-801

Die Advanced Nuclear Fuels GmbH (ANF) im Lingener Industriepark Süd hat beim niedersächsischen Umweltministerium die atomrechtliche Genehmigung zur Errichtung einer Trockenkonversionsanlage beantragt. Die öffentliche Auslegung der Antragsunterlagen findet zeitgleich mit dem Genehmigungsverfahren zum Schacht Konrad statt — in der Zeit vom 29. Mai bis zum 28. Juni.

Seit 1979 werden in Lingen Brennelemente gefertigt. In den zurückliegenden 10 Jahren wurden 4.000 Brennelemente produziert, das sind 650.000 Brennstäbe oder 1.400 t Uran. Laut eigenen Angaben hat die Fabrik einen Anteil von 20 % am bundesdeutschen Brennelementemarkt. Das ist schon ganz beachtlich, wenn man bedenkt, daß nur Uranbrennlemente hergestellt werden und der Anteil von Mischoxid(MOX)-Brennelemente am hiesigen Markt nicht unerheblich ist. Zu den Kunden in der BRD gehören z.B. Esensham und Würgassen. Die Hauptabnehmer der Lingener Brennelemente sind Frankreich und Schweden. Daneben wird aber auch z.B. Belgien beliefert. Dadurch hat die Lingener Brennelementefabrik mittlerweile einen Marktanteil von 7 % in Gesamteuropa.

Ursprünglich hatte die sehr großzügig angelegte Fabrik eine Genehmigung für 180 t Jahresproduktion. Im Juli 1983 wurde die Genehmigung auf 400 t erweitert, einschließlich einer Option auf 800 t. Bis 1988 wurden in Lingen lediglich Urandioxidtabletten (UO_2-Pellets) in Hüllrohre verfüllt und zu Brennelementen montiert. Die UO_2-Pellets wurden aus den USA angeliefert. Im März 1987 erteilte das niedersächsische Umweltministerium die Genehmigung, aus Urandioxidpulver UO_2-Pellets zu pressen. Diese Pelletisierungsanlage ist mittlerweile fertiggestellt.

Die beabsichtigte Trockenkonversion würde die Produktionspalette weiter vervollständigen. Es sollen 20 Millionen Mark investiert werden und damit 20 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zur Zeit malochen 180 Arbeiter plus 30 »Fremdfirmenarbeiter« in der Atomfabrik.

Was soll genehmigt werden?

Die Uf_6-Trockenkonversionsanlage dient der Umwandlung von gasförmigem Uranhexafluorid (UF_6) unter Zugabe von Wasserdampf und Stickstoff zu Urandioxid. Daneben ist beabsichtigt, ein Freilager für 2.000 t UF_6 zu schaffen. Die Lagermenge Uran soll von jetzt 300 t auf 600 t verdoppelt werden. Das Genehmigungsverfahren läuft nach § 7 AtG und § 4 BImSchG. Gutachter sind auf Seiten der Betreiber die Steag und für das niedersächsische Umweltministerium der TÜV-Hannover. Die Trockenkonversion ist ein neues, firmeneigenes Verfahren. Bislang gibt es lediglich in Richmond (USA) eine Pilotanlage. Sie hat etwa 1/3 der beantragten Kapazität.

Die Atomregion — Euregio

Mit der Trockenkonversionsanlage wird in der Euregio eine weitere Lücke im atomaren Brennstoffkreis geschlossen. Der Brennstoffkreis beginnt mit der Urananreicherung in der UAA in Gronau. Dort wird Uranhexafluorid (UF_6) auf die für Leichtwasserreaktoren notwendigen 3-5 % Uran-235 angereichert. Dieses angereicherte UF_6 kann in Lingen (40 km entfernt) zukünftig in UO_2-Pulver verwandelt und am gleichen Ort zu UO_2-Pellets und weiter zu fertigen Brennelementen verarbeitet werden. Das Atomkraftwerk Lingen II...usw.. Den traurigen Abschluß bilden ein Zwischenlager Ahaus und Cäsiumverseuchte Molke kann in Lingen dekontaminiert werden.

Neue Anlagen — neue Risiken

Mit den jetzt notwendig werdenden UF_6-Transporten in erheblichem Umfang sind große Risiken verbunden. Die Lingener Brennelementefabrik hat keinen Bahnanschluß. Die Transporte müssen deshalb über unfallträchtige Straßen abgewickelt werden. Besonders negativ fällt da das Nadelöhr, die Lingener Umgehungsstraße (B 70), auf. Bei einem Unfall besteht die Gefahr, daß UF_6 freigesetzt wird. UF_6 spaltet sich dann in Flußsäure und Uranylfluorid. Allein Flußsäure reagiert äußerst heftig. Bei einem Unfall mit Freisetzung bedeutet das bei einem Aufenthalt von 10 Minuten im Umkreis von 100 Metern für die Hälfte der anwesenden Personen den Tod. Evakuiert werden muß mindestens auf 1 km Entfernung. In Windrichtung entsprechend weiter.

Mit den beantragten großen Mengen für Fluorwasserstoffimission sind weitere Gefahren verbunden. Fluorwasserstoff (HF) greift Schleimhäute (Atemwege) und Bindehaut der Augen an. Pflanzen reagieren ebenfalls äußerst empfindlich. Zusätzlich gefährdet das Fluorwasserstoff die Ozonschicht der Erde...

Siemens — Konzernstrategie

Exxon plante in den siebziger Jahren mit der Brennelementefabrik Exxon Nuclear GmbH in Lingen ins europäische Brennelementegeschäft einzusteigen. Der Markt entwickelte sich nicht so wie erhofft und Exxon zog sich aus dem Servicegeschäft für Atomkraftwerke zurück. Im Januar 1987 übernahm die Kraftwerk-Union (KWU) die Exxon Nuclear Company und benannte sie um in »Advanced Nuclear Fuels Corporation« (ANF). Die Lingener Brennelementefabrik, seither »Advanced Fuels GmbH«, ist eine 100 % Siemenstochter. Für die Organisations- und Betriebsstruktur hatte das keine Konsequenzen. Zusammen mit der Lingener Anlage verfügt der Siemenskonzern nach der Entflechtung (?) a la Töpfer durch die Übernahme der Nukemanteile an den Hanauer Fabriken über ein Monopol in der Brennelementeherstellung.

Der Siemenskonzern hat nun die erklärte Absicht, mit zwei selbständig wirtschaftenden Abteilungen eine größtmögliche Unabhängigkeit von politischen Pressionen zu schaffen. Bedingung dafür ist, daß sowohl in Lingen als auch in Hanau vergleichbare Kapazitäten und Quantitäten vorhanden sind. Durch langsamen, aber kontinuierlichen Ausbau ist auch in Lingen eine funktionstüchtige Atomanlage geschaffen worden. Ein Ende der Entwicklung ist nicht in Sicht. Ein weiterer Ausbau scheint im Interesse des Konzerns ausgemachte Sache zu sein.

Widerstand tut not

Die Diskussion um die Brennelementefabrik war vor Ort eher dürftig. Angesichts der anderen Atomanlagen und dem Zubau Lingens als Schwerpunkt für »Problemindustrie« erscheinen die Gefahren durch diese Atomanlage geradezu lächerlich gering. Dabei kam dem Werk auch deren langatmige Salamitaktik, immer nur »geringfügig« auszubauen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand immer das Atomkraftwerk Lingen II.

Die Industrialisierung Lingens in den letzten zwanzig Jahren hat zudem wirtschaftliche Abhängigkeiten geschaffen, die es einem Widerstand schwer machen. Es partizipieren viele di-

rekt und indirekt von den Atomanlagen in Lingen. Zu ihnen zählen die Arbeiter in den Anlagen genauso wie die im Stahlwerk Benteler oder im Bleichchemiewerk Bärlocher und die, die sich durch die Stadt Lingen ihre Hobbys finanzieren lassen. Die Stadt ist sehr großzügig, da sie über etliche zig Millionen Mark an Gewerbesteuereinnahmen aus diesen Todesfabriken verfügen kann. Pervers wird es wo angebliche Gegner dieser Anlagen sich ihrem »Widerstand« (Hobby?) durch die Stadt finanzieren lassen — siehe Meßstationen des BUND und der Elternverein Restrisiko — und dafür in der Öffentlichkeit Beifall erheischen. Diese Gruppen sind für die Atomlobbyisten zu einer kalkulierbaren Größe verkommen. Andere Gegner wurden in der Vergangenheit um ihre wirtschaftliche Existenz gebracht. Gerade dies hat den aktiven Widerstand, in den letzten 15 Jahren, stark ausgeblutet. Trotzdem hat das Unbehagen gegenüber diesen Anlagen in der Bevölkerung noch stärker zugenommen als deren Ausbau. Nur davon darf man nicht allzuviel erwarten.

Leider findet die überregionale Bedeutung Lingens keine entsprechende Beachtung durch die Anti-AKW-Bewegung. Da hängt immer noch die erste gemeinsame Demo von Anti-AKW- und Friedensbewegung von 1980 in Lingen nach. Diese unsägliche Demo und die Auseinandersetzung darum vermittelten den unzutreffenden Eindruck, in Lingen fände eine Auseinandersetzung nur auf der Ebene Friede-Freude-Eierkuchen statt.

Laßt Euch nicht durch dieses Image blenden, mobilisiert gegen das Atomzentrum Lingen. Wir sind auf Eure Unterstützung angewiesen. Die Bürgerinitiative Emsland gegen Atomanlagen (BEgA) wird Sammeleinwendungen vorbereiten und Euch zur Verfügung stellen.

Ich hoffe, daß Ihr mit diesem Artikel in der Lage seid, eine richtige Einordnung der Lingener Problematik zu machen. Sollten noch Fragen offen sein, wendet euch an: BEgA c/o H. Funke, Lengericher Str. 47, 4450 Lingen (Ems) oder (wirklich nur in dringenden Fällen!!) Tel.: 0541/433516.

Mit atomfeindlichen Grüßen Heinrich Funke (BEgA-Sprecher)

Rechtshilfekonto der BEgA, Volksbank Bawinkel eG: Kto.Nr. 33354900, Blz. 28069995.

Brennelementefabrik Lingen plant Ausbau

Advanced Nuclear Fuels GmbH will UF_6- Trockenkonversion

Blockade

Foto: Ulla Lüthje

Zum Konzept unserer Aktion

Motive und Erfahrungen

Unsere Aktion hat zwei Motive:
1. Wir haben die Tatenlosigkeit gegenüber der lebenszukunftzerstörenden Atomindustrie und ihrer staatlichen Unterstützung (spätestens seit Tschernobyl und dem Nukem-Alkem-Skandal ist das ja einer Mehrheit der Bevölkerung deutlich geworden) nicht mehr ausgehalten.
2. Wir haben nach einer politischen Form für unseren tätigen Protest gesucht, die einerseits störend und radikal genug ist, um Sand ins Getriebe zu streuen, um die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen, die andererseits aber auch der gesellschaftlichen Mehrheit, die kein Interesse an den Profiten der Atomindustrie hat, in Inhalt und Form vermittelbar bleibt und deshalb politisches Bewußtsein erweitern und Protestpotentiale ermutigen kann. Gewaltfreie Blockadeaktionen haben diese Chance. Das zeigt ihre hohe allgemeine Akzeptanz. Etliche von uns haben persönlich gelernt in gewaltfreien Blockadeaktionen der Friedensbewegung vor allem vor Atomraketenlagern. — Der öffentlichkeitswirksamste und anhaltenste Protest dieser Art ist der vor dem Pershing-II-Depot in Mutlangen. Er hat in den Zeiten des allgemeinen Abschwungs der Friedensbewegung an Intensität ständig zugenommen und Politiker, Polizei, Gerichte und Medien beschäftigt und ermutigend auf die Friedensbewegung ausgestrahlt. Ein weiteres Vorbild sind für uns die regelmäßigen Blockaden des AKWs Brokdorf, die seit 3 Jahren durchgeführt werden. Wir versuchen aus der Erfahrung in Mutlangen zu lernen und sie auf den von uns gewählten Protesttort Würgassen zu übertragen. Dabei sind uns einige Grundideen des Zivilen Ungehorsam sehr wichtig.

Ziviler Ungehorsam prinzipiell

"Ziviler Ungehorsam ist ein Versuch, sich in **direkten Konflikt mit dem Unrecht** und der Macht, die das Unrecht hervorbringt oder stützt, zu stellen und diesen so auszutragen, daß das Unrecht überwunden werden kann" (Andreas Prybyski: Ziviler Ungehorsam als gesellschaftliche Konfliktstrategie). Ziviler Ungehorsam versucht, eine wirklich demokratische Gesellschaft zu schaffen, denn Demokratie kann ja nicht heißen, daß die Regierenden legitim Macht ausüben, sondern daß die Gesellschaft und jede/r einzelne Bürgerin Verantwortung hat und Politik gestalten soll. Da die Herrschenden in unserem Land gerade an den Fragen der atomaren Rüstung und Atomenergiepolitik völlig verantwortungslos und gegen bekannte Mehrheiten der Bürger handeln, ist ziviler Ungehorsam **die Notstandsform der Demokratie** angesichts ihrer abgründigen Gefährdung. Der zivile Ungehorsam macht ernst mit der Erfahrung, daß Mittel und Zweck übereinstimmen müssen. Deshalb ist er dem Prinzip der **Gewaltfreiheit** verpflichtet, das im Kern heißt, die Integrität anderer Menschen zu achten, sie nicht zu verletzen.

Warum Würgassen?

In unserer Region läßt sich an dem Schrottreaktor Würgassen beispielhaft aufzeigen, wie menschenverachtend die Atompolitik ist (Stichwort: Leukämierate, Tiefflugabstürze, bekannte Sicherheitsmängel, abgewiesene Klagen, verlogene SPD-Politik). Aber es geht uns nicht um Würgassen allein, sondern um die Stillegung aller AKWs. Würgassen liegt vor unserer Haustüre. Da sind die Menschen in unserer Region gefordert. Wir hoffen auch, daß unser Beispiel Schule macht und vor vielen AKWs ähnliche Unruheherde entstehen.
Wir rufen zu regelmäßigen monatlichen Blockaden auf, weil wir hoffen, und das Beispiel Mutlangen zeigt es, daß nur das beharrliche Insistieren auf "Straftaten" das Ärgernis, die Unruhe und den Bekanntheitsgrad schafft, den eine erfolgreiche Widerstandsaktion braucht.

Bericht von unserer ersten Blockade

Am 26.04.89, dem dritten Jahrestag nach der Tschernobyl-Katastrophe, fand am Kernkraftwerk Würgassen von 15-18 Uhr eine gewaltfreie Blockade statt. Diese Blockade war der Auftakt der "Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Stillegung aller Atomkraftwerke". Den Blockadezeitraum haben wir so gewählt, weil um 16 Uhr ein Schichtwechsel im Werk ist.
Es nahmen trotz strömenden Regens etwa 120 Menschen daran teil. Nachdem sich alle TeilnehmerInnen am Haupttor versammelt hatten, wurde beschlossen, die Gruppe zu teilen, um auch die zweite Zufahrtmöglichkeit zum AKW zu blockieren. Wir hatten nämlich beobachtet, daß der Betriebsverkehr innerhalb des Werkes zum zweiten Tor umgeleitet wurde.

Während das Polizeiaufgebot am ersten Tor sehr gering war, war es am zweiten Tor um so massiver: Vom Tor bis zur Kreisstraße war die Zufahrt von der Polizei abgesperrt. Am zweiten Tor waren dann die Auseinandersetzungen: Die Polizei sammelte immer wieder einige Wagen von Betriebsangehörigen, um sie dann als Gruppe durchzuschleusen. Umgekehrt versuchten die BlockiererInnen, den hinein und herausfahrenden Verkehr durch Hinsetzen zu behindern. Sie wurden immer wieder zur Seite geräumt. Zu Festnahmen wegen Nötigung kam es in vier Fällen: Zwei Frauen und zwei Männer wurden zur Polizei nach Höxter gebracht. Neben der Personalienfeststellung und erkennungsdienstlichen Behandlung (Foto + Fingerabdrücke) wurden sie gezwungen, sich bis auf die Haut auszuziehen. Daraufhin beschlossen die Betroffenen, eine Dienstaufsichtsbeschwerde in dieser Sache an das nordrhein-westfälische Innenministerium zu schicken. Inzwischen entschuldigte sich der Einsatzleiter nach einer massiven Pressekampagne bei ihnen. Zu einer weiteren strafrechtlichen Verfolgung der vier Festgenommenen wird es nach seinen Aussagen gegenüber der Presse nicht kommen. Insgesamt verlief die Blockade von dieser Entgleisung der Polizei abgesehen ohne erhebliche Zwischenfälle.

des Atomkraftwerks Würgassen

Unterstützung und Solidarität

Für die nächste Zeit haben wir uns vorgenommen, zunächst einmal im Monat, jeweils am dritten Samstag des Monats von 15 bis 18 Uhr weiterzublockieren; die zweite Blockade wird also am 20. Mai, die dritte am 17. Juni usw. sein.

Für unsere Aktionen ist es ganz entscheidend, daß wir von möglichst vielen Hilfe bekommen: Wir wünschen uns, daß immer mehr Menschen mit uns blockieren. Für jede Aktion brauchen wir Leute, die bereit sind, die Blockaden solidarisch zu beobachten und zu unterstützen (zum Beispiel Pressearbeit, Verpflegung, Transporte, Gespräche mit Polizei und Bevölkerung, Fotografieren). Dringend brauchen wir auch Geld: Spendenkonto Sabine Morgenroth, Postgiroamt Hannover, Konto-Nr.: 882 32-307, BLZ 250 100 30.

Kontakt: Gewaltfreie Blockade am AKW Würgassen, c/o Gewaltfreie Aktion, Postfach 2022, 3400 Göttingen, Tel: 0551/ 7702945 (Montag u. Mittwoch 17-19 Uhr).

Sabine Morgenroth, Anne Schreiner, Renate Sehrt

Foto: Ulla Lüthje

AKW Biblis Aktion:

Am ersten Frühlingstag nach wochenlangem Matsch- und Regenwetter fand am 4. März 1989 in Biblis eine Sandgebung statt. Dazu hier unser Bericht:
Das Ereignis an sich war nichts Dolles. Hundertfünfundsechzig Menschen versammeln sich, zeigen Transparente, halten Reden und hören Reden zu, rufen Forderungen, tragen Tüten, Eimer, Schaufeln auf einen Bahndamm, schütten dort aus Sand, Erde, Zement, Steinen einen Haufen auf und fahren dann unbehelligt und fröhlich nach Hause. Samstags nachmittags. In der Bundesrepublik Deutschland, Biblis.

Eigentlich nichts weiter Dolles. Als Resultat von (Vor-)Geschichten und als Teil von Geschichten, die weitergehen, ist es schon erzählenswert. Das heißt: diese Geschichten sollen hier erzählt werden. Beginnen wir mit der Transportgeschichte.
Der Abtransport der MOX-Brennelemente unter anderem aus dem Versuchskraftwerk Kahl nach Schweden brachte ja sehr viele AtomkraftgegnerInnen wieder auf die Beine. Auch bei uns, in der Region um Kahl, entwickelte sich daran eine Zusammenarbeit von Leuten und Gruppen, die zufriedenstellend funktioniert. Diese Zusammenarbeit ermöglichte eine Arbeitsteilung ungefähr so: Dort, wo der Transport losfährt, beobachten die Leute, und da, wo er ankommt, blockieren die anderen ihn. Die Transportserie Kahl-Hamm ist zu Ende, und nun könnten wir mit der neuen "Biblis-Gorleben" grade so weitermachen. Aber diese Arbeitsteilung schmeckt uns überhaupt nicht mehr. Es ist zum einen nicht lustig, über längere Zeit nur Dienstleistungsfunktionen zu übernehmen; zum anderen entspricht es auch nicht unseren Vorstellungen davon, wie wir uns einmischen, wie wir Politik machen wollen. Wir wollen fürs erste, daß uns und den Leuten hier vorstellbar wird, daß wir Transporte behindern und verhindern können. Und dann natürlich wollen wir das auch tun. Für die anderen Regionen an der Strecke wünschen wir uns das übrigens ebenfalls.
Die zweite Geschichte ist die von der Beeinträchtigung gesellschaftlicher Opposition durch die Strafverfolgungsbehörden, wenn wir Kriminalisierung distanziert nüchtern verharmlosend einmal so umschreiben wollen. Die Methode des Staates, politisch begründeten Widerstand auf der Ebene der Verfogung von Straftatbeständen entgegenzutreten, trifft die Anti-AKW-Bewegung, seit es sie gibt. Es scheint darüber hinaus, daß diese Methode in den vergangenen drei Jahren eine entscheidende Verschärfung erfahren hat. Als Beispiele seien hier nur die §-129a-Verfahren gegen AKW-GegnerInnen im Wendland und die Konstrukte der kriminellen oder terroristischen Vereinigung von Startbahngegnerinnen und Gentechnologiekritikerinnen angeführt. Verschärft oder nicht, die Methode tut jedenfalls ihre Wirkung und spaltet den Widerstand nach gut und böse. Die Tatsache, daß sich immer wieder Tausende von Menschen versammeln, um die eigene Harmlosigkeit zu loben und zu beklatschen, ist oft genug und zu Recht kritisiert worden. Die andere Variante, auf Kriminalisierungsdruck zu reagieren, scheint uns ebenso verhängnisvoll: wenn wir nur noch in immer kleineren und immer geheimeren Kreisen nachts losgehen, um dann mehr oder weniger erfolgreich zu Aktionsformen greifen, die letztlich auch symbolisch bleiben, dann ist die Wahrnehmung von uns selbst als Floh am Bein der Herrschenden durchaus angemessen. Jucken tuts die andern schon: aber wer möchte auf Dauer ein kleiner Floh sein? Uns scheint es wichtig, an einer politischen Praxis zu arbeiten, die einerseits den Beteiligten und den erstmal noch Unschlüssigen ermöglicht, die Grenzen der eigenen Biederkeit (Machen wir uns mal nichts vor!) zu überschreiten, und die gleichzeitig möglich macht, daß wir dabei etwas voneinander mitkriegen.
So. Und die dritte Geschichte um die Sandgebung herum ist die vom Störfall in Biblis. Nach Bekanntwerden des vertuschten Beinahe-Super-GAUs vom November 87 empörten sich sehr viele Leute in der Region; es kam zu Stillegungstreffen, später zu einer Stillegungskonferenz und vor Weihnachten zu einer großen Demonstration von 15.000 Menschen vor den AKWs. Die Forderung nach Stillegung beider Blöcke wurde erhoben und auch die nach dem Ausstieg aus der Atomkraftnutzung. Was uns dabei störte war der schamlose Versuch der politischen Parteien, möglichen Widerstand gegen den Weiterbetrieb der Reaktoren zu Zwecken der Wahlwerbung umzubiegen. Daß die meisten AKWs in der BRD auf SPD-Mist gewachsen sind und speziell die hessischen Sozialdemokraten ihre Atomanlagen bis zum Schluß gehegt und gepflegt haben, wollen wir gar nicht nochmal aufwärmen. Wenn aber Grüne und SPD in der Opposition die Rolle engagierter AKW-Gegner spielen, dann muß einfach auf das praktische

Foto: Theo Heimann

Sandgebung!

Foto: Theo Helmann

Versagen der Herren Jochimsen, Jansen, Leinen und Fischer im Ministeramte hingewiesen werden.
Das ist der eine Aspekt dabei. Den andern Aspekt wollen wir bei allem Eifer nicht vergessen zu erwähnen: natürlich wollen wir Biblis mit-stillegen. Nach wie vor sind wir für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen; aber deswegen können wir ja ruhig schon mal bei einem anfangen. Der 87er Störfall kann dabei nicht mehr als ein Aufhänger sein. In einer Stillegungskampagne dauernd auf Unfallgefahren herumzureiten, scheint und wenig sinnvoll. Daß Störfälle vorkommen, das wissen die Betreiber und das wissen wir als Gegnerinnen; ebenso, daß die Konsequenzen furchtbar und wir dagegen machtlos sind. Viel angreifbarer sind die Biblis-AKWs an ihrer Entsorgungsanlage. Durch die Verhinderung von Brennelement-Transporten zum Beispiel könnte der Weiterbetrieb unmittelbar unmöglich gemacht werden. Diese Aussicht ist uns die netteste; darin erschöpft sich das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten keineswegs. Bei "Entsorgung" ist für alle was dabei.
Nach soviel Vorspann kommt nun zum Schluß doch noch die Geschichte von einem gelungenen Streich. Bei Veranstaltungen, auf Plakaten und Flugblättern war darauf hingewiesen worden, daß es wichtig sei, zu diesem Ereignis Sand mitzubringen. Von abwartendem Interesse der Presse und der Polizei begleitet begann bei unerwartet schönem Wetter die Kundgebung auf dem Rathausplatz. In drei Redebeiträgen wurde auf den vertuschten Störfall, auf die Veränderungen der Bedingungen für die örtliche Initiative und auf den Stand der Kriminalisierung eingegangen. Beim anschließenden Demonstrationszug zum Bahnhof gelang es der Bevölkerung weitgehend, unbemerkt zu bleiben. Der Redebeitrag auf der Schlußkundgebung stellte die besondere Rolle der Deutschen Bundesbahn heraus, die ihr durch die Neuordnung der Atomindustrie zugekommen ist. Nach Auflösung der Versammlung muß den Teilnehmerinnen spontan wohl eine Idee gekommen sein. Jedenfalls entfernten sich alle in einem langen Zug in die gleiche Richtung, schleppten dabei Eimer und Tüten, auch einige Schaufeln waren zu sehen. Die Polizeibeamten, die offensichtlich darauf eingestellt waren, die Menge auf dem Weg zu den AKWs zu begleiten, machten zwar erstaunte Gesichter, als die Leute plötzlich auf den Bahndamm einbogen, konnten aber im Moment nichts unternehmen, dies zu unterbinden. Beim Pinkeln entdeckten dann erstaunlich viele Personen im Gebüsch weitere Schaufeln, Eimer und Zement. Als das Anschlußgleis der AKWs an einer Sandgrube vorbeiführte, entstand plötzlich eine Menschenkette bisher unbekannter Qualität. Tüten und Eimer wanderten von Hand zu Hand, und innerhalb einer Viertelstunde türmte sich auf den Schienen ein recht ansehnlicher Haufen. Damit waren es die meisten fürs erste zufrieden; es entspann sich auch eine Diskussion darüber, ob es in Ordnung ist, erst von Sand zu reden und nachher Zement beizumischen. Sicher wird es notwendig sein, diese Frage weiter zu diskutieren. Um andere Folgen brauchen wir uns zum Glück nicht zu sorgen. Die Polizei war an diesem Tag so sehr damit beschäftigt, ihre Anlagen zu schützen, daß sie sich nicht darum kümmern konnte, was diese Leute im Ried da wohl gerade treiben. In geschlossenem Zug erreichten jedenfalls alle wieder den Ort und konnten wegfahren, ohne behelligt worden zu sein.

Wackersdorf wackelt, wann kippt Brokdorf?

Es blockieren und demonstrieren seit dem 6.8.1986 an jedem 6. des Monats Anit-AKW-Gruppen aus dem Gewaltfreien Aktionsbündnis, der Solidarischen Kirche und vielen Einzelpersonen aus Hamburg und Schleswig-Holstein an den Zufahrtswegen zum Atomkraftwerk Brokdorf. Der 6. wurde gewählt in Erinnerung an den Tag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima.
Seit drei Jahren wird blockiert, aber trotzdem wird von ca. 100 Menschen, die sich regelmäßig und unregelmäßig an den Blockaden beteiligen mit keinem Gedanken daran gedacht aufzuhören.
Auftrieb erhalten die Blackaden dieses Jahr durch eine thematische Erweiterung. Z.B. wurde am 6. März das Verwaltungsgebäude der HEW in der City-Nord in Hamburg von ca. 50 AKW-GegnerInnen 2 Stunden blockiert. Grund war eine Veranstaltung mit Umweltsenator und Aufsichtsratsmitglied der HEW Kuhbier zum Thema Ausstieg aus dem Atomprogramm und Gefahren durch Atomtransporte in und um Hamburg. Kuhbier erwies sich als inkompentent und uninformiert, so daß wir direkt die HEW MitarbeiterInnen informieren wollten.
Die SPD-Hamburg gab 1986 bekannt, mittelfristig aus der Atomenergie aussteigen zu wollen. Nun zieht sie sich hinter dem Argument zurück, ein Ausstieg könne nur bundesweit erfolgen. Inzwischen hat Hamburg 87 % Atomstrom, und die HEW haben sich darauf eingestellt, die Atomkraftwerke 20 bis 25 Jahre über den ursprünglich angesetzten Ausstiegszeitpunkt 1996 hinaus zu betreiben.

Desweiteren machen wir verstärkt Infromationsstände in Hamburg - Altona **und** um unsere Blockaden bekannter zu machen, da sie in der Presse kaum noch Beachtung finden, **und** um unsere Postkarten zu verkaufen, damit anfallende Prozeßkosten gedeckt werden können, **und** un weiter zum Thema Atomanlagen zu informieren.
Informationsstände nutzen wir auch um über aktuelle Ereignisse wie z.B. dem Hungerstreik der politischen Gefangenen zu informieren.

Dazu diskutiert das Blockadeplenum eine Resolution zum Hungerstreik. Einige von uns waren wegen gewaltfreier Aktionen bereits im Knast; andere müssen sich in Zukunft damit auseinandersetzen, was ein relativ kurzfristiger Knastaufenthalt bedeutet. Allein in diesem Jahr hatten bis Mitte April mindestens 13 AKW-GegnerInnen Prozesse vor dem Amts- oder Landgericht Itzehoe wegen Nötigung durch Blockieren.
So hat der Hungerstreik der politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand, sowie der Frauen in der Plötze unsere Anteilnahme und Solidarität.

Am 6. Juli 1989 wird die Blockade von den Lebenslauten mitgesteltet werden. Die Lebenslaute sind engagierte MusikerInnen aus der gesamten BRD und haben bisher Konzertblockaden in Mutlangen, Heilbronn und Wakkersdorf durchgeführt. Ihre nächste Blockade findet am 29.5.89 in Schönberg/Schultrup statt, um gegen die Giftmülldeponie zu protestieren. Mit Ihrer Konzertblockade beteiligen sie sich an der Initiatvie Wasserzeichen: Eine Woche für das Wasser - Konzerte, Aktionen, Meditationen vom 21. - 29.5.89 in Hamburg und Lübeck.
Im Juli ist ein Theaterstück im Raum Itzehoe geplant. Es heißt: "Der Prozeß gegen die Neun von Catonsvelle". Ursprünglich geschrieben von Pater Phil Berregam. Er gehöhrt zur Schwerter zu Pflugscharen - Gruppe in den USA.
Zur Geschichte:
Bei einer Aktion, als Widerstand gegen den Krieg der USA in Vietnam, sind Menschen aus kirchlichen Gruppen in eine Art Kreiswehrersatzamt in den USA eingedrungen, haben die Akten mit Napalm übergossen und angezündet. Neun von ihnen ist der Prozeß in Catensvelle gemacht worden. Sie wurden zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Im Knast hat Pater Berregam seine Gedanken zum Prozeß aufgeschrieben. Die Berliner Theatergruppe Kompanie schrieb nach der Vorlage ein Theaterstück, das sie auch aufführte. Der Richterratsschlag 1982 (ein Treffen von fortschrittlichen RichterInnen und StaatsanwältInnen), der von Hamburger KollegInnen organisiert wurde, hatte zum Thema Ziviler Ungehorsam, dieses Theaterstück aufgeführt. Das war der Ursprung der Hamburger RichterInnen Theatergruppe. Das Stück wurde auch in anderen Städten aufgeführt. Geplant ist nun eine Aufführung für die Blockadebewegung im Zusammmenhang mit den Brokdorfblockadeprozesse, im Raum Itzehoe durchzuführen. Die Aufführung wird warscheinlich Anfang Juli stattfinden und der schleswig-holsteinische Oberstaatsanwalt Ostendorf hat schon eine Zusage für eine Diskussion hinterher gemacht.

Unsere Perspektive im August / September 89 ist der Brennelementewechsel im AKW-Brokdorf.

Seit November 87 lagern vier Plutonium Mischoxid (MOX) - Brennelemente im Lagerbecken des AKW´s. Nach Planungen des Betreibers sollen sie im Sommer eingesetzt werden. Nach dem Regierungswechsel in Schleswig-Holstein glaubten viele an einen schnellten Ausstieg aus dem Atomprogramm. Mittlerweile wird deutlich, daß weiterhin Druck von Unten kommen muß, damit sich etwas verändert, da auch die SPD Schleswig-Holstein auf einen Regierungswechsel in Bonn und einer Entscheidung der Bundes SPD wartet.

Deshalb!!! Unterstützt uns bei den Blockaden.

Unsere nächste Blockade am 6. Mai 1989 wird in Erinnerung an Tschernobyl stattfinden. Besonders auch deshalb, weil Brokdorf das erste AKW nach dem Unfall ist, das an das Stromnetz angeschlossen wurde.

Die Blockade und andere Aktionen beginnen im 13.00 Uhr und enden um 16.00 Uhr.
In Hamburg fährt ein Bus um 11.45 Uhr von U-Bahn Hagenbecks-Tierpark ab. Die Fahrtkosten betragen ca. 11 DM.

Gewaltfreies Aktionsbündnis
Büro Nernstweg 32
2000 Hamburg 50
Telefon: 040/3909222

Rechtshilfekonto Brokdorf, Gisela Findelsen, Hmb. Sparkasse (BLZ: 200 505 50) Kto. Nr.: 1009/752898

Atomausstieg in Schleswig- Holstein

Nur ein Wahlversprechen?

Angestrebt war sie schon lange, die Diskussionsveranstaltung zwischen der schleswig-holsteinischischen Anti-AKW-Bewegung und dem "Minister für Gesundheit, Soziales und Energie" Günther Jansen.
Am 25. April 1989 war es dann soweit.
Unter dem Motto "Atomausstieg in Schleswig-Holstein - nur ein Wahlversprechen?" trafen wir uns in Kiel. Mat dabei ca. 450 Menschen im Publikum und auf dem Podium Minister Jansen, Winfried Günnemann (Rechtsanwalt des Brokdorf-Klägers Karsten Hinrichsen), zwei ModeratorInnen aus Kiel und Lübeck, sowie Michael Sailer vom Öko-Institut Freiburg.

Vor allem der Redebeitrag Michael Sailers war es, den wir alle mit Spannung erwarteten. Denn Sailer, einer der Verfasser der SPD-Ausstiegsstudie , war uns als jemand angekündigt worden, der aus Sicht des Öko-Instituts, klare Stellung zum Ausstiegsgebaren der SPD in Schleswig-Holstein, beziehen sollte. Doch der zweistündige Abend verlief völlig anders, als wir erwartet hatten, denn auf das, was da kam, war wohl kaum eine Person vorbereitet.
Direkt nach der Begrüßung ergriff Michael Sailer das Wort und erklärte ersteinmal, daß er nicht etwa als Vertreter des Öko-Instituts, sondern als "politischer Mensch" anwesend sei und daß das Öko-Institut keineswegs als MitveranstalerIn der Diskussion auftreten werde. Anscheinend hatte das Öko-Institut in letzter Minute Angst vor der eigenen Courage bekommen und sich in Anbetracht der Tatsache, daß die SPD-Landesregierung noch weitere Gutachten zu vergeben hat, eigenhändig das Wort verboten.
Da saß er nun, der politische Mensch und erzählte uns, nach den inhaltlichen Ausführungen von Jansen und Günnemann, wie die Arbeit von Gruppen und Initiativen auszusehen hat. Ein Allgemeinplatz linker Politik folgte auf den Anderen und als Abschluß berichtete er uns von der positiven Resonanz der Bevölkerung, rund ums AKW Biblis, auf Veranstaltungen des Öko-Instituts.
Eins schaffte er mit seinen Ausführungen sicherlich; die Diskussion nahm eine völlig unerwartete Wendung. Plötzlich wurde nicht mehr über die SPD und ihren Ausstiegswillen diskutiert, sondern der halbe Saal begann sich und den Zustand der Bewegung zu bejammern. Einzelne inhaltliche Wortbeiträge kamen nicht mehr durch und Ideen von VorrednerInnen wurden nicht mehr aufgegriffen.
Als Jansen dann einer Vorrednerin antwortete und sie bei ihrer Forderung, "die Anti-AKW-Bewegung müsse sich von der Landesregierung emanzipieren", unterstützte, und Prof. Wassermann (Toxikologe an der Uni Kiel) Jansen klip und klar bescheinigte, daß er der Hoffnungsträger der Bevölkerung in Sachen Ausstieg sei, war der Abend gelaufen.
Fünf Minuten vor Zehn verließ der Minister das Podium und die Hälfte aller ZuhörerInnen folgte ihm, obwohl die Veranstaltung längst nicht zu Ende war.
Doch noch einmal zurück zum eigentlichen Inhalt der Diskussion:
Jansen unterbreitete ein Vier-Punkte-Konzept zum Ausstieg, wobei drei Punkte einzig und allein den juristischen Weg beinhalteten.
Sein altbekannter Kerngedanke war dabei; Fakten zu sammeln und Schwachstellen zu suchen, um dann gut vorbereitet vor den Gerichten zu erscheinen. Einer seiner Lieblingssätze (er hat ihn dreimal so oder in anderen Varianten wiederholt) lautet: *"Wer glaubt, man kann einfach Stillegen, weil man, wie ich auch, die emotionale Entscheidung getroffen hat, daß Kernenergie gefährlich ist und von uns nicht verantwortete werden kann, wird sofort vor den Gerichten scheitern."*
Dieser Satz ist natürlich unzweifelhaft richtig. Jedoch läßt er eine ganze Menge außer Acht.
Die wenigsten Menschen aus der Anti-AKW-Bewegung sind durch rein emotionale Enscheidungen zu der Forderung nach sofortiger Stillegung gekommen.
Doch dieser Satz sagt und unterstellt noch mehr. Wir alle wissen, daß der rein juristische Weg schon immer eine Sackgasse war - der Begriff der Klassenjustiz ist uns ja nicht neu. Prozesse gegen AKW's waren von daher schon immer lediglich ein Teil einer politischen Bewegung. Schließlich waren und sind es politische Entscheidungen, die Veränderungen bewirkt haben. Doch von politischen Entscheidungen, die nicht zuletzt auf Grund des Drucks der Bevölkerung entstehen, sagte Jansen kein Wort. Statt dessen verwies er uns auf die nächste Bundestagswahl und darauf, daß ein Sieg der SPD und eine dann durchzuführende Änderung des Atomgesetztes, das entscheidende Mittel auf dem Weg zur Stillegung sei.
Ansonsten brachte er noch so markige Sätze wie: *"Wir knacken die ganze Problematik der Kernenergie an der Entsorgungsfrage."* Ansonsten teilte er uns noch einen "N"-Fall im AKW Krümmel, sowie eine AKW-Überwachungsvernetzung der Landesregierung mit dem Verein "Eltern für unbelastete Nahrung" mit.
Zu Jansen bleibt abschließend zu sagen: Bei bestimmten Fragen und Feststellungen zu Versäumnissen der Landesregierung kam Jansenen arg ins Schwitzen. Doch schaffte er es immer wieder sich um die Beantwortung von Fragen herumzulawieren, bzw. Behauptungen aufzustellen, die niemand von uns überprüfen konnte.
Vor allem an den Details manifestiert sich nach meiner Meinung ein grundsätzlicher Fehler von uns als Bewegung. Natürlich ist es richtig die Politik der Landesregierung zu verfolgen, um Versäumnisse oder absichtliche Fehler anzuprangern, doch müssen wir uns auch darüber klar sein, daß wir bei dieser Form von Politik nie etwas Anderes als BeobachterInnen sein können; wir werden immer zwei bis drei Schritte hinter der aktuellen Politik der Landesregierung herhinken, und nie in der Lage sein sie an Details festzunageln. Viel wichtiger ist in diesem Zusammenhang die Frage, die auch Eingangs von dem Kieler Moderator Wilfried Voigt gestellt wurde: *"Fördert die Regierung die Bewegung oder behindert sie sie?"*. Im Zusammenhang mit den Brokdorfprozessen kann meines Erachtens ganz klar gesagt werden, daß die Regierung die Bewegung nicht etwa unterstützt, sondern torpediert. Auch wenn eine juristische Unterstützung aus einleuchtenden Gründen nicht unbedingt möchlich ist, so ist eine politische Unterstüzung doch wohl das Mindeste, was von einer Regierung erwartet werden kann, die den Ausstieg ernst meint.
Zur Bewegung ist zu sagen, daß sich Perspektiven nicht dadurch erarbeiten lassen, daß das nicht-vorhanden-sein und der Schwund von aktiven Leuten bejammert wird, sondern nur dadurch, daß die Initiativen vor Ort gucken müssen, wo sie wie handeln können, um dem Ziel der Stillegung näher zu kommen. Aus Selbstbemitleidung sind noch nie positive Impulse entstanden. Moch ein letztes Wort zur Vorbereitung der einzelnen Gruppen und Initiativen auf die Veranstaltung. Sie war mehr als mangelhaft. Dreiviertel der Redebeiträge und Fragestellungen kamen von Mitgliedern der GRÜNEN und aus Lübeck.
Wenn wir es nicht schaffen, neben dem Anprangern der SPD-Politik eigene Perspektiven zu entwickeln, dann können wir tatsächlich einpacken.

Michael
Lübecker Initiative gegen Atomanlagen

WENDLAND

Während sich das Genehmigungsverfahren zur Pilot-Konditionierungsanlage in Folge von Formfehlern dahinzieht, schreiten die Abteufarbeiten am Schacht I des geplanten Endlagers voran. Mit einer sonst im Steinkohlebergbau verwendeten Streckensenkmaschine hat sich die DBE durch den Betonpfropfen bis zu der Tiefe durchgefressen, in der ihr der Schacht 1987 bereits einmal zusammengebrochen war.

Ermittlungen

Ausgesprochen diffus ist die Situation im Falle einer Abhöraktion gegen wendländische AKW-GegnerInnen. Wie den Grünen im nieders. Landtag bekannt wurde sind im Vorfeld der zu erwartenden Castor-Transporte 7 Telefone angezapft worden.

Der Pressesprecher des nieders. Justizministeriums bestätigte, daß es sich nicht, wie zunächst vermutet, um eine Aktion des Verfassungsschutzes, sondern um eine polizeiliche Maßnahme gehandelt habe. Im Folgenden lehnten es sowohl die Staatsanwaltschaft Lüneburg als auch die Generalstaatsanwaltschaft in Celle ab, Stellung zu diesem Fall zu beziehen. Allein Rebecca Harms von der BI Lüchow-Dannenberg wurde von der Lüneburger Staatsanwaltschaft eine Aktenzeichen zugesandt, das allerdings ebenfalls unkommentiert blieb. So ist unklar, ob es überhaupt ein entsprechendes Ermittlungsverfahren gibt, das die Abhöraktion formal rechtfertigen könnte. Allerdings läßt die Tatsache, daß der Lauschangriff weder vom Dannenberger Amtsgericht noch vom Lüneburger Landgericht angeordnet worden sind, den Schluß zu, das der Antrag, die Telefone abzuhören, von der Generalstaatsanwaltschaft ausgegangen ist. Die BI Lüchow-Dannenberg geht insofern von Ermitlungsverfahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a aus. Es wäre nicht das erste Mal, daß im Vorfeld von Atomtransporten Atomkraftgegnerinnen staatlicherseits massiv unter Druck gesetzt werden. Neben einer solchen Repressionsfunktion liegt es in der Natur des Paragraphen, auf Grund seiner weitreichenden Legitimationsmöglichkeiten, die gesamte Protest- und Widerstandsszene mit Methoden auszuspionieren, die ansonsten zumindest schwerer zu rechtfertigen wären.

Aus Kreisen der Bürgerinitiative wurde ebenfalls der Verdacht geäußert, ein vermeintlicher Bombenanschlag auf die Bahnlinie Hamburg-Hannover Anfang März sei ebenso wie das Celler Loch inszeniert worden, um eine Grundlage für die Ermittlungen zu schaffen. Auf dem Streckenabschnitt zwischen Celle und Uelzen waren an Stromzuführungsmasten zwei bombenähnliche Gegenstände mit angeblich 6 kg Sprengstoff gefunden worden. Der Zugverkehr war für Stunden lahmgelegt, und Hunderte von Reisenden mußten per Bus an ihre Zielorte gebracht werden. In einem Bekennerschreiben wurden die Verhinderung der Atommülltransporte und die Zusammenlegung der RAF-Gefangenen gefordert. Daß die Bomben zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht detonierten, mag an ihrem Inhalt gelegen haben. In einem zweiten Bekennerschreiben hieß es nämlich die Sprengsätze beständen aus Zucker und Mehl. In der Staatsanwaltschaft herrscht Funkstille.

Duisburg-Connection

Eine neue Variante des Atomtourismus hält die Preussen-Elektra bereit. Sie will von den 1.271 Fässern, die im Zwischenlager in Gorleben herumstehen etwa 700 Fässer mit schwachaktivem Atommüll nach Duisburg transportieren.

Hintergrund der Reise ist die Absicht der Preussen-Elektra, die aus Stade stammenden Abfälle in der Konditionierungsanlage der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) nachkonditionieren zu lassen, um sie damit für die Endlagerung im Schacht Konrad bei Salzgitter vorzubereiten. Die wenn auch schärferen, so doch nur vorläufigen Einlagerungsbestimmungen machen es erforderlich, die Gebinde in eine Form zu bringen bzw. in Behälter zu verpacken die in der aktuellen Form der Rollreifenfässer nicht erfüllt werden. Den Vereinbarungen zufolge soll die GNS die Fässer »unter Behördenaufsicht nach bestimmten Prüfplänen inspizieren und **gegebenenfalls** nachkonditionieren. Fässer, die Preßlinge — hochdruckverpreßte Abfälle — enthalten, werden entleert und die Preßlinge in spezielle »Konrad«-Container gefüllt. Fässer mit andersartigen Abfällen werden — soweit notwendig — ebenfalls in entsprechende Container verpackt« (Presseinformation der Preussen Elektra vom 4. April 1989). Anschließend sollen die Container wieder nach Gorleben transportiert werden und dort bis zu ihrer geplanten Einlagerung in Schacht Konrad zwischengelagert zu werden.

Wann mit den ersten Transporten zu rechnen ist, steht noch nicht fest. Zunächst einmal müssen die Fässer von der Staatsanwaltschaft freigegeben werden, denn schließlich handelt es sich nicht um irgendwelche Behälter, sondern um atomare Gebinde mit einer ganz eigenen Biographie: Alle 700 Fässer stammen aus dem AKW Stade. Von dort aus gingen sie ins belgische Mol, kehrten zurück und wurden schließlich von Stade aus nach Gorleben transportiert. Sie gelangten zu zweifelhaftem Ruhm, als 1987 unter ihnen mehrere aufgeblähte, falsch konditionierte und plutoniumhaltige, mithin falsch deklarierte Fässer entdeckt wurden. Daraufhin wurde die gesamte Charge von der Staatsanwaltschaft Hanau beschlagnahmt. Im Frühjahr 1988 hatte der ermittelnde Staatsanwalt Farwick eine genaue Untersuchung des Atommülls auf ca. 100.000 DM pro Faß veranschlagt. Wenn die Preussen Elektra nunmehr die Nachkonditionierung aller Fässer mit etwa 1 Millionen DM beziffert, wird die enorme Kostendifferenz zwischen einer genauen Inspektion einerseits und der Nachkonditionierung andererseits

Nix drin

Die drohende Castor-Einlagerung bleibt vorerst das beherrschende Thema in der wendländischen Anti-AKW-Bewegung. Neue Aspekte ergeben sich aber durch die geplante Nach-Konditionierung von 700 Atommüllfässern aus dem Zwischenlager und durch die sich abzeichnende Diskussion um ein europäisches Endlagerzentrum in Gorleben.

Sie bekommen ihren Müll nicht ins Wendland: Auch der letzte Versuch der Atommafia, hochradioaktiven Atomschrott aus Stade ins Zwischenlager bei Gorleben einzulagern, ist fehlgeschlagen.

Nachdem es noch in der letzten Februarwoche hieß, die erste Castor-Einlagerung stünde unmittelbar bevor, konnten die AtomkraftgegnerInnen ihre Startlöcher bereits am 1. März vorläufig wieder verlassen. Auf Antrag der BI Lüchow-Dannenberg beschloß die Dritte Kammer Lüneburg des Verwaltungsgerichtes Stade eine Zwischenverfügung, der zufolge bis zum 30. April '89 keine hochradioaktiven Brennelemente nach Gorleben geliefert werden durften. Damit konnte im Eilverfahren ein vorläufiger Rechtsschutz aufrechterhalten werden, der bedingt ist durch das entsprechende juristische Hauptverfahren, in dem es um die Frage geht, ob die von der Physikalisch-Technischen-Bundesanstalt (PTB) erteilten Genehmigungen der DWK/BLG-Anlagen bei Gorleben überhaupt rechtmäßig sind. Auch eine Beschwerde der Betreiber gegen den Verwaltungsgerichtsentscheid beim traditionell atomfreundlichen Oberverwaltungsgericht Lüneburg konnte dem Castor-Transport nicht den Weg ins Wendland bahnen, da sich das OVG weder im Eil- noch im Hauptverfahren für zuständig erklärte.

Damit bekamen PTB und Betreiber eine wohl überraschende Quittung für ihre unverschämte Politik offiziell die Beteiligung am jusistischen Hauptverfahren zu simulieren, diese de facto aber zu verschleppen, um hinter den Kulissen die Einlagerung konkret vorzubereiten.

Schließlich mußte der Castor-Behälter angesichts der anstehenden Revisionsarbeiten in Stade umgehend in die Wiederaufarbeitungsanlage nach Karlsruhe transportiert werden. Die dortige Versuchs- und Pilotanlage hat mit der Stade-Betreiberin Preussen Elektra einen Wiederaufarbeitungsvertrag. Außerdem dient sie als Entsorgungsnachweis für den Fall, daß es im Brennelement Zwischenlager Gorleben Einlagerungsprobleme gibt.

Mit dem Auslaufen des vorläufigen Rechtsschutzes gegen den Sofortvollzug am 30. April '89 hat sich wenig verändert. Die von Atomlobby beanspruchte Eilbedürftigkeit ist zur Zeit nicht gegeben. Seitens der PTB heißt es, vor Juni '89 werde nicht eingelagert. Allerdings gibt es nach dem Stand der Dinge dafür weder eine politische noch juristische Gewähr, so daß alle Atomkraft-GegnerInnen gut beraten sind dieser Aussage nur unter großen Vorbehalten zu trauen. In Bezug auf das Hauptverfahren deutete die BI Lüchow-Dannenberg die jüngsten gerichtlichen Auseinandersetzungen als positives Zeichen, auch in der Frage der Unrechtmäßigkeit des Genehmigungsverfahrens des Zwischenlagers die Trümpfe in der Hand zu haben. Das allerdings bleibt noch abzuwarten, denn schließlich stapeln sich in den bundesdeutschen AKW's die abgebrannten Brennelemente, und ein Zwischenlager dient hierzulande schon als Entsorgungsnachweis.

augenscheinlich.

Angesichts dieser Tatsache und im Hinblick auf die bekannten technischen Probleme einer angemessenen Analyse des Inhalts der Fässer liegt der Verdacht nahe, daß hier einmal mehr radioaktive Spuren verwischt werden sollen. Zumal die Formulierung, die Fässer »gegebenenfalls« nachkonditionieren zu wollen, läßt vermuten, daß es in erster Linie darum geht, die 200 Liter-Rollreifenfässer ungeöffnet in andere Container zu verpacken. Wenn dem so ist, würde im wahrsten Sinne des Wortes nur umgetöpfert: Neue Behälter, neue Papiere, aber der Inhalt bleibt der gleiche. Und schließlich weiß niemand mehr was in den Containern ist. Das wäre nicht bloßer Etikettenschwindel. Das wäre ein Beispiel mehr für eine Atompolitik, die sich mit technisch seriöser Attitüde Persilscheine für eine ebenso konzept- wie verantwortungslose Entsorgung ausstellt. Die BI Lüchow-Dannenberg erwägt, in diesem Fall die genaue Untersuchung des radioaktiven Inventars jedes einzelnen Fasses gerichtlich durchzusetzen.

Inwieweit andere Energieversorgungsunternehmen dem Beispiel der Preussen Elektra folgen wollen, ist bislang offen. Schließlich lagern sie atomare Altabfälle in fast 600 weiteren Fässern im Zwischenlager Gorleben, die ebenfalls endlagerfertig gemacht werden sollen.

So verständlich eine gewisse Zufriedenheit im Wendland sein mag, das Gift erst einmal wieder loszuwerden, so falsch wäre es nichts gegen die geplanten Atommülltransporte zu unternehmen. Die Anti-AKW-Gruppen in der Region und darüber hinaus sind sich einig, daß kein einziges Faß ungehindert nach Duisburg geliefert werden soll. Jeder Transport, égal ob in das Zwischenlager hinein oder aus ihm heraus, ist ein notwendiges Glied im nuklearen Kreislauf und insofern entscheidend für den sogenannten Normalbetrieb der Atomindustrie. Es kann nicht unser Interesse sein, diesen Atomtourismus widerstandslos hinzunehmen. Die Forderung kann nur lauten, den Atommüll zunächst in den Ausgangs-AKW's zu belassen bzw. ihn dorthin zurückzubringen, bis ein verantwortungsbewußtes Endlagerungskonzept entwickelt worden ist, ohne daß neuer radioaktiver Abfall produziert wird.

Die Bedingungen für Protest- und Widerstandsaktionen sind insofern außergewöhnlich, als daß, anders als bei den Einlagerungstransporten, nicht verschiedene AKW's über Tage hinweg überwacht werden müssen. In der Vergangenheit konnte nennenswerter Zwischenlagerverkehr kaum an der Aufmerksamkeit der WendländerInnen vorbei stattfinden, so daß mensch auch in diesem Fall davon ausgehen kann, daß kein LKW unbemerkt das Zwischenlager erreicht. Bei entsprechender Vorbereitung sollte die Frist, die zum Beladen dieser LKW's erforderlich ist, ausreichen, um via Alarmliste möglichst viele AKW-GegnerInnen ins Wendland oder an die (vermeintliche) Transportstrecke zu mobilisieren. Wer im Wendland oder in Duisburg oder entlang der Strecke Aktionen plant, ob unmittelbar vor dem Lager bereits eine Blockade stattfinden soll oder möglicherweise erst außerhalb des Wendlandes, ob sich die Anti-Mox-Transport-Strukturen wiederbeleben lassen, all das sollte bald diskutiert werden. Sinnvoll wäre in dieser Beziehung auch die Rekonstruktion einer Regionalkonferenz.

Inwieweit die Duisburg-Connection unter Druck gesetzt werden kann, hängt — natürlich — auch von der Mobilisierung ab. In einer Phase, die vielerorts durch das lange »Warten« auf Castor-Transporte gekennzeichnet ist, in der es schwierig ist, das Thema langfristig in der öffentlichen Diskussion zu halten bietet die Orientierung auf die Faß-Transporte eine realistische Möglichkeit zur Wiederbelebung eines kraftvollen und öffentlichkeitswirksamen Widerstandes. Nach dem Abflauen der Auseinandersetzung um die Mox-Transporte ist ein breiter offensiver Impuls überfällig. Er muß so angelegt sein, daß er nicht nur gegen die Fracht ins Ruhrgebiet gerichtet ist, sondern gleichzeitig einen Ansatz zur politischen und strukturellen Weiterentwicklung des gesamten Anti-Atomtransport-Widerstandes enthält.

Kunst ist...

>>MENSCHENGEMÄßE KUNST MUSS 1.DIE ZERSTÖRUNG DES MENSCHGENGEMÄSSEN VERHINDERN, 2. DAS MENSCHENGEMÄSSE AUFBAUEN. NUR DAS IST KUNST UND SONST GAR NICHTS.<<

Dieses Credo war es, mit dem Joseph Beuys eines jener Tag X Plakate signierte, das 1984 von der Staatsanwaltschaft als Aufforderung zu Straftaten kriminalisiert wurde. Das Original wurde kürzlich in heiligem Ritual dem Präsidenten der hamburgischen Hochschule für Bildende Künste (HfBK) C. Vogel überreicht. Als Kulisse diente das Zwischenlager, garniert mit Lorbeerbäumchen, rotem Teppich und Freie Requblik Wendland -Wimpeln. Das Beuys-Plakat soll in hoher Auflage nachgedruckt werden, um auch im Vorfeld der zu erwartenden Castor-Transporte als "Kunstwerk" verklebt zu werden.
Vorerst jedoch bleibt das Wendland frei von hochradioaktivem Atommüll. Und so lange das der Fall ist, halten die AtomkraftgegnerInnen das öffentliche Bewußtsein für die atomare Bedrohung durch Aktionen mit eher "Happening-Charakter" wach. Dazu gehört die oben genannte Veranstaltung ebenso wie die Umfunktionierung des Personenzuges "Wildsau" (siehe nebenstehenden Artikel). Überraschte Kommentare erntete auch ein fast kilometerlanger Autokonvoi von Lüneburg ins Wendland, mit dem ein "Probe-Castor" aus Holz und Pappe nach Gorleben gefahren wurde. Der Transport der Attrappe, die von über 50 Autos eskortiert wurde, führte prompt zu den erwarteten Verkehrsproblemen, die sich die Veranstalter/Innen versprochen hatten. Die rollende Demo hatte mit Erfolg einmal mehr auf Gefahren und Behinderungen bei Atomtransporten aufmerksam gemacht.

Wilde Sau

Ein neues Kapitel Bahngeschichte wurde am 26. Februar aufgeschlagen. Pünktlich um 8.10 Uhr setzte sich der fahrplanmäßige Eilzug »Wildsau« vom Hamburger Hauptbahnhof Richtung Dannenberg Ost in Bewegung. ein Großteil der ca. 150 Mitreisenden an diesem Sonntagmorgen allerdings verfolgten besondere Ziele. Strahlenschutzanzüge, Transparente, Plakate klärten Unbeteiligte auf, hier fuhr der erste Anti-Atom-Zug der Bundesrepublik als Protest gegen Atomtransporte im Wirkungsbereich der Deutschen Bundesbahn.

Zwischen Maschen, südlich Hamburg, als nördlichem Verschiebebahnhof und Dannenberg Ost soll in Zukunft die nukleare Fracht zum Alltag gehören, wenn Atomfässer und abgebrannte Brennelemente ins »Sorgenzentrum Gorleben« transportiert werden. (Im südlichen Raum heißt das Pendant zu dieser Strecke Nürnberg-Wackersdorf.) Entlängs dieser Bahnlinie haben sich, seit im Herbst vergangenen Jahres der erste »heiße« Transport von Stade kommend Richtung Gorleben avisiert wurde, neue Initiativen gegründet, alte wiederbelebt. Ihr Ziel heißt »Castor Stopp«. Sehr wörtlich nahmen diese Parole einige Reisende des Anti-Atom-Zuges, denn kurz hinter Winsen, noch auf der vielbefahrenen Nord-Süd-Trasse, quitschten die Bremsen ein erstes Mal. Die Notbremse wurde gezogen, um die Entwicklung in die strahlende Zukunft aufzuhalten. Östlich Lüneburgs geriet die Bahnfahrt zu einer regelrechten Besetzungsaktion. Die Lüchow-Dannenberger bereiteten der »Wildsau«, als sie am Ende mit 1-stündiger Verspätung, mitTransparenten verhangen, im Wendland eintraf, einen feurigen Empfang. Dieses Happening mag den Blick für den Ernst des politischen Anliegens vielleicht ein wenig verstellen. Erklärtes Ziel der Demonstranten war es, das Positivimage der DB anzukratzen, mit der eingängigen Parole »Gefährliche Güter gehören auf die Bahn« aufzuräumen. Ein als Zugbegleiter aufgemachtes Flugblatt von Atomgegnern prangert diese Bahnpolitik an: *»Die DB transportiert alles. Bomben und Atommüll. Pünktlich und zuverlässig. Rail & Road.«* Bundesumweltminister Klaus Töpfer glaubte sich mit dem versprochenen »Neuanfang« nach dem Transnuklear-Skandal, einen geschickten Schachzug gelandet zu haben, als er die Atomtransporte der DB-Tochterfirma Nuclear Cargo Service (NCS) überantwortete. Die Sache hatte einen Schönheitsfehler. Wagenpark und Fachleute hatten die NCS von der alten Skandalfirma gleich mitübernommen. Keine besonders akzentfördernde Maßnahme, sollte man meinen.

Strahlenschutzprobleme diskutieren mittlerweile auch die Eisenbahner. Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hatte 1988 beim Darmstädter Öko-Institut eine Studie in Auftrag gegeben. Sorge bereitete den Eisenbahnern, daß beim Transport radioaktiven Ma-

terials keine speziellen Schutzvorkehrungen getroffen werden. So könnten die Rangierer bei Mitfahrten auf einem Waggon mit radioaktiven Abfällen, legt man die höchst zulässige Strahlenbelastung von 1000 m/rem pro Stunde bei Stückgut zugrunde, bereits nach 10 Minuten den Dosisgrenzwert von 30 m/rem pro Jahr, der den Bundesbürgern allgemein zugemutet wird, erreichen. Die zugelassene Strahlung eines Castor-Behälters beträgt an der Oberfläche immerhin noch 200 m/rem pro Stunde. Die GdED will in Verhandlungen mit der Bundesbahn erreichen, daß die Bahnarbeiter zumindest mit Beschäftigten der Nuklearindustrie gleichgestellt werden. Das heißt Schutzkleidung, Dosismeter und ärztliche Kontrolle. Die nuklearen Drehscheiben wie Maschen und Nürnberg sowie Bahnhöfe, auf denen die Atomfracht umgekoppelt wird, sollten demnach zu Strahlenschutzgebieten deklariert werden, damit Kontrollbereiche wie in kerntechnischen Anlagen gegeben sind. Die Eisenbahnergewerkschaft plädiert im übrigen für den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie und ist gegen die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar bzw. den Bau der WAA in Wackersdorf. Transporte sollten auf ein Minimum beschränkt bleiben.

Ein Standpunkt, der Atomkraftgegner kaum zufriedenstellen wird. Von ihrer Seite wird moniert, daß die GdED den gesamten Bereich der Unfallrisiken weitgehend ausklammert und daß die Gefahren der Niedrigstrahlung nur am Rande behandelt werden. Ein Beispiel: Am 20. März 1985 stießen zwei Güterzüge in Flankenfahrt zusammen. Ein Zug führte 20 Kesselwagen mit Superbenzin, der andere 24 Waggons mit Steinkohle. Es kam zu einem heftigen Brand mit einer Explosion, deren Feuersäule 200 Meter in den Himmel ragte. Das Benzin breitete sich aus und entzündete sich in einer 150 bis 200 Meter langen Flammenwand. Erst nach 2 1/2 Stunden hatten Feuerwehrleute die Flammen unter Kontrolle; der Hauptbrand wurde erst nach 3 1/2 Stunden gelöscht. Ein Castor-Behälter, der nach einer heftigen mechanischen Einwirkung auch noch in einen derartigen Brand verwickelt würde, so geben die Atomtransportgegner der GdED zu bedenken, hätte dabei seine Belastbarkeitsgrenze wahrscheinlich überschritten. Bahnarbeiter und Anwohner seien die Leidtragenden.

Gesprächsansätze zwischen diesen potentiellen Bündnispartnern hat es schon gegeben. Rainer Graichen vom Hauptvorstand der GdED

erläuterte auf der Herbstkonferenz der Anti-Atom-Bewegung in Nürnberg den gewerkschaftlichen Standpunkt. Aber der Spielraum

für bündnispolitische Experimente ist immer noch sehr eng. »Wenn dein starker Arm es will, stehen alle Atomtransporte still«. Diese auf die Diskussion umgemünzte Losung der Arbeiterbewegung aus dem Munde einer AKW-Gegnerin löste bei Rainer Graichen eher Schmunzeln aus. »Ob rail oder road, die Signale für den Castor stehen auf Rot« — diese Parole prangte vorläufig nur an dem Anti-Atom-Zug.

Literaturhinweis:
Strahlenschutzprobleme der Eisenbahnbeschäftigten bei Nukleartransporten, Studie des Öko-Instituts Darmstadt im Auftrag der GdED. Postfach 170331, 6000 Frankfurt/M.

Wolfgang Ehmke

Europäisches Endlager Konrad:

Sie legen aus — wir legen los!

Am 29. Mai soll jetzt endgültig die Auslegung der Planungsunterlagen zu Schacht KONRAD stattfinden. Als erstes und auf absehbare Zeit europaweit einziges Atommüllendlager soll Konrad 95 % des westdeutschen Atommülls aufnehmen. Wäre dies schon Grund genug, im Rahmen der Einwendungsmöglichkeiten des Verfahrens bundesweiten Protest zu artikulieren, so hat die aktuelle Diskussion um Wiederaufarbeitung, Brüter und Neuformierung der Atomwirtschaft auf europäischer Ebene Aspekte mit sich gebracht, die es überhaupt ratsam erscheinen lassen, den bundesdeutschen »Entsorgungs«einrichtungen verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

Unter dem Stichwort »Sie legen aus — Wir legen los« beginnt am 27. Mai, zwei Tage vor Beginn der Auslegung eine breite Palette von Aktivitäten, verbunden mit dem dringenden Aufruf nach bundesweiter Unterstützung.

Ein Aktinsbündnis gegen Schacht KONRAD ruft für Samstag, den 27. Mai zu einer Sternfahrt zum Schacht auf, an die sich eine Kundgebung und ein Kulturprogramm anschließen.

Die *Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V.*, die keine Bürgerinitiative ist, sondern ein Zusammenschluß von Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Kommunen, Parteigliederungen, ParlamentarierInnen, ÄrztInnen, kirchlichen Gruppierungen, usw., wird die Auslegung mit einer breiten Informationskampagne begleiten.

Bereits im Mai wurde ein erster bundesweiter Rundbrief verschickt, der auf die Bedeutung der Anlage im Atomprogramm hinweist und zu massenhaften Einwendungen aufruft. Mit Beginn der Auslegung wird eine Sammeleinwendung vorliegen, die sämtliche Kritikpunkte an der Anlage benennt.

In einer Zeitung mit einer Auflage von annähernd 200.000 Exemplaren wird regional wie bundesweit über anlagenspezifische Aspekte und die Bedeutung von KONRAD für das Atomprogramm informiert. Größere Mengen der Zeitung können für 0,06 DM/St. bestellt werden.

Die Sammeleinwendung und die Zeitung werden Anfang Juni mit einem zweiten bundesweiten Rundbrief verschickt, der zugleich über den Beginn der Auslegung informiert.

In der Region werden Beratungsstellen für die BürgerInnen eingerichtet. Zudem werden drei Info-Busse mit je einer Serie von Stelltafeln ständig in der Region unterwegs sein, um die Menschen vor Ort auf die Anlage und ihre Gefahren anzusprechen.

Bei rechtzeitiger Absprache können die Busse auch außerhalb der Region eingesetzt werden. Darüberhinaus bietet die Arbeitsgemeinschaft die Durchführung von Informationsveranstaltungen mit Dias und Video im ganzen Bundesgebiet an.

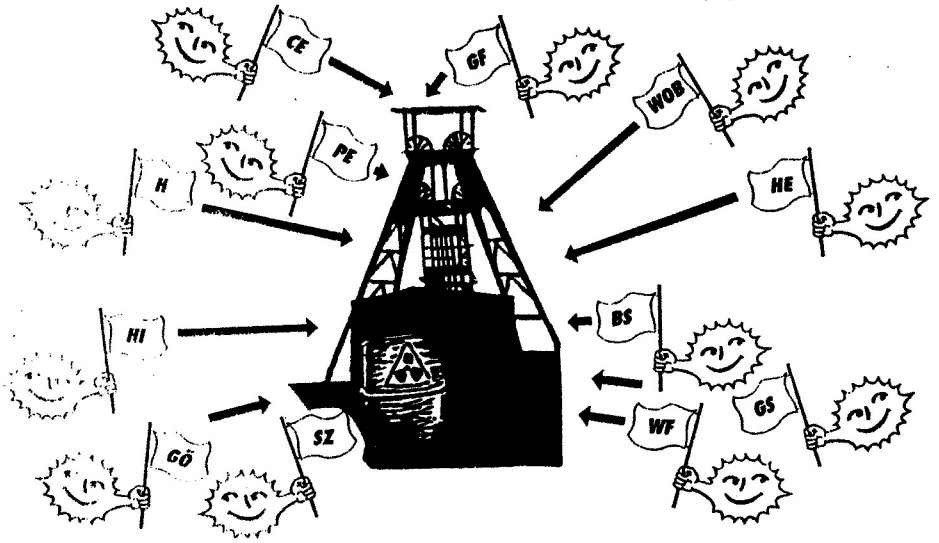
Was kann aus Sicht von Bürgerinitiativen Ziel solcher Anstrengungen sein? — Ende 1981 sammelten BIs um KONRAD 6.000 Unterschriften gegen das Endlager, im Oktober 1982 kamen bereits 10.000 Menschen zu einer Protestkundgebung zum Schacht und 1988/89 unterstützten über 22.000 Menschen den Salzgitteraner Appell, der den Abbruch des Planfeststellungsverfahrens forderte. Natürlich bewirken solche Zahlen alleine nichts, aber sie signalisieren uns und den Betreibern, ob und wiesehr die Bedeutung einer Anlage im Atomprogramm begriffen wird und welchen Rückhalt der Widerstand dagegen hat. Es ist keine Frage, daß 881.000 Einwedungen gegen die 2. Teilerrichtungsgenehmigung in Wackersdorf juristisch bedeutungslos, aber eine wichtige Denkhilfe für die gegenwärtige Umorganisation des Atomprogrammes waren. So wird auch rund um KONRAD über 6-stellige Einwendungszahlen nachgedacht. Voraussetzung hierfür wäre allerdings, daß auch bundesweit begriffen wird, welche Rolle KONRAD schon jetzt im Atomprogramm spielt und welche Rolle bundesdeutsche Entsorgungseinrichtungen im deutsch-französischen Atomenergie-Deal haben:

* Als erstem technisch und juristisch realisierbarem Endlager kommt KONRAD eine zentrale Bedeutung als Entsorgungsnachweis zu. Erstens gibt es vielen Müll, der endlich aus dem Weg geschafft werden soll, um die Reaktoren weiter betreiben zu können und zweitens würde ein genehmigtes Endlager KONRAD den öffentlichen Eindruck schüren, die Entsorgung könne doch gesichert werden. Keine Frage, daß dabei die Existenzinteressen einer Region auf der Strecke bleiben. Es darf nicht vergessen werden, daß Atommüllproduktion und Endlagerung untrennbar miteinander verbunden sind und deshalb um keinen Preis die konsequente Position aufgegeben werden darf, daß wir erst dann bereit sein werden über die Entsorgung zu reden, wenn nicht mit neuem Atommüll neue Sachzwänge geschaffen werden.

* Darüberhinaus hat die Auseinandersetzung um die bundesdeutsche Wiederaufarbeitung einen weiteren Aspekt mit sich gebracht. Sollte sich nämlich, wie anzunehmen, die Auffassung durchsetzen, daß das im Atomgesetz festgelegte Wiederverwertungsgebot für atomaren Abfall auch im europäischen Rahmen realisiert werden kann, würde dies für andere Ver- und Entsorgungseinrichtungen des Bundes bedeuten, sie ebenfalls europaweit zu öffnen. Wir müßten dann z.B. zusehen, wie in KONRAD franzosischer Atommüll eingelagert wird, und damit der Betrieb von Atomreaktoren, deren Bau wir hier vielleicht verhindern könnten, und die Strom für die Bundesrepublik produzieren, in Frankreich ermöglicht wird.

Hierauf ist eine gemeinsame Antwort der gesamten Anti-AKW-Bewegung notwendig. Z.B. durch gemeinsames Agieren gegen KONRAD. Am 27. Mai mit der Sternfahrt und danach durch massenhaften Protest.

Ursula Schönberger, Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Gibraltargruppe).



Sternfahrt zum Schacht Konrad
Samstag, den 27. Mai 1989

Neckarwestheim — La Hague

Jedes Frühjahr der gleiche Vorgang: Rechtzeitig vor dem Brennelementewechsel im AKW Neckarwestheim 1 werden abgebrannte Brennelemente zur WAA La Hague abtransportiert. Bisher geschah dies in aller Ruhe und Heimlichkeit.

Jeden Monat der gleiche Vorgang: Der Mannheimer Rangierbahnhof, zweitgrößter seiner Art in der BRD, wird zur Drehscheibe für alle Arten von Transporten mit radioaktivem Material: Urandioxid, Uranhexafluorid, abgebrannte Brennelemente, MOX-Brennelemente, schwach-und mittelradioaktiver Müll usw. finden ihren Weg durch das Gleisgewirr zwischen bevölkerungsreichen Mannheimer Stadtteilen. Bisher war das nur Sache der Rangierarbeiter.

Jede Woche der gleiche Vorgang: Hochradioaktiver Müll aus bundesdeutschen und europäischen AKW's steht für eine Nacht auf dem Saarbrücker Rangierbahnhof, bevor die abgebrannten Brennelemente ihre Fahrt zur französischen WAA in La Hague in den frühen Morgenstunden fortsetzen. Bisher nur wenigen bekannt und kaum beachtet.

Im März und April ist es gelungen, das Schweigen zu brechen. Plötzlich sind Zeitungen interessiert, Radio und Fernsehen berichten, Informationsveranstaltungen sind gut besucht und die Öffentlichkeit beginnt unruhig zu werden.

Dies alles ist Resultat der erstmals erprobten Zusammenarbeit von Initiativen, die in den Orten an der Strecke Neckarwestheim — La Hague angefangen haben, sich sachkundig zu machen und gegen die Atomtransporte zu arbeiten.

Die Ergebnisse der Beobachtung der Neckarwestheim-Transporte können sich sehen lassen. Dieses Jahr wurden 28 Brennelemente aus dem Reaktor GKN 1 nach La Hague gebracht (1987: 49, 1988: 52). Transportiert von der Deutschen Bundesbahn im Auftrag der Hanauer Firma NTL (Nukleare Transportleistungen GmbH) wurden insgesamt vier Behälter mit jeweils sieben abgebrannten Brennelementen. Die vier Transporte liefen alle ungefähr nach dem gleichen Zeitplan am 7. und 13. März und am 3. und 10. April ab.

In der Mittagszeit verließ ein Straßentransportfahrzeug der Bundesbahn das Kraftwerk und brachte den strahlenden Behälter durch die engen und steilen Straßen der Dörfer Neckarwestheim, Lauffen und Kirchheim zum Kohlekraftwerk Walheim. Dort wurde der 69,2 Tonnen (leer) schwere Transportbehäler in einer Halle des Kraftwerkes auf einen Schienenwaggon verladen, der bereits einige Tage vorher auf dem Gelände bereitstand. Das Ganze ist so kompliziert, weil das Neckarwestheimer AKW keinen eigenen Gleisanschluß besitzt. Der Verladevorgang im Kohlekraftwerk war ca. um 15 Uhr abgeschlossen und danach wurde der jeweilige Waggon von einer Diesellok per Sonderfahrt bis in den Heilbronner Rangierbahnhof geschoben. Dort standen die Transporte dann bis gegen 18.30 Uhr, um dann, in den regulären Güterzug an erster Stelle nach der Lok eingestellt, durch den Heilbronner Hauptbahnhof ins liebliche Neckartal zu entschwinden. Kurz vor der Tagesschau passierte der jeweilige Zug Heidelberg und erreichte kurz darauf sein vorläufiges Ziel, den Mannheimer Rangierbahnhof. Dort ging es jedesmal ziemlich schnell. Der Waggon wurde mitsamt der Lokomotive vom restlichen Güterzug abgekoppelt. Die Lok zieht ihn um den Ablaufberg herum, den er aus Sicherheitsgründen nicht passieren darf. Dann wird er an die Spitze des Zuges nach Saarbrücken gestellt. Es fällt auf, daß die Besatzung des Bahnhofes eine gewisse Routine mit dieser Art von Gütern besitzt. Daß dies nicht nur ein Vorteil ist, belegt eine Studie des Darmstädter Öko-Institutes im Auftrag der Gewerkschaft der Eisenbaher (GdED), in der errechnet wird, daß Bahnarbeiter und Bahnpolizei ähnlichen Strahlenbelastungen ausgesetzt sind, wie Arbeiter in Atomanlagen.

Aber zurück zu den Neckarwestheim-Transporten. Diese wurden also als jeweils erster Waggon an einen neuen Güterzug gekoppelt und verließen den Rangierbahnhof nach einer guten Stunde, um durch die Mannheimer und Ludwigshafener City Richtung Saarbrücken zu rollen. Dort trafen sie zwischen 23 Uhr und 23.30 Uhr ein. Bis in die frühen Morgenstunden war der Saarbrücker Rangierbahnhof Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente. Dann verabschiedete sich der strahlende Müll für einige Jahre von deutschem Boden, (ab 1993 kommt alles wieder in einzelne Komponenten zerlegt zurück) und ein Zug brachte ihn über Forbach nach Valognes bei La Hague. 24 Stunden nach der Abfahrt vom GKN 1 waren die Transporte an ihrem Ziele angelangt. (Genauer Zeitplan siehe Tabelle).

Diese Beobachtungsergebnisse wurden in den einzelnen Initiativen zu Aktionen und breiter Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Am spektakulärsten war die insgesamt zweistündige Blockade des Straßentransportes in Kirchheim am Neckar am 3. April (siehe eigener Bericht). Im Saarland war das Medienecho am größten, was einer Informations-

veranstaltung ungewöhnliches Publikumsinteresse verschaffte. In Mannheim wurde mehrmals vor und im Hauptbahnhof demonstriert während der Transport durch die Bahnsteige rollte. Mit Transparenten, Flugblätter und über Megaphon wurden Reisende und Bahnbedienstete auf die Gefahren der strahlenden Fracht aufmerksam gemacht. Auch in Mannheim beginnt eine öffentliche Diskussion über die Rolle des Rangierbahnhofes und die Gefährdung der Bevölkerung durch die Transporte.

Alle beteiligten Initiativen sind sich einig, daß die Neckarwestheim-Transportkampagne nur der Auftakt zu weiterem Kampf gegen Atomtransporte und die ganze Atommafia ist. Die Erfahrungen zahlen sich schon aus, so daß während der GKN-Transporte auch zwei Behälter aus Obrigheim am 9. und 30. März und danach ein Behälter aus Biblis am 25. April auf ihrem Weg nach La Hague beobachtet werden konnten. Mannheim als Knotenpunkt von Nord/Süd und Ost/West-Transporten aller Art und Saarbrücken als die Stadt mit dem mit Abstand größten Aufkommen an Transporten mit abgebrannten Brennelementen sollen sich zu Zentren des Widerstandes gegen diese gesamteuropäischen Verschiebereien entwickeln. Die WAA in La Hague gewinnt durch die Verträge zwischen VEBA und COGEMA in Zukunft eine dominierende Rolle im internationalen Transportgeschehen. Wenn Wackersdorf nicht zu Ende gebaut wird, ist für Saarbrücken eine weitere Steigerung der Transportfrequenz zu erwarten. Der bundesdeutsche Beitrag zum Kampf gegen das europäische Entsorgungskonzept ist dann neben der wichtigen Arbeit zu Schacht Konrad und Gorleben die verstärkte Behinderung von Atommülltransporten von und nach La Hague. Dies kann an jedem Atomlagenstandort und an allen Transportstrecken, vor allem an ihren Knotenpunkten geleistet werden.

Die Initiativen um Neckarwestheim und an der Strecke werden weiter am Thema bleiben. Jetzt ist es zuerst notwendig die Beobachtungen auszuwerten und die sensibilisierte Öffentlichkeit weiter zu informieren, um bei zukünftigen Transporten den Schwerpunkt noch mehr auf Aktionen legen zu können.

Atomtransporte sind ständige Gefahr für die Bediensteten der Bundesbahn. Unfallgefahren müssen endlich zur Kenntnis genommen werden. Allein auf dem Mannheimer Rangierbahnhof ereignete sich jeden dritten Tag ein Unfall, davon 20 % mit Gefahrgütern. Wann kracht es mit atomarer Fracht? Wie lange dauert es noch, bis sich auch hier das Restrisiko als zu groß erweist?

Atomtransporte sind das Nervensystem der Atomindustrie. Mit ihnen werden die AKW's am Laufen gehalten. Atomtransporte verschleiern aber auch weiterhin die ungelöste Frage der Entsorgung von AKW's.

Es werden noch viele Transporte rollen. Doch mit er Ruhe und Heimlichkeit ist es zumindest im Südwesten der Republik erst einmal vorbei.

Jost

Transporte abgebrannter Brennelemente Neckarwestheim — La Hague

	1.Transport	2.Transport	3.Transport	4.Transport
Datum	7./8.3.89	13./14.3.89	3./4.4.89	10./11.4.89
Wochentage	Di/Mi	Mo/Di	Mo/Di	Mo/Di
Walheim an[1)]	4.3.(Sa)	7.3.(Di)	28.3.(Di)	6.4.(Do)
GKN ab	13.00 Uhr	13.00 Uhr	11.30 Uhr	13.00 Uhr
Walheim an	XX	13.55	14.15	13.53
Verladung Ende	15.00	14.58	15.06	XX
Walheim ab	15.20	15.15	15.45	15.XX
Heilbronn an	15.45	15.47	16.10	15.XX
Heilbronn ab	18.38	18.32	18.47	18.52
Mannheim an	20.03	19.59	20.20	20.XX
Mannheim ab	21.27	21.15	21.30	21.XX
Saarbrücken an	23.30	23.15	23.XX	23.15
Saarbrücken ab	3.XX	3.XX	3.30	3.30
Forbach	XX	XX	XX	XX
Valognes	12.XX	12.XX	12.XX	12.XX
La Hague	XX	XX	XX	XX

1) Schienenwaggon aus La Hague mit leerem Transportbehälter
GKN = Gemeinschaftskraftwerk Neckarwestheim
XX = Daten nicht genauer bekannt

Kontaktadressen

Neckarwestheim
Aktion Strom ohne Atom
c/o Willi Karremann
Tammerstr. 25
7140 Ludwigsburg
oder
Tübinger Aktionsinitiative gegen Atomanlagen (TAIGA)
c/o Tobias Pflüger
Marktgasse 7
7400 Tübingen

Mannheim
Initiative »Die Transporte stoppen«
C 2, 19
6800 Mannheim 1

Saarbrücken
BI gegen Atomanlagen
c/o Werner Schmitt
Blumenaustr. 24
6600 Saarbrücken

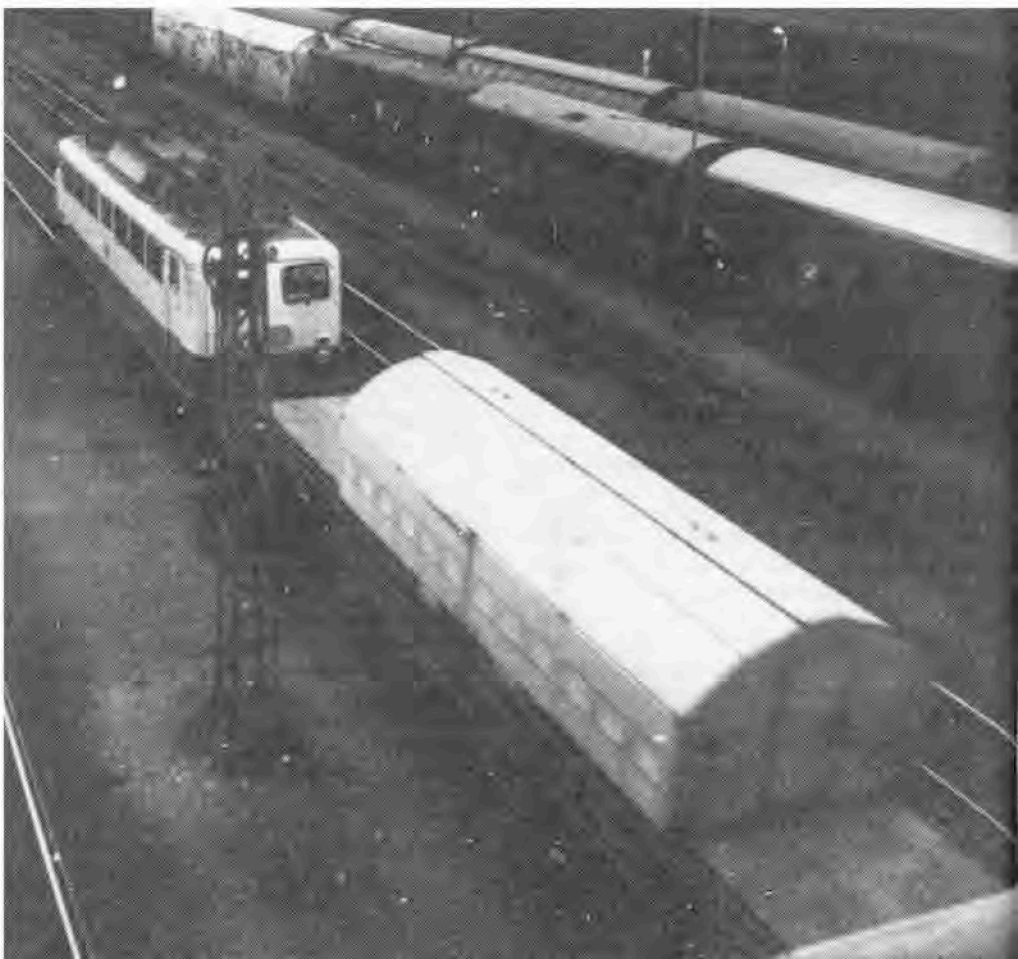


Foto: Erika Sulzer-Kleinemeier

Aktionen gegen Atommülltransporte

Ende 1988 ging der zweite Block des AKW Neckarwestheim als vermeintlich letzter Atomreaktor der BRD in diesem Jahrhundert ans Netz. Vor allem im letzten Jahr verstärkten die örtlichen Bürgerinitiativen, die Aktion »Strom ohne Atom« und die Tübinger Aktionsinitiative gegen Atomanlagen (TAIGA) ihre Anstrengungen, die Inbetriebnahme noch zu verhindern. Doch es kam so, wie es auch von vielen anderen Orten bekannt ist: Sämtliche Demonstrationen, Appelle, Blockaden und geologischen Gegengutachten wurden von der Landesregierung und den Betreibern (KWU, GKN) übergangen.

Der Tag der Inbetriebnahme war für den GKN-Geschäftsführer Wiedemann »ein Tag wie Weihnachten.«

Damit er sich aber nicht lange so gut fühlen sollte, kündigten die AtomgegnerInnen der Region noch am gleichen Tag ihren zukünftigen Widerstand an. Der Plan war, in Zukunft am Punkt der Atommülltransporte gegen den atomaren Wahnsinn vorzugehen und radikalere und eingreifendere Widerstandsaktionen zu machen.

Da die Atommülltransporte in mehrerlei Hinsicht ein Schwachpunkt im Betrieb atomarer Anlagen sind und sich an ihnen die Atommüllodyssee der Atommafia am deutlichsten zeigen läßt, wurden die Transporte als geeigneter Punkt angesehen, um den Neckarwestheimer Atomfreunden das Leben schwer zu machen. Das Ziel war, Informationen zu sammeln über die Atomtransporte, die Bevölkerung darüber aufzuklären und entlang der gesamten Strecke öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen die Transporte zu machen. Bereits im letzten Jahr haben »Strom ohne Atom« und die »TAIGA« mit ihren Recherchen und Aktionen begonnen. Nach einer mehrwöchigen Dauerbeobachtung des AKW's im Frühsommer wurde am 19.7.88 ein aus Hanau (RBU) kommender Transport mit neuen Brennelementen für den 2. Block kurz vor dem AKW mit einer spektakulären Blockade aufgehalten. Danach wurden vor allem Anfragen im Landtag eingebracht über die grüne Landtagsfraktion und Eigenrecherchen weitergeführt. Das Endergebnis dieser Recherchen: die Geheimhaltungspolitik von Betreibern und Landesregierung konnte durchbrochen werden. Zeitraum, Strecke und Ablauf der Transporte sowie Mengen des hochradioaktiven Materials konnten ermittelt werden.

Das Neckarwestheimer AKW entsorgt jedes Frühjahr zwischen März und Mai ca. ein Drittel der abgebrannten Reaktorbrennelemente aus dem 1. Block. Insgesamt ca. 50 Brennelemente werden in bis zu 10 Transporten weggeschafft.

Der größte Teil der abgebrannten Brennelemente wird über Straße und Schiene zur WAA La Hague befördert. Der Rest geht per Straßentransport zur kleinen WAA im Atomforschungszentrum Karlsruhe.

In diesem Jahr fanden »nur« vier Transporte mit jeweils sieben BE nach La Hague statt.

Aktionen gegen hochradioaktive Atommülltransporte aus dem AKW Neckarwestheim

Die allseits bekannten Freunde und Helfer waren am Montag, den 4. April sichtlich überrascht und verärgert. Sie hatten doch schon zwei Stunden vor dem Abtransport der hochradioaktiven Brennelemente aus dem Neckarwestheimer AKW die Straßen und Seitensträßchen zwischen dem AKW und Walheim am dreckigen Neckar peinlich genau nach »verdächtigen« Personen und Fahrzeugen abgesucht. Und dann passierte das: 20 der vorher unbemerkten Verdächtigen stürmten aus einer Garage im Neckardörfchen Kirchheim und setzten sich am Ortsende mit Transparenten, Atommüllfässern und aufgesetzten Gasmasken vor den ankommenden 120 Tonnen schweren Radioaktivtransport. 30 weitere AktivistInnen und die zahlreich erschienene Presse kommen aus allen Ecken und Enden hinzu.

Die AtomgegnerInnen verteilen Flugblätter an die aus den Häusern und Straßen kommenden BürgerInnen. Mit Megaphon werden Warndurchsagen im ganzen Dorf gemacht: *»Bürgerinnen und Bürger von Kirchheim! Zum dritten Mal in diesem Jahr wird hochradioaktiver Atommüll aus Neckarwestheim durch Ihr Dorf gefahren. Es besteht keeeiiin Grund zur Beunruhigung!«* Zahllose Konfettis mit aufgedrucktem Radioaktivzeichen werden auf die Straße und den Transport geworfen. Einer geht mit dem Geigerzähler direkt an die Plane über dem Brennelementbehälter ran und mißt die radioaktiven Zerfälle. Das Ergebnis: 2000 Zerfälle pro Sekunde. Das entspricht einer Strahlung von ca. 10 Millirem pro Stunde. *»Völlig ungefährlich«*, meinte hinterher der Pressesprecher des GKN. *»200 Millirem sind zugelassen«*. Immerhin weit mehr als das Doppelte der einem Erwachsenen hierzulande zugemuteten jährlichen Dosis.

Die Blockade dauerte über eine Stunde. Die Polizei war in dieser Zeit beschäftigt mit der Verkehrsregelung. Sie wurde gegen die AtomgegnerInnen erst handlungsfähig, als Verstärkung aus Ludwigsburg kam. Diese halbe Hundertschaft machte sich dann daran, zu räumen. Die BlockiererInnen hatten sich aber schon selbst von ihrem Blockadeort erhoben und machten sich auf zu einer Demo durch den Ort — gefolgt von einer Polizeiautoschlange und dem durch Sirenen angekündigten Atomtransporter.

Am Ortsende kam der Riesen-Transport dann wieder zum Stehen — mitten auf der Kreuzung beim Supermarkt. Während sich die Polizei nun entschlossener zur »Auflösung der Versammlung« bereit machte, debattierten die AtomgegnerInnen etwas zögerlich über die Beendigung der Aktion. Als die Polizei dann tatsächlich zur Festnahme einschritt, verließen die DemonstrantInnen die Straße. Die grünen Ordnungshüter stimmte dies so zufrieden, daß sie aufs Festnehmen verzichteten und statt dessen per Spalier die Straße für den Transport absperrten.

Die Aktion war beendet. Die Polizei übernahm sichtlich erleichtert ihre gewohnte Aufgabe, dem radioaktiven Dreck der Atomindustrie freie Bahn zu verschaffen, wie sich das in unserem Atomstaat eben gehört.

Diese gelungene phantasievolle und eingreifende Aktion war der Höhepunkt von mehrmonatigen Recherchen und Aktionsvorbereitungen.

Die geheimgehaltenen Atommülltransporte wurden aufgedeckt, beobachtet und öffentlichkeitswirksam behindert.

Es war klar, daß es bei dieser einen Aktion aber nicht bleiben konnte. Vor allem stand der vierte und letzte Transport für dieses Jahr noch aus.

Als vorauszusehen war, daß dieser für den darauffolgenden Montag zu erwarten war, wurden die letzten Kräfte mobilisiert. Die Aktionsstrategie wurde geändert. Es war klar, daß die Polizei nach der einen »Blamage« alles tun würde, um weitere derartige Aktionen zu verhindern.

Diesmal sollte die Blockade direkt vor dem Atomkraftwerk stattfinden. Die Betreiber sollten aufgefordert werden, ihren Atomdreck selbst zu behalten und so fuhren am Mittag des 10. April 25 AtomgegnerInnen mit ihren Autos vor das Haupttor des AKW's, stiegen aus und stellten sich mit den bekannten Aktionsmaterialien vor die Einfahrt. Der Atomtransport stand zur Abfahrt bereit. Alles schien nach Plan zu laufen. Doch zehn Minuten später sah es zur Ernüchterung aller ganz anders aus: Mit großem Trari-Trara brauste eine bereitgehaltene Hundertschaft der Polizei an. Ohne lange zu fackeln, stiegen die Ordnungshüter aus ihren grünen Wannen aus und umzingelten die verblüfften AtomgegnerInnen, die sich mittlerweile abwartend an den Straßenrand begeben hatten. Die Polizei drehte also diesmal den Spieß um. Sie war (besser) vorbereitet. Ihr Auftrag von oben war: Keine Sekunde Behinderung des Transports. Und so wurden die friedlichen StörerInnen einfach eingekesselt. Ohne Begründung. Sowas hat die Polizei nicht nötig. Basta.

Nach weiteren fünf Minuten drückte sich der strahlende Transport an der protestierenden sowie einkesselnden Menge vorbei. Freie Fahrt für das Atomverbrechen.

Die atomfeindliche Bande wurde freundlicherweise wieder laufen gelassen, worauf sich diese auf Schleichwegen zum Verladeort am Kohlekraftwerk Walheim begab und diesen Ort nicht nur vor dem Transport, sondern auch vor der Polente erreichte. Diese wiederholte aber darauf in cooler Bullenmanier (»Alles im Griff; mein Freund, Dir helf ich!«) das vorige Spiel: Umzingeln und Transport durchfahren lassen. Desweiteren zog die Polizei ein Auto mit Lautsprecherwagen aus dem Verkehr und beschlagnahmte ein Megaphon und einen Stapel Flugblätter für die Bevölkerung. So wurde auch noch der Aufklärung der Bevölkerung über den kommenden Transport ein Bein gestellt. Die Polizei zeigte also, was sie alles kann und wie man in unserem liberalen Atom-Musterländle mit AtomgegnerInnen umzugehen pflegt: Wenn sie stören, läßt man die grünen Marionetten los. Doch immerhin ist es in Neckarwestheim noch lange nicht so extrem als andernorts.

Der Atomtransport verschwand im Walheimer

Kohlekraftwerk, wo er auf einen Schienenwaggon verladen wurde und von dort aus über Heilbronn, Mannheim und Saarbrücken bis zur WAA La Hague weiterstrahlte.

Die Resonanz in der Öffentlichkeit

Die Aktionen haben vor allem in der regionalen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. Es gab nur wenige BürgerInnen, die die Atomkraftgegnerinnen am liebsten zum Teufel oder sonstwohin geschickt hätten. So gut wie niemand kannte vorher die Transportstrecke oder wußte überhaupt etwas von den Transporten. So war vor allem bei vielen BewohnerInnen der Ortschaften der Transportstrecke große Empörung zu spüren. Nach dem zweiten Transport, also noch vor der ersten Aktion, kamen zahlreiche BürgerInnen zu einer Informationsveranstaltung über die Atomtransporte. Die Presse berichtete darüber ausführlich. Noch ausführlicher dann über die Aktionen. Die AKW-Betreiber fühlten sich jedesmal zu einer Gegendarstellung genötigt (nach dem Motto: Die Demonstranten spinnen und wissen nicht, daß Atommüll völlig ungefährlich ist).

Das Thema war in der Öffentlichkeit und wurde zum Politikum. Ausgerechnet drei Tage nach der Blockade kam Lothar Späth nach Kirchheim, um dort den Bürgermeister zu verabschieden. Auch zu diesem Ereignis wurden Flugblätter verteilt und eine Presseerklärung verbreitet, wobei der Landesvater seine kalte Schulter vor der Gemeindehalle sehen ließ und sein Publikum auch nicht so freundlich war.

Ein Kirchheimer Gemeinderat erhielt nach jahrelangem Vertuschen zum ersten Mal auf eine Anfrage die richtige Antwort, daß seit 11 Jahren Atomtransporte durch den Ort laufen. Es läßt sich nicht mehr weglügen!

Die landesweite Resonanz auf die Aktionen war eher mager. Es stand zwar in fast allen Zeitungen was drin und im Fernsehen kam auch was, aber der sensationsgeilen Presse hat wohl wieder mal der richtige Skandal gefehlt, die Beinahe-Katastrophe — als ob das AKW und die Transporte nicht schon katastrophal genug wären.

Die politische Wirkung der Aktionen

Die Aktionen waren der Anfang einer Neubelebung des Widerstandes gegen die Neckarwestheimer Atomreaktoren und die Atommülltransporte.

Gerade nach der Inbetriebnahme des 2. Blocks, der nicht verhindert werden konnte, war es den regionalen Anti-Atom-Gruppen wichtig, nicht aufzugeben und ihren Widerstand zu radikalisieren. Die Atomtransporte, die in mehrfacher Hinsicht ein Schwachpunkt im Betrieb atomarer Anlagen sind, wurden zum neuen Ansatzpunkt gemacht.

Im Laufe eines Jahres wurden mehrere Landtags-anfragen gestellt, Eigenrecherchen zusammengetragen und schließlich die Aktionen gemacht. Zeit-raum, Ablauf und Strecke der Atomtransporte wurden ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Kontakte zu Anti-Atom-Gruppen entlang der Strecke wurden aufgenommen und Aktionen koordiniert. Einen Unterstützungsaufruf für die Aktionen unterschrieben im Laufe der zwei Wochen über 40 Anti-Atom- und sonstige Gruppen aus ganz Baden-Württemberg.

Das politische Ziel freilich, die Stillegung der Neckarwestheimer Reaktoren, die Einstellung der Atomtransporte, liegt noch in weiter Ferne. Selbst die Aufgabe der Geheimhaltungspolitik bezüglich der Atomtransporte wird wohl in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sein.

In Neckarwestheim, wie auch an anderen Orten, wird der politische Erfolg deshalb davon abhängen, ob ein langfristiger und kontinuierlicher Widerstand aufgebaut werden kann.

Aber trotz aller düsteren Aussichten: Spätestens der Verlauf der zweiten Aktion hat gezeigt, daß der Widerstand gegen die Atomtransporte ernstgenommen wird und daß der Ansatzpunkt gut ist. Neckarwestheim ist noch längst kein Lübeck oder Gorleben — aber es kann eins werden!.

Andreas Linder

Hamburg übernimmt das Lübecker Schwedengeschäft

Immer mehr entwickelt sich der Hamburger Hafen zu einem der Knotenpunkte für die bundesdeutsche Atomindustrie. Und das obwohl nach der Katastrophe in Tschernobyl vom Senat der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen wurde. Nicht nur, daß seitdem der Ausstieg nicht vorangekommen ist. AKW-Gegner sind seit einiger Zeit einem Atomgeschäft auf der Spur, das erst seit dem Frühjahr 1988 über den hiesigen Hafen stattfindet.

Nächtliche Transporte durch den Hafen

Das Schiff, mit dem diese Transporte abgewickelt werden ist der **Atomfrachter Godewind**, der inzwischen zur ständigen Einrichtung im Hamburger Hafen geworden ist.
Insgesamt neun Mal legte das Roll on/Roll off-Schiff allein in diesem Jahr im Dradenau-Hafen auf dem Gelände der senatseigenen HHLA mitten in der Nacht an. Am 19.4. um fünf Uhr morgens empfingen etwa 10 AKW-GegnerInnen den Atomdampfer und die LKWs mit Transparenten und durchkreuzten damit die Geheimhaltungspraxis der beteiligten Firmen und Behörden. Da man nichts zu verbergen habe und alle Transporte von der PTB in Braunschweig genehmig wären, so äußerten Firmenvertreter, könne jeder erfahren, was dort transportiert wird. Einen Blick in die Frachtpapiere wollte man den anwesenden Journalisten allerdings nicht gewähren.
Die radioaktiven Stoffe kommen oder gehen überwiegend zur Siemens Brennelemente Fabrik in Hanau und werden über die Autobahnen mit ganz normalen LKWs der Spedition Thomsen (Gudendorf bei Meldorf) befördert.
Mit den LKWs an Bord fährt die Godewind, gemakelt von Walther Möller in Hamburg, nach Schweden, z.B. nach Varberg, südlich von Göteborg, wo unbestrahlte BE für das Atomkraftwerk Ringhals 2 abgeliefert werden. Aus Västeras stammend, wird auf der Rückfahrt das Urandioxid-Pulver (UO_2) mitgenommen, um hieraus neue Brennelemente bei Siemens herzustellen. Nach Auskunft von Dr. Jens, Pressesprecher der Siemens AG, werden in Hanau jährlich 800-900 Tonnen UO_2 verarbeitet. Das schwedische UO_2 diene der zusätzlichen Bedarfsdeckung. Auch das hochgefährliche Uranhexafluorid wird über Hamburg transportiert. Mit der Godewind und auf LKW geht es ins schwedische Västeras zur ASEA ABB, wo es in UO_2 umgewandelt und anschließend nach Hanau zurücktransportiert wird.
Darüberhinaus werden auch sogenannte "radioaktive Reststoffe mit geringer spezifischer Aktivität" zur ABB transportiert. Das sind uranhaltige Restoffe aus der Brennelementeherstellung (Kalkschlamm, urankontaminierte Filter und brennbare Materialien). Die Rückgewinnung des darin enthaltenen Urans erfolgt allerdings zunächst in Ranstad, da ABB bisher über keine eigenen Anlagen zur Uranrückgewinnung verfügt. Die brennbaren Materialien werden in Studsvik verbrannt und zumindest teilweise in die BRD zurückgeschickt.
Bis zum Fürhjahr 88 wurden auch radioaktive Abfälle von bundesdeutschen AKWs über Lübeck nach Studsvik transportiert. Dort wurden die Abfälle durchgesehen, die nichtbrennbaren Anteile und Abfälle mit zu hoher Aktivität aussortiert und zurückgeschickt. Der Rest wurde verbrannt und gegebenenfalls konditioniert. Dies geschah für jedes AKW getrennt. Zur Zeit finden diese Transporte zwar offenbar nicht statt, da Schweden nichts mehr annimmt, aber vermutlich lagern noch solche Abfälle in Schweden und müssen von den bundesdeutschen Betreibern auf Grund vertraglicher Verpflichtungen zurückgenommen werden.
Unbestrahlte Brennelemente kommen aber auch von der ANF Lingen, die zum EXXON-Konzern gehört. Diese Lingener Brennelemente sind für das schwedische Elektrizitätswerk "Sydraft" bestimmt, die die AKWs Basebeck und Oskarshamm betreiben.
Wem dies alles mehr oder weniger bekannt vorkommt, der hat Recht.

Nach der Verhinderung in Lübeck ist jetzt Hamburg das Atomtor zur Welt

Vergleicht man die Stoffe und die Zielorte, aber auch die Beteiligten, so wird sehr schnell deutlich, daß hier unter Umweltsenator Jörg Kuhbier diejenigen Transporte abgewickelt werden, die bis zum Frühjahr 1988 über die beiden Häfen der Hansestadt Lübeck stattfanden und nach starken Protesten, Demonstrationen und Blockadeaktionen politisch verhindert wurden.
Rechtsanwalt Radloff, der in Sachen Auskünfte sowohl für die Spedition Thomsen als auch für die Firma Möller zuständig ist, bestätigte dies auf Anfrage.

Politische Kontroverse zeichnet sich ab

Hamburgs Umweltsenator Kuhbier hatte zwar im Juni 1988, kurz nachdem Hamburg Ersatzhafen geworden war, angekündigt, eine Minimierung von Kernbrennstofftransporten durch die Hansestadt anzustreben, betonte aber gleichzeitig, daß er grundsätzlich solche Transporte solange für notwendig hielte, wie AKWs in Betrieb seien. Um die Bevölkerung zumindest über die Gefahren beim Transport von Kernbrennstoffen zu informieren, plant die Umweltbehörde, nicht zuletzt aufgrund des wachsenden Druck der Bürgerinitiativen, die Herausgabe einer Informationsbroschüre. Parallel dazu soll noch in der ersten Jahreshälte 89 ein Gefahrgutachten über Kernbrennstofftransporte in Auftrag gegeben werden. Soweit bisher bekannt, soll das Gutachten vor allem Schadenszenarien ermitteln, um Sicherheitsmaßnahmen und Plan-ungen für den Katastrophenschutz zu ermöglichen. Von Seiten der Bürgerinitiativen wird dies kritisiert. Unzureichend sei sowohl die Beschränkung auf Kernbrennstoffe, als auch die fehlende Untersuchung von Möglichkeiten, solche Transporte zumindest in Hamburg einzuschränken bzw. zu verbieten. Die Initiativen verweisen dabei unter anderem auf ein Gutachten der Hansestadt Lübeck, in dem aufgezeigt wird, daß durch eine Änderung des Hafengesetzes Atomtransporte auch juristisch vom Umschlag ausgeschlossen werden können. Entsprechendes könne man auch in Hamburg machen.

Der Autor des Rechtsgutachtens, der Rechtsanwalt Michael Günther sagte dazu: "Die Hansestadt kann im Rahmen des Wasser- und Hafenrechts eine Einschränkung der Nutzung des Hafens eigenständig beschließen. Eine solche Teileinziehung, bzw. Umwidmung des Hafens erlaubt es, Atomtransporte durch und über den Hamburger Hafen auszuschließen."
Das häufig gehörte Argument, daß man ja Aussteigen wolle, aber leider keine Bundestagsmehrheiten hinter sich habe, zieht in diesem Fall also nicht. Und so wird vermutlich die FDP herhalten müssen, um die Untätigkeit zu rechtfertigen.

Darüberhinaus halten es die Initiativen für notwendig, alle durch Hamburg transportierten radioaktiven Stoffe zu untersuchen.
Auch die Gruppe Ökologie in Hannover, die das Gutachten für Lübeck (und Nürnberg) gemacht hat, hält dies aufgrund der "neuesten Erkenntnisse auf dem Gebiet der radioaktiven Niedrigstrahlung" für wichtig. "Dabei muß insbesondere auch die Strahlenbelastung der Transportarbeiter bei unfallfreien Verlauf Gegenstand der Untersuchung sein."
Außerdem sagte Helmut Hirsch, Mitarbeiter der Gruppe Ökologie "Eine Untersuchung aller Transporte könnte zudem den vollen Umfang des Hin- und Herschiebens radioaktiver Materialien offenlegen." Und schließlich wies er darauf hin "daß bei sonstigen radioaktiven Stoffen' zwar häufig relativ geringeres Gefährdungspotential, aufgrund der schwächeren Verpackung dafür aber eine größere Freisetzungswahrscheinlichkeit bei Unfällen gegeben ist."
Antwort auf diese Vorschläge der Bürgerinitiativen gibt es Seitens der Behörden (Umwelt, Arbeit + Soziales + Gesundheit, Inneres) noch nicht.
Offen ist auch noch, welchen Inhalt die Bürgerinformationsbroschüre haben wird. Sowohl die Umweltbehörde als auch die Initiativen, die an einem eigenen Entwurf arbeiten, orientieren sich dabei an eine Schrift, die die Stadt Nürnberg (SPD) vor zwei Jahren herausgegeben hat. Titel: "Keine Atomtransporte durch unsere Stadt".
Für die Anti-AKW-Gruppen ist es keine Frage, daß nur ein solcher Titel angesichts des auch von Kuhbier nicht ausschließbaren Restrisikos angemessen ist.
Die Diskussion, wie man den eigenen Forderungen auch praktisches Gewicht geben kann, wird nun in den Initiativen begonnen. Auf Behörden oder Parteien verläßt man sich dabei allerdings nicht. Es bedarf nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, daß man hier vor allem das Lübecker Beispiel vor Augen hat.

Hamburger AK gegen Atomanlagen

Saarland — Transitland für Atommüll

Seit geraumer Zeit ist der Saarbrücker Bürgerinitiative gegen Atomanlagen bekannt, daß dem Saarland auf Grund seiner geographischen Lage eine entscheidende Rolle als Transitland für Atomtransporte nach Frankreich zukommt. Bei diesen Transporten handelt es sich sowohl um Straßen- als auch um Schienentransporte. Per Bahn werden neben Uranerzen vor allem abgebrannte Brennelemente transportiert.
Nachforschungen saarländischer BI´s und der Grünen im Saarbrücker Stadtrat haben ergeben, daß sämtliche Transporte abgebrannter Brennelemente aus AKW´s sowohl aus dem Norden als auch aus dem Süden der BRD, die nach Frankreich zur WAA gehen, über Saarbrücken laufen.
Verschiedenen Anfragen an die Landesregierung zur Folge sind in den letzten Jahren folgende Brennelemt-Mülltransporte über Saarbrücken abgewickelt worden:

1986	61 Schienentransporte	1 Straßentransport
1987	87 Schienentransporte	1 Straßentransport
1988	60 Schienentransporte	9 Straßentransporte

Woche um Woche rollen also Transporte mit abgebrannten Brennelementen innerhalb von Güterzügen meist nachts über die Strecke Mannheim, Kaiserslautern Neunkirchen, Homburg bzw. Trier, Merzig, Dillingen, Völklingen zum Saarbrücker Güterbahnhof am Rodenhof.
Die Waggons, die Behälter vom Typ NTL und TN 1300 geladen haben, werden hier abgekoppelt. Nach längerer Standzeit, oft bis zu 4 Stunden, wie aus Kreisen der Bahnpolizei zu erfahren war, werden sie dann über die Grenze weiter nach Forbach transportiert.
Während der Standzeit stehen die Waggons oft mitten zwischen anderen Güterzügen und werden ständig von der Bahnpolizei bewacht.

Aus dem jüngsten Entsorgungsbericht der Bundesregierung vom Januar 1988 geht hervor, daß bis Ende 1986 insgesamt 1627 Tonnen abgebrannter Brennelemente nach La Hague transportiert worden sind und daß bis zum Jahr 2000 eine Liefermenge von 3506 Tonnen vereinbart worden ist. Für den Fall, daß Wackersdorf nicht gebaut wird, ist wohl noch mit einem höheren Aufkommen zu rechnen.
Bereits heute laufen in umgekehrter Richtung Atomtransporte aus Frankreich über deren Umfang allerdings noch nichts genaueres bekannt ist. **Fest steht jedoch, daß ab 1993 im Rahmen der französich-deutschen nuklearen Zusammenarbeit umfangreiche radioaktive Abfälle aus den in La Hague wiederaufgearbeiteten Brennelementen ihre Rückreise in die BRD über Saarbrücken antreten.**
Von Seiten der Politiker wird alles unternommen, um Bedeutung und Gefahren der Transporte zu vertuschen oder herunterzuspielen. So versuchten sowohl die Stadt Saarbrücken als auch die SPD-Landesregierung, denen der Ausstieg aus der Atomenergie ja angeblich so am Herzen liegt, das Thema Atomtransporte durch Saarbrücken zu verharmlosen und zu vertuschen.
Im November 1986 antwortete die Stadt auf eine Anfrage der Grünen, daß für den Fall, daß Atomtransporte das Gebiet des Saarlandes berührten, das Referat Strahlenschutz des Umweltministeriums informiert würde. Über Transporte durch die Landeshauptstadt sei dem Referat nichts bekannt. Aber nur ein halbes Jahr später räumte die Landesregierung in einem Schreiben an unsere BI ein, daß bis Mitte 1987 47 Transporte über die Schienen gelaufen seien.
Nachdem die Stadt Saarbrücken bies Anfang 1987 von Atomtransporten durch das Saarland angeblich nichts gewußt haben will, wurde die Sache dem Saarbrücker Oberbürgermeister Koebnick (SPD), auf Grund des massiven Drucks der Grünen im Stadtrat, zu heiß. Ende April forderte er Umweltminister Leinen in einem Brief zu mehr Transparenz in Sachen Atomtransporten auf, da die Berufsfeuerwehr

in Saarbrücken für einen Ernstfall überhaupt nicht ausgerüstet sei. Er, Koebnick, wolle sich, was die Transporte anbelangt, nicht länger hinter Bundes- und Landeskompetenzen zurückziehen. Ferner forderte er die Reduzierung der Gefahr für die Bevölkerung in jeder möglichen Weise.

In einer Stadtratssitzung im Mai 1988 verabschiedeten die Grünen und die SPD eine gemeinsame Resolution gegen den Transport radioaktiver Stoffe durch das Gebiet der Landeshauptstadt. Der Stadtrat forderte ebenfalls den Ausstieg aus der Atomenergie, mißbilligt fehlende Anstrengungen in diese Richtung und forderte von Bundes- und Landesbehörden sowie der Bundesbahn umfassende Informierung über Atomtransporte durchSaarbrücken. Bei dieser Resolution ist es aber bislang auch geblieben. Auf einer Podiumsdiskussion zum Thema Atomtransporte durch das Saarland und Saarbrücken machte OB Koebnick seine Position zu diesem Thema noch einmal deutlich: Er würde sich nicht ohne wenn und aber gegen Atomtransporte aussprechen. Diese Transporte seien nun einmal notwendig und in seiner Gesamtverantwortung könne er es nicht zulassen anderen Städten und Regionen diese Transporte nach dem St. Florians-Prinzip aufzubürden. Ihm gehe es im wesentlichen nur um eine Verbesserung des Katstrophenschutzes, um den es in der Tat Katastrophal bestellt ist. Die Stadt Saarbrücken verfügt nur über einen ABC-Zug, der Verstrahlung feststellen und kontaminierte Personen entseuchen kann.
Kommt es zu einem Unfall bei dem größere Mengen des radioaktiven Inhaltes eines Behälters freigesetzt werden, müßte mensch auf die Einsatzkräfte des Kerntechnischen Hilfsdienstes GmbH Karlsruhe (!) warten. Auch die übrigen Teilnehmer der Podiunsdiskussion zeigten sich nicht gewillt, auch nur einen Schritt gegen die Tranporte zu unternehmen. So vertrat Dr. Schmidt, der Vertreter des Bundesbahnzentralamtes Minden die Meinung, daß die Bahnbediensteten nicht zur Gruppe der strahlenexponierten Personen gehören und daher auch keine Notwendigkeit zu verbesserten Schutzvorkehrungen gegeben seien. Ebenso untätig zeigten sich die Vertreter der Gewerkschaft der Eisenbahner, die sich damit zufrieden geben, den Aussteig aus der Atomenergie zu fordern.
Das zahlreiche Publikum war dessen nicht zufrieden und forderte von allen Beteiligten klare Schritte gegen die Transporte. Der öffentliche Druck im Saarland nimmt zu. Verstärkt durch gute und zahlreiche Presseberichterstattung zeichnen sich erste kleine Erfolge ab:
Ende April hat der saarländische Umweltminister Jo leinen erklärt, er werde sich in Zunkunft nicht mehr an die Geheimhaltungspflicht bei Atomtransporten halten sondern die betroffenen Städte und Gemeinden des Saarlandes informieren.

Claudia Backhausen
Saarbrücker Bürgerinitiative gegen Atomanlagen

LIGA entwidmet Lübecker Hafen

Eine feierliche Erklärung

Es war ein ruhiger Sonntagmorgen und es waren viele gutgekleidete Damen und Herren zu sehen. Sie trafen sich dort, wo sich sonst eigentlich nur »Chaoten« aufhalten. Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen war zu hören, daß sie sich auf eine große Feierlichkeit und auf den Empfang des Ministers Jansenholm vorbereiteten.

Die Szenerie wurde auch von Menschen in einem weinroten Passat beobachtet, aber doch wohl nicht aus Berufsgründen????

Nach einiger Zeit wurden Autos bestiegen, die nicht ganz zu den wohlgekleideten Personen paßten. Die Fahrt endete in Lübeck-Travemünde am Skandinavien-Kai. Nicht nur über diesen Lübecker Hafen liefen in der Vergangenheit verschiedene Atomtransporte.

Vor einer großen weißen Stelltafel versammelten sich die festlich Gekleideten. Musikalisch umrahmt wurde das Ganze durch einen Travemünder Chor und einem Streichquartett. Das Streichquartett spielte u.a. auch ein Stück des Österreichers Joseph Haydn. Es gibt auch einen Text zu dieser bestimmten Musik: nämlich »Wacht auf, Verdammte dieser Erde..« ach nee, »Einigkeit und Recht und...«

Auch ein »hoher Politiker« hatte es sich nicht nehmen lassen, mit einem großen dunklen »Schlitten« vorzufahren. Der Minister ohne Geschäftsbereich Jansenholm hielt eine »staatstragende« Rede.

Danach entrollte er unter dem Beifall der Anwesenden feierlich ein großes Transparent mit der Aufschrift: *»Hier entwidmet die LIGA in Vertretung der Stadt Lübeck die Lübecker Häfen für Atomtransport. Nie wieder Atomtransporte über Lübeck.«*

Was ist eine Entwidmung?

Mitte Juni 1988 stellte die »Gruppe Ökologie« aus Hannover ein Gutachten fertig, welches sich auch mit der Frage beschäftigt: *»Was kann die Hansestadt tun, um Atomtransporte über Lübeck zu verhindern?«* Die »Gruppe Ökologie« fand heraus, daß die Hansestadt Lübeck die Möglichkeit hat, Atomtransporte grundsätzlich aus der Hafennutzung auszuschließen.

Die Stadt kann eine sogenannte »Teilentwidmung« der Häfen für den Umschlag radioaktiver Stoffe vornehmen, d.h. den Umschlag derartiger Güter völlig untersagen.

Möglich ist das, da sowohl der Nordlandkai als auch der Skandinavienkai kommunale Häfen sind und damit die Gremien der Stadt selbst befugt sind, eine Teilentwidmung vorzunehmen.

Anders als in sämtlichen Bereichen der Stadt bislang dargestellt, eröffnet das Gutachten damit eine konkrete Handlungsmöglichkeit.

Gegenüber der Presse sagte der Umweltsenator Gerlach (SPD) damals: *»Wir sehen unsere Befürchtungen bestätigt und müssen schnell und energisch reagieren.«* (Lüb. Nachr., 30.8.88).

Wie so oft klaffen zwischen Worten und Taten eines Sozialdemokraten Welten. So auch in diesem Fall.

Da nichts passierte, planten wir in der Liga die Hafenentwidmung selbst vorzunehmen. Parallel brachten die Grünen den Antrag in die Bürgerschaft (»unser« Parlament), daß der Senat beauftragt wird »die Teilentwidmung Lübecker Häfen für die Güter der Gefahrenklasse 7 (radioaktive Güter) einzuleiten und auszuführen.«

Dem Antrag wurde zugestimmt (Rosa-grüne Mehrheit). Wir hatten durch die vorher beschriebene Aktion, die 4 Tage vor der Bürgerschaftssitzung stattfand, der SPD eine Entscheidungshilfe gegeben.

Mensch könnte nun denken, alles klar, über Lübeck laufen keine Atomtransporte mehr. Ganz so weit sind wir noch nicht, denn der Senat, der von der Bürgerschaft **beauftragt** wird, kann noch Ärger machen. Es wäre nicht das erste Mal.

Es heißt für uns, weiter am Ball zu bleiben.
Christian, Lübecker Initiative gegen Atomanlagen

Schwarzes Brett

Radioaktivitäts-Weltkonferenz
1992 soll eine Radioaktivitäts-Weltkonferenz stattfinden. Die ersten Vorbereitungen dafür sind bereits angelaufen. Auch Wissenschaftler/innen und Betroffene aus Osteuropa sollen den Kongress mitprägen. Als mögliche Konferenz-Orte sind Kassel, Kiel und Berlin im Gespräch. Wer in den Info-Verteiler aufgenommen werden will oder genauere Informationen haben möchte, sollte sich an folgende Adresse wenden:
scripton-Pressebüro
Grevenerstrasse 228
4400 Münster
Tel. 0251/273653

Spenden für IU Hanau
Die Initiative Umweltschutz Hanau (IUH) ruft zu Spenden auf, um die weitere Arbeit gegen die Hanauer Atombetriebe gewährleisten zu können. Mittlerweile sind 9 Prozesse und mehrere Strafanzeigen gegen die Hanauer Atom-Mafia angestrengt; auch die Unterhaltung eines Büros samt Archiv sowie Öffentlichkeitsarbeit kostet Geld.
Spenden bitte auf folgendes Konto:
Jürgen Meier, Kto.-Nr. 7 179 591 (Stichwort: Prozesse), Stadtsparkasse Hanau, BLZ 506 500 23.
Adresse der IUH:
IUH, Nähefahrtsweg 5, 6450 Hanau.

Das neue Hanauer Wappen: Atomschwan

Neue Umwelt-Medien...
bietet der Bielefelder Umweltzentrum-Verlag an. Dia-Serien mit zugehörigen Ton-Cassetten gibts zu den Themen Alternativenergien, Müll, Radioaktivität, Nordsee und Chemie im Haushalt.
Umweltzentrum Verlag
August-Bebel-Str. 16-18
4800 Bielefeld 1
Tel. 0521/63830

Atomkraft? Nein Danke-Kalender 1990
Die neue Kalendergruppe sucht noch Artikel, Cartoons, Fotos usw. für den Anti-AKW-Kalender 1990. Desweiteren bittet sie um die Zusendung neuer oder veränderter Adressen.
Bernd Drücke, Am Berg Fidel 66, 4400 Münster, Tel. 0251/784888.

VIDEOFRONT

Der neue Videokatalog 1989 der Medienwerkstatt Freiburg ist jetzt erschienen. Im Verleih sind neue Dokumentar-Video-Filme zu politischen, sozialen und kulturellen Themen:

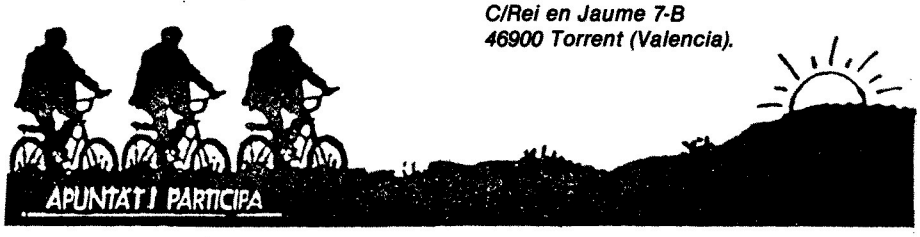
Internationale Kämpfe, Lateinamerika, Palästina, Südafrika, Exil; Brennpunkte sozialer Bewegungen, Ökologie, Häuserkampf, Anti-Militarismus, Arbeit;
Frauen, Knast, Aids, zur jüngeren und älteren Geschichte der Linken, zu Repression, zur Frage von Macht und Gegenmacht, u.a.

Gegen eine Schutzgebühr von 8,- DM (incl. Porto und Mwst.) ist der Katalog zu beziehen bei der

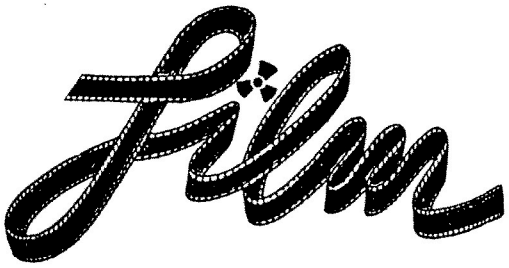
Medienwerkstatt Freiburg
Konradstr. 20
7800 Freiburg
Tel.: 0761 / 709757

WAA-Büro mit neuem Domizil
Das WAA-Info-Büro in Schwandorf ist umgezogen. Die neue Adresse:
Info-Büro,
Fronbergerstrasse 4a
8460 Schwandorf.
Im gleichen Haus residiert der Kunst- und Kulturverein Schwandorf - mit Cafe, Archiv, Volxküche u.v.a.m.

Ein Schauspiel aus dem Widerstand...
...hat Martina Haase aus Aachen geschrieben. Titel: »Wehrt euch!« es geht um NATO-Flugplätze, Siemens, die Deutsche Bank, lateinamerikanische Diktaturen - und den Widerstand dagegen.
32 DIN A 5-Seiten für 2.- Mark.
Bettina Haase
Beethovenstrasse 15
5100 Aachen
Tel. 0241/37612



10 Jahre Revolution in Nicaragua!
Das Informationsbüro Nicaragua lädt für den 16. - 18. Juni zu einem Kongress ein: »10 Jahre Revolution in Nicaragua - 10 Jahre Solidaritätsbewegung«. Der Kongress wird in Wuppertal stattfinden. Referent/inn/en kommen u.a. aus der DDR, aus den USA, dem Baskenland, den Niederlanden, der BRD und natürlich aus Nicaragua selbst.
Anmeldungen, Kongress-Programm, nähere Einzelheiten usw. beim
Informationsbüro Nicaragua
Hofaue 51
5600 Wuppertal 1
Tel. 0202/4936305



Anti-AKW-Filmkatalog
Der Verein »Mütter gegen Atomkraft« hat einen Filmkatalog erarbeitet, der über 130 Titel sowie ein Verzeichnis aller Filmverleihe in der BRD enthält. Bezug gegen 10.- DM bei:
Mütter gegen Atomkraft
Hagenbacher Strasse 37
8000 München 60
Tel. 089/879850.

Namibia-Uran
Der Arbeitskreis Afrika (AKAFRIK) bietet eine Ton-Dia-Serie zum Geschäft mit dem Namibia-Uran an.
57 Dias mit Tonkassette. Ausleihe 30.- Mark + 5.- Mark Versand. Verkauf 150.- Mark. Bestelladresse:
Arbeitskreis Afrika - AKAFRIK -
Lingener Strasse 9
44 Münster
Tel. 0251/661116.

Aufruf gegen das europäische Umweltministertreffen in Valencia/Spanien
Am 8. Juni treffen sich in Valencia sämtliche Minister und politisch Verantwortlichen für den Umweltschutz in Europa. Die *Assemblea Comarcal Ecologista*, eine Vereinigung von radikalökologischen Gruppen in Valencia, plant Gegenaktionen, Veranstaltungen und ein grosses Kulturfest. Die *Assemblea* hofft auf zahlreiche internationale Beteiligung.
A.C.E.
C/Rei en Jaume 7-B
46900 Torrent (Valencia).

Genehmigungsverfahren abgebrochen

HTR-Modul:

Eine Niederlage der Atomindustrie

Am 28. Februar 1989 hat der niedersächsische Umweltminister Remmers erklärt, für das standortunabhängige Genehmigungsverfahren für den HTR-Modul von Siemens-Interatom bestehe keine rechtliche Basis mehr, im Klartxt: es muß abgebrochen werden.

Das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) begründete seine Absicht, den Genehmigungsantrag abzuweisen und damit auch auf das Verfahren der Beteiligung Dritter im Genehmigungsverfahren zu verzichten, formell mit fehlendem Sachentscheidungsinteresse, da die BEB als mögliche Betreiberin kein Interesse am Bau eines HTR-Modul habe und Siemens/Interatom auch keinen anderen Interessenten in Niedersachsen gefunden habe. Wenige Tage später sollte die BEB selbst öffentlich darauf hinweisen, daß sie im März 1988, also bereits vor einem Jahr dem Ministerium schriftlich mitgeteilt hat, sie habe kein Interesse am Bau eines HTR-Modul. Damit wurde offensichtlich: diese Begründung dient nur dazu, die Verfassungswidrigkeit des standortunabhängigen Genehmigungsverfahrens nach § 7a Atomgesetz, die auch das Niedersächsische Umweltministerium nicht mehr leugnen kann, zu bemänteln.

Nun sucht die Niedersächsische Landesregierung zusammen mit dem BMFT nach einer Möglichkeit, der Atomindustrie wenigstens noch zu einem »Export-Gütesiegel« zu verhelfen.

Noch am selben Tag kommentierte die AG gegen HTR in Hannover dies Ereignis in einer Presseerklärung: »*...Daß das Niedersächsische Umweltministerium sich zu dieser Entscheidung gezwungen sieht, ist ein bedeutender Sieg der Bevölkerung in der ganzen Bundesrepublik. Er zeigt: für die Atomtechnologie ist in der Bundesrepublik keine Akzeptanz mehr zu erreichen. Dies ist ein schwerwiegender Gesichtsverlust für die Atomindustrie und die sie fördernden politischen Kräfte gegenüber der inländischen Öffentlichkeit wie den Interessenten am HTR-Modul im Ausland.*«

Wir wollen hier darstellen, wie wir zu dieser Einschätzung gekommen sind.

Die Pläne der Atomindustrie mit dem HTR seit 1984

Schon seit der ersten Hälfte der 80er Jahre konnten die Energieversorgungsunternehmen (EVU) in der Bundesrepublik keine neuen Großkraftwerke mehr gebrauchen, speziell keine großen Leichtwasserreaktoren (Typ Biblis) zur bloßen Stromproduktion, weil die Produktionskapazität den Strombedarf bei weitem überstieg. Die EVUs fingen an, Gedanken über rationellere Energienutzung zu übernehmen, die aus der Anti-AKW-Bewegung entwickelt worden waren, nämlich verstärkt eine andere Energieform anzubieten: in Kraftwerken erzeugte Wärme für die verschiedensten Anwendungsbereiche, besonders Prozeßwärme für die Industrienutzung und Fernwärme, durch gekoppelte Produktion von Strom und Dampf (Wärme-Kraft-Koppelung).

Foto: T. Heimann

Da wollten die Atomkraftwerksbauer nicht zurückstehen. Sie verstärkten ihre Bemühungen, einen schon ziemlich alten Reaktortyp, den Hochtemperaturreaktor, weiterzuentwickeln, um ihn für die kommerzielle Nutzung zur kombinierten Wärme- und Stromproduktion anbieten zu können.

Die beiden interessierten Firmen waren BBC, zusammen mit einer Reihe anderer Firmen, und Siemens-KWU, später Siemens-Interatom. Für den BBC-Typ wurde die Bezeichnung HTR 100 gewählt. Die KWU gab ihrem Produkt den Namen HTR-Modul. Die KWU hatte zwar, anders als BBC, selber keine praktischen Erfahrungen mit dem Bau von HTRs. Sie konnte sich aber auf den Informationsaustausch über die Kernforschungsanlage Jülich, die bessere Kapitallage bei Siemens und ihre eigene, nur noch wenig beschäftigte Entwicklungsabteilung stützen. Es gelang ihr deshalb als erste, die Planung so weit voranzutreiben, daß eine Verwirklichung durch den Bau eines HTR-Moduls in greifbare Nähe rückte.

Schon seit 1984 gab es auch Verhandlungen zwischen den interessierten Herstellerfirmen und den für Atomtechnologie zuständigen Ministerien darüber, wie mit Hilfe eines geeigneten Genehmigungsverfahrens die Einführung von HTRs erleichtert und unterstützt werden könnte.

Diese Pläne wurden sowohl von der Industrie wie von der Seite der Politik sehr heimlich betrieben. Nur die Propagandamaschine in den stark spezialisierten Fachzeitschriften wurde früh in Gang gesetzt. Den potentiellen Kunden wurde mit der »Gewährleistung eines zügigen Genehmigungsverfahrens« gewinkt, »um das Investitionsrisiko für die Industrie möglichst zu verringern.«

Ein »zügiges Genehmigungsverfahren« gesucht

Die Atomvertreter hatten mit dem üblichen Genehmigungsverfahren nach § 7 AtG immer wieder die gleichen Erfahrungen gemacht. Dieses Verfahren beginnt mit der Standortbekanntgabe. Die Bevölkerung weiß also zu einem sehr frühen Zeitpunkt, was auf sie zukommt, und kann sich darauf vorbereiten.

Die Vertreter der Atomindustrie und der Behörden mußten früh die Erfahrung machen, daß die Beteiligung Dritter im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren nicht die beabsichtigte Wirkung hatte. Sie führte selten zu Kompromissen mit den Betroffenen, sie half nicht, gesellschaftliche »Konflikte zu lindern«, sie erhöhte nicht die Akzeptanz.

Egal, wie man es betrachtete: als Erörterungsterminen gingen die Einwender, die »Dritten«, auf der eine Seite fast immer mit einem Gefühl

von Überwältigung, zurückgeschreckt, frustriert nach Hause, also alles andere als befriedigt. Die Atomvertreter auf der anderen Seite standen oft genug von den guten Argumenten der Einwender blamiert da. Ihre Ziele, die sie in so reizende Wendungen kleideten wie »sachliche Kenntnisse vermitteln« und »unbestimmte Ängste abbauen«, erreichten sie so gut wir nie.

Ganz im Gegenteil konnten die Betroffenen auf den Gedanken kommen, den langwierigen Ablauf des Genehmigungsverfahrens dazu zu nutzen, um zu Demonstrationen und Aktionen gegen die Atomanlage aufzurufen, sodaß sie ihren Willen mit dem der übrigen Bevölkerung verbinden und in der Öffentlichkeit politische bekräftigen konnten. Zuweilen konnte der Erörterungstermin zur Tribüne gemacht werden für die Forderungen gegen die Atomtechnik. Wenn das gelang, konnte die Bevölkerung einer ganzen Region, die sich gegen eine Atomanlage zur Wehr setzte, auch solche Aktionen vor der Öffentlichkeit legitimieren, die durch den Einsatz der Staatsgealt verhindert werden sollten. Das eindrucksvollste Beispiel dafür ist die Bauplatzbesetzung, mit der es der badisch-elsässischen Bevölkerung gelang, den Bau des AKW Wyhl zu verhindern.

Um eine Wiederholung dieser Aktion an anderen Orten unmöglich zu machen, reagierte der Staat zuerst in Brokdorf mit dem Bau eines Festungszaunes um das Baugelände, der gegen die demonstrierende Bevölkerung mit massiven Polizeieinsätzen durchgesetzt wurde. Der seit Jahren anhaltende Widerstand gegen den Bau der WAA in Oberpfalz wird trotzdem wieder von ähnlichen Vorgehensweisen getragen.

Aus der Sicht der Atomvertreter erschienen daher die Handlungsmöglichkeiten, die die Menschen sich trotz aller Beschränkungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erobern konnten, als ein Hindernis, das die Durchführung ihrer Pläne bedrohlich bremsen konnten; sie erlebten sie vor allem in Erörterungsterminen als unerträglichen Angriff auf ihre eigene Emotionalität. In diesen unmittelbaren Erfahrungen realisierten sich für sie die Schwierigkeiten mit der »Akzeptanu für die Kernenergie«.

Diese Wirkungen auf die Vertreter der Atomindustrie und der Behörden sind in der Anti-AKW-Bewegung nur wenigen Menschen sichtbar geworden. Bei vielen anderen haben die schrecklichen Erfahrungen der Polizeieinsätze ein Gefühl von Hilflosigkeit und Ohnmacht hinterlassen — was übrigens auf kein fruchtbarer Boden für die Akzeptanz ist — oder sie wandten sich radikaleren Widerstandsformen zu.

Kaum jemand konnte ahnen, wie sehr längst die Atommafia an der Angst vor der Bevölkerung litt.

Dies alles sollte bei der Einführung der neuen HTR-Typen offenlichtlich vermieden werden. Man verfiel auf den sogenannten Konzeptvorbescheid nach § 7a AtG ohne Standortnennung.

Die mit dieser Materie befaßten Juristen in den Ministerien scheinen sich nur um die ihnen zunächst gestellten Fragen gekümmert zu haben, um die Interessen der Antragstellerin und die der Genehmigungsbehörde. Man scheint folgenden Gedankengang gehabt zu haben: Wir müssen die formalen Bedingungen für die Beteiligung Dritter im Genehmigungsverfahren einhalten, weil sie Voraussetzung sind für die Gültigkeit der Genehmigung. Ist aber kein Standort bekannt, dann wird kaum jemand bemerken, daß er von der Planung betroffen sein könnte. Wir werden dann auch kaum mit Einwendern zu rechnen haben. Wenn wir uns recht unauffällig und leise verhalten, werden wir ohne Einwendungen und erst recht ohne Klagen davonkommen.

Es scheint niemand darauf gestoßen zu sein, daß es bei der Durchführung dieses Verfahrens zu Problemen kommen könnte, wenn sich trotz

allem Menschen als betroffen erkennen würden. Wie wir im Sommer 1988 erfahren haben, hatte man sich im Niedersächsischen Umweltministerium zu dieser Zeit zu diesen Fragen noch keine Gedanken gemacht.

Der Antrag von Siemens-KWU beim Niedersächsischen Umweltministerium

Zum ersten Jahrestag des Unglücks von Tschernobyl sah sich der niedersächsische Umweltminister Remmers am 30. April 1987 veranlaßt, der Öffentlichkeit große Versprechungen zu machen, sie würden den Bau weiterer großer Atomkraftwerke nicht zulassen. In denselben Tagen jedoch nahm das Niedersächsische Umweltministerium einen Antrag von KWU für den HTR-Modul entgegen und machte, entsprechend den früheren Verabredungen, den Vorschlag, das Genehmigungsverfahren gem. § 7a AtG durchzuführen.

Die Öffentlichkeit konnte die Pläne von KWU, die inzwischen von Interatom weitergeführt wurden, erst Monate später einer Pressemitteilung des Niedersächsischen Umweltministers vom 27. August 1987 entnehmen. Remmers, um in Erinnerung an seine Versprechungen vom April möglichst beruhigend zu klingen, erklärte es für eine entscheidende Frage, *»ob ein solcher Kleinreaktor in der Lage ist, den internationalen Sicherheitsstandard der Kerntechnik zu erhöhen«*, auch sei ein Standort für den Bau noch nicht bekannt. Siemens-Interatom sein an einer solchen Genehmigung interessiert, weil dadurch ihre Verkaufschancen in die UdSSR und nach China verbessert würden. Ein Interesse am Bau eines HTR-Modul in der Bundesrepublik wurde nicht erwähnt, obgleich im Juni 1987 eine Firma dem Antrag beigetreten war, deren Geschäftsanteile zu 25 % der Vereinigung Industrielle Krafterzeugung (VIK) gehören, einem Verein von Gewerbe- und Industrieunternehmen, die als Interessenten für den HTR-Modul in Frage kommen. Nur FR und taz wiesen darauf hin, daß ein Erörterungstermin für das atomrechtliche Verfahren im folgenden Jahr geplant sei.

Diese Meldung setzte kaum etwas in Bewegung. Manche entnahmen ihr zwar die Exportabsichten von Interatom, andere schenkten der Propaganda über die hervorragende Sicherheit dieses Reaktortyps Glauben, viele konnten sich einfach nicht vorstellen, daß die Atomindustrie sich so bald nach der allgemeinen Erschütterung durch das Unglück von Tschernobyl an den Bau neuer AKWs in der Bundesrepublik wagen würde. Nur einigen wenigen Menschen wurde damals die Bedeutung dieser Meldung bewußt.

Wie unsere politische Arbeit anfing und warum sie sich entfalten konnte

In Hannover fand am 15. Januar 1988 eine erste Informationsveranstaltung statt, zu der verschiedene hannoversche Anti-AKW- und Umweltgruppen eingeladen hatten. Ungefähr 100 TeilnehmerInnen aus Hannover und entfernteren Gegenden Niedersachsens waren erschienen.

Hier wurden zum ersten Mal die juristischen Tücken des Genehmigungsverfahrens nach § 7a AtG diskutiert, die sich als drastische Einschränkungen für die Bevölkerung durch die Präklusionswirkung des § 7b AtG herausstellten. Den Teilnehmern war gar nicht wohl bei der Erkenntnis, daß die Mobilisierung der Bevölkerung diesmal nicht von den Nachbarn eines bekannten Standorts ausgehen könnte. Ungewohnt war den meisten der Gedanke, daß wir für die notwendige, mühselige Informationsarbeit eigentlich nur die Möglichkeiten nutzen könnten, die uns trotz allem im Rahmen der Beteiligung Dritter im Genehmigungsverfahren offenstehen würden.

Im Februar 1988 veröffentlichte die niedersächsische Landesregierung das Energieprogramm 1988 mit ihren Zukunftsplänen in der Energiepolitik. Sie machte darin ausdrücklich Propaganda für den Bau von HTR-Modulen in Niedersachsen, vor allem für die Tertiärölgewinnung mit Heißdampf und für die sogenannte Kohleveredlung. Das wirkte wie ein Signal auf die Bevölkerung. Sofort entwickelte sich Widerstand, im Emsland unterstützt von den schon länger existierenden Anti-AKW-Initiativen, in der Helmstedter Gegend vorwiegend von einigen Mitgliedern des BUND.

In Hannover versuchten zu dieser Zeit die paar wenigen Initiatoren der Januarveranstaltung, eine Arbeitsgruppe zu gründen, da mangels anderer Ansatzpunkte der Widerstand am Sitz der Genehmigungsbehörde, des Niedersächsischen Umweltministeriums, sich kristallisieren müßte. Die Bürgerinitiative Umweltschutz stellte für die künftigen wöchentlichen Treffen ihren Laden zur Verfügung.

Mitte Mai bei der Atommüllkonferenz der Anti-AKW-Gruppen fanden sich Leute in einer Arbeitsgruppe zusammen, der es gelang, auch die anderen Initiativen auf die HTR-Pläne aufmerksam zu machen.

Von nun an wurden eine Reihe gemeinsamer Aktionstreffen organisiert. Von einem Treffen zum nächsten erweiterten sich unsere Beziehungen zu vielen anderen Gruppen im gesamten Bundesgebiet.

Sehr bald bestand Übereinkunft darüber, daß das Sammeln von Einwendungen während der Auslegungsfrist der Antragsunterlagen zu einem notwendigen Schritt gemacht werden müßte. Dahinter standen bereits die Erfahrungen, die im Frühjahr mit dem Sammeln der Einwendungen gegen die WAA gemacht worden waren, als zum ersten Mal in einem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren allein aus der Bundesrepublik 350.000 Unterschriften gesammelt worden waren. Auch die Planung von Demonstrationen wurde frühzeitig begonnen, vor allem die feierliche, öffentliche Übergabe aller gesammelten Einwendungen bei der Genehmigungsbehörde am Ende der Auslegungsfrist.

Die anderen Gruppen billigten der AG gegen HTR in Hannover die am Ort des zu erwartenden Geschehens saß, aus organisatorischen Gründen eine zentrale Funktion zu.

Einen bedeutenden Sprung stellten die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung Anfang November in Nürnberg und ein weiteres Treffen in Pforzheim Mitte Dezember dar. Die bereits in den früheren Treffen entwickelten Ideen wurden nun auch in Süddeutschland weiter verbreitet.

Diese Arbeit wurde hauptsächlich durch die

Die ersten Kontakte zu Presse und Rundfunk wurden hergestellt. Ein Live-Interview, das der Privatfunk radio ffn angeboten hatte, brachte die ersten Reaktionen der Bevölkerung. Es zeichnete sich ab, was die Menschen am meisten empörte: das Erschrecken über die Bauabsichten der Atomindustrie und über die Beschränkungen der Handlungsmöglichkeiten der Betroffenen.

Gruppen Mütter gegen Atomkraft, der Energiewendekomitees und anderer Nach-Tschernobyl-Gruppen getragen. Dazu kamen besonders in Süddeutschland viele Menschen auch aus den »alten« Anti-AKW-Gruppen, die sich am Sammeln der Einwendungen gegen die WAA beteiligten, den fünf Wochen langen Erörterungstermin mit höchstem Interesse verfolgt hatten und in der Demonstration Mitte Oktober mit an den WAA-Bauzaun gegangen waren. Durch sie wurde die Auffassung gestärkt, daß das Handeln im Rahmen der Beteiligung Dritter nicht in der engen auf die juristischen Handlungsmöglichkeiten begrenzte Sichtweise betrachtet, sondern als politisches Handeln verstanden werden sollte. In der Zeit des Sammelns der Einwendungen würden unsere Informationen über den HTR-Modul und über das Genehmigungsverfahren in der ganzen Bundesrepublik noch stärker verbreitet werden können.

Das ungewöhnlich große Interesse der Menschen in der ganzen Bundesrepublik zeigte sich auch bei Veranstaltungen zu ganz anderen Atomthemen, in denen oft Fragen nach dem HTR-Modul und dem Genehmigungsverfahren gestellt wurden. Die Bereitschaft, sich an den Einwendungen zu beteiligen, war weit höher als im Frühjahr 1988 gegen die WAA in Wackersdorf.

Die Gruppen in den verschiedenen Bundesländern mußten sich auf ganz verschiedene politische Umstände einrichten, in Schleswig-Holstein anders als in Bayern. Sie mußten deshalb weitgehend selbständig ihre Zielrichtung bestimmen.

Ungefähr zu dieser Zeit begann eine Flut von Protestschreiben aus der ganzen Bundesrepublik, die an das Niedersächsische Umweltministerium adressiert war. Oft haben die Schreiber die AG gegen HTR über ihre Absicht informiert. Viele müssen darauf hingewiesen haben, daß sie gewillt waren, massenhaft Einwendungen zu sammeln. Viele müssen aus Bayern gekommen sein, wo die Planungen der Isar-Amper-Werke für einen HTR-Modul bei Marienberg von den BIs bekannt gemacht wurden und sofort in die öffentliche Diskussion gerieten.

Auf Drängen von Initiativen und von Abgeordneten kamen in vielen Kommunen Beschlüssen zustande, sich an den Einwendungen zu beteiligen, voran die Stadt Hannover, aber auch die CDU-geleiteten Städte Gifhorn und Helmstedt. Das wurde umso wichtiger, da das Niedersächsische Umweltministerium sich weigerte, Kommunen in der vorgezogenen Behördenbeteiligung zuzulassen — mit der Begründung, es gäbe ja keinen Standort, also könne keine Kommune benannt werden, die durch den Bau eines HTR-Moduls als Träger öffentlicher Belange betroffen sei.

Von einem Bundestagsabgeordneten wurde die öffentliche Diskussion über die verfassungsrechtlichen Probleme des § 7a-Verfahrens in Gang gesetzt.

Bis in den November hinein hatte Umwelt minister Remmers immer wieder versucht, die öffentliche Aufregung über das § 7a-Verfahren zu beschwichtigen. Er behauptete, im zweiten notwendig folgenden Genehmigungsverfahren würden alle Einwendungen, die im ersten Verfahren erhoben worden seien oder hätten erhoben werden können, »zugelassen« und »sorgfältig geprüft« werden. Bundesumweltminister Töpfer und selbst die Firma Siemens versuchten, ihn durch die Wiederholung dieser Aussage zu unterstützen.

Das hatte ein Ende, als die AG gegen HTR die Landesdelegiertenkonferenz der Grünen in Niedersachsen zum Anlaß nahm, um eine Erklärung dazu abzugeben. Sie bezeichnete diese Äußerungen des Ministers als irreführend: sie machte auf die Präklusionswirkung des § 7b AtG aufmerksam und wies darauf hin, daß auch

Minister und Genehmigungsbehörden an den Wortlaut der Gesetze gebunden sind.

Spätestens seit Mitte November muß der Genehmigungsbehörde äußerst unwohl gewesen sein.

Da bietet sich als ziemlich kümmerlicher Notanker das »fehlende Sachentscheidungsinteresse«, da die Erdölfirma BEB, die im Emsland die Erdölförderung betreibt, sich nicht am Bau eines HTR-Moduls beteiligen will.

Foto: Theo Heimann (ausschnitt)

Erste Ermüdungszeichen aus dem Niedersächsischen Umweltministerium

Am 2. Januar 1989 erscheint in der HAZ ein Artikel »Ministerium will Verfahren vertagen«. In den nächsten Tagen folgen widersprüchliche Meldungen, unter anderem, es gebe rechtliche und organisatorische Probleme bei der Durchführung des Genehmigungsverfahrens.

Hinter dem Medienvorhang zeichnen sich Bewegungen ab, die aus Konflikten innerhalb des Ministeriums herrühren. Es hat den Anschein, als ob der Minister Remmers und Ernst Albrecht selbst das Genehmigungsverfahren aus politischen Gründen liebend gerne los würden.

Im Ministerium setzt sich aber noch einmal die Linie der Industrieinteressen durch, mit dem Abbruch des Genehmigungsverfahrens sei nicht zu rechnen.

Bald ist wieder Stille, die Auseinandersetzungen sind mehr in den Hintergrund verlegt, sodaß in der Öffentlichkeit für eine Weile nicht zu erkennen ist, was da gespielt werden soll. Selbst der Minister antwortet schließlich wieder ohne Zucken, das Verfahren werde selbstverständlich wie geplant durchgeführt.

Alle Gruppierungen, die mit uns in Verbindung stehen, halten weiterhin die gesammelte Kraft für den Beginn der Auslegungsfrist zusammen.

Inzwischen werden einige juristische Gutachten fertiggestellt, nach deren wissenschaftlicher Analyse sich die Verfassungswidrigkeit des §7a-Verfahrens erweist.

Von allen Seiten wird gebohrt.

Eine Niederlage des Ministeriums

Eswird bekannt, daß das Ministerium die Antragstellerin Siemens-Interatom zu einem Gespräch am Freitag, dem 24. Februar, nach Hannover zitiert.

Es sind zwei Journalisten, denen es gelingt, noch am Freitag aus dem schweigsamen Ministerium die ersten wichtigen Aussagen herauszuholen: *»Die Fortsetzung des Genehmigungsverfahrens für den HTR-Modul ist rechtlich nicht mehr zu halten. Weder Umwelt- und Wirtschaftsministerium noch Interatom sehen eine Möglichkeit, den Abbruch zu verhindern. — Das Niedersächsische Umweltministerium muß den Genehmigungsantrag formell zurückweisen.«*

Am 27. Februar teilt die taz mit: *»Der Abbruch des HTR-Genehmigungsverfahrens steht fest.«*

Die AG gegen HTR antwortete sofort mit der bereits erwähnten Presseerklärung. Dann haben wir aus Freude über diesen Erfolg ein paar Sektkorken knallen lassen.

Eine lebendige Kraft

Die Genehmigungsbehörde mußte das Verfahren noch vor Beginn der Auslegungsfrist der Antragsunterlagen abbrechen, also in einem sehr frühen Stadium des Genehmigungsverfahrens. Einen solchen Erfolg der Anti-AKW-Bewegung hat es seit zehn Jahren nicht mehr gegeben.

Was hat diesen Erfolg bewirkt?

Viele Menschen wissen noch sehr gut, daß sie sich durch das Unglück von Tschernobyl zutiefst in ihrer Existenz, in ihrem Leben getroffen fühlten. Die Erinnerung daran ist nur zum Schein zurückgedrägt oder überdeckt; hinter den Alltagsgedanken ist sie noch sehr gegenwärtig.

In ihrem Willen, ihre Interessen selbst zu vertreten, haben die Menschen es dahin gebracht, daß schon in der Vorbereitung auf die Beteiligung Dritter im Genehmigungsverfahren ihre politische Kraft wirksam werden konnte. — Gerade das hatten Atomindustrie und Politiker vermeiden wollen. Nun mußten sie damit rechnen, daß während der Auslegungsfrist die öffentliche Diskussion um den HTR-Modul und um die Verfassungswidrigkeit des gewählten Genehmigungsverfahrens noch sehr viel weiter ausgedehnt werden würde.

Nie hätte eine einzelne Gruppe so großen Erfindungsreichtum entwickeln können, wie es die einzelne, auch untereinander unabhängigen Gruppen taten. Es könnte für spätere Gelegenheiten sehr anregend sein, die Erfahrungen mit diesen auch praktisch erprobten Aktionsformen weiterzugeben.

Die Atomindustrie und die sie stützenden politischen Kräfte, die sich ihre Beziehungen zur übrigen Gesellschaft nur noch in Begriffen der Akzeptanz vorstellen können, verunklären sich damit selbst die gesellschaftlich wirksame Kraft der Menschen. Diese hat sich, auch zu unserer eigenen glücklichen Verwunderung, als stärker erwiesen als das Machtbündnis von Industrie und Politik.

Beharrlich weiter gegen die Atomindustrie

Ein Erfolg kann schnell seine Wirkung verlieren, besonders wenn er in den offiziellen Medien totgeschwiegen wird. Deshalb müssen wir in der Öffentlichkeit mit aller Klarheit zum Ausdruck bringen, was dieser Erfolg der Bevölkerung in der ganzen Bundesrepublik bedeutet.

Wir sehen in diesem Erfolg aber keinen Grund, uns zufrieden zurückzuziehen, denn noch haben wir die Atomindustrie nicht zum endgültigen Aufgeben gezwungen.

Hinter dem Versuch, Siemens-Interatom mit einem Papier des TÜV Hannover doch noch ein »Export-Gütesiegel« zu verschaffen, sind weiterhin die Exportabsichten zu erkennen, ebenso bei der Tagung »AVR — 20 Jahre Betrieb« am 17./18. Mai 1989 in Aachen. Auch innerhalb der Bundesrepublik strebt die Atomindustrie für die 90er Jahre den Einbruch in den lukrativen Wärmemarkt mit dem Einsatz von Hochtemperaturreaktoren an, dabei könnte dann Bayern wieder einmal — wie schon bei der WAA — als Lückenbüßer ausersehen werden für die in anderen Bundesländern nicht mehr durchsetzbaren Atomanlagen.

Wir glauben, daß wir auch in diesen Auseinandersetzungen mit der Unterstützung der vielen mit uns befreundeten Gruppen rechnen können.

Es gibt reichlich zu tun für uns!

Anna, AG gegen HTR in Hannover

Poker um die Pleite

Der Thorium Hochtemperaturreaktor (THTR) in Hamm Uentrop, erst tot gesagt, wird nun doch wieder zu neuem Leben erweckt. Über die finanzielle und technische Pleite des Forschungsvorhabens THTR berichteten wir bereits ausführlich in den letzten Ausgaben der atom. Die Hochtemperatur Kernkraftwerk Gesellschaft (HKG) ist inzwischen mit 256 Mio. DM verschuldet, und dem Reaktor fehlen 35 Schrauben und Bolzen, die auf Nimmer Wiedersehen im Kugelhaufen verschwunden sind.

Das Gerücht von der Stillegung des THTR löste fast schon Freudentaumel bei Anti-AKW-Gruppen und BIs aus, schien doch die Atommafia nur noch auf ihren Todesstoß zu warten. Aber weit gefehlt: mit jedem weiteren Tag, an dem über dieses Gerücht getagt wurde, sattelte die HKG gegenüber Bund und Land Nordrhein-Westfalen eine Forderung nach der anderen drauf. In diesem Erpressungspoker hatten sie den Joker in der Hand — den Konkurs der THTR-Betreiber Gesellschaft.

In den vier Jahren Betriebszeit stand der Reaktor wegen häufiger Störfälle die meiste Zeit still. Jeder Tag brachte der HKG Verluste von ca. 900.000 DM ein. In einem Risikobeteiligungsvertrag von 1983 verpflichteten sich Bund und Land, 450 Mio. DM Ausfallkosten zu übernehmen. Dieses Geld ist längst verbraucht. Nachforderungen seitens der Betreiber in Höhe von 550 Mio. DM war die nordrhein-westfälische Landesregierung nicht bereit statt zu geben. Die Kosten für Reparaturen und Sicherheitsnachrüstungen sind kaum zu kalkulieren. Blieb der HKG nur noch, bei Bundesforschungsminister Riesenhuber, die Stillegung zu beantragen. Über Art und Dauer der Stillegung gibt es allerdings verschiedene Ansichten. Ursprünglich befürwortete die Landesregierung die sofortige Stillegung und drohte, ein erneutes Anfahren des Reaktors nicht zu genehmigen. HKG und Riesenhuber stellten sich eher den »geordneten Rückzug« vor. Erst der »Auslaufbetrieb« und danach die Stillegung: Der THTR 300 soll trotz schwerster technischer Mängel seinen Betrieb für weitere 2-3 Jahre wieder aufnehmen. In dieser Zeit muß das Kraftwerk an ca. 600 Vollasttagen mind. 250 Mio. DM erwirtschaften, um einen möglichen Konkurs der Betreibergesellschaft abzuwenden. Das rechnet sich nur, wenn der Reaktor ohne Sicherheitsnachrüstungen wieder in Betrieb geht. Erst nach dieser »Auslaufphase« soll der Reaktor bis zum Abklingen der Radioaktivität in einem Betonsarg eingeschlossen werden. An den Abriß der Atomruine wollen die Betreiber erst in 25 Jahren denken.

Bei Nichterfüllung ihrer Forderungen drohten die Betreiber mit dem Konkurs. Wär ja nicht schlecht, wenn die Atommafia Pleite ginge, nur müßten dann die Kosten für die Beseitigung und die Entsorgung der »strahlenden Konkursmasse« die Staatskassen allein tragen. Einschluß und Abriß werden nicht gerade billig zu haben sein. Die Kostenschätzungen liegen zwischen 425 Mill. bis 2 Mrd. DM.

Ziel eines in der ersten Maiwoche ausgehandelten Vertragens zwischen Bund, Land und Betreiber war, diesen Konkurs und den damit einhergehenden Gesichtsverlust aller Beteiligten zu verhindern. Ein wichtiger Bestandteil dieses Vertrages ist eine sogenannte »Patronatserklärung« der THTR-Gesellschafter, den Geschäftsbetrieb bis zum endgültigen Abbruch des Reaktorgebäudes aufrechtzuerhalten. Noch in diesem Geschäftsjahr soll die hochverschuldete HKG Rücklagen in Höhe von 80 Mio. DM für den »sicheren Einschluß« der Atomanlage bilden.

Auf einer Gesellschafterversammlung der HKG am 9.5.89 wurde in entscheidenden Fragen der ausgehandelten Vereinbarung widersprochen, besonders als es ums Geld ging. So waren z.B. die Stadtwerke Aachen nicht bereit, die jährliche Bilanzrückstellung von 80 Mio. DM mitzutragen, stattdessen wollen sie nur insg. 20 % der auf 425 Mio. DM offiziell geschätzten Sillegungskosten tragen. Zusätzlich wurde von Bund und Land gefordert, auf bereits geleistete Darlehenszahlungen in Höhe von ca. 500 Mio. DM zu verzichten. Als Krönung des Ganzen verlangten die Atomafiosis die sofortige Genehmigung des atomaren Zwischenlagers in Ahaus und der geplanten Transportbereitstellungshalle in Hamm-Uentrop. Als Trumpfkarte in ihrem Erpressungspoker hält die THTR-Betreibergesellschaft den öffentlichkeitswirksamen Konkurs auf der Hand. Rein formal wird niemand sie daran hindern können, diese auszuspielen, denn in ihrem Atomwahn haben die Politiker in der Formulierung des Atomgesetzes keinen Gedanken an die Regelung zur Stillegung von AKW's vergeudet. Eine sogenannte »Durchgriffshaftung« auf die milliarden schweren Energiekonzerne, die an der HKG-Pleitegesellschaft beteiligt sind, gibt es nicht.

Selbst wenn der THTR weitere zwei Jahre von der HKG betrieben werden kann, wird niemand garantieren können, daß sie sich anschließend nicht mit einem Konkurs ihren Verpflichtungen entziehen wird. Bleibt also den Politikern der Bundes- und Landesregierung einzig das Buhlen um einen stetigen Konsens mit den Betreibern, diktiert von den Energiekonzernen.

Für die Zukunft zeigt das Beispiel THTR 300 sehr deutlich, wie hilflos die Regierungen werden zuschauen müssen, wie die Atomlobby die Preise für die Stillegung von AKW's in die Höhe treiben werden. Letztendlich ist der Staat nur noch als Zahlmeister für die Altlasten der Atompolitik gefragt.

Das Dilemma des THTR in Hamm-Uentrop ist nicht zu Ende. Es fängt erst an! Geht der Reaktor ohne Reparaturen wieder in Betrieb, werden die Unfallgefahren nicht gerade geringer. Niemand weiß, was dann passieren kann.

Der Widerstand muß also weitergehen. Deshalb reagierte die Initiative »Bauern und Verbraucher gegen Atomenergie am Donnerstag, dem 11.5., mit einer Blockade des THTR. Früh morgens um 4 Uhr zogen sie mit Treckern und anderen Fahrzeugen vor das Haupttor, um niemanden mehr durchzulassen. Sie forderten, »den Schrottreaktor einzumauern.«

Kernfusion oder

23. März 89. Zwei Elektro-Chemiker, der Brite Martin Fleischmann von der Universität Southhampton und der US-Amerikaner Stanley Pons von der Universität Utah in Salt Lake City, zünden eine wissenschaftliche Bombe. Mit der Elektrolyse von Schwerem Wasser - einem Experiment, das in Aufbau und Niveau kaum über einen Physikunterrichts-Versuch hinausgeht - haben sie eigenen Angaben zufolge die Fusion von Atomkernen nachweisen können. Bei Zimmertemperatur wohlgemerkt. Ist damit die »kalte« Kernfusion geglückt?

Im Schulversuch wird die Elektrolyse etwa so demonstriert: In einen mit Wasser gefüllten Glasbehälter werden zwei metallische Elektroden eingelassen, die mit den Polen einer Batterie verbunden sind. Solange das Gefäss mit chemisch reinem Wasser gefüllt ist, passiert nichts. Also lässt sich nachweisen, dass chemisch reines Wasser den elektrischen Strom nicht leitet. Die elektrische Leitfähigkeit stellt sich erst dann ein, wenn man dem Wasser etwas Salz zugibt. Dann bilden sich an den Elektroden Gasblasen. An der Elektrode, die mit dem Minus-Pol der Batterie verbunden ist, bildet sich Wasserstoff. An der anderen Elektrode entsteht Sauerstoff. Ein Wassermolekül besteht aus zwei Atomen Wasserstoff und einem Atom Sauerstoff. Der Nachweis, das der elektrische Strom Wasser zerlegt, ist erbracht. Dieser Vorgang wird als Elektrolyse bezeichnet.

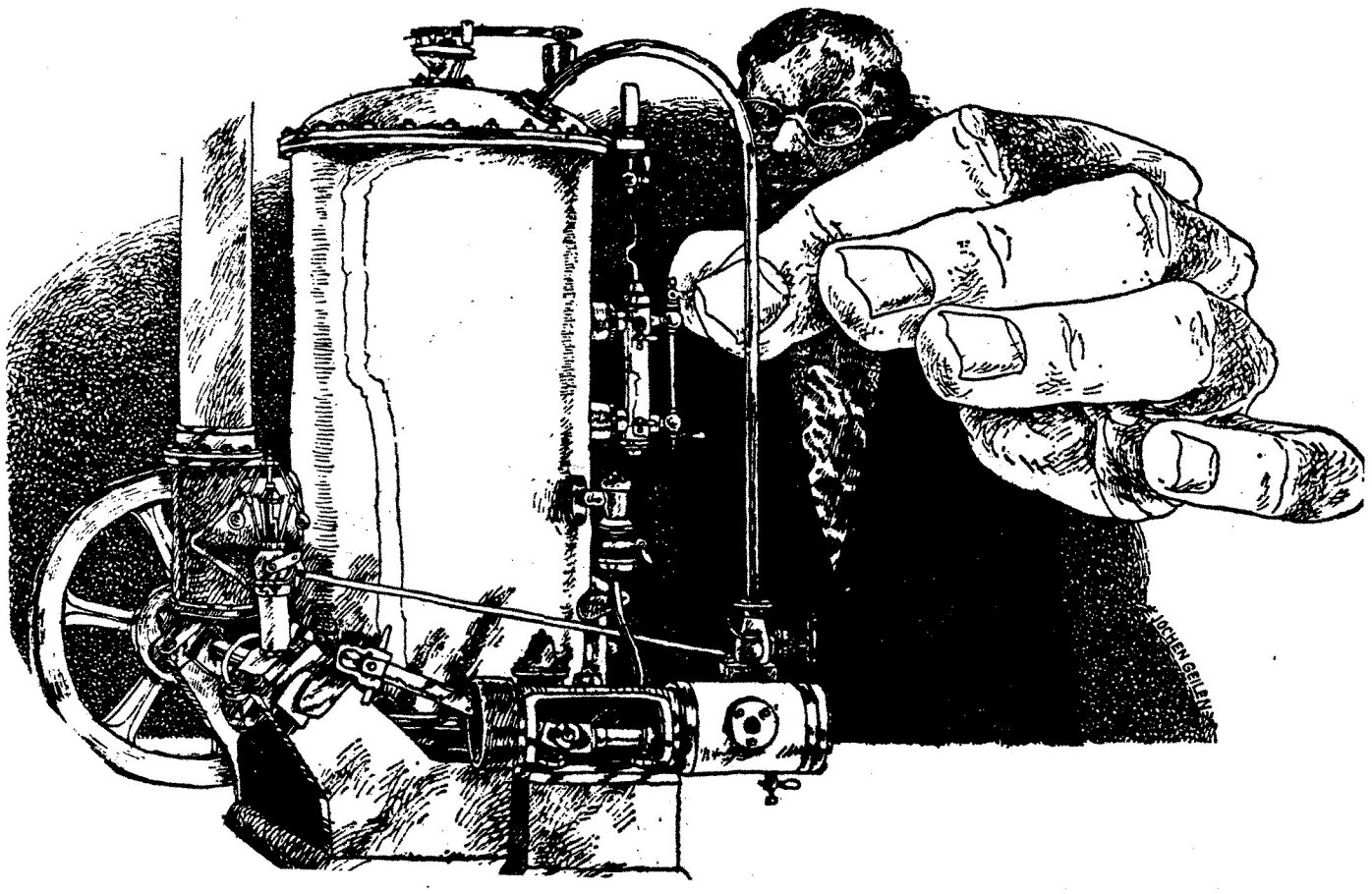
Das Experiment, mit dem Fleischmann und Pons (nicht nur) die Fachwelt in Staunen versetzten, wich von dem Schulbeispiel nur in Einzelheiten ab. Ihre Elektroden bestanden aus bestimmten Metallen: Am Minuspol der Gleichstromquelle lag eine Elektrode aus dem Halbedelmetall Palladium, am positiven Pol eine aus Platin. Und der Behälter enthielt kein normales, sondern schweres Wasser. Wasser also, dessen Moleküle statt Wasserstoff das »schwere« Deuterium enthalten.

Bei ihren Versuchen, so Pons und Fleischmann, entwickelte sich an der Palladium-Elektrode viermal mehr Energie in Form von Wärme als sie für den Versuch in Form von elektrischem Strom aufwenden mussten - vier Watt gegenüber einem Watt.

Die beiden Elektro-Chemiker vermuteten, dass diese Energie aus der Verschmelzung (= Fusion) von Deuterium-Atomen stammte.

Ausserdem stellten Fleischmann und Pons bei ihren Experimenten eine dreifach höhere Neutronen-Strahlung fest, als sie dem normalen Hintergrund-Pegel entsprochen hätte. Für die Forscher ein weiteres Indiz, dass die »kalte« Kernfusion gelungen war.

Die »Entdeckung« von Pons und Fleischmann versetzte die Wissenschaftler-Welt in helle Aufruhr. In Laboratorien rund um den Erdball, von Brasilien bis Südkorea, von Italien bis Kanada, in der BRD und DDR, wurde der Versuch in gleicher oder ähnlicher Anordnung wiederholt. Mit höchst widersprüchlichen Ergebnissen: während einige Forscher bei den Experimenten ähnliche Effekte wie Pons und Fleischmann beobachtet haben wollten, gelang anderen Gruppen das nicht. Skeptische Positionen gewannen allmählich die Oberhand, nicht zuletzt, weil Pons und Fleischmann am 20. April ihren



Konfusion?

Die Forscher und ihr Spielzeug
Mit einer simplen Apparatur wollten die Chemiker Stanley Pons (links) und Martin Fleischmann die Energiequelle der Sonne ins Labor holen.

angekündigten Aufsatz für die renommierte Wissenschaftszeitschrift *nature* zurückzogen. Sie wollten (oder konnten?) die Nachfragen der *nature*-Gutachter nicht beantworten.
Obwohl der Artikel inzwischen veröffentlicht wurde, blieben die beiden Wissenschaftler nach Auffassung der Kritiker den Beweis dafür schuldig, dass die festgestellte Wärmeentwicklung tatsächlich Ergebnis einer Kernfusion und nicht einfach einer »normalen« chemischen Reaktion, z.B. einer Knallgas-Reaktion, war.
Was die »Entdeckung« der »kalten« Kernfusion für viele so unglaublich und unglaubwürdig machte: ausgerechnet in der naturwissenschaftlich relativ unbeleckten Universität Utah sollte mit primitivsten Hilfsmitteln ein Vorgang vonstatten gegangen sein, den sich die hochdotiertesten Physiker der Erde bis dahin allenfalls als äusserst komplizierten Prozess in einem auf 100 Millionen Grad erhitzten »Fusionsreaktor« vorstellen konnten!
Sozusagen als künstliche Kopie dessen, was in der Sonne passiert.
Ausserdemm hatten sich in der Vergangenheit alle Meldungen über eine »kontrollierte« Kernfusion - im Gegensatz zur »unkontrollierten«, die bei der Explosion einer Wasserstoffbombe abläuft - stets als peinliche Flops erwiesen.
Im März 1951 war der argentinische Diktator Juan Peron vor die Weltpresse getreten und hatte verkündet: »Die Kernverschmelzung ist gezähmt. Die kontrollierte Befreiung der Atomenergie wird unserer Nation eine Grösse verleihen, die wir uns heute noch nicht vorstellen können.«
Kurz darauf sassen die führenden Physiker des Landes im Gefängnis, weil sie den Diktator »irregeführt« hatten.
1958 verlagerte sich der vermeintliche Fusionsschauplatz nach Grossbritannien. Ein Mann namens John Cockroft, seines Zeichens Direktor des Harwell-Waffen-Labors, erklärte den 400 versammelten Journalisten, dass es in einer Experimentiermaschine namens »Mighty Zeta« gelungen sei, Wasserstoff auf fünf Millionen Grad zu erhitzen. Neutronenmessungen hätten klargemacht, dass es zu Fusionsreaktionen gekommen sei.
»Für Grossbritannien ist diese Entdeckung bedeutender als der Sputnik für die Sowjetunion,« erklärte Cockroft damals.
Ein paar Wochen später mussten die beteiligten Forscher einräumen, dass sie sich bei den Neutronenmessungen verzählt hatten. Nichts war passiert in »Might Zeta«.
Auch um die »Fusionsreaktoren« ist es still geworden. Glaubte man vor dreissig Jahren noch, die Entwicklung solcher Reaktoren -in denen, wie gesagt, ja nichts weiter als 100 Millionen Grad Hitze erzeugt werden müssen; von anderen Bedingungen einmal ganz abgesehen - stünde kurz bevor, spekulieren die mutigsten Wissenschaftler heute auf die Mitte des nächsten Jahrhunderts als frühestes Datum.
Und jetzt Utah mit der »kalten« Kernfusion ...
Während die Debatten über die Seriösität der Versuche von Pons und Fleischmann anhalten, bleibt ein Aspekt, der wichtigste, in der öffentlichen Diskussion ausgeklammert: Was ist überhaupt dran an der Behauptung, die Kernfusion sei die »sauberste und unerschöpflichste Energiequelle aller Zeiten«?
Schliesslich wurde vor noch nicht allzu langer Zeit ähnliches über die Schnellen Brüter verbreitet, bzw. wird es, etwa in der UdSSR, immer noch.
Anders als das Uran, stünde der »Brennstoff« für die Kernfusion, das Deuterium nämlich, tatsächlich fast unbegrenzt zur Verfügung - als natürliches Bestandteil des Wassers.
Mit der Sicherheit verhält es sich dagegen nicht so einfach, wie uns glauben gemacht werden soll. Sowohl in einem etwaigen zukünftigen »Fusionsreaktor« als auch bei der »kalten« Kernfusion wird starke Neutronenstrahlung entstehen. Neutronen sind die elektrisch nicht geladenen (»neutralen«) Bausteine der Atomkerne. Neutronenstrahlung besteht aus schnell fliegenden Neutronen, die bei der Kernspaltung und der Kernfusion in grossen Mengen freigesetzt werden. Neutronenstrahlung ist die durchschlagkräftigste aller Strahlenarten. Das heisst, sie durchdringt mühelos zum Beispiel dicke Bleiabschirmungen und kann allenfalls durch meterdicke Betonwände abgefangen werden. Bei »heissen« wie »kalten« Fusionsprozessen, die über einen Labormasstab hinausgehen, würde die Neutronenstrahlung die Reaktorwände und -innenbauten innerhalb kürzester Zeit in stark strahlende Materie verwandeln und für Menschen nicht mehr zugänglich machen.
Einer der Kritikpunkte an dem Versuch von Fleischmann und Pons lautete denn auch: Wenn es sich bei diesem Vorgang tatsächlich um eine Kernfusion gehandelt hätte, wäre selbst bei der beschriebenen Anordnung soviel Neutronenstrahlung entstanden, dass die Forscher ihr eigenes Experiment nicht überlebt hätten.
R.

Bilanz
3 Jahre nach Tschernobyl
Atomenergie in der Sowjetunion

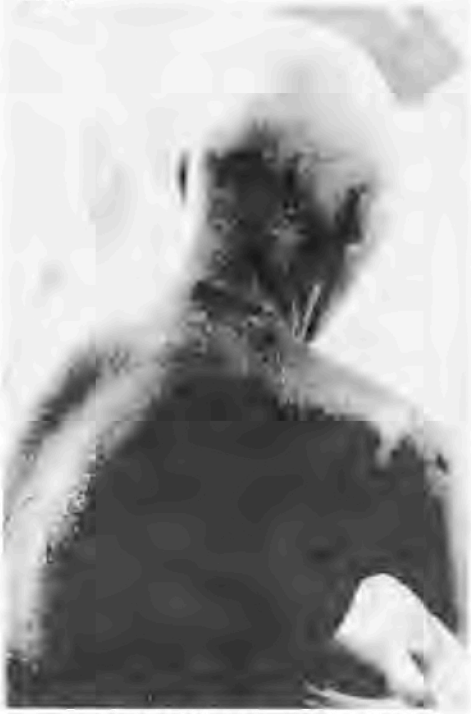
Perestroika und Glasnost werden in der Sowjetunion jetzt auch für die Ökologie propagiert. Jüngst ist von einem sowjetischen Autorenkollektiv ein Buch über den Umweltschutz in der UdSSR herausgegeben worden, das im Untertitel die Frage aufwirft: "Was bedeuten Perestroika und Glasnost für die Ökologie?" (1). Als Maßstab für eine ökologische Politik wird von den Autoren die Parole ausgeben: "Kein neues Tschernobyl!" Man/Frau muß den Autoren in ihrem positiven Urteil bezüglich der Bedeutung von Perestroika und Glasnost für die Ökologie allerdings scharf widersprechen. Die "Lehren", die jetzt drei Jahre nach Tschernobyl in den sowjetischen Bilanzen gezogen werden, zeigen das Gegenteil.
In der Februarausgabe der Zeitschrift "Sozialismus Theorie und Praxis" (STP) wurden Auszüge aus einem in diesem Jahr erscheinenden Buch "Tschernobyl: Vorgänge und Lehren" vorabgedruckt. Ein Autorenkollektiv hat sich darin vorgenommen, in 150 Fragen und Antworten die Katastrophe, die Probleme ihrer Bekämpfung und ihre Folgen, in allen Aspekten zu beleuchten. Bereits in der Januar-Ausgabe der Zeitschrift "Wissenschaft in der UdSSR" erschien ein Bericht des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Boris Stscherbina, gleichzeitig "Vorsitzender der Regierungskommission zur Beseitigung der Folgen der Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl ", unter dem Titel "Tschernobyl: Lehren und Schlußfolgerungen".
Die Bilanz dieser Veröffentlichungen: Tschernobyl gilt als bereits bewältigt. Als eine zentrale Lehre wird die Verbesserung des Managements in Vorbereitung auf den nächsten Super-GAU ausgegeben. Nicht weniger bedenklich: Der im Zuge von Glasnost propagierte Dialog mit den Anti-AKW-Gruppen verkommt mittlerweile zur diffamierenden Belehrung, mitunter auch schon mal mit drohendem Unterton.

Straßensperre in der Katastrophenzone

Die Katastrophe: Sieg über das Element?

Die Leistungen der Sowjetunion bei der Bekämpfung der Katastrophe von Tschernobyl sind sicherlich garnicht hoch genug zu würdigen. Wenn aber heute Boris Stscherbina in seiner offiziellen Bilanz geradezu mit Pathos verkündete: "Die Beseitigung der Folgen des Unfalls von Tschernobyl wurden zum Symbol des Sieges über das Element!", mußte das den Opfern ebenso unweigerlich wie Hohn in den Ohren geklungen haben.
Als Opfer werden in der Sowjetunion nur diejenigen gezählt, die bei oder nach ihrer Teilnahme an der Katastrophe gestorben sind. Nach jetzigen Veröffentlichungen beläuft sich die "Gesamtzahl der Todesopfer" bis zum 1. 1. 1988 auf 30 Personen. Von ihnen sind 28 an akuten Strahlenschäden gestorben. Mit der Diagnose Strahlenkrankheit verschiedenen Grades kamen 237 Personen, die sich in der Zone des Havarieblockes befunden hatten, ins Krankenhaus. 193 von ihnen sollen, so die sowjetischen Bilanzen, nach einer "Heilkur" bereits wieder arbeiten. 16 Personen befinden sich noch in Behandlung (STP, Febr. 89, S.70). Zumindest ein weiterer Todesfall ist seit dem 1. Januar 1988 bekanntgeworden, so daß sich die

Zahl der direkten Todesopfer im Rahmen der Bekämpfung der Reaktorkatastrophe auf 31 erhöht hat (FAZ, 13.2.89).
Die ganze Tragödie von Tschernobyl besteht aber auch in den, gemeinhin mit dem verharmlosenden Wort Spätfolgen benannten Todesfällen, Krebserkrankungen und Geburten von verkrüppelten Menschen und Tieren, die die sowjetische Gesellschaft noch über die nächsten 50 - 70 Jahre schleichend heimsuchen werden. Dies fällt aus den jetzigen Bilanzierungen gänzlich heraus. Letztlich wird die Auswirkung jeglicher radioaktiver Strahlung unter 600 rem - die zum sofortigen Tod führt - und unter 100 - 120 rem - was die offensichtlich nicht mehr zu leugnende Folge von Strahlenkrankheit hervorruft - als vernachlässigbar heruntergespielt. Selbst bei den durch 100 -120 rem von Strahlenkrankheit Betroffenen werden noch die Heilerfolge gepriesen. Im Juli letzten Jahres hatte der Gesundheitsminister der ukrainischen SSR noch verkündet: "Bei 237 Menschen wurde Strahlenkrankheit diagnostiziert, 209 von ihnen wurden geheilt" (Sowjetunion heute, Juli 88, S.38). In der heutigen Statistik ist diese Zahl der "Geheilten" bereits auf 193 gesunken.
Völlig ignoriert wird die Problematik der Niedrigstrahlung. Laut Aussagen des Gesundheitsministers E. Tschasow beträgt die Wahrscheinlichkeit einer zusätzlichen Sterberate an Krebs in der Sowjetunion als Ergebnis von Tschernobyl 0,011 %. Das ist selbst eine Verharmlosung des sowjetischen Unfallberichts, der der IAEO-Konferenz 1986 vorgelegt wurde. Dort wurde noch "eine Zunahme der Krebsrate von höchstens 0,4 %" errechnet. Zu ganz anderen Zahlen kommt der Tschernobyl-Bericht des Heidelberger IFEU-Instituts. Ausgehend von den Risikozahlen der Internationalen Strahlenschutzkommission errechnen sie für die betroffenen Bereiche der UdSSR eine Zahl von etwa 30.000 zusätzlichen Krebstoten. Wesentlich höhere Zahlen ergäben sich nach ihren Angaben bei der Verwendung pessimistischerer Risikozahlen: "So würden sich mit den Risikofaktoren von Bertell (1986) 130.000 bis 390.000 Krebserkrankungen in der UdSSR ergeben" (M. Schmidt (Hg.), Das Strahlenrisiko von Tschernobyl, IFEU-Bericht Nr. 49, Heidelberg 1987, S.49).
Zu der radioaktiven Strahlung, die über Europa abregnete, heißt es in einer der sowjetischen Bilanzen: "Nach Berechnungen von Spezialisten übersteigt die größte Strahlungsdosis, die auf Einwohner europäischer Länder eingewirkt haben konnte, nicht die Dosen kosmischer Strahlung beim Flug auf der Linie Paris - Los Angeles hin und zurück" (STP, Febr. 89, S.70). Wird die Gefahr radioaktiver Strahlung in niedrigen Strahlungsbereichen in diesem Sinne vehement bestritten, so hat man doch relativ sorgsam statistische Erhebungen vorgenommen.
"Es wurden fast eine Million Menschen untersucht. 700.000 davon unter Anwendung verfeinerter dosimetrischer und Laboruntersuchungen" (Sowjetunion heute, 7/88, S.38). Von allen Personen, "die unter besonderer Beobachtung im Zusammenhang mit der Havarie stehen", wurde ein Allunionsregister zusammengestellt. Dieses Register soll mehr als 600.000 Menschen erfaßt haben. Es enthält "Informationen über jeden Einzelnen - wo er sich im Augenblick der Katastrophe aufhielt, wie lange er der Strahlung ausgesetzt war, was er tat, was die Untersuchungen ergaben". Die Informationen wurden computermäßig gespeichert. Aber immer wieder wurde betont: "Ich möchte wiederholen: Es besteht keine greifbare Gefahr." (Sowjetunion heute, 7/88, S. 39) Bei Boris Stscherbina heißt es noch heute: "Die umfangreichen Untersuchungen, die von den Einrichtungen des Gesundheitswesens und von der medizinischen Wissenschaft durchgeführt wurden, und ihre Ergebnisse zeigen, daß keinerlei Grund zu Befürchtungen besteht - weder hinsichtlich einer unmittelbaren Einwirkung der radioaktiven Strahlung noch hinsichtlich medizinisch-biologischer Spätfolgen (merkliches Ansteigen des natürlichen Niveaus von Geschwulstkrankheiten, genetische Effekte)." (Wissenschaft in der UdSSR, 1/89 S.16)



Strahlenopfer: Feuerwehrmann Wahrainjan

Vergessene Opfer: "Unsere Tränen sind unversiegbar."

Gegen diese immer wieder bekräftigten Verleugnungen von Gefahren, die bereits heute einer Konfrontation mit der Wirklichkeit nicht mehr standhalten, wächst auch in der Sowjetunion die Kritik. In ihrer Ausgabe vom 14. Februar 1989 berichtete die Zeitschrift "Moskauer Nachrichten" über erste schreckliche Folgen von Tschernobyl (vgl. FR, 16.2.89). Das sowjetische Reformblatt "Moskau News" griff diese Berichte nochmal in ihrer April-Ausgabe unter der Schlagzeile "Die Monster von Tschernobyl" auf. In den Dörfern des Bezirks Narodítschi im Gebiet Schitomir, zwischen 50 und 90 km von der Unglücksstelle entfernt, kommt es diesen Berichten zufolge seit Tschernobyl zu fürchterlichen Mißbildungen. In der Viehzuchtkolchose Petrowski, mit 350 Kühen und 87 Schweinen nicht sonderlich groß, wurden innerhalb des ersten Jahres nach der Katastrophe 64 mißgebildete Tiere geboren. "37 Ferkel und 27 Kälber kamen entweder ohne Kopf oder ohne Extremitäten, ohne Augen oder ohne Rippen auf die Welt. In den ersten neun Monaten des darauffolgenden Jahres 1988 gab es 76 Mißbildungen: 41 Ferkel und 35 Kälber." Zum Vergleich: "In den fünf Jahren vor Tschernobyl wurden hier insgesamt drei Mißgeburten unter den Ferkeln registriert. Bei den Kälbern gab es überhaupt keine." Auch die Menschen sind betroffen. Aus den Statistiken des medizinischen Dienstes im Bezirk geht hervor, daß die Krebserkrankungen, insbesondere der Mundwege und der Speiseröhre, sich im Jahresdurchschnitt verdoppelt haben. "Mehr als die Hälfte der Kinder in diesem Bezirk weist Schilddrüsenerkrankungen auf." Den Frauen wird "von einer Schwangerschaft abgeraten."
Harte Kritik wird in dem Artikel an den offiziellen Stellen geübt. Das nach Tschernobyl in Kiew gegründete "Institut zur Erforschung der Strahlenwirkung in der Landwirtschaft" habe an den Geschehnissen "kein besonderes Interesse" gezeigt. "Einige Kadaver der mißgebildeten Monster haben si sich angesehen und dann erklärt, solche Mißbildungen könnten die verschiedensten Ursachen haben", beschwerte sich der Tierarzt des Bezirks. Die leitenden Mitarbeiter des Gesundheitsdienstes der Ukraine würden immer noch beteuern, "es bestehe keinerlei Gefahr", gleichzeitig aber den BürgerInnen, die sich untersuchen ließen, die genauen Ergebisse vorenthalten.
Die offizielle Ignoranz, Verheimlichung und Beschwichtigung haben System. In der Eingrenzung der Opfer auf die HeldInnen der Bekämpfung der Katastrophe und in dem Gedenken nur dieser heldenhaften Opfer, kann Tschernobyl als bewältigt gelten und als abgeschlossen aufgearbeitet werden. Das Leiden der Opfer, deren verzweifelte Ohnmacht nicht in Heldenverehrung überspielt werden kann, wird so auch in der Sowjetunion individualisiert. Das kollektive Wissen um diese Opfer bleibt in Bürokratenschubladen verscharrt.
Selbst bei den jetzt 31 Toten wurde noch sorgsam unterschieden. Helden der Sowjetunion - das sind nur die Feuerwehrleute von Tschernobyl: W. Prawik, V. Kibenok, N. Wastschuk, W. Ignatenko, N. Titenok und W. Tistschura. Über die anderen 25 Toten, Angehörige des Personals des AKW Tschernobyl, die in der tragischen Nacht Seite an Seite mit den Feuerwehrleuten um die Eindämmung der Katastrophe gekämpft haben, wird der Mantel des Schweigens gehüllt. Sie umgibt, "ein imaginäres Tabu", wie es in einem Brief heißt, den

Angehörige des Personals, die in der Nacht zum 26. April 1986 mit dabei waren, Teilnehmer des Katastropheneinsatzes, sowie Familienangehörige, an die "Komsomolskaja Prawda" schrieben und in dem sie ihren Schmerz über dieses Schweigen zum Ausdruck brachten. Sie forderten den Bau einer Gedenkstätte mit den Namen aller Toten.

"Schmutzige Dörfer."

Wie wenig die derzeitigen Versuche einer Bilanzierung als abschließend gelten können, zeigen auch die widersprüchlichen Zahlen, die es immer noch zu den von Evakuierungen betroffenen Menschen gibt. In der Veröffentlichung der sowjetischen Autoren zum "Umweltschutz in der UdSSR" ist vage von "mehr als 100.000 Menschen" die Rede.(S.140) Nach anderen Angaben waren "150.000 Menschen aus 180 Dörfern von Evakuierungsmaßnahmen betroffen. (FAZ, 11.10.88) Die sowjetischen Umweltexperten sprechen allerdings in ihrem Buch an anderer Stelle davon, es "wurden in einer 30 km weiten Umgebung von Tschernobyl 600 Dörfer evakuiert" (S.122), was eine völlig unglaubwürdige Zahl für ein derartiges Gebiet ist.
Boris Stscherbina umgeht dieses Problem, indem er gar keine Zahlenangaben macht. In seinem Bericht heißt es lediglich: "Entsprechend dem festgelegten Plan wurde am 27. April die Bevölkerung aus Pripjat evakuiert, wo hauptsächlich Betriebspersonal und Bauarbeiter des Kernkraftwerkes mit ihren Familien wohnten. Entsprechen der Strahlensituation wurde auch die Evakuierung der Bevölkerung aus der 30 km-Zone vorgenommen."
Über Berichte in sowjetischen Zeitungen wurde neuerdings dementgegen bekannt, daß es nicht nur in der 30 km-Zone Evakuierungen gegeben hat, sondern auch in den über 25o km entfernten Gebieten Gomel und Mogiljow, was eine Erklärung für die unglaubliche Zahl von 600 Dörfern sein könnte. In zwei zu "ökologischen Sonderterritorien" erklärten Zonen dieser Gebiete mußten die Menschen ihre Dörfer verlassen. Betroffen waren 24.700 Einwohner aus 107 Dörfern. (FAZ, 13.2.89) Stimmt die Angabe der sowjetischen Autoren über 600 evakuierte Dörfer, müssen auch noch in einigen anderen Gebieten Evakuierungen stattgefunden haben.
Viele dieser Menschen werden niemals wieder in ihre Heimatdörfer zurückkehren können, da eine Dekontamination undurchführbar ist. Sogenannte "schmutzige Dörfer" wurden in "Grabhügel" verwandelt. In diese "Grabhügel" wurde alles das getan, was verseucht war - Autos, Feuerwehrmaschinen, Ausrüstungen, Häuser. Auch die Stadt Tschernobyl, wo etwa 10.000 Menschen lebten, soll auf Anordnung der Behörden abgerissen werden. (FAZ, 11.10.88) Das Leid und die Not, die mit den Evakuierungen und Umsiedlungen verbunden sind, bleiben gänzlich unerwähnt. Gerade aus diesen Erfahrungen heraus wurde aber von den Betroffenen der Katastrophe das Bild geprägt, das wäre "wie Krieg", sie fühlten sich erinnert an den Überfall der deutschen faschistischen Truppen, als sie ebenfalls aus ihren Dörfern fliehen mußten.

Brief in Erinnerung an Tschernobyl.

"Ich bin aus Pripjat, der schönsten Stadt der Erde. Unsere Tränen sind unversiegbar. Das Schweigen über Pripjat und seine Einwohner, die fast über das ganze Land verstreut sind, lastet auf uns wie eine Grabplatte.
Viele Menschen aus unserer Stadt arbeiten auch heute noch in der Zone. Und wie viele aus Pripjat, die in den ersten Monaten eine größere Dosis abbekommen haben, quälen sich heute, weil sie ihren Lieblingsberuf nicht mehr ausüben dürfen.
Man gibt sich Mühe, uns nicht zu bemerken, oder man sagt: "Was wollt ihr noch? Ihr seid satt, habt Kleidung und Schuhe." Aber das Herz läßt sich nicht einkleiden, und Kleider vermögen es nicht unsere Sorgen um die Zukunft unserer Kinder zu vertreiben. Welcher Mutter bricht nicht das Herz, wenn sie im Bus etwa folgendes Gespräch fremder Menschen hört: "Er ist ein guter Bursche, aber ich habe meiner Tochter verboten, mit ihm zu gehen. Er ist ja aus Tschernobyl, und wir möchten gesunde Enkel."
Wir haben uns an solches Gerede gewöhnt, obwohl es einem jedesmal einen Stich ins Herz gibt. Wir wollen nur eins: Der 26. April soll Gedenktag sein, und die Pripjater sollen sich an einem bestimmten Ort treffen können. Wir leben jetzt in verschiedenen Städten und Dörfern.
Im Hinblick auf materielle Hilfe und andere Alltagsfragen ist bei uns alles in Ordnung. Aber es tut weh, wenn man hört: "Da wollen sie schon wieder Vergünstigungen haben." Die Uneigennützigkeit und die Sorge des Staates um uns werden von einem einzigen Bürokraten, werden durch Grimassen zunichte gemacht. Aber hol sie alle der Teufel!

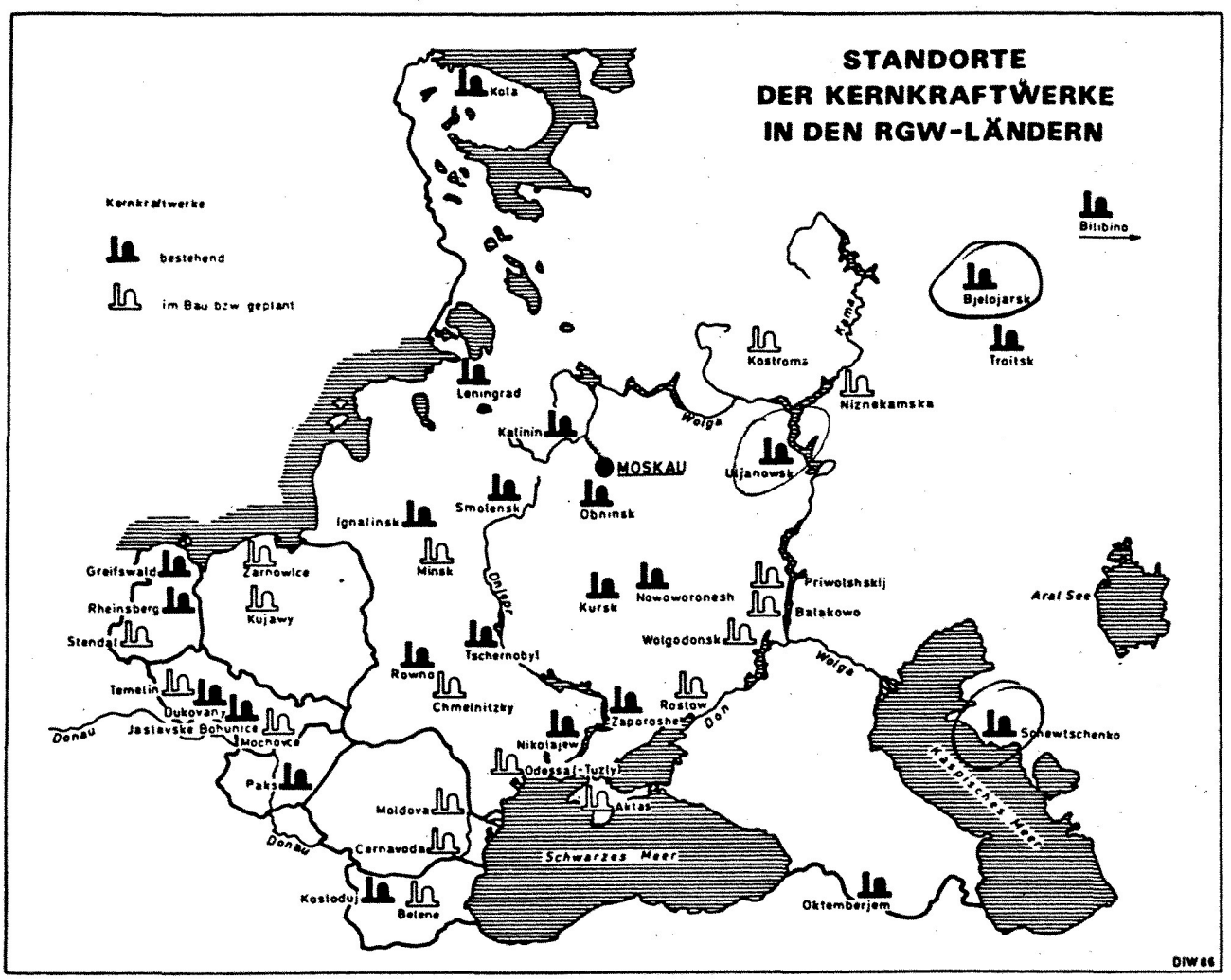
Vielen Dank und alles Gute
Sintschuk
Dnepropetrowsk

(aus: Sowjetunion heute, April 1988)

"Beschleunigte Entwicklung der Kernenergetik."

"Ungeachtet (!) der Havarie im KKW Tschernobyl", heißt es bei Boris Stscherbina, ändert sich die strategische Linie der UdSSR zur Entwicklung der Kernenergetik nicht. In Übereinstimmung mit dem Energieprogramm wird der Bau von Kernkraftwerken und Kernheizwerken in unserem Lande fortgesetzt." - Ungeachtet! Offener läßt sich die rücksichtslosigkeit des weiteren Ausbauprogramms nicht bekennen.
Das bedeutet, daß nicht einmal mit Tschernobyl auch nur einen Augenblick in Betracht gezogen wurde, diesen wahnwitzigen Ausbau zu überdenken. "Hauptbestandteil des sowjetischen Energieprogramms", so Stscherbina, "ist die beschleunigte Entwicklung der Kernenergetik. Ab 1990 werden die Kernkraftwerke praktische den gesamten Zuwachs an der Erzeugung von Elektroenergie im europäischen Landesteil abdecken." Dieses Programm der beschleunigten Entwicklung ist das Programm der Perestroika, so wie es vor Tschernobyl konzipiert worden ist! Eine Perestroika nach Tschernobyl gibt es nicht.
Die sowjetischen Planungen sahen im laufenden Fünfjahresplan von 1986 bis 1990 vor, rund 40.000 MW Kernkraftwerksleistung neu in Betrieb zu nehmen, was ungefähr eine Verdoppelung der installierten Kraftwerksleistung von 27.245 MW (1985) auf ca. 66.700 MW (1990) bedeuten würde. (atw, 7/88, S. 314 und Energija 4/85, S.18) Diese Planungen werden aufgrund des Tschernobyl-Unfalls nicht ganz eingehalten werden können. Die Zahl der seit Tschernobyl neu in Betrieb gegangenen Atomkraftwerke ist allerdings trotzdem erschreckend. Im Jahr der Reaktorkatastrophe gingen fünf Kraftwerksblöcke neu ans Netz. Davon sind vier Blöcke mit Druckwasserreaktoren je 1.000 MW des sowjetischen Typs WWER 1000 (Nikolajew 3, Saporoschje 3, Kalinin 2 und Rowno 3), der Block Ignalina-2 mit einem 1.500 MW-RBMK-Reaktor, einer vergrößerten Variante des in Tschernobyl verunglückten Reaktors, ausgestattet.(atw, 6/87, 314) Auch im darauffolgenden Jahr 1987 wurden vier weitere AKWs fertiggestellt. In den neuen Bilanzierungen heißt es stolz: "1987 sind in Kernkraftwerken 4,5 Mio. KW Energiekapazitäten in Betrieb gesetzt worden. Der Bau einer Reihe von KKW nimmt seinen Fortgang. Das weitere Programm zur Entwicklung der Kernenergetik für die Zeit bis zum Jahr 2000 ist festgelegt worden." (STP, Febr. 89, S.73) Dieses Programm sieht statt der bisherigen Verdoppelung bis 1990 eine Verdreifachung der Leistungskapazität von 35.000 MW (1988) auf über 100.000 MW bis zum Jahr 2000 vor. Erreicht werden soll diese Steigerung durch den Bau von 4 bis 6 neuen AKWs und die Erweiterung der bestehenden Anlagen um zusätzliche Blöcke. (Wirtschaft des Ostblocks, 20.1.89)
Zusätzlich soll der Übergang zu neuen Generationen von Kernreaktoren vorangetrieben werden. In Bjelojarsk ist ein 800 MW Brüter in Bau. Die Entwicklungsarbeiten für einen 1.600 MW Brüter werden vorangetrieben. Neben einem Ausbau der Brütertechnologie geht es um die Einführung von Hochtemperaturreaktoren.

Soviel ist sicher: Mit diesem beschleunigten Ausbauprogramm marschiert die Sowjetunion auch beschleunigt dem nächsten Super-GAU entgegen. So ungeheurlich das klingt, daß das die Lehre aus Tschernobyl sein soll, in der sowjetischen Atombürokratie wird ein neues Tschernobyl bewußt einkalkuliert. Boris



Stscherbina: "Wie die Ereignisse im Kraftwerk Tschernobyl zeigen, kann unabhängig von sorgfältigen Maßnahmen zur Unfallverhütung durch mechanische Schäden oder durch Fehlhandlungen des Reaktorpersonals etwas Unvorhergesehenes geschehen. Deshalb besteht eine der wichtigsten Lehren darin, daß für die Gewährleistung der Sicherheit die Aufmerksamkeit gleichermaßen der Havarieverhütung, wie der Verringerung eventueller Unfallfolgen gewidmet sein muß." So ist die Aufmerksamkeit bereits heute auf die Verbesserung des Managements in der nächsten Katastrophe ausgerichtet. Auch wenn Stscherbina ein gleichermaßen der Katastrophenverhütung wie des Katastrophenmanagements betont: Konkret sind die Mehrzahl der eingeleiteten Maßnahmen nicht etwa solche der "Unfallverhütung" durch verbesserte Sicherheitsvorkehrungen, sondern lediglich solche, die den Ablauf des nächsten Super-GAUs aus der Sicht der Bürokraten reibungsloser gestalten sollen, z.B. indem ihnen ein "prognostizierendes und Empfehlungen gebendes Informations- und Entscheidungssystem" an die Hand gegeben wird, mit dem "die operative Versorgung von Spezialkräften mit Informationen über mögliche Szenarien, nach einer Havarie" gewährleistet werden soll.

Anti-AKW-Protest in der Sowjetunion.

Dem beschleunigten Ausbau der Atomenergie steht seit Tschernobyl ein wachsender Protest der Bevölkerung entgegen. In verschiedenen Republiken haben sich Bürgerinitiativen gebildet. In der ukrainischen, litauischen und moldavischen SSR sowie in Odessa und Nowosibirsk sind sie in der Assoziation "Zelenij Swit" (Grüne Welt) zusammengeschlossen. Die Mitgliedschaft umfaßt, wie es heißt, WissenschaftlerInnen, SchriftstellerInnen, JournalistInnen, LehrerInnen, VertreterInnen der Kirchen und StudentInnen. ArbeiterInnen kommen in der Aufzählung, wie immer das auch zu erklären ist, bemerkenswerterweise nicht vor.

Eine regelrechte Kampagne gibt es gegen den Bau des AKW Aktasch auf der Krim. Hier geriet auch der stellvertretende Ministerratsvorsitzende Boris Stscherbina heftig ins Feuer der Kritik. Unter seiner Leitung war von einer Kommission ein seismologisches Gutachten zu den geophysikalischen Standortbedingungen erarbeitet und dann unter Geheimhaltung gestellt worden. (NZZ, 16.7.88) Zehn Wissenschaftler haben nun in einem von der Prawda veröffentlichten Artikel das Ergebnis dieser Expertise enthüllt. Darin wird bestätigt, "daß das Kraftwerk in einem erdbebengefährdeten Gebiet gebaut wird". (Wirtschaft des Ostblocks, 8.2.89) In einer Unterschriften-Sammlung haben sich über 287.000 BürgerInnen gegen den Bau des AKWs ausgesprochen. (FAZ, 14.9.88)

Der Protest in der SSR Litauen wendet sich insbesondere gegen den Ausbau des Kraftwerks Ignalina um einen 3. Block. Auch in dieser Auseinandersetzung geht es vorrangig um die Frage der Erdbebensicherheit. (Wirtschaft des Ostblocks, 6.10.88) In Wilna sollen 150.000 Menschen gegen den Ausbau des AKWs demonstriert haben (Welt 21.12.88) In Gorki nahmen 2.000 Personen im Stadtzentrum an einer Kundgebeung gegen ein geplantes Kernheizwerk teil. Über den Bau soll, so die zentrale Forderung, in einem gesamtstädtischen Referendum abgestimmt werden. Bereits mehr als 25.000 Einwohner haben sich für dieses Referendum ausgesprochen. (Moskau news, Nr.9, Sept.88)

Insgesamt scheint der Protest bisher gemäßigt und lokal begrenzt zu bleiben. Eine grundsätzlichere Kritik der Atomenergie ist nur sporadisch zu hören. In dieser Beziehung sticht ein

Artikel des Juristen und Dozenten der Akademie des sowjetischen Innenministeriums, Kurkin, in der Zeitung "Moskauer Komsomolze" vom 10.11.88 hervor. Dort bezeichnete er die Nutzung der Atomenergie als eine "äußerst langwährende Verminung der eigenen Erde mit Atomsprengladungen langsamer Wirkung". Darüberhinaus rügte Kurkin, daß in der Sowjetunion die wirklichen Probleme der Atomenergie weiterhin "im Schatten" gelassen würden. Dazu zählte er vor allem die radioaktive Strahlung, die Wiederaufarbeitung und die Lagerung des Atommülls. Erstmals wurde damit der Brennstoffzyklus in der Atomenergienutzung insgesamt kritisch in den Blick genommen. Abschließend stellte er die Frage? "Sollen wir wirklich behördlichen Interessen zuliebe am Rande des Selbstmords balancieren?" (vgl. FR, 11.11.88)

Im Allgemeinen bleibt die Problematisierung allerdings weit unterhalb der Schwelle grundsätzlicher AKW-Kritik. Der prominente Schriftsteller, Kommunist und AKW-Kritiker Jurij Stscherbak, Autor der "Protokolle einer Katastrophe", sagt z.B. von sich: "Ich bin kein Revolutionär, der sagen wird: Jetzt muß man alle AKW abstellen." (Woz, Nr.42, 21.10.88) Und auch der belorussische Schriftsteller Ales Adamowitsch, der ebenfalls zu den prominenteren Kritikern zählt, beschränkt seine Kritik auf die Errichtung von Atomkraftwerken "im dicht besiedelten europäischen Teil der Sowjetunion". (Moskau News 6/88) Eine weitere Variante, mit der die Auswirkungen von Unfällen wie in Tschernobyl lediglich begrenzt werden sollen, ist der Vorschlag des sowjetischen Vaters der Wasserstoffbombe, Andrej Sacharow, Atomkraftwerke zukünftig nur noch unterirdisch zu bauen. Dieser Vorschlag - der in der SU auch bereits als AKW-Kritik zählt - wurde jüngst von dem populären Reformer und Sieger bei den Moskauer Wahlen zum sowjetischen Deputiertenkongreß, Boris N. Jelzin aufgegriffen.

Erste Brüche im Ausbauprogramm?

Sehr euphorisch wurden die Erfolge der Bewegung in der jüngsten Ausgabe der "atom" bewertet. Dort hieß es: Angesichts der "Entscheidungen der SU in den letzten Monaten, AKWs nicht (weiter) zu bauen, stillzulegen oder andere superidiotische Großprojekte, wie z.B. die Umleitung von Flüssen zur Bewässerung südlicher Regionen (Wolga-Schograi-Kanal) zu stoppen", müsse sich schon gefragt werden: "Wo hat es hier jemals etwas Vergleichbares gegeben? In Wyhl und am Boxberg. Gut. Aber Brokdorf, Kalkar, Wackersdorf, Gorleben ..." (atom, Nr. 25, S.45)

Bei einer genaueren Betrachtung der Fakten hält solche Euphorie der Realität nicht stand. Bisher ist in der Sowjetunion aufgrund von Tschernobyl und des sich in der Folge entwickelnden Protests lediglich ein einziges AKW - das im armenischen Erdbebengebiet stehende 815 MW AKW Oktemberjem bie Mezamor - stillgelegt worden. Bei allen andern Entscheidungen handelt es sich nicht etwa um Stillegungen laufender Anlagen, sondern - je nach dem Stand der Arbeiten - um Baueinstellungen oder auch nur um zeitweilige Baustopps, wobei für eingestellte Bauprojekte ausdrücklich Ersatzstandorte gesucht werden. Teils geht es lediglich um die Einstellung von Planungen.

Dekontaminierung in Kiew

Insgesamt sind in der Sowjetunion nach Tschernobyl - wie gesagt bei Ersatzsuche - sechs Projekte zum Bau von Atomkraftwerken gestrichen worden. Baueinstellungen gab es dabei in Aserbeidschan, Odessa, Krasnodar und Minsk. Bei zwei der sechs gestrichenen Projekte handelt es sich lediglich um die Aufgabe von Planungen für Erweiterungsbauten, so vorgesehen für ein AKW in Georgien und das jetzt stillgelegte AKW Oktemberjem. Der Baustopp für den dritten Block des AKW Ignalina in der litauischen SSR ist nur befristet. (NZZ, 5.9.88) Im Vergleich zu den "gestrichenen" Projekten wird an 15 weiteren AKW-Baustellen die Arbeit fortgeführt. (Handelsblatt, 27.12.88) Weder das sowjetische Wackersdorf im Atomzentrum Kyschtym bei Tscheljabinsk, noch das sowjetische Gorleben, oder die sowjetischen Kalkars in Schewtschenko und Bjelojarsk oder sonstwo stehen derzeit überhaupt zur Diskussion.

Akzeptanzförderung und Drohungen.

Die ersten Erfolge der sowjetischen Anti-AKW-Bewegung sind neben der Stillegung des AKW Oktemberjem in Armenien derzeit vor allem in der öffentlichen Thematisierung und Problematisierung der Nutzung der Atomenergie in der Sowjetunion zu sehen. Dabei muß die Ungleichgewichtigkeit der entgegengesetzten Positionen klar gesehen werden. Während aus den Reihen der AKW-KritikerInnen bisher eine grundsätzliche GegnerInnenschaft zur Nutzung der Atomenergie kaum vernehmbar ist, wird von den Herrschenden weiterhin der ungebremste Ausbau des Atomprogramms propagiert und auch real vorangetrieben.

Der im Zuge von Glasnost gleichermaßen propagierten Dialog mit den KritikerInnen der Atomenergienutzung wird rein unter Motiven der Akzeptanzförderung geführt. Schon bezüglich Tschernobyls heißt es bei Boris Stscherbina: "Die eingehende Behandlung der Ereignisse von Tschernobyl in den Massenmedien brachte unbestreitbaren Nutzen, vor allem zur Schaffung einer Atmosphäre des Verständnisses seitens der sowjetischen Bürger. Sie ermöglichte ihnen die richtige Einsicht und das Begreifen dieser Ereignisse." Die Ablehnung der Atomenergie ist für Stscherbina auch nach Tschernobyl rational nicht begründbar. Daß ein Teil der Bevölkerung "sofort dem Bau von Kernanlagen einen regelrechten Krieg erklären" wollte, erklärt sich ihm nur aus emotionen und Unwissenheit. "Emotionen werden meist durch ungenügende Informationen und Inkompetenz genährt (...) Unwissenheit ruft bei jeder Sache Widerstand gegen das Neue hervor. Voreingenommenheit, Gerüchte, Geschwätz und Verzerrungen der wirklichen Verhältnisse schaffen Gegner der Kernenergetik."

Der Ton der in der Zeitschrift "Sozialismus Theorie Praxis" gegen KritikerInnen angeschlagen wird, ist noch einen Ton schärfer als bei Boris Stscherbina. AKW-KritikerInnen werden als vom "Rummel, den westliche Massenmedien nach der Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl aufgezogen hatten", Verführte abgestempelt. Diese Menschen seien "Drahtziehern der antisowjetischen Kampagne, die das Ausmaß der Katastrophe und ihrer Folgen auf jede Weise aufbauschten" aufgesessen. (STP, Febr., 89, S.74) Hier scheint die Abqualifizierung schon einen drohenden Unterton zu bekommen.

Es wäre schrecklich, wenn die letzte "Lehre" aus Tschernobyl sein sollte, daß AKW-GegnerInnen, insofern sie sich als "unbelehrbar" erweisen, zu Feinden der Sowjetunion erklärt werden. So würde auch die letzte Hoffnung, daß sich eine Tragödie wie die von Tschenobyl nicht zwangsläufig zu wiederholen braucht zunichte gemacht. Denn auch in der Sowjetunion ist die einzige Gewähr dafür, daß es kein neues Tschernobyl geben wird der Ausstieg aus der Atomenergie. Und auch in der Sowjetunion wird dieses Ziel bei dem derzeitigen Stand der Dinge nur über einen wachsenden und sich radikalisierenden Widerstand gegen die Herrschenden in ihrem atomaren Wahn durchsetzbar sein.

Anmerkung:

(1) J.P. Lebedinskij, P.M. Potrawnij, B.E. Krasnjanskij: Umweltschutz in der Sowjetunion. Was bedeuten Perestroika und Glasnost für die Ökologie?, Hamburg 1989

Reinhard Karsten

Leserbrief zum (Anti)Atom-Seminar Grüne/KPdSU

Zugegeben, auch mich hat der diskrete Charm der graubeanzugten Herren zeitweilig beeindruckt, auch ich war verblüfft über die Glasnost, mit der sich Vertreter des Energieministeriums und der Akademie der Wissenschaften vor unseren Ohren kabbelten. Wesentlicher fürs vorläufige Facit ist aber die unter der verbindlichen Oberfläche spürbare stählerne Entschlossenheit, trotz Tod, Teufel und Tschernobyl weiterzumachen wie bisher. Das erinnert an das mal vielzitierte Wort eines weiland CDU-Abgeordneten Stücklen: "Wir lassen uns auch durch den besseren Sachverstand der Opposition nicht von unserer Meinung abbringen".

Aber im Grunde schlimmer: Die sowjetischen Gäste zeigten ein Urvertrauen in die herrschende westliche Wissenschaft und Technik, an der all unsere Kritik fast gänzlich abprallte. Das liegt, glaube ich, daran, daß es in der Frage der wissenschaftlichen Grundlagen und ihrer gesellschaftlichen Prägung um mehr geht als "nur" um Atomenergie:

Zur Schaffung des Sozialismus wird verlangt, daß es der Gesellschaft gelingt, sich die moderne Entwicklung von Naturwissenschaft und Technologie zu subsumieren. Wenn die naturwissenschaftlichen Denkformen und der technologische Aspekt der Produktivkräfte sich aber der geschichtsmaterialistischen Betrachtungsweise wesensmäßig entziehen, so ist eine solche Subsumtion unmöglich. Dann geht die heutige Menschheit nicht dem Sozialismus, sondern der Technokratie entgegen, einer Zukunft also, in der nicht die Gesellschaft über die Technik, sondern die Technik über die Gesellschaft herrscht. Wenn es dem Marxismus nicht gelingt, der zeitlosen Wahrheitstheorie der herrschenden naturwissenschaftlichen Erkenntnislehren den Boden zu entziehen, dann ist die Abdankung des Marxismus als Denkstandpunkt eine bloße Frage der Zeit. Und dies ist nicht nur mit Geltung für die westliche Welt gesagt, wo das technokratische Denken sich auf dem Positivismus stützt, es gilt kaum weniger für manche sozialistische Länder, in denen der Technokratie im Namen des "dialektischen Materialismus" gehuldigt wird. (Alfred Sohn-Rethel, Geistige und Körperliche Arbeit, S. 16)

Das totale Unverständnis auch nur solcher Problemstellung zeigte sich in Professor Frolovs, des Delegationsleiters, Gegenfrage an mich, ob ich bezweifle, daß die Formel $E = mc^2$ auch im Sozialismus gelte. (Wobei übrigens zu problematisieren wäre, dies am Rande, ob Begriffe wie Energie, Geschwindigkeit, Masse überhaupt die angemessenen für ein wirkliches Verständnis der Wirklichkeit sind. Immerhin sollte mensch sich erinnern, welche Abgründe schon im Begriff der Geschwindigkeit lauern, wenn mensch an Zenons Paradox vom gleichzeitig bewegten und doch in jedem Moment ruhenden Pfeil denkt, oder sich vergegenwärtigt, daß Goethe mit seinen alternativen Begriffen in großen Bereichen der Farbenlehre gerade so gut oder gar besser fährt als Newton.)

Wenn Voraussetzung für wirklich ausreichend tiefgreifenden Wandel im Umgang der Menschen mit der Natur die Aufhebung von Warentausch und Privateigentum, also der von Marx bestimmte Kommunismus, ist, dann greift natürlich alle Perestroika nicht nur zu kurz, sie geht sogar im Kern in die falsche Richtung. Wobei freilich die vergrößerte politische Bewegungsfreiheit auch einer linken Opposition in der SU ein begrüßenswerter Effekt wäre. Denn die haben die Völker der Sowjetunion, voran die Arbeiter, wahrlich nötig, wenn sie "den Oktober zurückholen", will sagen für den radikalen Neubeginn wieder die Voraussetzungen schaffen wollen.

Wer weniger tief umwälzen will, der verkennt, daß in der heutigen SU zwar nicht einfach Kapitalismus und Neue Bourgeoisie herrscht (da war unsere Analyse der 70er zu schlicht), aber doch eine Formation, die keinen Deut besser ist als der Kapitalismus, und die mit diesem gemein hat, daß sie auf der Ausbeutung von Arbeitskraft basiert.

Wann wie und von wem die Weichen falsch gestellt wurden, darüber kann mensch trefflich streiten und muß mensch auch, um diese Fehler in der "Zweiten Runde" zu vermeiden — bzw. wir hier in der ersten! — daß aber für den fundamentalen Wandel der Kampf um Ökologie und auch Atomenergie eine wichtige Rolle spielen wird, steht zu hoffen und zu erwarten.

Ob die Fortführung des Seminars in Moskau dazu etwas beiträgt, wird letztlich das Facit bestimmen. **Jens Scheer, Bremen**

Blockade vor dem AKW-Würgassen (Foto: Ulla Lüthje)

Uran gesellschaft/ Frankfurt am Baker Lake/ Kanada

Der Ort Baker Lake liegt im Norden Kanadas in arktischem Gebiet, genauer gesagt im Osten der Provinz der Nordwest-Territorien. Hier leben etwa 1.000 Menschen, von denen viele wie ihre Vorfahren als Jäger, Fischer und Sammler ihren Lebensunterhalt bestreiten. Nun will die Zivilisation in Gestalt internationaler Firmen Uran in einem Gebiet fördern, welches von den Inuit seit Generationen bewohnt wird. (Die Eskimos bezeichnen sich selbst als Inuit, was Mensch bedeutet, daher verwende ich diese Bezeichnung auch). Nach der Proklamation des englischen Königs Georgs III. aus dem Jahr 1763 leben diese unter dem Schutz der Krone und sollen solange nicht am Besitz von solchen Gebieten gehindert werden, wie sie diese nicht an die Krone abgetreten haben.

Die Urangesellschaft, Uranmulti der BRD

Die Urangesellschaft in Frankfurt exploriert über ihre 100 %ige Tochterfirma, die Urangesellschaft Canada Ltd, seit mehr als 20 Jahren in den Nordwest-Territorien Kanadas (N.W.T.).

Warum dringt die Uranindustrie weiter in die unberührte Tundra und die Dauerfrostgebiete nördlich des 60. Längengrades vor? (Dauerfrost bedeutet auch, daß der Boden ein bis zwei Monate im Jahr auftaut.) Eine mögliche Antwort darauf ist, daß es in anderen Ländern größere politische Schwierigkeiten gibt als zur Zeit noch in Kanada: Ein Firmenchef einer in Saskatchewan arbeitenden Uranfirma sagte 1985: *»Ich würde mich eher den technischen Problemen stellen, Cigar Lake abzubauen (hochgradige Uranmine, die den Einsatz von Robotern erfordert, da für Arbeiter die radioaktive Strahlung zu hoch ist A.), als dem politischen Hick-Hack, eine neue Mine in Australien zu entwickeln.«*

Seit dem im Februar 1988 gestellten Antrag der Urangesellschaft, mitten in den N.W.T. nahe dem See Baker Lake eine Tagebau Uranmine zu errichten, ist die politische Situation in den N.W.T. nicht mehr einheitlich.

Die Provinzregierung der Nordwest-Territorien (GNWT) und das Bundesministerium für Indianische Angelegenheiten (DIAND) schlugen daraufhin einen Umweltuntersuchungsausschuß mit öffentlichen Anhörungen neben einer wirtschaftlichen Abwägung vor. Nur einige Umweltschutzgruppen wie beispielsweits Greenpeace und Nuclear Free North lehnen das Minenprojekt strickt ab.

Landrechte

Die Landrechtsverhandlungen von Naturvölkern sind kostspielig und langwierig, weil die kanadische Regierung erst sehr spät begonnen hat, über Landrechte nachzudenken und zudem versucht hat, die Einheit von Gruppen durch wirtschaftliche und juristische Tricks zu zerstören. So werden Verhandlungen verschiedener Naturvölker mit der Bundesregierung nicht parallel geführt, sondern nach einer Art Warteliste des Büros für Landrechtsanträge nacheinander behandelt. Im Sommer 1988 ist es den Dene und Metis gelungen, mit der Regierung in Ottawa ein Abkommen zu schließen, welches ihnen den rechtlichen Status gibt, weitere Landrechtsverhandlungen zu führen. Dieses Agreement In Principle (AIP) gibt beiden Naturvölkern Landrechte nur über eine Teil des von ihnen beanspruchten Gebietes. (70.000 Quadratmeilen wurden von der Regierung anerkannt, 450.000 Quadratmeilen hatten sie beansprucht.) Letztendlich ist das AIP eine Unterwerfung, gibt sie ihnen nach Jahrzehnten nur eine Anerkennung längst überfälliger Landrechte.

Die Zone westlich der Baumgrenze ist das traditionelle Land der Dene, welches sich teilweise mit dem der Inuit überlappt.

Das Cope (Kommitee für Verhandlungen indigener Völker repräsentiert die Inuit der westlichen Arktik. Das Cope unterzeichnete im Herbst 1978 einen Völkervertrag (AIP), welcher auf die Entschädigung für den Verlust ihrer Ureinwohnerrechte fußt. Die Inuit der westlichen Arktik fühlten sich durch die Entwicklung von Öl- und Erdgas-Projekten am Mackenzie Delta und im Beaufort See unter Druck gesetzt. Das Gebiet ist durch die geraden schwarzen Linien im oberen Teil der Karte 1 sichtbar gemacht.

Dieses Ureinwohnerrecht verlangten auch die Inuit am Baker Lake, welches ihnen in einem Gerichtsurteil vom November 1979 auch für die Region Baker Lake zuerkannt wurde. Die Inuit hatten sechs internationale Konzerne verklagt, ohne ihre Einwilligung auf ihrem Land Explorationen durchzuführen.*)

Explorationen solcher Art, durch eine dieser sechs Firmen, die Urangesellschaft Frankfurt, werden auch vom BMFT subventioniert. Im gleichen Gerichtsurteil wird aber auch die weitere Exploration gestattet. Dagegen wird weiter verhandelt. (9) Die Inuit hoffen, ihren Rechtsanspruch auf das Land in den Nordwest-Territorien mit der Regierung bis zum April 1989 durchzusetzen.

Die Inuit, vertreten durch die Tungavik Federation of Nunavut (verhandelt Landrechtsansprüche der Inuit im gesamten Gebiet der Nordwest-Territorien) hätten nach der Unterzeichnung ihres Landrechtsabkommens mit der Provinzregierung und der Bundesregierung einen stärkeren Überblick, welcherart die Umwelteinflüsse von Projekten sind und könnten gleichzeitig auf weitere Wirtschaftsprojekte Einfluß nehmen. Bereits 1978 konnten die Inuit einen Minen-Antrag der Urangesellschaft erfolgreich zurückweisen. Aber es ist unsicher, ob trotz des schwebenden Landrechtsprozesses der Minister der DIAND dem 1988 erneut gestellten Antrag der Urangesellschaft stattgeben wird, falls die von der Regierung akzeptierten Vertreter der Inuit, die Inuit-Eurokanadische Führung, unter dem vorläufigen Landrechtsabkommen dem Minenvorschlag zustimmt. Bereits unter diesem Aspekt ist der Antrag der Urangesellschaft ein Eingriff und eine direkte Bedrohung des noch nicht abgeschlossenen Landrechtsprozesses.

Uranbergbau

Das geförderte Uranerz wird in Gesteinsmühlen zermahlen und mit flüssigen Chemikalien aufgeschlossen. Bereits 1976 erstellte das Umweltministerium der Provinz Ontario ein Dokument, in dem festgestellt wurde, daß durch die Uranmine am Elliot Lake der Serpent Fluß mitsamt 18 weiteren Seen chemisch und radioaktiv so stark verseucht wurde, daß alle Fische darin abstarben. (3)

Die »Abfälle« in Form von feingemahlenem Gestein und Flüssigkeiten enthalten 85 & der hochgradigen Radioaktivität. Diese dauerhaft gegen die Umwelt abzuschirmen ist wirtschaftlich unmöglich, lassen doch die internationalen Konzerne die Förderländer mit dem Abfallproblem allein. Eines der gravierendsten Folgeprodukte ist das Radon-222-Gas. Es ist nicht nur Verursacher Nr. 1 von Lungenkrebs der Uranbergarbeiter, sondern verbreitet sich durch Ausgasen aus den Trailings (Abfallhalden). Es ist ein sehr schweres, extrem carcinogenes Gas, welches dicht über dem Land verbleibt und 2.000 Kilometer in 4 Tagen zurücklegen kann. (3) Die Inkubationszeit (Zeitraum von der Infizierung bis zum Krankheitsausbruch) für Lungenkrebs durch Radongas beträgt etwa 20 Jahre. Zudem entstehen mutagene Veränderungen, welche auch erst nach mehreren Generationen auftreten können. Radon hat nur eine Halbwertzeit (HWZ) von 3,8 Tagen und zerfällt in hochgradig carcinogene Alpha-Strahler wie Polonium-210 (HWZ 138 Tage) und Beta-Strahler wie Blei-210 (HWZ 22 Jahre), welche sich an Aerosole heften und somit sehr weit verbreitet werden können. Baker Lake ist ein Gebiet, welches eines der stärksten Windaufkommen Kanadas hat: Bei vorherrschenden Nord- bzw. Nordwest-Winden würden Baker Lake und andere Inuit Ortschaften an der Hudson-Bay-Küste kontaminiert.

Andere Carcinogene, welche durch Lecks und Verwehungen aus den Tailings entweichen, sind beispielsweise Radium-226 und Thorium-230, beide mit einer Halbwertzeit von mehr als 1.000 Jahren. Radium-226 wird über mehr als 15.000 Jahre Radon produzieren!

Pilotprojekt im Dauerfrostgebiet

DIAND (Bundesministerium für Indianische Angelegenheiten) schlägt neben dem Untersuchungsausschuß weitere 26 Untersuchungen vor. Wichtigste darunter beziehen sich auf ernste Informationslücken, welche die Behandlung und Lagerung von Abfällen im Permafrostgebiet betreffen.

Der Untersuchungsausschuß wird frühestens im Herbst 1989 seine Arbeit beginnen.

Einige Erfahrungen gibt es bereits in der Key Lake Mine im Sub-Arktischen-Klima in Nordsaskatchewan mit den Tailings, die sieben Monate im Jahr zugefroren sind. Eine Tren-

nung von Flüssigabfällen und Feststoffen wird während der frostfreien Periode erprobt, eine Behandlung zur Abtrennung der Flüssigabfälle in der Frostperiode ist schon hier nicht wirtschaftlich. Man hinterläßt einen Großteil der ungetrennten Tailings späteren Generationen (5). Flüssige Abfälle können auch hier nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten die Seen und Flüsse ruinieren. Die Urangesellschaft erwartet laut eigener Projektbeschreibung keine Oberflächen- und auch keine Gewässerbelastung in dem Projektgebiet. Um Grundwasserkontaminierung zu vermeiden, wird vorgeschlagen, einen Damm flußabwärts in den gefrorenen Boden zu bauen.

Ebenfalls soll der gefrorene Boden die Tailings dauerhafter machen und stabilisieren, wenn die Mine wieder geschlossen wird. Die Verläßlichkeit auf solche Methoden ist mehr als zu bezweifeln, setzt sie doch eine Stabilität des gefrorenen Bodens voraus, die klimaabhängig ist. Schon heute an die Wand gemalte langfristige Veränderungen des globalen Klimas werden auch vor den Nordwest-Territorien nicht Halt machen.

Umweltkontamination

Wie der Tschernobyl-Reaktorunfall gezeigt hat, nehmen Pflanzen bsonders leicht radioaktive Partikel über die Luft auf und reichern sie an. Davon sind die Samen in Lappland (Skandinavien) besonders betroffen; ähnlich ergeht es den Inland-Inuit in der Nähe des Baker Lake, wenn die Urangesellschaft mit dem Uranabbau beginnt.

Die Inland-Inuit leben hauptsächlich von Kariboo und Fischfang; Robben und große Seefische gehören nicht zu ihrem Speiseplan, da die Inuit nicht direkt am Meer wohnen. In dieser unteren arktischen Region der Tundra wachsen Flechten, Moose, Gräser, Heidesträucher, Sumpfgräser u.a. Über die Karibous, welche sich hauptsächlich von Flechten ernähren, gelangen Transurane über die Nahrungskette in den Menschen. Neben dieser Hauptnahrungsquelle würde das zweitwichtigste Grundnahrungsmittel, der Fisch, radioaktiv kontaminiert, da die Mine oberhalb vieler Seen liegt. Bereits während der über zehnjährigen Exploration der Urangesellschaft im Gebiet Baker Lake reduzierte sich der Bestand an Karibous um mehr als 50 %! Das Minenprojekt liegt im Frühjahrs- und Herbstwanderungsgebiet der Beverly- und der Kaminuriak-Kariboo-Herden. Die Kalbungsregionen liegen nördlich und südlich des Projektes.

Die Beverly-Herde kalbt im Nordwesten im Gebiet zwischen dem Beverly See, dem Garry See und dem Deep Rose See. Die Kaminuriak-Herde kalbt im Südosten, im Bereich der Kaminuriak- und Kaminak-Seen. Neben anderem Wildvorkommen lebt der vom Aussterben bedrohte Perigine Falke auch in dem Projektgebiet.

Der Projektantrag und weitere Planungsvorhaben

Beantragt werden zwei Tagabbauminen mit Müllkomplex auf einer Fläche von 50 Quadratkilometern. Dazu gehören Infrastrukturmaßnahmen wie der Bau von 2 km Landebahn für eine Boing 737 und Unterkünfte für etwa 250 Arbeiter. Weitere Planungen sehen eine Hafenanlage für 10.000 t Tanker und 5.000 t Frachter, Lagereinrichtungen und eine 200 km lange Straße zur Uranmine vor. Die Förderkapazität wird mit 15.000 t Material pro Tag angegeben, das Erz hat einen Gehalt von 0,05 % Uran (U 308). Es wird mit täglich 1.000 t behandeltem Uranerz gerechnet. Daraus ergeben sich etwa 1.600 t Uran (U 308) jährlich. (Vergleich: Die Key Lake Mine hat einen Urangehalt von 2,0 %, die Cigar Lake Mine den weltweit höchsten Urangehalt von 8,49 %, der durchschnittliche Urangehalt liegt aber nur bei 0,10 %).

Der Antrag sieht vor, 1989 eine Betriebsgenehmigung zu erhalten, 1990 mit dem Bau zu beginnen und von 1994 bis 2004 Uran abzubauen. (2)

Wirtschaftliche und soziale Aspekte

Die Kurzlebigkeit von Uranminen macht sie zu einem teuren Projekt für die Provinz, sprich den Steuerzahler und reduziert den wirtschaftlichen Nutzen für die Inuit drastisch. Es wird also abzuwägen geben zwischen kurzlebiger Arbeitsbeschaffung mt ökonomischen Vorteilen für Wenige und Umweltschäden mit kultureller Spaltung. Die Inuit-Eurokanadische Führung, d.h. die von der Regierung akzeptierten Repräsentanten der Inuit, befürwortet das Projekt, da sie sich eine verbesserte Infrastruktur mit Dienstleistungssektor erhofft, auch im Hinblick auf spätere geplante Nicht-Uran-Minen. Sie erhofft sich eine Chance, Arbeitsplätze in ihrer Region zu bekommen.

Der fatale Kreislauf von Umweltzerstörung, versprochenen Arbeitsplätzen, Lungenkrebs und Alkohol zeigt sich hier erneut, hohe Investitionen und geringe Langzeitprojekte durch die Provinz für hohe Profite multinationaler Konzerne.

Die Mine Cluff Lake in Nordsaskatchewan mit Uranreserven von 17.550 Tonnen Uranoxid (U 308) schuf 714 Arbeitsplätze, jeder kostete 462.000 Dollar, von denen nur wenige länger als 10 Jahre bestehen sollen.

Am Key Lake war der Preis des Steuerzahlers noch höher! Jeder Arbeitsplatz kostete mehr als eine Millionen Dollar und wird kaum länger als 15 Jahre bestehen. (8) Key Lake ist die produktivste Mine der Welt: 400 Arbeiter produzieren 4.000 t/a.

Die Beaverlodge Mine bei Uranium City demonstriert sehr gut, was eine geschlossene Mine mit der Bevölkerung machte. Von 3.700 Einwohnern bei Schließung der Mine waren noch knapp 200 im April 1984 übriggeblieben. Mehr als 20.000 Menschen haben hier in einer Zeit von 30 Jahren gearbeitet. Eine Klinik, Schule, Restaurant, Motel und Post sind noch offen, trotzdem ähnelt Uranium City einer Geisterstadt. Millionen-Investitionen in Häuser liegen brach, sind verschwendet. In den 70iger Jahren brach eine Art Epedemie bei den Minenarbeitern aus, Lungenkrebs raffte viele nach 20-jähriger Arbeit im Untertageberbau dahin. (6)

In Nordsaskatchewan wird der Mythos, die Uranindustrie schaffe Arbeitsplätze und erhöhe den Lebensstandard der Naturvölker durch die Realität widerlegt.

1986 wurden 400.000 Dollar an Subventionen für Lebensmitteltransporte in den Norden von Saskatchewan gestrichen. Das hatte eine Erhöhung von Preisen für Frisch- und Milchprodukte zur Folge.

Im Januar 1988 wurde die Konzession für kommerzielles Fischen um 300 % erhöht, was die Versorgung der Völker mit Fisch verschlechtert und die Fischer in ihrer Existenz bedroht. Begründet wurde die Erhöhung damit, man wolle die Fangquoten für den Tourismus erhöhen. (8)

VEBA, STEAG und Metallgesellschaft besitzen die Urangesellschaft

Die Urangesellschaft nutzt das neokoloniale Klima in Kanada für ihre Geschäfte und forciert die Zerstörung der Lebensgemeinschaft der einzigen Inuit-Siedlung im Festlandgebiet. Die Inuit sind wie andere Naturvölker Erhalter des Landes und dürfen nicht von Industriegesellschaften gezwungen werden, ihre Lebensweise mitsamt ihrer Umwelt den dominanten Gesellschaften zu opfern, nur damit diese ihren verschwenderischen Lebensstil fortsetzen können.

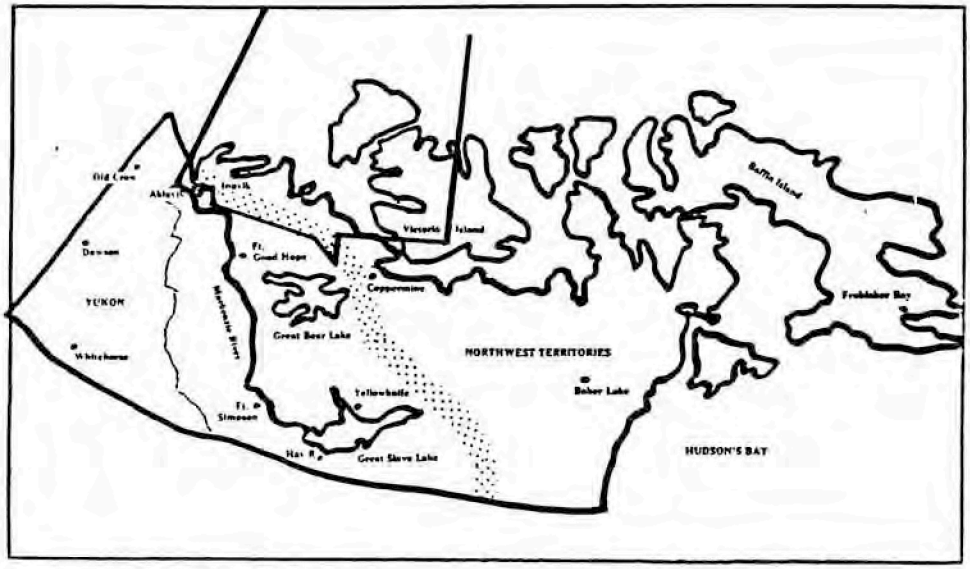
Die Bundesrepublik bezog 1986 etwa 14 % ihrer Natururanimporte aus Kanada (ohne Spotmarktanteile). (14)

Bundesdeutsche Firmen sind auch an der expansiven Uranförderung in Saskatchewan beteiligt: Die sehr reichhaltige Key Lake Mine mit Urangehalten von 2,5 % und etwa 5.000 Tonnen Uran Jahresproduktion gehört zu den 33,3 % der Uranerzbergbau GmbH in Bonn. Die Urangesellschaft in Frankfurt ist im Besitz von VEBA (46,53 %), STEAG (20,07 %) und Metallgesellschaft (33,3 %). (Siehe Graphik 1).

Die RWE ist mit 13 % und die VEW mit 16 % an der STEAG beteiligt.

Der Biblis-Betreiber RWE fördert nach wie vor den Ausbau der Stromerzeugung durch Atomkraft. Im Geschäftsjahr 1987/88 stieg der Atomstromanteil von 21,4 auf 24 %.

Somit sind einige Stromlieferanten (Zahlen über die restlichen EVUs liegen mir nicht vor) indirekt am Uranbergbau beteiligt.



Die Inuit brauchen Unterstützung

Eine Form der Unterstützung der Inuit am Baker Lake bei ihrem Überlebenskampf ist durch Protestbriefe an beteiligte Ministerien und Firmen möglich. Schreiben Sie an folgende Adressen:

VEBA AG Vorstandsvorsitzender
Rudolf von Bennigsen-Foerder
c/o Karl-Arnold-Platz 3
Postfach 301051
4000 Düsseldorf
0211/45791

Hans Michael Gaul (VEBA)
stellvertr. Aufsichtsrat-Vorsitzender der Urangesellschaft

STEAG AG Vorstandsvorsitzender und stellvertr. Aufsichtsratsvorsitzender der Urangesellschaft
Hans Krämer
c/o Bismarkstr. 54
Postfach 103762
4300 Essen 1
0201/187-0

Metallgesellschaft AG
Vorstandsvorsitzender
Dietrich Natus
c/o Reuterweg 14
Postfach 101501
6000 Frankfurt/M. 1
069/159-0

Heinrich Götz
Aufsichtsratsvorsitzender der Urangesellschaft

Bundesministerium für Wirtschaft
Postfach
5300 Bonn

Bundesministerium für Forschung und Technologie
Postfach
5300 Bonn

Holger Schuhmann

Fußnote
Die sechs Konzerne, die seit Jahren in der Umgebung von Baker Lake nach Öl, Uran und anderen Erzen suchen: Pan Ocean Oil Ltd., Cominco Ltd., Western Mines Ltd., Essex Minerals Company Ltd., Noranda Exploration Company Ltd., Urangesellschaft Canada Ltd.

Quellen:
(1) Notes on the Proposed Uranium Mine at Baker Lake Jack Hicks, Box 185, Ranklin Inlet, NWT, XOC OGO
(2) Getting Hot in the North, Rebecca Aird, Probe Post, 30 Summer 1988
(3) Findings on Uranium Tailings and Nuclear Waste Disposual, Gordon Edwards, Canadian Coalition for Nuclear Responsibility, March 1980
(4) Indianeraufstand in Kanada, F. Kressing, taz 20.1.88
(5) Is Uranium Environmentally sound? Maisie Shiell , Gramma's Environmental Fund
(6) Uranium City's mines leave legacy of cancer, Larry Powell, Regina, April 1984
(7) The Cigar Lake Mine, Sasketchewan Business, March 1985
(8) Uranium = Jobs = Blackmail, The Myth of jobs, June 1988, Nuclear weapons free zone campaign, 136 Avenue F Soulth, Saskatoon, Sask. S7M 1S8
(9) Eskimos in Gefahr, Erwin Bittner, Umweltmagazin 1981
(10) Sighning the AIP, Native Press, September 16, 1988
(11) Northern Native Rights Campaign, Project North, 154 Glenrose Ave, Toronto, Ont. M4T 1K8
(12) Inuit Oppose Uranium Mine in Canada, Jack Hicks, Box 185, Ranklin Inlet, NWT, Canada XOC OGO
(13) Antwort des BM für Wirtschaft an den BUND, 27.4.1987
(14) Das »Saudi-Arabien« des Uranabbaus, Udo Bauhardt/Georg Löser, Pogrom 140, Mai 1988

Liebe Leute,
anbei findet Ihr einen Artikel und weitere Informationen zum Vorhaben der Urangesellschaft Ffm, in den Dauerfrostgebieten des Nordwestens Kanadas eine neue Uranmine auf dem Gebiet der Inuit (Eskimo) zu errichten. Bitte veröffentlicht diesen Artikel in Euren Publikationen, benutzt die Infos für Eure Flugis etc. oder macht sonst was damit, was dem Kampf gegen die neue Uranmine nützt. Unter den Tel.Nr. der angegebenen drei Organisationen könnt Ihr weitere Infos bekommen, auch Fotos, wenn gewünscht. Zwei weitere Adressen: GfbV und BUND Freiburg, Erbprinzenstr. 18, 7800 Freiburg, Tel. 0761/35254. Ebenfalls beigelegt ist ein Schaubild »Deutsches Kapital und Uranabbau«. Außerdem könnt Ihr bei uns das u.a. DIN-A-2 Vierfarb-Plakat »Lasst das Uran in der Erde« bestellen, DM 3,-, ab 5 Expl. DM 1,40. Außerdem bieten wir das Buch »Strahlende Geschäfte — Der Tanz auf dem Welturanmarkt« mit 35 % Wiederverkäuferrabatt an.
Auf daß es gelinge, die Mine zu verhindern und alle anderen weltweit zu schließen, viele atomfeindliche Grüße!
Holger Schuhmann, Thomas Siepelmeyer

Informationszentrum Solidarische Welt, Lingener Str. 9, 4400 Münster, Tel. 0251/665697

Akafrik, Arbeitskreis Afrika, Tel. 0251/661116

Halbwertzeit, Verein zur Förderung ökologischen Denkens und Handelns, Tel. 0251/661720

In der Bundesrepublik formiert sich gegenwärtig »The World Uranium Hearing«, welches die weltweite Arbeit gegen Uranabbau, gegen die Lebensraumzerstörung von indigenen Völkern vorantreiben will. Kontaktadressen:
World Uranium Hearing
Schmied-Kochet-Str. 6
8000 München 70
c/o Claus Biegert
Weißenburger Str. 40
8000 München 80
089/4480817

Startbahn Prozeßtage

Seit dem 23. Februar läuft der Prozeß gegen die Startbahn-Bewegung vor dem OLG Frankfurt. Der Verlauf ist bisher an Überraschungen nicht arm. Der Verlauf ist anders, als wir es uns ausgemalt hatten. Die Spaltung unter den Angeklagten selbst, vor dem Prozeß u.a. festgemacht an der "Verrats-Debatte" ist bisher in dem Maß nicht zum Tragen gekommen. Das öffentlichkeitswirksame Vorführen der Startbahn-Bewegung als Ansammlung von Kriminellen hat in den erwarteten Ausmaßen noch nicht stattgefunden. Die relativ "milde" Prozeßführung fällt ebenso auf, wie das erste Urteil in dem gesamten Komplex. Vor allem sticht aber die rege Teilnahme am Prozeß in Frankfurt und der Region sowie ein, nach den vielen Aussagen kaum mehr für möglich gehaltenes, Rückgrat der Angeklagten.
Im Folgenden geben wir einen Überblick über die 1. Phase des Prozesses — bis Ende April, die mit der Abtrennung von 4 Verfahren und der vorzeitigen Verurteilung von 3 Angeklagten endet.
Eine ausführliche Berichterstattung gibt das von der BI gegen die Flughafenerweiterung herausgegebene Prozeßinfo SOLIDARITÄT und die parallel erscheinende CLOCKWORK 129a, die regelmäßig über die einzelnen Prozeßtage berichten (Adressen am Ende des Artikels).

1. Verhandlungstag: 23.2.89

Peinlich genaue Leibesvisitationen und Ausweiskontrollen gehören ebenso zum Sicherheitsstandard wie die riesige Plexiglasscheibe, hinter der die ZuschauerInnen von den Angeklagten getrennt sind. Mitgenommen werden dürfen ein Stück Papier und ein Kugelschreiber. Im Gericht sind ca. 100 Leute, vor dem Gericht nochmal 200, die dort spontan ein Kundgebung und eine kleine Demo machen.
Der Prozeß beginnt mit dem Gutachten eines Psychiaters, der der Angeklagten Sigrun Gabriel nur "bedingte Verhandlungsfähigkeit" bescheinigt. Im weiteren Verlauf werden vor allem Anträge der Verteidigung gestellt. Insbesondere zu den Haftbedingungen, zur Postkontrolle und zu den Ausweiskontrollen. Letztere, weil das Gericht nicht garantieren kann, daß die Daten der BesucherInnen nicht in irgendwelchen Terror-Dateien landen.
Zu einem ersten Einsatz der Gerichtswachtein kommt es, als Andreas Semisch sich in einer Verhandlungspause weigert, für diese halbe Stunde wieder in die Zelle im Keller gebracht zu werden. Er wird mit Gewalt fortgeschliffen, was lautstarke Proteste unter den Zuschauern hervorruft. Der Richter droht das erste mal mit Räumung. Nach der Pause gibt Andreas S. eine Erklärung ab, daß er sich nicht weiter isolieren lasse. Nach der Mittagspause dürfen die Gefangenen in den folgenden Pausen sitzen bleiben.

2. Verhandlungstag: 28.2.

Der 2. Tag beginnt mit einer Überraschung: Die Ausweiskontrollen sind entfallen, die BesucherInnen werden "nur" noch nach Waffen und gefährlichen Gegenständen durchsucht. Zu Anfang werden von den Verteidigern wieder ein paar Anträge gestellt. Die Angeklagten nutzen die jeweils folgenden Verhandlungspausen zu Gesprächen untereinander (nicht alle mit allen!) — was besonders den Staatsanwälten mißfällt. Vor der Verlesung der Anklageschrift werden alle Angeklagten zu Angaben zur Person befragt. Andreas Semisch nutzt diese Gelegenheit zu einer von viel Applaus begleiteten 1 1/2stündigen Erklärung, in der er u.a. die Schüsse vom 2.11. als "objektiv konterrevolutionär" bezeichnet. Die anderen geben nur knappe Bemerkungen. Die Räumung des Zuschauerraums wurde angedroht, als der Bundesanwalt zunächst durch lautstarke Sprechchöre an der Verlesung der Anklageschrift gehindert wurde. Andreas Semisch kündigte in seiner Erklärung zudem die Teilnahme am Hungerstreik der politischen Gefangenen an.

3. Verhandlungstag: 2.3.

Nach der Ablehnung von zwei Befangenheitsanträgen gegen zwei Richter gaben dann 5 Angeklagte Erklärungen ab, die den ganzen Tag ausfüllten. Frank Hoffmann und Michael Möller ganz kurze:
Frank: Am 2.11.87 habe ich nicht geschossen und keine Pistole weitergegeben.
Michael: Ich war am 26.8.86 beim Strommastanschlag in Offenthal dabei, wäre fast selbst verletzt worden. Bin dazu überredet worden, nenne aber keine Namen.
Andreas Eichler äußerte sich nicht zur Sache, gab dafür aber eine politische Erklärung ab, in der er vor allem seine Zugehörigkeit zur Startbahnbewegung betonte und die Spaltung der Bewegung nach dem 2.11. anklagte.
Uschi James gab ebenfalls eine längere politische Erklärung zum Widerstand gegen die Startbahn und AKWs ab. Sie gibt den Anschlag auf den Strommast am 26.8.86, bei dem sie selber lebensgefährlich verletzt wurde zu, steht auch nach wie vor zu der Aktion. Sie wiederruft alle bisher gemachten Aussagen bis auf die eigene Tatbeteiligung.
Ina Then gab eine lange Erklärung zum Atomenergienutzung und zu den Umständen ihrer Verhaftung und der Anklagekonstruktion gegen sie ab. Sie gesteht ihre Beteiligung an dem Mastanschlag vom 26.8.86 ein und rechtfertigt dies ebenfalls aus der nach Tschernobyl entstandenen Situation.

4. Verhandlungstag: 7.3.

Dieser Tag stand vorwiegend im Zeichen einer Erklärung von Mike Kurth, die viele Leute überraschte. Mike Kurth war bis dahin der Hauptbelastungszeuge. In seiner Erklärung geht er lange und ausführlich auf das Zustandekommen dieser vermeintlichen Aussagen ein. Sie seien alle unter Druck erpreßt worden. Neben der ausführlichen Schilderung der Staatsschutzmethoden kritisiert er aber auch die Bewegung, die ihm ihre Solidarität entzogen habe. Er wiederruft alle diese Aussagen. Er gesteht aber eine Beteiligung am Mastanschlag bei Hasselroth am 9.7.86 und steht auch dazu. Er entschuldigt sich bei den durch seine Aussagen in diesen Prozeß und in den Knast gezogenen Leuten. Im Anschluß an diese Erklärung beantragten die Verteidiger ein sog. "Verwertungsverbot" aller zwischen dem 3.11.87 und dem 14.3.88 gemachten Aussagen, sodaß sie auch nicht als Beweismittel im Prozeß verwendet werden dürfen.
Danach trat das Gericht in die Beweisaufnahme zu den Strommastanschlägen. Zu einer Kontroverse kam es, als die Polizeizeugen sich weigerten, ihren Wohnort zu nennen, und dies auch vom Gericht mitgetragen wurde. Begründung: die Zeugen seien gefährdet. Dies führte zum 5. Befangenheitsantrag gegen das Gericht.

5. Verhandlungstag: 9.3.

Zu Beginn machen die Anwälte wieder auf Zivilpolizisten aufmerksam, die bewaffnet auf der Pressetribüne sitzen. Danach schleppt sich der Tag mit der Erörterung der Postkontrolle der Gefangenen und den dazu ergangenen Beschlüssen auseinander. Die Debatten enden in weiten Befangenheitsanträgen gegen das Gericht. Nachmittags wird die Beweisaufnahme mit weiteren Zeugenbefragungen fortgesetzt. Andreas Semisch gibt eine längere Erklärung zu Mike Kurth ab, in der er nach wie vor einen klaren Trennungsstrich zieht.
Wie schon in den Tagen zuvor müssen die Gefangenen immer wieder ihren Wunsch miteinander zu reden gegen das Gericht und die Staatsanwaltschaft durchsetzen. Die persönlichen Bewacher der Gefangenen versuchen dies immer wieder zu verhindern.

6. Verhandlungstag: 16.3.

Der ursprünglich für den 14.3. angesetzte Tag war wegen einer Erkrankung Frank Hoffmanns um 2 Tage verlegt worden. Auch heute beginnt die Verhandlung erst mit zweistündiger Verspätung, weil zuerst die Gesundheitszustand von Frank untersucht werden muß. Dazu wird er an den Füßen gefesselt ins Gesundheitsamt gebracht... Das Ergebnis dieser Untersuchung lautet "verhandlungsfähig". Franks Anwälte prote-

Zusammenfassung der ersten Prozeßtage

stierten dagegen, wandten ein, daß er immer noch krank sei und forderten eine Untersuchung durch einen unabhängigen Arzt — was das Gericht aber ablehnte. Weiteres Thema waren einmal mehr die imposanten Sicherheitsvorkehrungen: Absperrgitter im Vorraum. Als dies zu einem weiteren Befangenheitsantrag gegen das Gericht führte und die Angeklagten und ihre Anwälte sich nach der Mittagspause weigerten, die Absperrgitter zu passieren, wurden diese schließlich abgebaut. Den Rest des Tages wurden wiederum Polizeizeugen zu den Mastanschlägen befragt.

7. Verhandlungstag: 21.3.

Wiederum Zeugenbefragungen zu den Festnahmen, Durchsuchungen und Mastaktionen. Bisher bewegt sich das ganze noch zeitlich weit vor dem 2.11.87.
Die Anwälte von Mike Kurth stellten erneut einen Antrag auf "Verwertungsverbot" seiner in den Polizeiverhören "gemachten" Aussagen. Über diesen Antrag, der bereits einmal am 7.3. gestellt worden war, hat das Gericht bisher nicht entschieden.

8. Verhandlungstag: 29.3.

Der Tag beginnt mit einer langen Erklärung von Sigrun Gabriel. Darin gibt sie die Teilnahme an zwei Mastaktionen zu. Sie erklärt ihren politischen Werdegang und die Entwicklung hin zu den Mastaktionen, an denen sie aus ohnmächtiger Wut und Verzweiflung gegenüber den Herrschenden teilnahm. Nach dem Unglück mit Uschi nahm sie an einer solchen Aktion nicht mehr teil. Großen Raum nahm ihre Darstellung zum Zustandekommen ihrer früheren Aussagen ein, die vor allem von der BAW damit erpreßt worden waren, daß sie ansonsten nicht weiter ihre drogenabhängige Tochter betreuen könne.
Im Anschluß stellten auch hier die Anwälte einen länger ausgeführten Antrag, die Aussagen vor den Ermittlungsbehörden wegen deren Unzuverlässigkeit nicht zu verwerten. Die Verlesung der früheren Aussagen von Uschi James wurde auf Anträge der Anwälte erst einmal verschoben. Sie begründeten auch dies mit dem unrechtmäßigen Zustandekommen in einer Situation, in der Uschi wegen ihres Gesundheitszustandes nicht vernehmungsfähig war. Auch hier stellten die Anwälte Anträge auf Nichtverwertbarkeit der früheren Aussagen.
Im Anschluß wurden die Vernehmungsprotokolle von Michael Möller verlesen, in denen er seine Teilnahme an einem Mastanschlag eingestand.
Kurz vor Prozeßende versuchte Frank noch einmal an die Trennscheibe zu gelangen, um seine Mutter zu grüßen. Er wurde daran brutal gehindert und in Handschellen weggezerrt. Als sich dann Andreas Semisch und Andreas Eichler einmischten, um ihm zu helfen, wurde zuerst Andreas S. und dann Frank an den Füßen aus dem Gerichtssaal geschleift.

9. Verhandlungstag: 4.4.

Dieser Tag war nach 20 Minuten zu Ende. Der Prozeß wurde vertagt, da das Gericht erst über einen Antrag entscheiden muß, ob Uschi wegen ihres Gesundheitszustandes bei der Vernehmung der Ärzte dabeisein muß, die über ihren Zustand nach dem Unfall und die Behandlung im Krankenhaus berichten sollen.
Angesichts der Auseinandersetzungen am letzten Tag hat die BAW es der Mutter von Frank gestattet, nach Beendigung der Verhandlung jeweils eine Viertelstunde mit ihm reden zu können. Bedingung: Alle Prozeßbesucher müssen den Raum verlassen haben.

10. Verhandlungstag: 6.4.

Der ganze Tag schleppt sich mit einigen Polizeizeugen und den Auseinandersetzungen darüber, ob diese Beamten vor Gericht ihren Wohnort nennen müssen oder nicht dahin. Das Gericht argumentiert immer wieder, durch die Gefährdung durch Startbahn-GegnerInnen sei eine pauschale Nicht-Nennung gegeben, ebenso die Bundesanwälte. Die Verteidiger verweisen darauf, daß ein pauschales Recht nicht bestehe, sondern in jedem einzelnen Fall konkret nachgewiesen werden müßte. Stattdessen diene diese Anordnung nichts anderem als einer pauschalen Vorverurteilung — nicht nur der Angeklagten — sondern aller Startbahn-GegnerInnen zu Gewalttätern.
Kurz vor Ende dieses Prozeßtages dann doch noch ein Knaller: Bundesanwalt Pflieger erklärt, daß zum jetzigen Zeitpunkt des Verfahrens zwei Mastanschläge so gut wie aufgeklärt sind. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, aus verfahrensökonomischen Gründen 3 Angeklagte abzutrennen, nämlich jene, denen nur kriminelle Vereinigung vorgeworfen wird. Und diesen Anklagepunkt könne man in Erwartung einer entsprechenden Verurteilung wegen Sachbeschädigung ganz fallen lassen (§ 154a StPO).

11. Verhandlungstag: 11.4.

Mit der Begründung, daß bei der richterlichen Vernehmung von Uschi James und Sigrun Gabriel von seiten der Ermittlungsbehörden keine verbotenen Methoden angewandt worden sind, wies das Gericht die Anträge auf Verwertungsverbot der Vernehmungsprotokolle zurück. Im Fall von Uschi führte das Gericht aus, daß es sich bei ihr (und ihrer Tochter) um eine "schicksalhafte Lebensfügung" gehandelt habe, die nichts mit der Festnahme zu tun habe. Die Verteidigung kommentierte: "Kaltblütige Ausnutzung einer schicksalhaften Fügung". Außerdem wurden die ärtzlichen Gutachten über den Gesundheitszustand von Uschi verlesen.

12. Verhandlungstag: 13.4.

Zu Beginn wurden die früheren Vernehmungsprotokolle von Uschi und Sigrun verlesen, in denen sie neben ihrer eigenen Beteiligung an Strommastanschlägen auch die Namen anderer genannt haten — darunter Andreas Eichler und Frank Hoffmann. Die Verlesung fand trotz Proteste und weiterer Anträge der Verteidigung statt. Anschließend gab der Senat bekannt, daß die Verfahren gegen Uschi, Sigrun und Michael Möller abgetrennt worden sind. Der Vorwurf "kriminelle Vereinigung" wurde fallengelassen — es bleibt die Beteiligung an den zugegebenen Mastanschlägen.
Zu Tumulten kommt es, als Andreas Semisch eine Erklärung verlesen will, in der er bekannt gibt, daß er sich seit dem 10. April dem Hungerstreik angeschlossen hat. Als der Richter das verhindern wollte, begann Andreas trotzdem mit seiner Erklärung, wurde dann aber sofort mit Gewalt von den Gerichtsbeamten daran gehindert. Auf den Zuschauerplätzen gab es lautstarke Proteste und als Frank Hoffmann daraufhin versuchte, die Trennwand zu überklettern und auch er gewaltsam daran gehindert wurde, eskalierte die Stimmung im Zuschauerraum. Die Leute stellten sich auf die Stühle und trommelten gegen die Decke. Die angeordnete Saalräumung durch eine schon damit beginnende Sondereinsatzgruppe wurde erst im letzten Moment durch eine neue Anordnung des Gerichts verhindert.

13. Verhandlungstag: 18.4.

Die Bundesanwaltschaft hält ihre Plädoyers gegen die drei im abgetrennten Verfahren. Für Uschi beantragen sie 10 Monate, die wegen der schon erlittenen Verletzungen zur Bewährung ausgesetzt werden sollen. Michael Möller soll für ein Jahr und 10 Monate hinter Gitter — ohne Bewährung. Und Sigrun soll für "ihren" ersten Mast 2 Jahre und für den zweiten 1 Jahr und 10 Monate — zusammengefaßt zu 3 Jahren hinter Gitter — auch hier ohne Bewährung. Grund: "Egoistische Selbstjustiz".

Startbahn Prozeßtage

14. Verhandlungstag: 20.4.

Plädoyers der Verteidigung. Sie forderten durchweg Bewährungsstrafen. Die hohen Forderungen der BAW bezeichneten sie als Unversöhnlichkeitsbeweis. Zu der im Gegensatz zu den anderen hohen Strafforderung gegen Sigrun sagten sie: Ihre Tatbeteiligung sei auch nicht höher gewesen als die der anderen — "Jeder hat mal gesägt, jeder hat mal geölt, jeder hat mal Schmiere gestanden". Zum Schluß des Tages verkündet das Gericht, daß auch das Verfahren gegen Michael Kurth abgetrennt und gesondert verhandelt werden wird.

15. Tag: 27.4.

Urteilsverkündung: Sigrun wird zu 1 Jahr und 9 Monaten auf Bewährung verurteilt. Michael Möller zu 1 Jahr auf Bewährung und bei Uschi sieht das Gericht ganz von einer Strafe ab, sie sei durch die Verletzung genügend gestraft worden. Die gegen die drei bestehenden Haftbefehle wurden aufgehoben. Unter anderem begründete das Gericht die Urteile damit, daß der Stromausfall nur für kurze Zeit war. Außerdem sei Sigrun von Andreas Eichler angestiftet worden und Michael habe nur spontan teilgenommen.

Einige Gedanken zum bisherigen Prozeßverlauf

Zum Urteil: Die taz nannte es ein "weises" Urteil. Dies mag richtig sein — aus der Sicht des Gerichts und der Bundesanwaltschaft. Denn hätte es das Strafmaß der BAW bestätigt, dann wäre hier sicherlich ein Solidaritätseffekt entstanden, der weiter als in den bisher mit dem Prozeß vertrauten Kreis gereicht hätte. Gerade auch für "Normal-Bürgerinnen" waren bei Sigrun und Uschi "schicksalhafte Fügungen" eingetreten, die auch über die Szene hinaus Sympathie und/oder Mitleid hätten erwecken können. Mit diesem urteil hat sich das Gericht erst einmal Luft verschafft — denn die war nach den bisherigen Verhandlungstagen und den vielen Befangenheitsanträgen schon allzu dick geworden.
Die Urteile mögen auf den ersten Blick "mild" sein — tatsächlich ist das Gericht hier aber keinen Schritt von seinem "Verurteilungswillen" (der sich in so vielen Szenen bestätigt hat) abgerückt. Denn tatsächlich sind hier Menschen verurteilt worden — für nichts anderes, als um für eine bessere Welt zu kämpfen. Selbst das Gericht unterstellte ihnen eine politische und ökologische Gesamtsituation, aus der heraus ihr moralisch begründetes Handeln zu verstehen ist. Aber wo Recht, Moral und Gesetz konkurrieren, da obsiegt immer noch das Gesetz!

Zur Abtrennung der Verfahren: Hierbei ging es dem Gericht nicht nur um eine Kosmetik. Tatsächlich wurde diese Abtrennung gerade von der Bundesanwaltschaft forciert. Nach den Erklärungen von Mike Kurth, Uschi, Sigrun, Michael Möller und Ina Then war klar geworden, daß das Kalkül der BAW in einem entscheidenden Punkt nicht aufgehen würde: Sie konnte vor Prozeßbeginn, wie die Szene übrigens auch, davon ausgehen, daß die Angeklagten sich gegenseitig das Leben schwer machen würden. Es ist aber alles anders gekommen; die Angeklagten haben ihre ersten Aussagen wiederrufen, haben "nur" noch ihre eigene Tatbeteiligung bestätigt und haben diese auch noch positiv begründet, sich an keiner Stelle von der Bewegung und der Aktionsform distanziert.
Zusätzlich stellte sich der von der BAW erkohrene vermeintliche Kronzeuge Mike Kurth im Prozeß ganz anders dar (auch wenn ihm von Andreas Semisch Heuchelei unterstellt wurde und der Bruch mit der Bewegung noch lange nicht gekittet ist). Auch er verwies alle bisher protokollierten Aussagen ins Reich der Unrechtmäßigkeit. Somit sind die vermeintlichen "wackligen" Angeklagten, mit deren Aussage die Konstruktion des § 129a/129 bekräftigt werden sollte, zu Unsicherheitsfaktoren für die BAW geworden.
Bei der Haltung, die sie jetzt einnehmen, mußten die Bundesanwälte davon ausgehen, daß sie alle Aussagen im Prozeß verweigern würden, weil sie sich ansonsten selbst belastet hätten. So aber, nachdem die Urteile rechtskräftig werden, und der § 129 im Urteil explizit weggefallen ist, können sie sich auf dieses Aussageverweigerungsrecht nicht mehr stützen, sondern müssen bei Androhung von Beugehaft aussagen. Wie wenig der Bundesanwaltschaft diese Entwicklung paßte, macht die Entgleisung von Bundesanwalt Pflieger deutlich, der zu Mike Kurth nach dessen Erklärung sagte, daß er sich genau überlegen soll, was er sagt. Denn — es könne ja auch ein höheres Strafmaß herauskommen.
Ein weiterer Aspekt für die Entwicklung im Prozeß ist sicher das Erscheinungsbild der Szene. Das absolut desolate Bild des letzten Jahres ist wie weggewischt. Zu jedem Prozeßtag sind immer 70-100 Leute anwesend, selbst viele Alte aus der alten Startbahn-BI zeigen im Gerichtssaal ihre Solidarität. Das läßt hoffen — ist es doch unsere einzige Chance.

Bestelladresse für CLOCKWORK 129a
c/o Konkret, Osterstr. 124, 2000 Hamburg 20

Bestelladresse für die SOLIDARITÄT
Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt, c/o Helga Arnold, Wilhelm-Leuschner-Str. 50a, 6082 Mörfelden Walldorf
Spendenkonto der BI: Volksbank Mörfelden, BLZ 508 636 12, Kto-Nr. 53 00 69

Autonomes Prozeßbüro, JUZ Bockenheim, Varrentrappstr. 38, 6000 Frankfurt/Main, Tel.: 069/703337, jeden Dienstag und Donnerstag von 12-19 Uhr, jeden Freitag von 12-15 Uhr

Gemeinsamer Aufbruch

Demonstration in Bonn, 29.4.89 (Foto: Joker)

Zehntausend demonstrierten am 29.4. in Bonn für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der Rote Armee Fraktion (RAF), dem Widerstand und anderen, die es für sich fordern.
Eine so breite und entschlossene Demonstration zur Unterstützung der kämpfenden Gefangenen in den BRD-Knästen hat es seit mindestens 20 Jahren in diesem Land nicht gegeben — das allein ist schon ein Erfolg und auch Ausdruck der bundesweiten Mobilisierung von Menschen zur Unterstützung der Forderungen der Gefangenen für die Zusammenlegung in 1 oder 2 große Gruppen. Diese, von der Bundesanwaltschaft und dem obersten Ankläger der Republik so gern und erfolgreich immer wieder mit dem 129a kriminalisiert (auch in diesem Hungerstreik laufen 129a-Verfahren gegen die beteiligten Gefangenen!) — haben den Durchbruch hin in eine breite Öffentlichkeit geschafft.

Schon seit Beginn des Hungerstreiks hatte es lokale Hungerstreik-Plena in vielen Städten gegeben. Dort wurden zunächst Informationen ausgetauscht, über den Hungerstreik und die Streikerklärung von Helmut Pohl diskutiert und Aktionen für Öffentlichkeitsarbeit besprochen. Faktisch hatte es — außer z.T. bei der taz — bundesweit eine Nachrichtensperre gegeben, diese zu durchbrechen hatten sich die Plena und Hungerstreik-Büros zur Aufgabe gemacht. Und auch geschafft: Neben der energischen und seit Jahren kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit der Angehörigen der politischen Gefangenen wurden Versammlungen orga-

gegen die Mauern

nisiert, Kundgebungen und Demonstrationen fanden statt. Von Lübeck bis Straubing gingen hunderte und tausende von Menschen auf die Straße, um für die Erfüllung der Forderungen der Gefangenen einzutreten. Kirchen wurden besetzt (wie z.B. der Kölner Dom), Kundgebungen und Trommel-Aktionen gab es vor verschiedenen Justizministerien. *"Dieser Kampf der Gefangenen und die Mobilisierung draußen haben in einem breiten gesellschaftlichen Spektrum das Bewußtsein über Isolationshaft als Folter und für die Legitimität der Forderung nach Zusammenlegung geschaffen. Viele erklären sich solidarisch, diskutieren die Haftbedingungen und setzen sich für die Erfüllung der Forderungen ein..."* hieß es dann auch in dem zentralen Demonstrationsaufruf, der von einem bundesweiten Städtetreffen von lokalen Hungerstreik-Plena und Bündnissen Ende März erarbeitet wurden. *"Jetzt wollen wir diese breite Solidarität gemeinsam in Bonn, dem Zentrum der Staatsmacht, die die Isolationshaft seit 18 Jahren betreibt und weltweit exportiert, ausdrücken..."*. Neben den Forderungen, die Helmut Pohl für die Gefangenen zu Beginn des Hungerstreiks formuliert hatte, wurden in dem zentralen Aufruf die Forderungen der hungerstreikenden kämpfenden gefangenen Frauen im Knast Plätzensee (Berlin) übernommen (s. Dokumentation). *"Wir gehen nach Bonn, um den Druck auf die Verantwortlichen zu verstärken, die durch ihre harte Haltung bewußt mit Toten kalkulieren. Jetzt müssen alle handeln!"* (zit. aus dem zentralen Demoaufruf). Tatsächlich waren von den InitiatorInnen dieser bundesweiten Demo auch "alle" gemeint, die die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen "egal, aus welchem politischen Ansatz heraus", aber ohne Vorbedingungen unterstützten. Und so ging die Aufforderung, den Aufruf zu unterstützen und wenn nicht diesen, so doch die Demo und dafür zu mobilisieren, an alle die bundesweiten Organisationen (Grüne, SDAJ, Gewerkschaften, Kirchen, DKP, Juristen- und Ärtzinnenverbände sowie Menschenrechtsgruppen), die sich im Verlaufe des Hungerstreiks bereits unterstützend zu den Forderungen der Gefangenen geäußert hatten. Gleichzeitig wurde zu einem gemeinsamen ersten Treffen für Mitte April eingeladen. Doch fühlten sich offensichtlich einige aus diesen Organisationen in ihren Kreisen gestört — andere wiederum reagierten überhaupt nicht auf die Initiative. Insbesondere von seiten der sogenannten "Aufbruch"-Grünen um Antje Vollmer und Lukas Beckmann wurden Überlegungen angestellt, wie diese unerwünschte Massenmobilisierung noch zu stoppen sei. Die Demo störe die aktuelle Verhandlungssituation, war da zu vernehmen, als Lukas Beckmann sich stark machte im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung einen bereits beschlossenen Aufruf zur Demo zu verhindern (was ihm auch gelang!).
Das Projekt bundesweite Demo von unten war indes nicht zu stoppen, das merkten auch die Grünen bald und nach dem alten SPD-Motto: "Was ich nicht verhindern kann, da muß ich mich an die Spitze setzen..." wurde ein eigener Aufruf formuliert und mit diesem verschiedene Organisationen (Humanistische Union, Komitee für Grundrechte, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Jusos) für eine Unterstützung der Demo gewonnen und dieser auf einer Bundespressekonferenz noch vor dem 1. bundesweiten Treffen zur Demo der Presse vorgestellt, ganz so, als sei die gesamte Demo grad ihre Initiative.
Auf dem gemeinsamen 1. Treffen dann fing ein übler Poker an, der sich an der RednerInnenliste festmachte. Während von Grünen und Jusos, sowie vom Komitee zunächst noch RednerInnen von der Humanistischen Union oder dem Komitee (als VertreterInnen des sog. liberalen menschenrechtsspektrums) gewünscht wurden, hieß es in einem Schreiben **nach** diesem Treffen (auf dem sich insgesamt auf eine breite RednerInnenliste geeinigt worden war), der Osterappell solle mit RednerInnen vertreten sein, erst dieser Kreis habe es geschafft, in breite gesellschaftliche Kreise zu wirken.

Der Osterappell, initiiert von Antje Vollmer und Personen der grün-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, fordert Politiker, Gefangene und Unterstützergruppen gleichermaßen auf, eine Eskalation zu vermeiden — so als seien Unterstützergruppen, Gefangene und Politiker völlig mit den gleichen Rechten und Mitteln ausgestattet! Zudem übernimmt der Osterappell den Vorschlag des Verfassungsschutzes, die Gefangenen in Gruppen zwischen 6 und 8 Personen zusammenzubringen.
Vom InitiatorInnenkreis wurden RednerInnen aus dem Kreis des Osterappells abgelehnt. Die Solidarität mit den Gefangenen und die Unterstützung der Forderungen war in politischen Diskussionen lange Wochen vorher, während des Hungerstreiks, entwickelt worden, und zwar aus Gruppen heraus, die eigenständige praktische Politik in diesem Land machen. Nicht Appellpolitikerinnen — die zudem noch objektiv als Sprachrohr des Verfassungsschutz fungieren — sollten als RednerInnen bei der Demo im Vordergrund stehen, sondern solche Menschen, die sich von einem ganz eigenständigen politischen Ansatz heraus, z.T. seit Jahren schon solidarisch mit den politischen Gefangenen auseinandersetzen und aus einer solchen Position heraus auch die Forderungen der Gefangenen unterstützen. Gar nichts gab es vom InitiatorInnenkreis einzuwenden gegen Personen aus kirchlichen Kreisen oder auch sozialdemokratisch-liberale Juristen — die zustande gekommene RednerInnenliste der Demo macht dies auch ganz deutlich — politisch nicht gewollt waren aber diejenigen, die per Osterappell sich zu dem MittlerInnen zwischen Gefangenen und Staat aufgeschwungen hatten, und für die die Unterstützerinnengruppen lediglich das "RAF-Umfeld" ausmachten.
Die RednerInnenliste, die schließlich auf dem 1. bundesweiten Treffen zustandegekommen war, beinhaltete Redebeiträge von Anwälten, den Angehörigen, Prozeßgruppe Ingrid Strobl, von türkischen Organisationen, Unterstützerinnengruppe der Gefangenen in der Plötze, kirchliches Spektrum (solidarische Kirche zunächst, schließlich Jesuitenkommunität), VVN, eine Ärztin und ein Vertreter von der Vereinigung demokratischer Juristen. Trotz dieser Einigung begannen massive Störmanöver von Grünen (insbesondere Bundestagsfraktion und Teile des Bundesvorstandes) und Jusos — offensichtlich mit dem Ziel, sich so geschickt wie möglich wieder aus der Demounterstützung zurückzuziehen, wo es ihnen nicht gelungen war, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Ihre öffentlichen Stellungnahmen und Briefe, von der taz genüßlich tagtäglich ausgewalzt, gegen das Demo- und RednerInnen-

Demonstration in Bonn, 29.4.89 (Foto: Joker)

Demonstration in Bonn, 29.4.89 (Foto: Joker)

konzept wurden schließlich, wie war es anders zu erwarten, noch von ganz anderer Seite begierig genutzt: Polizei und auch Verwaltungsgericht Köln verboten die ursprünglich angemeldete Innenstadtroute der Demo, u.a. mit Verweisen auf gerade diese Stellungnahmen!

Einen letzten Einigungsversuch gab es schließlich noch auf einem 2. Bündnistreffen, wo sich die ca. 100 anwesenden Personen — auf Vorschlag der Jusos — auf einen Redner vom Komitee für Grundrechte einigten (der Vertreter der VDJ hatte aus Termingründen absagen müssen). Doch einen Tag drauf schon beschlossen die Jusos ihren sofortigen Ausstieg aus dem Bündnis ("war alles nur Taktik..."), ebenso die Bundestagsfraktion der Grünen. Auch der Redner des Komitees zog seine zunächst gemachte Zusage wieder zurück. Täglich konnten die Initiatorinnen der taz die neuesten Rückzugsmeldungen, mal als Artikel, mals Interview entnehmen. Allein der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (dessen Vorsitzender Wieland auch schließlich auf der Demo redete) und der vom Bundeshauptausschuß der Grünen (höchstes Gremium der Partei zwischen den Parteitagen) per Beschluß an die Leine gelegte grüne Bundesvorstand blieben bei ihrer Demounterstützung.

Insgesamt ein mieses Affentheater — losgetreten von eitlen Machtpolitikerinnen, die offenbar ihre Bündnispartner mittlerweile eher beim Verfassungs- und Staatsschutz suchen, als bei den außerparlamentarischen Initiativen.

Die Demo schließlich wurde nach einigem Hin und Her doch noch genehmigt — allerdings völlig ins Abseits der Stadt geschoben: vom ursprünglichen Demokonzept (vorbei am Bundesinnenministerium, dem Landeskrankenhaus/Psychiatrie und dem Bonner Knast auf den Marktplatz), blieb nix. Nur eine legale Demoroute am Rhein entlang, von martialischem Bullen- und Grenzschutzaufgebot abgeschottet gegen die Bonner Bevölkerung mit Abschlußkundgebung auf der anderen Rheinseite. Die Bonner Polizeiführung machte Bürgerkriegsmanöver mit mindestens 4000 Beamten von Bereitschaftsbullen, über Sondereinsatzkommandos, mobile Einsatzkommandos (mit schußsicheren Westen!) bis hin zum Bundesgrenzschutz und einer Vielzahl großer Wasserwerfer die die Innenstadt in einem engeren Gürtel "schützten". Die legale Demoroute war schließlich in einer erpressungsähnlichen Situation zustande gekommen. Der Bonner Bullenpräsident forderte vom Anmelder, innerhalb einer halben Stunde eine schriftliche Gewaltverzichtserklärung abzugeben, was dieser dann auch tat. Dieser politisch sicherlich falsche Schritt ist nur erklärlich aus einer hektischen und extrem belasteten Gesamtsituation und wird noch zu diskutieren sein.

Bei strahlendem Sonnenschein hatten sich dann doch noch ca. 10.000 Menschen zum Auftaktkundgebungsort an der Bonner Josefshöhe durchgekämpft. Massive Vorkontrollen behinderten die Anreise, in Aachen wurden sogar Menschen an der Abfahrt gehindert, in Duisburg und Mülheim wurden Busse, die abfahren wollten von kontrollierenden Bullen lange festgehalten, der Bus aus Nürnberg wurde von mindestens einem dort stadtbekannten Zivilbullen bis Bonn im eigenen Wagen begleitet.

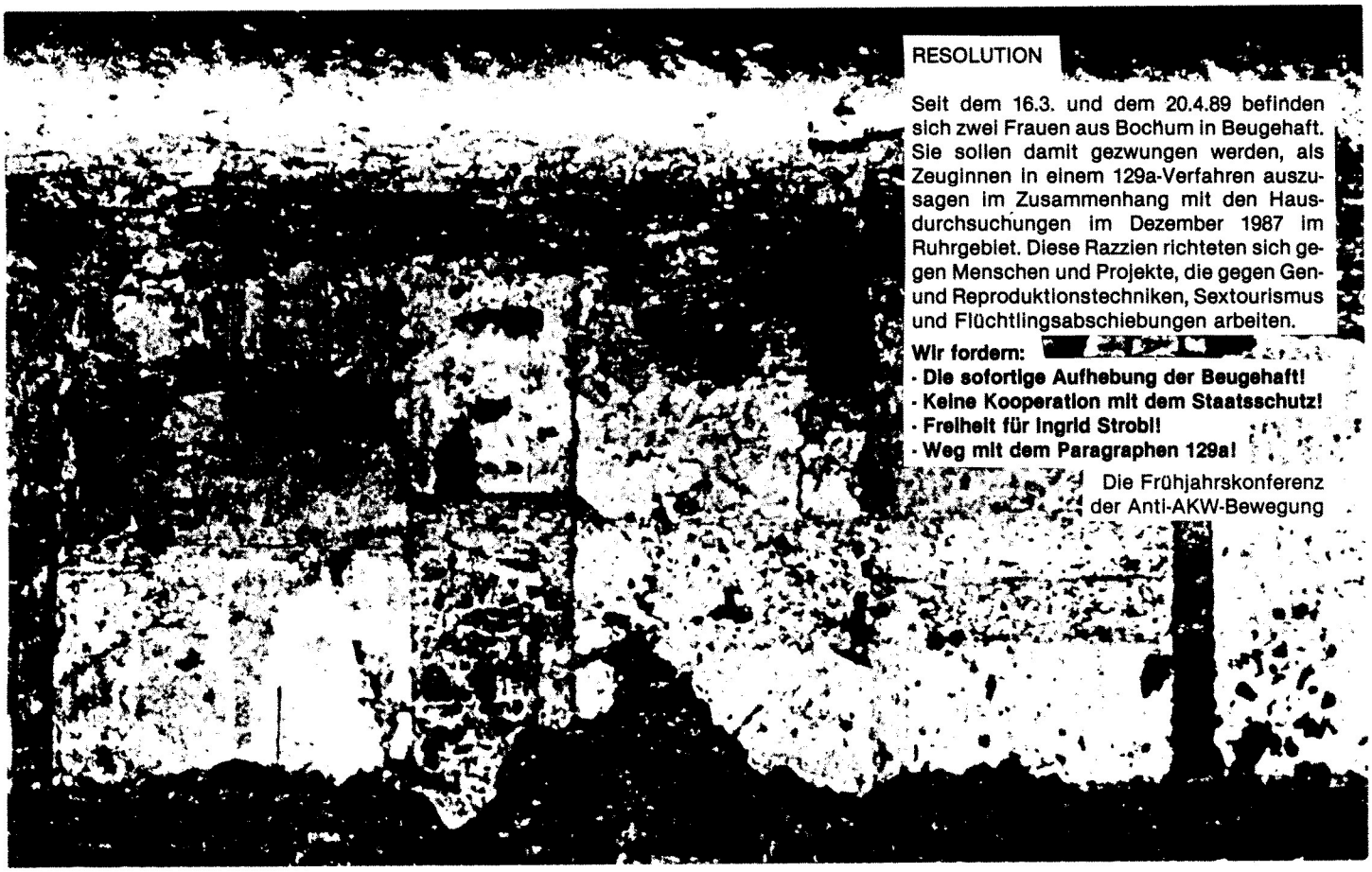
Die angeblich beschlagnahmten "Waffen", wie es abends nach Bullenmeldung durch die Medien ging (es war ja sonst nichts passiert und alle waren erstaunt von einer so disziplinierten Demonstration), waren neben Handschuhen und Kopftüchern vor allem Reservebenzinkanister, leere Sprudelflaschenkisten, Abschleppstangen, Wagenheber und Jongliérkeulen...!

Eine breite Unterstützung fand die Demo und die Forderungen der Gefangenen auch auf internationaler Ebene: Grußadressen gab es aus der Türkei, Spanien, Euskadi, Belgien, Frankreich und aus dem Irak. Unterstützungsaktionen, z.T. am gleichen Tag fanden in Bilbao, Madrid, auf Mallorca, in New York, Paris, Brüssel und in der Schweiz statt.

Die Demonstration am 29.4. war wichtig und mit den vielen Menschen, die sich beteiligten, auch ein Signal — die Zusammenlegung aber ist damit nicht durchgesetzt und die Gefangenen sind weiterhin im Hungerstreik. Die Medien schweigen wieder, hektische Verhandlungsvorgänge werden von offizieller Seite signalisiert — tatsächlich aber bewegt sich nichts. Wir müssen den Druck verstärken — es ist nicht mehr viel Zeit!

"Gemeinsamer Aufbruch gegen die Mauern", sagt Christian Klar in seiner Grußadresse an die Demo — für eine gemeinsame politische Diskussion im Knast und draußen. Die Zusammenlegung und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen können darin erst ein Anfang sein!

K. aus Bonn



RESOLUTION

Seit dem 16.3. und dem 20.4.89 befinden sich zwei Frauen aus Bochum in Beugehaft. Sie sollen damit gezwungen werden, als Zeuginnen in einem 129a-Verfahren auszusagen im Zusammenhang mit den Hausdurchsuchungen im Dezember 1987 im Ruhrgebiet. Diese Razzien richteten sich gegen Menschen und Projekte, die gegen Gen- und Reproduktionstechniken, Sextourismus und Flüchtlingsabschiebungen arbeiten.

Wir fordern:

- **Die sofortige Aufhebung der Beugehaft!**
- **Keine Kooperation mit dem Staatsschutz!**
- **Freiheit für Ingrid Strobl!**
- **Weg mit dem Paragraphen 129a!**

Die Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Beugehaft

Vor ein paar Wochen stand in den einschlägigen Flugblättern noch das Fragezeichen hinter dem Satz — dies ist mittlerweile hinfällig. Seit dem 16.3. bzw. dem 20.4. sitzen zwei Frauen aus Bochum für sechs Monate in sog. "Beugehaft", weil sie als Zeuginnen im Zusammenhang mit dem Strobl-Verfahren die Aussagen verweigern. Gleichzeitig sind sie durch ihr Schweigen von Zeuginnen zu Beschuldigten avanciert: in den Augen der Bundesanwaltschaft erfüllt die kollektive Aussageverweigerung den Tatbestand der "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung".
Damit öffnet die BAW das Tor zu einer neuen Dimension: in Zukunft steht ihr neben der U-Haft eine zweite Möglichkeit offen, die Gesinnung "rechtsstaatsfeindlich" eingestellter Menschen unterhalb der Gerichtsebene (also ohne Urteil) mittels Knast zu brechen.

Am 18.12.87 gab es eine bundesweite Großrazzia des BKA. Gegen insgesamt 27 Beschuldigte werden Ermittlungsverfahren nach § 129a eingeleitet und 33 Wohnungen und Arbeitsplätze in Köln, Hamburg und mehreren Ruhrgebietsstädten durchsucht. Die Bundesanwaltschaft verbreitete Erfolgsmeldungen: ein entscheidender Schlag gegen die Revolutionären Zellen und Rote Zora sei geglückt, ebenso tiefe Einblicke in bisher verborgene Strukturen. Als Beweis für diesen "Erfolg" dienten die Haftbefehle gegen Ingrid Strobl und Ulla Penselin sowie vier andere Personen, die sich jedoch durch Flucht entziehen konnten.

Tatsächlich ist aus dieser BKA/BAW-Aktion ein klassischer Mißerfolg geworden: anstatt die Beschäftigung mit bzw. den Widerstand gegen die sog. "anschlagsrelevanten Themen" (Gentechnologie/Bevölkerungspolitik) mittels Kriminalisierung einzuschüchtern und den RZ/Rote Zora den entscheidenden Schlag zu versetzen, rückten diese Themen, die bis dahin eher ein Schattendasein fristeten, in den Mittelpunkt vieler politisch denkender Menschen.
Der Bundesanwaltschaft schlug ein stürmischer Wind der Sympathie für die beiden inhaftierten Frauen entgegen. Aus ermittlungstechnischer Sicht ist ein Scherbenhaufen übrig geblieben (ohne dabei die tiefen Einblicke in die Scene zu vernachlässigen):

- Ulla Penselin mußte nach 8 Monaten aus der Haft entlassen werden weil sich das angeblich geheime Treffen der Rote-Zora-Frauen als Redaktionstreffen der Frauenzeitung E-Coli-Bri herausstellte;
- im Prozeß gegen Ingrid Strobl ist die Beweislage dermaßen dürftig, daß aus der ursprünglichen Anklage "angebliche RZ-Mitgliedschaft" inzwischen ein sog. "Unterstützen der RZ" durch den Kauf und die Weitergabe eines Weckers und das Nicht-Nennen des Empfängers des Weckers geworden ist;
- von den seit dem 18.12.87 gesuchten vier Menschen fehlt jede Spur.

Das gesamte Konstrukt RZ/RoteZora/anschlagsrelevante Themen — welches ausschließlich auf Vermutungen, Verdächtigungen und Schuldunterstellungen basiert, droht, ohne konkrete Ermittlungsergebnisse und Aussagen in sich zusammenbrechen.
Als Grund für ihren Beweisnotstand sieht die BAW die sog. "Anna und Arthur halten das Maul"-Kampagne. Ausgehend von den Erfahrungen früherer 129a-Verfahren, vor allem aber alarmiert durch die zeitlich parallele Entwicklung an der Startbahn-West, wo etliche Aussagen ein wahres Aussagekarussel in Gang setzten und auch dort erst durch die "Halt's Maul"-Kampagne gestoppt werden konnten, wurde auch im Ruhrgebiet und in Hamburg in breitem Rahmen zur Aussageverweigerung aufgerufen — mit großem Erfolg.

Gerade durch die große Publizität, die der Strobl-Prozeß inzwischen erreicht hat, geriet die BAW in "Beweisnot". Während in anderen 129a-Verfahren ähnlich dürftige Beweislagen allemal zu Verurteilungen ausreichen, sehen sich die Karlsruher Staatsschützer hier politisch unter Druck. Diesen Notstand gibt die BAW auch ungeschminkt zu (aus einem der Beugehaftanträge): denn — von Zeuginnenaussagen abgesehen — seien "im derzeitigen Stadium kaum noch andere Beweismittel" gegen die Beschuldigten zu erbringen. Im Klartext: Die Ermittler nehmen ihre eigene Beweisnot zum Anlaß, um gewaltsam Informationen von Zeuginnen zu erpressen.

Zur Vorgeschichte

Im September 1988 erhalten 23 Leute aus Hamburg und dem Ruhrgebiet Vorladungen von der Bundesanwaltschaft, als Zeuginnen auszusagen, und zwar insbesondere zu den seit dem 18.12.1987 flüchtigen Personen. Die meisten der Vorgeladenen verweigern jedoch zunächst jede Aussage. Die Antwort kam prompt: Ordnungsgelder bis zu 400 DM waren die Folge. Damit schien die Sache aber erstmal erledigt zu sein — bis Anfang Dezember '88 in Bochum eine Frauen-WG durchsucht wurde: Begründung: "Beweismittelsicherung gegen Dritte". Beschlagnahmt wurde vom Müllsack über Notizbücher, Plakate und Flugblätter alles, was ihnen in die Finger kam.
Zunächst aber bekamen zwei der vier dort wohnenden Frauen von der Bundesanwaltschaft Vorladungen zur Zeugenaussage. Die BAW verlangte von ihnen Angaben über den Verbleib des Mannes, dessen Aufenthalt den Behörden seit dem 18.12.87 nicht bekannt ist.
Wie schon die von der September-Vorladung betroffenen Zeuginnen verweigerten auch hier die beiden Frauen jede Aussage. Ergebnis: Die BAW beantragte sog. "Erzwingungshaft" gegen eine der beiden Frauen. Kurz darauf kamen die zweiten Vorladungen, jetzt auch für die meisten der Leute, die bereits im September die Aussage verweigert hatten. Als auch in dieser zweiten Runde die meisten Leute den Mund halten, wird kurze Zeit später gegen sechs Personen aus diesem Kreis ebenfalls "Beugehaft" beantragt. Eine letzte Gnadenfrist setzte die Bundesanwaltschaft dann für den 16. März und lud zum 3. Verhörtermin nach Karlsruhe.

Beugen und Brechen

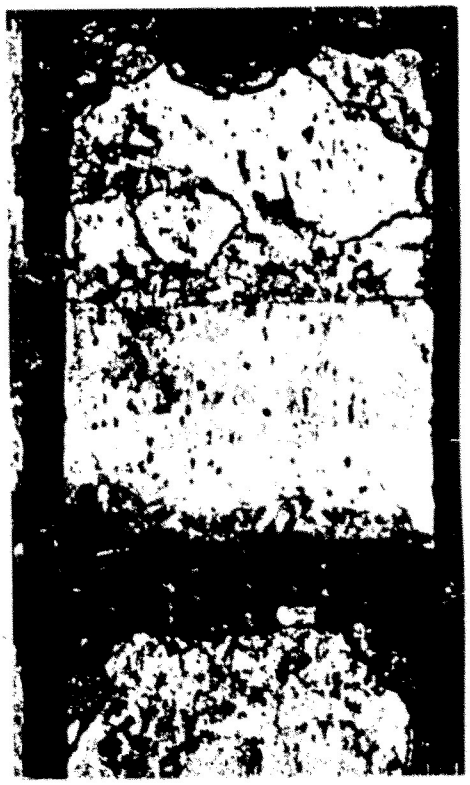
Aber auch an diesem Termin verweigerten die inzwischen 8 Vorgeladenen (die 2 Bochumerinnen und 6 weitere) wieder jede Aussage. In der Zwischenzeit wurden am 30. Januar in Duisburg zwei Wohnungen und eine Anwaltskanzlei durchsucht. Dem Rechtsanwalt, der eine der Frauen vertritt, nach der gefahndet wird, werfen sie "versuchte Strafvereitelung" vor. Das gleich gilt für den Bewohner der anderen Wohnung. Dem Anwalt wurden sämtliche Schreibmaschinentypenräder, eine Hotelrechnung aus Kuale Lumpur und die Handakte B. beschlagnahmt. In Hamburg gab es eine Hausdurchsuchung in der Wohnung eines der Zeugen.

Aus ZeugInnen werden Beschuldigte und UnterstützerInnen

Anfang Februar wird bekannt, daß gegen alle vier Frauen der Bochumer WG ein Ermittlungsverfahren nach § 129a eingeleitet worden ist. Wegen der gefundenen Plakate und Flugblätter, auf denen für eine Diskussionsveranstaltung zur Aussageverweigerung und dem gesamten Strobl-Prozeß eingeladen wird, wird jetzt gegen die vier Frauen wegen "Unterstützung" bzw. "Werbung für eine terroristische Vereinigung" ermittelt. Begründung des OLG Düsseldorf: In den Schriftstücken wird dazu aufgefordert, *"daß Personen, die als potentielle Zeugen im Rahmen von Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder und Unterstützer der terroristischen Vereinigung 'Revolutionäre Zellen/ Rote Zora/RZ' staatsanwaltschaftlich vernommen werden sollen, gegenüber den Strafverfolgungsbehörden keine Aussagen machen sollen. Mit diesem Einwirken auf den so angesprochenen — und über die Hintergründe gut informierten — Leserkreis mit dem Ziel, dessen Bereitschaft zur 'rechtlich grundlosen' Aussage- bzw. Zeugnisverweigerung zu erwecken oder zu bestärken, wird das Entdeckungsrisiko für Mitglieder terroristischer Vereinigungen in nicht unerheblichem Maße gemindert. Diese Aufforderung ist geeignet, das Vertrauen von Vereinigungsmitgliedern auf eine breite solidarische Verschwiegenheit in der Szene zu bekräftigen und sich dadurch in ihrem organisatorischen Zusammenhang bestätigt und gesichert zu fühlen sowie sie zur Fortsetzung strafbaren Tuns zu ermutigen. Damit besteht der Verdacht, daß mit den Aufforderungen Verfasser, Hersteller und Verbreiter dieser Schriften eine organisationsfördernde Wirkung entweder erstrebt oder zumindest billigend in Kauf genommen haben. Die Beschuldigten (...) stehen in dem Verdacht, zumindest an der Verbreitung dieser Schriftstücke beteiligt gewesen zu sein; dies begründet den Verdacht des Werbens für eine terroristische Vereinigung gemäß § 129a, Abs. III StGB."*
Im Klartext heißt das: Wer Argumente für eine Zeugnisverweigerung in 129a-Verfahren vorbringt oder gar der Ansicht ist, daß es richtig sei, bei der Ausforschungs- und Schüffelpraxis der Behörden nicht mitzuspielen, gilt als SympathisantIn bzw. UnterstützerIn.

In die Beuge

Als die vorgeladenen Zeuginnen am 16.3. wiederum keine Aussagen machen, explizit unter Verweis auf die mögliche Gefahr einer Selbstbelastung (§ 55 StPO), kommt die erste Bochumer Frau in Beugehaft. Sie sitzt seitdem in der JVA Bühl, und wegen der Weigerung, sich einem Aids-Test zu unterziehen, in Einzelhaft bei vermindertem Umschluß. Der anderen Bochumer Frau geht es ähnlich. Als auch sie an diesem Tag die Aussage verweigert, erhält sie, wie die übrigen anderen auch, einen neuen Termin. Als sie diesen, den 7.4., nicht einhält, weil ihr Anwalt zu dieser Zeit nicht dabeisein kann, lehnt die BAW die Verlegung des Termins um 3 Tage (!) mit der Begründung ab, daß sie als Zeugin keinen Rechtsbeistand ihres Vertrauens bedürfe — und das, obwohl gegen die Frau mittlerweile drei Ermittlungsverfahren in zusammenhängenden Sachen laufen. Sie wird am 20. April verhaftet. Die erste Frau hatte sich bei ihrer Aussageverweigerung auf den § 55 StPO wegen des gegen sie selber laufenden und mit diesem eng verbundenen 129a-Verfahren gestützt. Die BAW lehnte diese Begründung ab, und begründete dies praktisch mit dem gegen die Frau selbst laufenden Verfahren: ihr gehe es "auch nicht um die Geltungmachung derartiger Rechte. Sie versteht ihre Weigerung vielmehr — ebenso wie andere Zeugen — als kollektive Demonstration gegen die Strafvollzugsorgane". Deutlicher geht es nicht mehr — oder doch!!
Die zweite Frau aus Bochum verweigerte die Aussage völlig — und zwar ohne Begründung. Da sie bereits in 3 weiteren direkt verbundenen Verfahren die Beschuldigte ist, weigerte sie sich, sich auf den § 55 zu berufen und somit die Vorwürfe der BAW gegen sie auch noch zu erhärten.
Aus der Begründung der Beugehaftanordnung des BGH wird klar, daß es nicht nur um verweigerte Informationen geht, sondern um rechtmäßiges Verhalten, das mittels Beugehaft erzwungen werden soll. Zitat aus der Begründung. "Bei der Anordnung



von Erzwingungshaft geht es nicht unbedingt darum, einen Zeugen zu einer Sachaussage, sondern zu einem **gesetzmäßigen** Verhalten anzuhalten, das darin besteht, die Aussage **nicht ohne gesetzlichen Grund** zu verweigern." (Hervorhebungen im Original).

Die anderen 6 Zeuginnen sahen sich unter dem Druck, bei weiterer Aussageverweigerung ebenfalls mit sofortiger Inhaftierung zu rechnen, dazu gezwungen, gegen ihren Willen einzelne Fragen der BAW zu beantworten.
Ob diese "Teilaussagen" den Ermittlungsbehörden genügen und ob die Verweigerung der restlichen Fragen mit der Berufung auf den § 55 StPO genügend begründet ist, liegt im Ermessen der BAW — denn bislang sind alle Beugehaftanträge nicht aufgehoben.

Letzte Meldung

Der dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) hat die Beugehaft von zwei Frauen aus Bochum aufgehoben. Damit wurde der Haftbeschwerde der Rechtsanwältin einer der beiden Frauen stattgegeben.

Nach Einschätzung von Rechtsanwalt Axel Nagler hat der Bundesgerichtshof deshalb die Beschwerde positiv beschieden, weil beiden Frauen ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht nach Paragraph 55 der StPO zugestanden werden mußte.

Was tun bei Beugehaft?

Ein kurzer »juristischer« Abriß

Zeuginnen sind bei staatsanwaltlichen Vorladungen verpflichtet, zu erscheinen. Gehst du nicht hin, wirst du auf jeden Fall die verursachten Kosten und ein Ordnungsgeld (Dm 5 – 1.000) zahlen müssen, zahlst du nicht, kann ersatzweise Ordnungshaft beantragt werden.
Weiterhin ist möglich:

eine erneute Ladung
zwangsweise Vorführung
Beantragung einer richterlichen Vernehmung
oder der Verzicht auf deine Aussage.

Wenn du hingehst, ist es immer sinnvoll:

1.) eine Anwältin mitzunehmen 2.) gibt es laut Gesetz zwei Möglichkeiten, die Aussage zu verweigern:

a) als Verwandte der Beschuldigten (§ 52 StPO)
b) nach § 55 StPO, wenn du dich bei deiner Aussage selbst belasten würdest.

Dies ist in der Regel nur bei einzelnen Fragen möglich. Die Entscheidung über die Voraussetzungen trifft die Staatsanwaltschaft, d.h., bei jeder Frage mußt du sagen: »Mit der Antwort würde ich mich selbst belasten, deshalb sage ich nichts.« Was das ggf. für Ermittlungen gegen dich nachsichziehen könnte, mußt du dir selbst ausmalen.

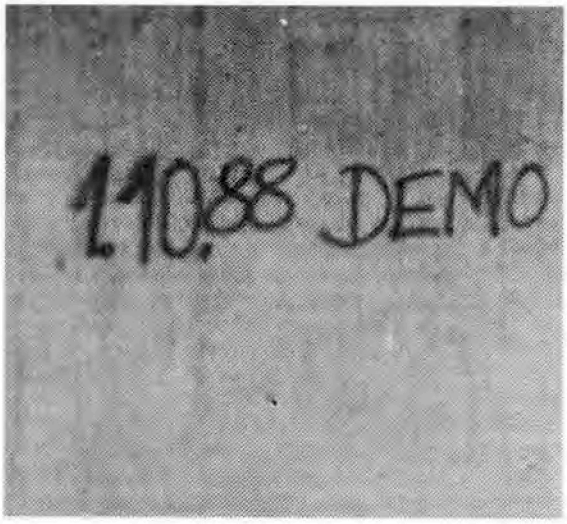
Gehst du nun aber hin und sagst: »Gar nichts«, außer Name und Adresse, passsiert folgendes: Auf jeden Fall wird gegen dich ein ein Ordnungsgeld verhängt (DM 5,– bis DM 1.000,–, plus verursachte Kosten). Bezahlen mußt du das nach Zustellung einer Zahlungsaufforderung. Wenn du nicht in der Lage bist (oder nicht willst), das Geld zu zahlen, kann ersatzweise Ordnungshaft verhängt werden.

Ordnungsgeld bzw. Ordnungshaft kann nur einmal verhängt werden, egal wie oft du vorgeladen wirst. Vorladen kann dich die Staatsanwaltschaft so oft, wie sie meint, von dir noch etwas erfahren zu können.

Als nächstes – nach dem Ordnungsgeld kann gegen dich Beugehaft verhängt werden. Die Verhängung der Beugehaft ist, im Gegensatz zum Ordnungsgeld, nicht zwingend vorgeschrieben und steht im Ermessen des Gerichts. Also ein völlig schwammig gehaltenes Repressionsmittel.

Der Ablauf:

Die Staatsanwaltschaft beantragt die Beugehaft. Diesen Antrag kriegst du dann vom Ermittlungsrichter mit der Bitte um Stellungnahme zugeschickt («rechtliches Gehör»). Für deine Antwort wird dir eine Frist gesetzt. Danach entscheidet der Ermittlungsrichter, angeblich nach der »Verhältnismäßigkeit«, ob du in den Knast mußt oder nicht; wenn ja, bekommst du einen Beugehaftantrittstermin. Den Zeitpunkt bestimmt die Staatsanwaltschaft. Sie können dich also schmoren lassen. Du hast vor Beugehaftantritt und während der Beugehaft jederzeit die Möglichkeit zur Aussage. Dann kommst du sofort raus bzw. gar nicht rein. Beugehaft ist keine Vorstrafe. Unseres Wissens ist Beugehaft bisher sehr selten angewandt worden.



Presseerklärung der Neuwieder Bi gegen Atomanlagen

Ein Mitglied unserer Bürgerinitiative ist beim Graffiti-Sprühen (siehe Foto, d. Red.) von der Polizei auf frischer Tat ertappt worden. direkt am Atomkraftwerk MülheimKärlich.
Der Widersprich gegen die unverhältnismässig hohe Strafe von 2.100.- DM ist abgelehnt worden. Wir sehen darin ein politisches Urteil, und einen Versuch, den Widerstand gegen den Schrottreaktor Mülheim/Kärlich zu zerschlagen.
Das AKW darf nie wieder ans Netz gehen!

Im Dritte-Welt Sonderheft 1/89
Ein Jahr **Intifada**
Die Proklamation des **Palästinenserstaates**
Die **US-Nahostpolitik** und die Haltung der EG
Die **bundesdeutsche Nahostpolitik** und ihr Sonderverhalten zu Israel
Weiterhin: **UNO-Resolutionen, Interviews, Kultur,** Aktions- und Materialspiegel u.a.

Ab **30.12.88** im **linken und alternativen Buchhandel** oder direkt bei **Dritte-Welt LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51**

33% Rabatt ab 10 Exemplaren

Coupon ausschneiden und absenden an: Dritte-Welt LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Ich bestelle: ... Ex. **Sonderheft 1/89** à 2,50 zzgl. 0,70 Porto
... Ex. **kostenloses Probeheft**

Name
Straße
PLZ, Ort
Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim DRITTE-WELT-Leserinnen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine Unterschrift.

Datum, Unterschrift

EUROPA GEGEN DEN STROM
FESTIVAL ALTERNATIVER, UNABHÄNGIGER, RADIKALER INFORMATIONSTRÄGER

AMSTERDAM,
15, 16, 17 SEPTEMBER 1989

'Europa gegen den Strom' wird die erste wirklich 'europäische' Messe für Informationsträger sein. Aus ganz Europa, aus Ost und West laden wir die Herausgeber und die Produzenten von Informationsträger ein nach Amsterdam zu kommen um dort drei Tage lang einer europäischen Gegenbewegung Ausdruck zu verleihen. 'Europa gegen den Strom' wird zahlreiche Disziplinen und Strömungen zusammenbringen, ein Austausch von Informationen, Ideen und Materialen. Mehr Information:
Europa gegen den Strom
Erik Nieuwendijk / Eef Vermeij
Jodenbreestraat 24
1011 NK Amsterdam
Tel. (0)20 - 258979

Ton - Dia - Serie:

Rössing - Das illegale Geschäft mit dem unkontrollierten Uran

Namibias Uran für zivile und militärische Atomprogramme überall in der Welt - Gesundheitsgefährdung für die Arbeiter - Ökologische Verwüstung in Namibia - Riesige Profite für die Betreiber Rio Tinto Zinc, Urangesellschaft Ffm. u.a.

57 Dias mit Tonkassette; Ausleihe DM 30,- + 5,- DM Versand; Kauf DM 150,-

Bestelladresse:
Arbeitskreis Afrika - AKAFRIK -,
Lingener Str. 9, 4400 Münster,
Tel. 0251/661116
Vorauszahlung auf Kto. Nr. 8090-460, Postgiroamt Dortmund BLZ 44010046

Literatur, Videos, Zeitungen, Zeitschriften, aus und über Südafrika, Namibia, Frontstaaten, Eritrea; Kultur, Ökologie und Verschuldung, Uranabbau, Rohstoffe und Landwirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent

Bitte Prospekt anfordern!

Forum
Recht

Rechtspolitisches Magazin – nicht nur für JurastudentInnen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
3 Mark + 1 Mark Porto
Jahres-Abo: 14,50 Mark

Aktueller Schwerpunkt:
40 Jahre Grundgesetz – Die BRD in schlechter Verfassung?

Ch. Rath
Grundgesetz der Westintegration

D. Maitra
Verfassungspatriotismus in der BRD

A. Stein
Demokratische Ambivalenz des Bundesverfassungsgerichts

Probe-Abo (ohne Verlängerung): 2 Hefte für 5 Mark Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
Tel. (0521) 67696

links
Sozialistische Zeitung

Das Wiedersehen

Ein Mann, der Herrn K. lange nicht gesehen hatte, begrüßte ihn mit den Worten: „Sie haben sich gar nicht verändert."
„Oh!", sagte Herr K. und errötete.

Bert Brecht

links

hat sich verändert und ist sich treu geblieben.

links

beobachtet und kommentiert, analysiert und kritisiert Veränderungen der Gesellschaft und die eigene Position.

links

reitet trotzdem nicht auf jeder postmodernen Welle, sondern bewahrt die Tradition der undogmatischen Linken.

○ Probeexemplar ○ Abonnement

Name

Straße

Wohnort

VERLAG 2000, POSTF. 102062
6050 OFFENBACH, ☎ 069/885006

Wildcat

Wildcat 45

erscheint zum Sommeranfang.

INHALT:

Umstrukturierung, Initiativen, Kämpfe im "Gesundheits"sektor:
Streik der britischen Krankenhausarbeiter*Innen*
Umstrukturierung im Krankenhaus und Initiativen/BRD
Maloche in der "weißen Fabrik" / USA
Zehn Jahre gegen die Psychiatrie Teil II

Streikbewegungen in Westeuropa:
Fordarbeiter in Großbritannien
Metallarbeiter in Paris
u.a.

Erfahrungen in der Fabrik:
Elektronikfabrik / Überlegungen zu einem Arbeiter*Innen*netz

Bestellungen durch Überweisen auf "Sonderkonto Zeitung" H. Dietrich, Postgiro Berlin Kto.-Nr. 31502-109,
Ein Heft 3,30 DM (inkl. Porto)
Abo: 10 Mark für 4 Hefte
Preis für Institutionen und
Förder-Abo: 20 Mark für 4 Hefte
Genossinnen, die den politischen, niedrigen Preis der Wildcat unterstützen wollen, sollten ein Förder-Abo machen.
Außerdem suchen wir **Weiterverkäufer*Innen**, bitte wendet Euch an: Sisina, Postfach 360 527 1000 Berlin 36

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Plenen, Projekte, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.31

☆ **EG-Binnenmarkt**, Teil 1 von Wolfgang Haug
☆ **Startbahn- und Strobl-Prozeßbeobachtung** von Jutta Hackland, Eva-Maria Thoms und Ulli Mamat
☆ Hungerstreik: **Freie Wahl der medizinischen Betreuung** von Gruppe Papiertiger
☆ **Leiharbeit in der BRD** von Thomas Schupp
☆ **Häuserkampf in Köln** vom Anarchistischen Plenum Köln
☆ **Kölner MediaPark** von Herby Sachs
☆ **Zur Rolle der Intellektuellen** von Jörg Auberg
☆ **Left Green Network** von Friederike Kamann
☆ **Interview mit Rainer Trampert** Das Scheitern der linken GRÜNEN
☆ Diskussion: **Israel/Palästina** von Syma Popper
☆ IAA-Arbeitstreffen: **Interview**, Teil 1: **CNT-AIT** vom FLI Köln
Außerdem: Wintex/Cimex-Bericht, AKTION-Replik, neue Bücher, Termine, Kurzes etc.

Einzelnummer: 72S./6.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sonderdruck: Nr.0-12: 10.-DM
ABO (4 Nrn.): 20.-DM
Förderabo (8 Nrn.): 50.-DM

★

Redaktion
Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
07033/44273

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstutzung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grunen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 Munchen 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____ :

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____ _____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Umwelt informationen für Niedersachsen

Aktuelles zur Umweltpolitik

diesmal:

SCHWERMETALLE:
Schwerwiegend für uns ...

Aus dem Inhalt:

* Schwermetalle überall
* Chemie der Schwermetalle

Neben grundlegenden Informationen werden detailliert das Vorhandensein und der Transfer von Schwermetallen in Wasser, Boden und Pflanzen und ihre toxikologischen Wirkungen beschrieben.

* Schwermetallbelastungen in Niedersachsen

Nicht nur für Niedersachsen informativ ist die Skizzierung der Belastungssituation und ihrer Ursachen.

Die großräumige Verteilung von Schwermetallen in der Umwelt muß zu einem Handeln im politischen und technischen Bereich führen.

* Die neue Indirekteinleiterverordnung und
* Die neue Klärschlammverordnung

sind dazu zwei aktuell diskutierte Beispiele.

****

Die Veröffentlichung ist als U I N 23/24 (92 S., 2 Karten) erschienen und für DM 16,00 erhältlich.

****

Die U I N gibt es im Abo für DM 30,00 portofrei für 4 Nummern.

Herausgeber und Bezug:
Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V.
Alleestr. 1 3000 Hannover 1
Telefon: 0511- 700 09 77

AKP Alternative Kommunal Politik

„Kirchturmspolitik", „tagespolitisches Klein-Klein", „Gaslaternen-sozialismus"...

...lauten die oft wenig schmeichelhaften Urteile über die kommunale Politikebene. Da wollen wir als grün-alternatives Zeitschriftenprojekt gegen halten, damit in den Rathäusern der Altparteienfilz aufhört.
Die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw..

Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

* * *

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 8,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 48,- DM.

Redaktion und Vertrieb:

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521/177517)

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

VERHINDERT

DIE CASTOR-TRANSPORTE NACH GORLEBEN!!

ATOMTRANSPORTE IN'S WENDLAND?

Das Plakat Atomtransporte/ Castortransporte Nix Da kann in Bremen bestellt werden. Stückpreis 0.50 DM + Porto. Ab 50 Exemplaren gibts einen Groschen Rabatt.
BBA-Info-Laden
St. Pauli-Strasse 10/11
2800 Bremen 1
Tel: 0421/700144 (mo. - fr. 16.00h bis 19.00h).

www.laka.org
Digitized 2016

UNTERSTÜTZT DIE AKTIONEN DER REGIONALEN BÜRGERINITIATIVEN!